

# Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen

## Band 36

### Impressum

Herausgeber :  
Landesamt für Datenverarbeitung  
und Statistik Nordrhein-Westfalen

Redaktion:  
Bianca Oswald, Hans Lohmann

Preis der gedruckten Ausgabe: 7,00 EUR  
Eine kostenlose PDF-Version dieser  
Ausgabe finden Sie zum Download  
im Webshop des LDS NRW.

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung  
und Statistik NRW,  
Postfach 10 11 05,  
40002 Düsseldorf,  
Mauerstraße 51,  
40476 Düsseldorf  
Telefon: 0211 9449-4481/4431  
Telefax: 0211 442006  
Internet: <http://www.lds.nrw.de>  
E-Mail: [poststelle@lds.nrw.de](mailto:poststelle@lds.nrw.de)

sowie der Buchhandel.

Pressestelle:  
0211 9449-4429/4436

Zentraler Informationsdienst:  
0211 9449-4457/4406

© Landesamt für Datenverarbeitung  
und Statistik NRW, Düsseldorf, 2006

Vervielfältigung und Verbreitung,  
auch auszugsweise, mit Quellenangabe  
gestattet.

Bestell-Nr. Z 08 1 2006 60

ISSN 1619-506X

### Inhalt

## Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil II

<b>1</b>	<b>Vorbemerkungen</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Veränderungen in demografisch sensiblen Bereichen des Bildungssystems</b>	<b>3</b>
<b>2.1</b>	<b>Modifizierter Bedarf in der Kindertagesbetreuung und Erziehungshilfe</b>	<b>4</b>
<b>2.2</b>	<b>Kurzfristige Anpassungsleistungen im Schulbereich</b>	<b>5</b>
<b>2.3</b>	<b>Veränderungen in der Jugendstrafverfolgung</b>	<b>6</b>
<b>3</b>	<b>Entwicklung der Bevölkerung</b>	<b>6</b>
<b>3.1</b>	<b>Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW</b>	<b>6</b>
<b>3.2</b>	<b>Schrumpfung der jüngeren bildungsrelevanten Bevölkerung</b>	<b>6</b>
<b>3.3</b>	<b>Regionale Entwicklung der Bildungsbevölkerung</b>	<b>8</b>
<b>4</b>	<b>Auswirkungen des demografischen Wandels auf Bedarfe in der Kinder- und Jugendhilfe</b>	<b>8</b>
<b>4.1</b>	<b>Informationen zur Statistik der Kinder- und Jugendhilfe</b>	<b>8</b>
<b>4.2</b>	<b>Künftige Bedarfe in der institutionalisierten Kindertagesbetreuung</b>	<b>8</b>
4.2.1	Aktuelle Kapazitäten in der Kindertagesbetreuung	8
4.2.2	Bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung in Westdeutschland	11
<b>4.3</b>	<b>Methodisches Vorgehen</b>	<b>11</b>
<b>4.4</b>	<b>Ergebnisse der Modellrechnungen</b>	<b>13</b>
4.4.1	Hoher Bedarf an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige	13
4.4.2	Sinkender Bedarf an Plätzen im Kindergartenbereich	13
4.4.3	Entwicklung des Betreuungsbedarfs für Schulkinder	14
4.4.4	Erhöhter Betreuungsbedarf bei einer Erwerbstätigkeit der Mutter	14
4.4.5	Neubedarf an Plätzen für unter 3-Jährige bei Nutzung freier Kindergartenplätze	15
4.4.6	Regional unterschiedlicher Bedarf in der Kindertages- betreuung	16
<b>4.5</b>	<b>Fazit</b>	<b>23</b>
<b>4.6</b>	<b>Künftige Bedarfe in der institutionalisierten Erziehungshilfe</b>	<b>23</b>
4.6.1	Formen der erzieherischen Hilfen	23
4.6.2	Veränderungen bei der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen	23
4.6.3	Alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Erziehungshilfe	25
<b>4.7</b>	<b>Methodisches Vorgehen</b>	<b>26</b>
<b>4.8</b>	<b>Ergebnisse der Modellrechnungen</b>	<b>28</b>
4.8.1	Künftiger Bedarf an Erziehungshilfen nach Hilfeart	28
4.8.2	Unterschiede im Bedarf nach Alter und Geschlecht	29
4.8.3	Künftiger Personalbedarf in der ambulanten Erziehungshilfe	32
4.8.4	Regional unterschiedlicher Bedarf in der ambulanten Erziehungshilfe	33
<b>4.9</b>	<b>Fazit</b>	<b>36</b>

<b>5</b>	<b>Auswirkungen des demografischen Wandels auf Entwicklungen im Schulbereich</b>	<b>39</b>
<b>5.1</b>	<b>Schülerpopulation an allgemein bildenden Schulen seit 1970</b>	<b>39</b>
5.1.1	Schwankungen der Schülerzahlen seit drei Jahrzehnten	39
5.1.2	Anstieg der Schülerzahlen in Gymnasien und Realschulen	40
5.1.3	Unterschiedliche Entwicklung zwischen den Geschlechtern	41
<b>5.2</b>	<b>Methodisches Vorgehen</b>	<b>41</b>
<b>5.3</b>	<b>Ergebnisse der Modellrechnungen</b>	<b>42</b>
5.3.1	Rückgang der Schülerpopulation	42
5.3.2	Unterschiedliche Entwicklung in den Schulformen	43
5.3.2.1	Schülerbestände in der Primarstufe	43
5.3.2.2	Schülerbestände in der Sekundarstufe I	44
5.3.2.3	Schülerbestände in der Sekundarstufe II	44
5.3.3	Schulabgänge nach Abschlussarten	45
5.3.4	Langfristig sinkende Anzahl an Klassen	46
5.3.4.1	Anzahl an Klassen in der Primar- und Sekundarstufe I	46
5.3.4.2	Anzahl an Klassen in der Sekundarstufe II	46
5.3.5	Entwicklung des Bedarfs an Lehrergrundstellen	47
5.3.6	Abnehmender Bedarf an Lehrergrundstellen in allen Schulformen	48
5.3.6.1	Bedarf an Lehrergrundstellen in der Primar- und Sekundarstufe I	48
5.3.6.2	Bedarf an Lehrergrundstellen in der Sekundarstufe II	49
5.3.7	Einfluss des Schülerrückgangs auf die Neueinstellung von Lehrkräften	49
5.3.8	Regionale Entwicklung der Schülerzahlen	51
<b>5.4</b>	<b>Fazit</b>	<b>54</b>
<b>6</b>	<b>Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Umfang gerichtlicher Verurteilungen</b>	<b>54</b>
<b>6.1</b>	<b>Hinweise zur Strafverfolgungsstatistik</b>	<b>54</b>
<b>6.2</b>	<b>Entwicklungen in der Strafverfolgungspraxis seit 1994</b>	<b>55</b>
<b>6.3</b>	<b>Methodisches Vorgehen</b>	<b>57</b>
<b>6.4</b>	<b>Ergebnisse der Modellrechnungen</b>	<b>57</b>
6.4.1	Zahl der Verurteilungen nach dem allgemeinen Strafrecht	57
6.4.2	Entwicklung der Verurteiltenzahlen nach dem Jugendstrafrecht	58
6.4.3	Alters- und geschlechtsspezifische Verschiebungen bei den Verurteilungen	59
<b>6.5</b>	<b>Fazit</b>	<b>60</b>
<b>7</b>	<b>Literatur</b>	<b>61</b>
	<b>Zeichenerklärung</b>	<b>63</b>
	<b>Anhangtabellen</b>	
1.	Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)	67
2.	Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell II)	74
3.	Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)	79
4.	Bedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)	85
5.	Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen	90
6.	Inanspruchnahme und Gewährung von sozialpädagogischer Familienhilfe 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen	98
7.	Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen	104
	<b>Index</b>	<b>115</b>

# Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil II

Kerstin Schmidtke, Diana Andrä

*Im Rahmen der Veröffentlichungsreihe „Auswirkungen des demografischen Wandels“ hat das LDS NRW Modellrechnungen für die Betreuungs-, Bildungs- und Beratungsbereiche der jüngeren Bevölkerung durchgeführt. Die Berechnungen sollen modellhaft vorausschätzen, wie sich die Bedarfe in den genannten Handlungsfeldern aufgrund der Bevölkerungsentwicklung von Kindern und Jugendlichen zukünftig darstellen. Die Modellrechnungen bauen auf der Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW mit dem Basisjahr 2002 auf und haben einen Zeithorizont bis 2040 auf Landesebene und bis 2020 auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise. Im Folgenden werden die Ergebnisse für die Themen Kindertagesbetreuung, ambulante Erziehungshilfen, Schule sowie Jugendstrafverfolgung erläutert.<sup>1)</sup>*

## 1 Vorbemerkungen

Der zweite Band zum Thema „Auswirkungen des demografischen Wandels“ thematisiert schwerpunktmäßig demografisch induzierte Veränderungen für die Bildungsbereiche der jüngeren Bevölkerung. Infolge einer langfristig niedrigen Geburtenentwicklung und u. a. daraus resultierender Bevölkerungsrückgänge insbesondere im Kindes- und Jugendalter sind bereits kurzfristig strukturelle Veränderungen auch für die Bereiche Bildung, Betreuung und Beratung zu erwarten. In diesem Bericht wird ein umfassendes Bildungsverständnis zugrunde gelegt, das über die Grenzen des formalen Schulsystems hinausgeht und auch die außerschulischen und informellen Bildungselemente, die z. B. über Angebote der Kinder- und Jugendhilfe vermittelt werden, einbezieht. Das Ziel hierbei ist, den Wert von Betreuungs-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten nicht mehr nur unter Erziehungs- und Versorgungsgesichtspunkten, sondern unter Bildungsgesichtspunkten zu verstehen (Elfter Kinder- und Jugendbericht, Bundesjugendkuratorium 2001). Konkret werden in diesem Band sowohl die in Zukunft benötigte Anzahl an Plätzen in **Kindertageseinrichtun-**

**gen** als auch die zukünftigen Bedarfe in der **ambulanten Erziehungshilfe** modellhaft vorausgeschätzt. Außerdem werden die notwendigen Kapazitäten im primären und sekundären Bereich des **Schulwesens** behandelt. Zusätzlich zu den bildungsspezifischen Bereichen wird ein Ausblick gegeben, wie sich aufgrund demografischer Entwicklungen die Verurteiltenzahlen in der **(Jugend)-Strafverfolgung** verändern könnten.

Um die Auswirkungen der demografischen Veränderungsprozesse auf die Lebensbereiche der jüngeren Bevölkerung zu beschreiben, wurden im Anschluss an die Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW mit dem Basisjahr 2002 Modellrechnungen für die oben genannten Themenfelder durchgeführt. Die Ergebnisse der Berechnungen können unter Berücksichtigung der jeweils zugrunde liegenden Annahmen Orientierungswerte für das Ausmaß der zukünftigen Bedarfsveränderungen in diesen Feldern darstellen. In einer regionalen Gliederung sollen die Zahlen als Planungsgrundlage dienen und dabei helfen, die Herausforderungen struktureller Anpassungsleistungen im Bildungs- und Betreuungsbereich unter Beachtung adäquater Qualitätsstandards bei gleichzeitiger Kosteneffektivität zu bewerten.

Trotz des implizierten Anspruchs dieser Veröffentlichungsreihe, Anknüpfungspunkte für Entscheidungsträger

zu bieten, gilt zu betonen, dass in keinem Fall von einem gesicherten Eintreten der Vorausschätzungen ausgegangen werden kann. Stattdessen dürfen die Berechnungen nur als prognostische Simulationen unter bestimmten, individuell gewählten Bedingungen verstanden werden. Dieser Sachverhalt ist bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen.

## 2 Veränderungen in demografisch sensiblen Bereichen des Bildungssystems

Während die Folgen der zurückgehenden Bevölkerungszahlen und der Alterung für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme in wissenschaftlichen und politischen Diskussionen zu einem inzwischen auch öffentlich gemachten Thema avanciert sind, ist eine systematische Beschäftigung mit den demografisch bedingten Konsequenzen für das Bildungswesen bisher noch wenig erschöpfend erfolgt.<sup>2)</sup> Die Gründe liegen hier jedoch nicht in weniger drastisch anzunehmenden Auswirkungen quantitativer, sondern qualitativer Natur. Die kurzfristig zu beziffernden Zahlenrückgänge von Kleinkindern und Schülern, mittelfristig von jugendlichen Auszubildenden und langfristig von Studierenden sind enorm. Qualitativ scheinen diese Entwicklungen jedoch in erster Linie nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Kosten zu verursachen – und genau dies scheint ein wichtiger Grund dafür zu sein, warum sich die Auseinandersetzung mit den demografisch bedingten Veränderungen im Bildungsbereich von jener aus anderen Bereichen unterscheidet.

In Zeiten einer angespannten Haushaltsfinanzlage wird sogar die Hoff-

1) In diesem Band werden Ergebnisse von Modellrechnungen vorgestellt, die auf der Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2002 aufbauen. Sie dokumentieren den derzeit aktuellsten Informationsstand. Für ausgewählte Themenfelder werden künftig auf Basis der Vorausberechnung mit dem Basisjahr 2005 weitere Modellrechnungen durchgeführt, deren Ergebnisse ebenfalls publiziert werden.

2) Vgl. für eine solche Einschätzung im schulischen Bereich Weiß 2004, für den Kinder- und Jugendhilfebereich Bundesjugendkuratorium 2001

nung artikuliert, im Bereich der Bildung „die demografische Rendite“ abschöpfen zu können und mit dem eingesparten Geld die finanziell angespannte Lage der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu verbessern. Die Erwartung nachhaltiger Budgetentlastungen für die Bereiche Schule und Hochschule infolge rückgängiger Bevölkerungszahlen im bildungsrelevanten Alter wurde z. B. auf der Finanzministerkonferenz 2001 formuliert (Weiß 2004). Abgesehen von einer fehlenden empirischen Evidenz für Einsparungen im Bildungsbereich aufgrund rückläufiger Bevölkerungszahlen<sup>3)</sup>, steht dieser Aussage die im Kontext der schlechten PISA-Ergebnisse<sup>4)</sup> begründete Forderung von Schul- und Hochschulrektoren sowie Bildungspolitikern gegenüber, zusätzliche Ressourcen bereit zu stellen, um qualitative Verbesserungen im Bildungs- und Betreuungsangebot zu ermöglichen. Dazu gehört u. a. der Ausbau von Plätzen für unter 3-Jährige und in Ganztagschulen, die gezielte Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen (z. B. Migranten) sowie die nachhaltige Förderung des Wissensstandortes Deutschland.

Argumentativ wird von dieser Seite nicht nur auf die geringen Bildungsausgaben von Deutschland im internationalen Vergleich der OECD-Länder verwiesen<sup>5)</sup>, sondern deutlich gemacht, dass die wachstumspolitische Relevanz von Humankapital gerade in demografischen Kontraktionsphasen kaum hoch genug bewertet werden kann. Nur durch Ausschöpfung aller Reserven in einem leistungsfähigen Bildungssystem kann einem

3) In einer Untersuchung des DIW konnte gezeigt werden, dass der Ressourceneinsatz im Bildungsbereich nur wenig flexibel an die veränderten Bevölkerungszahlen angepasst werden kann. Z. B. zeigen reale Verbesserungen der Einnahmensituation von Ländern und Gemeinden kaum Effekte eines verbesserten Bildungsangebotes (vgl. Baum/Seitz 2003 und Kempkes/Seitz 2005). – 4) Vgl. <http://www.pisa.ipn.uni-kiel.de/> [1. 8. 2005] und <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/> [1. 8. 2005]. – 5) Deutschland investiert 4,3 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in das Bildungswesen und liegt damit unterhalb des Durchschnitts aller OECD-Staaten. In Schweden und Norwegen werden dagegen 6,5 % des BIP für Bildung ausgegeben; neben vielen anderen Ländern geben auch Frankreich, die Schweiz, die USA und sogar Polen und Mexiko einen erheblich größeren Teil ihres Wirtschaftsprодукtes für Bildung aus (vgl. Schmidt 2003).

drohenden Fachkräftemangel vorgebeugt sowie den Anforderungen in einer technologisierten und globalisierten Welt nachgekommen werden (Thies 2004). Dazu gehört auch die Bereitstellung ausreichender Kinderbetreuungsangebote, um die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu stärken. Insgesamt gilt es, die kommenden Veränderungen im Bildungs- und Betreuungsbereich nicht nur unter dem Fokus der Schrumpfung zu betrachten, sondern die sich ergebenden Handlungspotenziale und Entwicklungsmöglichkeiten auszuloten und effektiv umzusetzen.

## **2.1 Modifizierter Bedarf in der Kindertagesbetreuung und Erziehungshilfe**

### **Gesetzlich induzierter Ausbau der Kindertagesbetreuung**

Mit dem zum 1. 1. 2005 in Kraft getretenen Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung (Tagesbetreuungsgesetz TAG) ist der Grundstein gelegt, insbesondere den Bereich der Kindertagesbetreuung zielstrebig auszubauen. In den westlichen Bundesländern ist mit einer Versorgungsquote von weniger als drei Plätzen je 100 unter 3-Jährige der Bedarf in keiner Weise gedeckt. Weil im Osten Deutschlands aufgrund der gut ausgebauten Betreuungssituation in der ehemaligen DDR eine Versorgungsquote von 37 % (2002) erreicht wird, verzeichnete das Bundesgebiet 2002 insgesamt eine Quote von rund 9 % (Statistisches Bundesamt 2004). Damit hat Deutschland jedoch mit dem niedrigsten Versorgungsniveau im Vergleich zu den EU(15)-Mitgliedstaaten. Unter anderem darauf reagiert das Tagesbetreuungsgesetz, wenn es das Ziel formuliert, das Angebot an Kindertagesbetreuungseinrichtungen sowohl quantitativ als auch qualitativ an den europäischen Standard heranzuführen. Konkret ist geplant, bis 2010 ca. 230 000 zusätzliche Plätze für unter 3-Jährige in Westdeutschland zu schaffen und damit weitgehende Bedarfsgerechtigkeit zu erreichen. Hierbei sollen die auf-

grund der demografischen Entwicklung frei werdenden Kindergartenplätze in Plätze für unter 3-Jährige umgewandelt werden. Als Motiv für den Ausbau wird formuliert, dass die Verbesserung von Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern dazu beitrage, die Innovationsfähigkeit des Landes zu erhalten, indem den Anforderungen an eine Wissensgesellschaft entsprochen und Chancengleichheit für Kinder gewährleistet wird (Gesetzentwurf zum TAG, vgl. Bundesregierung 2004).

Doch nicht nur aufgrund von Bildungsgesichtspunkten ist eine Sicherung der Kindertagesbetreuung anzustreben; auch aus demografischer und arbeitsmarktpolitischer Sicht werden langfristig wünschenswerte Einflüsse erwartet. So ist beispielsweise damit zu rechnen, dass die Zahl der Geburten ansteigt, weil die Entscheidung für ein erstes Kind als „kritisches Ereignis“ insbesondere hochqualifizierten Frauen leichter fällt, wenn durch ausreichend vorhandene Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten die Bereiche Familie und Beruf leichter vereinbart werden können.<sup>6)</sup> Weiterhin ist anzunehmen, dass sich die Erwerbstätigkeit der Frauen bei verbesserten Versorgungsquoten weiter erhöht, und auf diese Weise eventuell die mittelfristig eintretenden Engpässe im Bereich der Erwerbspersonen abgeschwächt werden können.<sup>7)</sup>

### **Steigende Inanspruchnahme der Erziehungshilfen**

In der ambulanten und teilweise auch in der stationären Erziehungshilfe

6) So zeigt sich in Studien des DIW, dass sich die Verfügbarkeit umfassender Betreuungsmöglichkeiten in Ostdeutschland positiv auf die Entscheidung für ein erstes Kind auswirkt. In Westdeutschland zeigt sich ein Zusammenhang mit der Fertilität nur für das Vorhandensein informeller Betreuungsnetze (z. B. räumliche Nähe der Großmutter). Dieses Ergebnis ist auf das konstant niedrige Niveau der Versorgungsmöglichkeiten im Westen zurückzuführen, sodass Mütter dort auf eine institutionelle Versorgung ihrer Kinder nicht vertrauen können (Hank/Kreyenfeld 2002; Hank/Kreyenfeld/Spieß 2003). – 7) Eine weitere Studie vom DIW weist nach, dass eine verstärkte Förderung von Kindertageseinrichtungen die Erwerbstätigkeit von Müttern signifikant begünstigt (Büchel/Spieß 2002). Außerdem ist anzumerken, dass auch die Höhe der Kosten für die Kinderbetreuung einen signifikanten Zusammenhang mit der Erwerbsbeteiligung von Müttern zeigten (Wrohlich 2004).

sind die Bedarfe seit Beginn der 1990er-Jahre sehr deutlich angestiegen – und dies bei einem merklichen Rückgang der Bevölkerungszahlen in den entsprechenden Altersgruppen. In Deutschland stieg z. B. die Zahl der in Anspruch genommenen Erziehungsberatungen bezogen auf die entsprechende Bevölkerung von 1991 bis 2004 um über 100 %. In Nordrhein-Westfalen war das Niveau der Inanspruchnahme erzieherischer Beratung bereits 1991 sehr hoch: Es lag bei rund 140 Beratungen je 10 000 junge Menschen unter 18 Jahren. Nach Anstiegen um über 60 % bis 2004 liegt auch heute die Inanspruchnahmequote der institutionellen Beratungen in NRW deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Auch die anderen Unterstützungsarten im Rahmen der ambulanten Erziehungshilfen haben seit Beginn der 1990er-Jahre teilweise erhebliche Steigerungen der Inanspruchnahme zu verzeichnen (Schilling/Pothmann/Fischer 2005).

Als ein Grund für diese deutlichen Anstiege ist u. a. das verbesserte Image der erzieherischen Hilfen zu sehen. Insbesondere im ambulanten Bereich werden Leistungsangebote nicht mehr nur als Eingriffe, sondern zunehmend als Unterstützung verstanden. Dies trägt insbesondere auch jenen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen Rechnung, die sich destabilisierend auf die Familienverhältnisse auswirken und sowohl Eltern als auch Kinder zunehmend überfordern (Statistisches Bundesamt 2003).

Es wird deutlich, dass die steigende Inanspruchnahme der Erziehungshilfen insgesamt einer höheren Bedürftigkeit nach Unterstützung entspricht. Weil das Ausgabevolumen der Jugendämter jedoch begrenzt ist, stagnieren seit einigen Jahren trotz wachsender Hilfezahlen die Ausgaben in der Erziehungshilfe (KomDat 2005). Die Deckelung der Ausgaben hat u. a. Auswirkungen auf die Qualität und die Art der Hilfe und auch auf die Hilfeinsatzschwelle, also die Entscheidung, ab welchem Zeitpunkt der Bedürftigkeit Hilfe geleistet wird. Auch für die Zukunft ist anzunehmen, dass die Inan-

spruchnahme von Erziehungshilfen weiter ansteigen wird, und dadurch auch zukünftig trotz zurückgehender Bevölkerungszahlen mit einem erhöhten Bedarf an entsprechenden Angeboten zu rechnen ist.

## **2.2 Kurzfristige Anpassungsleistungen im Schulbereich**

### **Erfahrungen mit Schülermangel in den neuen Ländern**

In den neuen Bundesländern konnten in der jüngsten Vergangenheit bereits erste Erfahrungen mit den Auswirkungen des demografisch bedingten Schülerschwunds gesammelt werden. Die in den 1990er-Jahren niedrige Gesamtgeburtensziffer von zeitweise 0,77 in Ostdeutschland – u. a. als Folge der wirtschaftlichen Umbrüche und einer arbeitsmarktpolitischen Unsicherheit im Rahmen der Wiedervereinigung – hat dazu geführt, dass bereits seit einigen Jahren die neuen Länder von einem erheblichen Schülermangel betroffen sind. Dieser wird noch dadurch verschärft, dass es sich um relativ dünn besiedelte Flächenstaaten handelt. Bis heute hat sich die Geburtenentwicklung in Ostdeutschland nur langsam wieder an das westdeutsche Niveau angenähert, sodass sich die dortige Situation kaum merklich verbessern wird. Erschwerend kommt für diese Regionen die aus Gründen unzureichender Ausbildungs- und Berufschancen starke Abwanderung junger Erwachsener hinzu; aufgrund einer Ausrichtung auf natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge verlassen junge Frauen sogar noch deutlich häufiger als Männer die neuen Länder (Weishaupt 2004).

Im Zuge dieser Veränderungen sahen sich die dortigen Schulverwaltungen zu besonderen Schulentwicklungsplänen mit teilweise drastischen Maßnahmen gezwungen. So wurden seit 1994 in den neuen Ländern zwischen 22 % (Brandenburg) und 36 % (Mecklenburg-Vorpommern) der Grundschulen geschlossen. Diese Zahlen sind insofern alarmierend, als 453 von insgesamt 700 von

den Schulschließungen betroffenen Gemeinden die einzige Grundschule verloren haben. Auch der Bestand an Haupt- und Realschulen wurde von 1994 bis 2003 um 15 % bis 20 % dezimiert, obwohl erst jetzt der Geburtenrückgang der 1990er-Jahre die Altersgruppen der Sekundarstufe I erreicht (Weishaupt 2004). Inzwischen haben sich in den von den Einschnitten betroffenen Ländern Kriterien etabliert, die für jede Schulform z. B. die Mindestzügigkeit, die Mindestklassengröße, die Mindestlehrerzahl sowie zumutbare Schulwegezeiten festlegen (Thies 2004).

Im bildungswissenschaftlichen Diskurs erheben sich jedoch auch Stimmen, die meinen, die zahlreichen Schulschließungen hätten sich vermeiden lassen, wenn vermehrt jahrgangsübergreifende Klassen eingerichtet worden wären (Kuthe/Zedler 1995). Eine Verkleinerung der Schulen auf mindestens Einzügigkeit bzw. ausgestattet mit jahrgangsübergreifendem Unterricht hätte nach Simulationsrechnungen (Fickermann/Schulzeck/Weishaupt 2000a) keine nennenswerten Mehrkosten zur Folge. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass aus internationalen Expertisen bekannt ist, dass sich für Schüler aus jahrgangsübergreifenden Klassen sowohl in den Lernleistungen als auch im Sozialverhalten Vorteile gegenüber Schülern in jahrgangsgegliederten Klassen zeigen (Weishaupt 2004).<sup>8)</sup>

### **Problemlagen im Schulbereich in Nordrhein-Westfalen**

In den westlichen Bundesländern werden in naher Zukunft infolge des demografischen Wandels ähnliche Probleme im Schulbereich auftreten und auch die Verantwortlichen aus Nordrhein-Westfalen vor Fragen nach Schulschließungen und jahrgangsübergreifendem Unterricht stellen sowie zur Stellungnahme bezüglich Mindest- und Zumutbarkeits-

<sup>8)</sup> Es bleibt dabei jedoch unklar, ob diese Vorteile aus dem höheren Engagement der Lehrer oder einem tatsächlichen Strukturvorteil der jahrgangsübergreifenden Unterrichtsform resultieren (Weishaupt 2004).

standards auffordern. Zwar ist davon auszugehen, dass aufgrund zukünftig anzunehmender Wanderungsgewinne<sup>9)</sup> die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen langsamer verläuft als in den neuen Ländern, dennoch ist gerade die aus den Wanderungsbewegungen resultierende regionale Unterschiedlichkeit der Prozesse als planungsrelevantes Problem zu bewerten. Ebenso gilt es, die zeitliche Parallelität von Schülerrückgängen in einer Schulform mit Schülerzuwächsen in anderen Schulformen planerisch zu bewerkstelligen. Zur Überwindung dieser Probleme sollte es gelingen, aus den geschilderten Erfahrungen der neuen Länder zu lernen und ein sich den verändernden Strukturbedingungen angepasstes, regional ausgeglichenes, vielseitiges und leistungsfähiges Bildungsangebot zur Verfügung zu stellen. Dabei sollten durch kompensierende Planungen regionale Disparitäten, z. B. die bildungsbezogene Benachteiligung wirtschaftlich schwacher Gebiete, vermieden werden.

### **2.3 Veränderungen in der Jugendstrafverfolgung**

Der Bereich der Strafverfolgung gehört zu dem großen Themenkreis Kriminalität und innere Sicherheit, der insbesondere in den letzten Jahren verstärkt ein öffentlich artikuliertes Interesse gefunden hat. Die amtliche Statistik verfügt mit der Strafverfolgungsstatistik über Angaben zu Abgeurteilten, d. h. zu Personen, gegen die aufgrund gegen sie erhobener Anklage ein Gerichtsprozess angestrengt wird. Die Statistik unterscheidet dabei zwischen den Abgeurteilten, zu denen auch die Freigesprochenen gehören, und den Verurteilten, denen aufgrund bestimmter Delikte eine Strafe auferlegt wird. Mit diesen Angaben wird zwar nur ein Teilbereich des Themengebietes der Kriminalität abgedeckt, doch ermöglichen diese Informationen Einblicke in die Strukturen der Entscheidungspraxis der Strafgerichte und geben Aufschluss über die

9) In der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW (Basisjahr 1. 1. 2005) werden auch für die Zukunft weitere Wanderungsgewinne angenommen (Ströker 2006).

Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität (Statistisches Bundesamt 2005).

Die Entwicklung der Strafverfolgung zeigt insbesondere bei den Verurteilungen von Jugendlichen (14 bis unter 18 Jahre) seit 1994 recht starke Zuwächse. Bezogen auf 100 000 der entsprechenden Bevölkerung hat sich die Verurteiltenquote dieser Altersgruppe seit 1994 nahezu kontinuierlich von 1 404 auf 1 853 erhöht. Zwar ist die Zahl der von den Gerichten pro Jahr gemeldeten verurteilten Fälle immer auch Unregelmäßigkeiten unterworfen, die eher auf erhebungstatistische Effekte als auf Veränderungen in der Realität zurückzuführen sind. Doch die Kriminalitätsentwicklung bei der jüngeren strafmündigen Bevölkerung zeigt eine eindeutige Steigerung, sodass auch in Zukunft trotz schwindender Bevölkerungszahlen in diesen Altersgruppen mit einem Anstieg der jugendlichen Fälle vor Gericht gerechnet werden muss. Diese Informationen können bei kriminal- und strafrechtspolitischen Entscheidungen sowie im Bereich des Strafrechts eine wichtige planerische Hilfestellung bieten.

## **3 Entwicklung der Bevölkerung**

### **3.1 Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW**

Als Datengrundlage für die zu erwartende Entwicklung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen gilt die Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW. Die hier zugrunde liegende Vorausberechnung basiert auf der alters- und geschlechtsdifferenzierten Bevölkerungsfortschreibung zum 1. 1. 2002. Ihr Berechnungshorizont reicht auf Landesebene bis 2040 und in regionaler Gliederung nach kreisfreien Städten und Kreisen bis 2020.

Die der Vorausberechnung zugrunde liegenden Annahmen werden in Kooperation mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Prognosen“ der Landesregierung abgestimmt. Bei einer Fortschreibung der drei Komponenten von Bevölkerungsentwick-

lungen – Geburten, Sterblichkeit, Wanderungen – wird ein möglichst langer Referenzzeitraum einbezogen. Für die hier verwendete Bevölkerungsvorausberechnung wurden folgende Annahmen gewählt:

#### **Geburten**

Für die Geburtenzahl in Nordrhein-Westfalen wird bis 2040 eine weiterhin konstante Entwicklung von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau zugrunde gelegt. Diese Zahl ist ein Aggregat der regionalspezifischen Geburtenziffern, die jeweils leicht unterschiedlich ausfallen.

#### **Sterblichkeit**

Bezogen auf die Sterblichkeit wird angenommen, dass sich in den ersten 10 Jahren des Berechnungszeitraumes die alters- und geschlechtsspezifischen Sterblichkeitsziffern um insgesamt 10 % verringern. Danach wird das Mortalitätsniveau konstant gehalten.

#### **Wanderungen**

Bis 2040 wird ein jährlicher (Außen-)Wanderungsüberschuss von 37 000 Personen zugrunde gelegt. Die Wanderungsverflechtungen innerhalb des Landes – ca. 400 000 – werden über eine Binnenwanderungsmatrix aus alters- und geschlechtsspezifischen Fortzugswahrscheinlichkeiten geschätzt.

### **3.2 Schrumpfung der jüngeren bildungsrelevanten Bevölkerung**

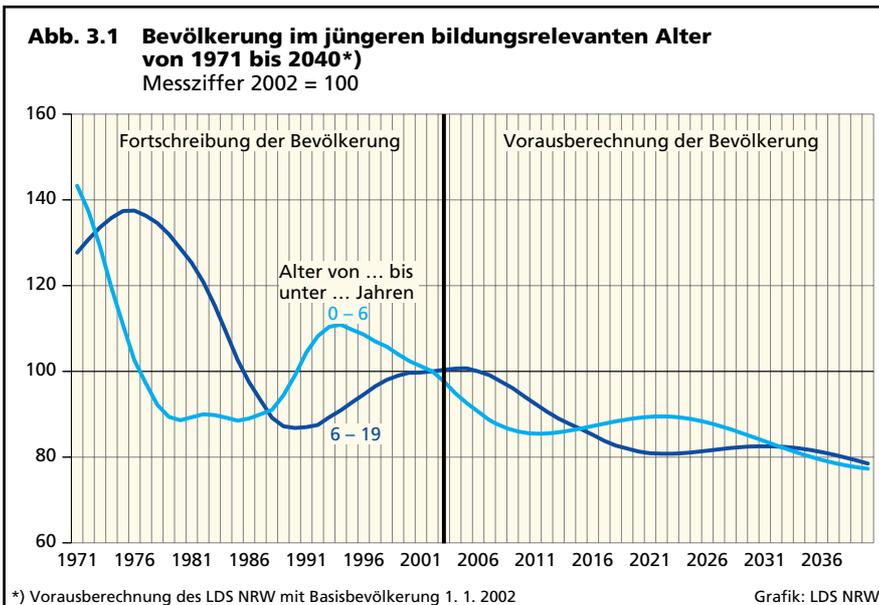
Die in diesem Band präsentierten Modellrechnungen beziehen sich hauptsächlich auf Bildungsbereiche der jüngeren bildungsrelevanten Bevölkerung. Diese wird hier als die Altersgruppe der unter 19-Jährigen definiert. Als Bevölkerung im schulrelevanten Alter wird die Altersabgrenzung 6 bis unter 19 Jahre verwendet.<sup>10)</sup> Hierunter sind anhand der formalen Schulausbildung noch wei-

10) Abweichend zu diesen Altersabgrenzungen definiert die Kulturministerkonferenz aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit als bildungsrelevante Bevölkerung die Gruppe von 5 bis unter 29 Jahren. Als schulrelevante Bevölkerungsgruppe wird oftmals die Abgrenzung „6 bis unter 21 Jahre“ gewählt (Kempkes/Seitz 2004).

tere Altersgruppen zu differenzieren, auf deren demografische Entwicklung im Folgenden eingegangen wird.

Insgesamt wird sich die Zahl der Bevölkerung im jüngeren bildungsrelevanten Alter in den kommenden Jahren sehr deutlich verringern und damit die Grundlage für die oben angedeuteten Reformen liefern. Die Zahl der unter 6-Jährigen verzeichnete bereits in den 1960er-Jahren mit über 1,6 Millionen Kindern ihr Maximum. Aufgrund des allgemeinen Geburtenrückgangs gegen Ende dieser Dekade folgte ein deutlicher Rückgang auf rund 960 000 Kinder bis Mitte der 1980er-Jahre. Der anschließende Anstieg auf bis zu 1,2 Millionen unter 6-Jährige im Jahr 1994 resultiert daraus, dass zu dieser Zeit die Frauen der stark besetzten Babyboomer-Generationen in das so genannte gebärfähige Alter kamen und entsprechend eine absolut gesehen erheblich größere Anzahl Kinder zur Welt brachten als die schwächer besetzten Generationen vor und nach ihnen. Diese Entwicklung ist also als demografischer Struktureffekt zu bewerten und nicht auf ein verändertes generatives Verhalten zurückzuführen. Seit dem genannten zahlenmäßigen Höhepunkt sinkt die Zahl der Kinder im vorschulischen Alter und erreicht nach einer leichten Erholung in den 2020er-Jahren – auch dies ein demografischer Folgeeffekt – im Jahr 2040 einen Wert von rund 840 000. Dies sind 23 % oder fast 250 000 unter 6-Jährige weniger als noch 2002.

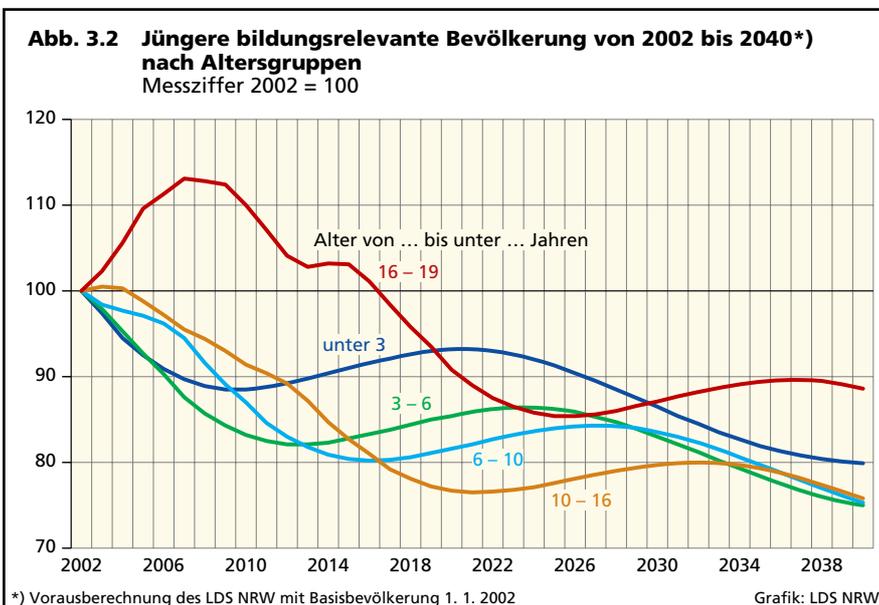
Für die Bevölkerung im schulrelevanten Alter von 6 bis unter 19 Jahren ist der oben skizzierte Verlauf eingedenk der zeitlichen Verschiebung recht ähnlich. Das Maximum war Mitte der 1970er-Jahre mit 3,6 Millionen Kindern und Jugendlichen dieser Altersgruppe erreicht. Der anschließende Rückgang führte zu einem Wert von 2,3 Millionen im Jahr 1990, bevor die Zahl wieder anstieg. Gegenwärtig ist ein erneutes Hoch der Anzahl dieser Altersgruppe zu verzeichnen – 2,6 Millionen im Jahr 2004 – bevor sich der Bestand auf rund zwei Millionen im Jahr 2040 reduzieren wird.



**3.1 Bevölkerung im jüngeren bildungsrelevanten Alter von 2002 bis 2040\*) nach Altersgruppen**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung						
	2002	2005	2010	2015	2020	2030	2040
unter 3	521 348	482 000	461 500	474 600	485 700	450 800	416 500
3 – 6	565 878	524 400	470 700	468 300	483 500	469 800	424 200
6 – 10	776 796	753 900	675 600	624 600	633 700	648 900	585 200
10 – 16	1 244 419	1 229 700	1 137 700	1 029 000	954 900	992 000	943 400
16 – 19	571 139	626 200	628 300	588 800	518 600	497 600	506 000
<b>Insgesamt</b>	<b>3 679 580</b>	<b>3 616 200</b>	<b>3 373 700</b>	<b>3 185 200</b>	<b>3 076 500</b>	<b>3 059 000</b>	<b>2 875 400</b>

\*) Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW mit Basisbevölkerung 1. 1. 2002



Eine Differenzierung nach Altersgruppen<sup>11)</sup> zeigt, dass für die Gruppe

11) Es ist anzumerken, dass alle im Folgenden verwendeten Indikatoren zur Beschreibung bestimmter Bildungsphasen nur Näherungswerte darstellen. Entsprechende Altersklassifikationen sind zwar gebräuchlich, doch bilden sie die tatsächlichen Zahlen aufgrund unterschiedlicher Einschulungspraktiken der Eltern, Seiten- und Quereinsteige nur unzureichend ab. Für die Modellrechnungen werden zum Teil genauere Altersabgrenzungen verwendet.

der unter 16-Jährigen gemessen an 2002 zukünftig nur noch Rückgänge zu erwarten sind. Die Zahl der Kinder im potenziellen Krippenalter (unter 3-Jährige) sinkt bis 2010 um 11 % oder fast 60 000; in den darauf folgenden Jahren bis 2020 findet eine leichte Steigerung statt, und 2040 liegt das Niveau um 20 % oder

über 100 000 Kinder niedriger als 2002. In der Gruppe der 3- bis unter 6-Jährigen (hier angenommen als potenzielles Kindergartenalter) verläuft die Entwicklung ähnlich: Nach Rückgängen um 18 % (rund 100 000 Personen) bis 2013 zeigt sich eine leichte Erholung, bevor der Bestand dieser Altersgruppe bis 2040 um weitere 9 % (rund 40 000 Personen) zurückgeht. Auch die potenzielle Bevölkerung im Bereich von Primar- und Sekundarstufe I (6 bis unter 16 Jahre alt) verzeichnet bis 2020 starke Rückgänge um 21 % oder rund 430 000 Kinder und Jugendliche; die anschließende leichte Erhöhung ändert jedoch nichts daran, dass langfristig die Zahlen auch dieser Altersgruppe weiter absinken werden.

Nur für die Jugendlichen im Alter von 16 bis unter 19 Jahren (potenzielle Schülerbestände der Sekundarstufe II) sind kurzfristig noch Steigerungen zu verzeichnen. 2007 soll das Maximum mit 650 000 Personen dieser Altersgruppe erreicht sein; dann verringern sich die Zahlen für diese Altersgruppe wieder. Mitte der 2020-Jahre liegt das vorläufige Minimum bei weniger als 500 000 Jugendlichen.

### **3.3 Regionale Entwicklung der Bildungsbevölkerung**

Die künftige Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen ist durch starke regionale Unterschiede auf der Ebene der kreisfreien Städte und Kreise geprägt (siehe Karte 3.1). Wird die Gesamtbevölkerung betrachtet, so ist in einigen Gebieten – hauptsächlich in Kreisen mit einer aktuell noch relativ ausgeglichenen Altersstruktur – sogar noch mit Steigerungen der Einwohnerzahlen zu rechnen. Für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 19 Jahren zeigen sich jedoch landesweit rückläufige Zahlen, allerdings variiert die Stärke des Rückgangs regional sehr deutlich. Die Spannweite der negativen Veränderungen reicht von –30 % in der kreisfreien Stadt Krefeld bis zu –4 % im Kreis Gütersloh. Besonders starke Rückgänge um mehr als 25 % werden auch in Hagen, Wuppertal, Gelsenkirchen und

Bochum erwartet. Insgesamt zeigt sich, dass die kreisfreien Städte sehr viel deutlicher von den Rückgängen der jüngeren Bevölkerung betroffen sind – nämlich durchschnittlich um 21 % bis 2020 – als die Kreise, in denen sich die Abnahme im gleichen Zeitraum nur auf durchschnittlich 14 % beläuft.

## **4 Auswirkungen des demografischen Wandels auf Bedarfe in der Kinder- und Jugendhilfe**

### **4.1 Informationen zur Statistik der Kinder- und Jugendhilfe**

Die Kinder- und Jugendhilfe umfasst einerseits die Einrichtungen der Krippen, Kindergärten und Horte; auf der anderen Seite bezieht sie sich auf die institutionalisierten Hilfen zur Erziehung im ambulanten und (teil)stationären Bereich. In der Statistik der Kinder- und Jugendhilfe werden sowohl Angaben zu Kindertageseinrichtungen als auch Daten zur Gewährung und Inanspruchnahme von Erziehungshilfen erhoben. Für beide Bereiche werden im Folgenden Modellrechnungen präsentiert, die die zukünftigen Bedarfe unter den veränderten demografischen Rahmenbedingungen abschätzen können.

Am 1. Januar 1991 trat mit dem achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII)<sup>12)</sup> das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz in Kraft und löste das bis dahin geltende, noch zu Zeiten der Weimarer Republik formulierte Jugendwohlfahrtsgesetz ab. Dies bedeutete nicht nur eine umfängliche Neuregelung der statistischen Erfassung der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Vor allem war damit der Weg für eine umfassende Neuorientierung der Kinder- und Jugendhilfe geebnet, die sich verstärkt in offener und präventiver Kinder- und Jugendarbeit zeigt und die traditionellen Formen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verdrängt hat.

12) Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 1990, BGB I.1, S. 1163. Stand: neugefasst durch Bek. 8. 12. 1998 I 3546; zuletzt geändert durch Art. 7

Im SGB VIII sind die gesetzlichen Aufgaben und Bestimmungen der Kinder- und Jugendhilfe festgelegt. So ist es das primäre Ziel, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern, vor Gefahren zu schützen und Benachteiligungen abzubauen. Eltern sollen bei der Erziehung unterstützt werden, sodass die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt dazu beiträgt, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen und zu erhalten (SGB VIII § 1). 2004 legte die damalige Bundesregierung einen Entwurf zur Erweiterung des Gesetzes vor. Dieser beinhaltet zum einen den qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung (Tagesbetreuungsgesetz TAG) und zum anderen die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetz KICK).

Im TAG wird die Verpflichtung für Kommunen konkretisiert, für Kinder im Alter von unter 3 Jahren eine dem Bedarf entsprechende Anzahl an Plätzen in Tagesbetreuungseinrichtungen vorzuhalten, sodass eine vielfältige und ausreichende Versorgungsstruktur gesichert ist, und insgesamt der Kindertagesbetreuung ein höherer bildungsspezifischer Stellenwert zugebilligt werden kann.

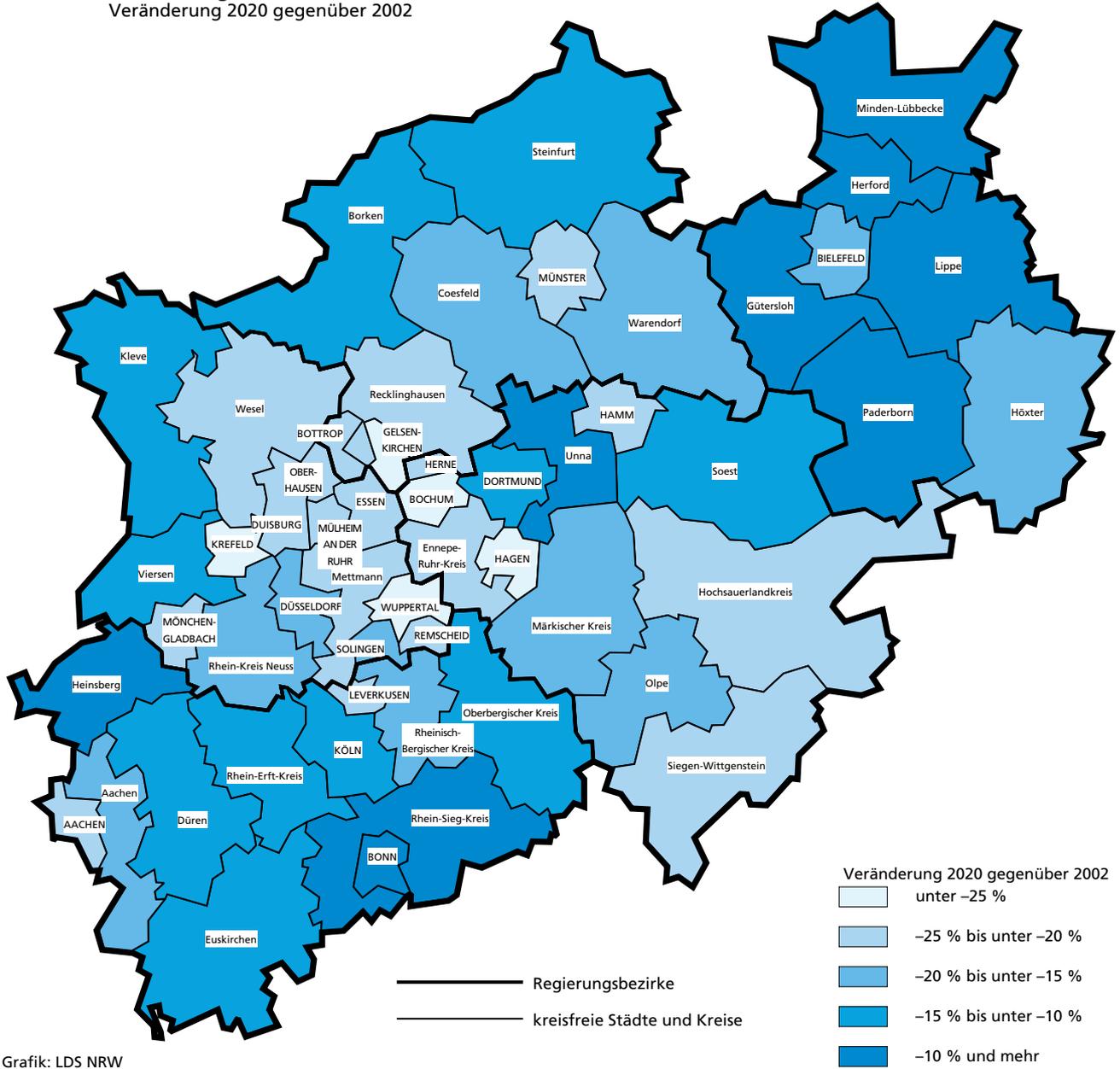
Das KICK fokussiert dagegen finanzpolitische Fragen. Neben einer Verbesserung der Datenlage zu den Erziehungshilfen durch ein erweitertes statistisches Erhebungsprogramm soll das Gesetz vor allem die Wirtschaftlichkeit der Erziehungshilfen sicherstellen, ohne Einschränkungen der Leistungen in Kauf nehmen zu müssen (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Familie und Jugend vom 8. 7. 2005).

### **4.2 Künftige Bedarfe in der institutionalisierten Kindertagesbetreuung**

#### **4.2.1 Aktuelle Kapazitäten in der Kindertagesbetreuung**

In Deutschland wurden die Kapazitäten der Kindertageseinrichtungen

**Karte 3.1 Bevölkerung im Alter von unter 19 Jahren in Nordrhein-Westfalen**  
Veränderung 2020 gegenüber 2002



Grafik: LDS NRW

bisher nur alle vier Jahre erhoben.<sup>13)</sup> Die letzte Erhebung nach alter Art fand im Jahr 2002 statt. Bedingt durch die unterschiedliche Beschäftigungs- und Familienpolitik in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR lässt sich ein grundsätzlicher Unterschied in der Versorgungssituation zwischen den neuen und alten Ländern feststellen. In der Tagesbetreuung für unter 3-Jährige weisen die neuen Länder (ohne Berlin) eine Versorgungsquote<sup>14)</sup> von durchschnittlich 37 % auf, während in Westdeutschland von 100 unter 3-Jährigen nicht einmal jedes 35. Kind in diesem Alter einen Platz bekommt. Auch in der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern (z. B. in Horten) zeigt Ostdeutschland mit 40,8 % eine etwa zehnfach höhere Quote gegenüber dem früheren Bundesgebiet (ohne West-Berlin). Hinsichtlich der Kindergartenplätze sind die Unterschiede geringer. Hier erreichen die westdeutschen Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Saarland eine Versorgungsquote von über 100 %. Insgesamt liegen die westdeutschen Länder mit einem durchschnittlichen Versorgungsanteil in den Kindergärten von rund 90 % erheblich niedriger als der ostdeutsche Durchschnitt (105 %).

Nordrhein-Westfalen weist für alle drei Versorgungsbereiche gemessen am westdeutschen Schnitt unterdurchschnittliche Werte auf. Im Versorgungsbereich für unter 3-Jährige belegt NRW gemeinsam mit Bayern sogar den letzten Platz: 2002 standen hier für 100 unter 3-Jährige nur etwa zwei Plätze zur Verfügung. Mit vier Plätzen für 100 Kinder im Schulalter bis unter 12 Jahre sind die Kapazitäten im Hortbereich ähnlich gering. Im Kindergartenbereich liegt die Versorgung in Nordrhein-Westfalen bei rund 85 %.

Mit diesen Zahlen belegt Deutschland im Vergleich zu ausgewählten EU(15)-Mitgliedstaaten bezüglich der Betreuungssituation für unter 3-

13) Ab 2006 werden erweiterte und zum Teil neu eingeführte Statistiken der Kindertagesbetreuung jeweils zum Stichtag 15. 3. jährlich erhoben. – 14) Die Versorgungsquote bezeichnet die Zahl der Plätze für 100 Kinder der entsprechenden Altersgruppe.

<b>4.1 Versorgungsquoten in der institutionellen Kindertagesbetreuung 2002 nach Bundesländern</b>			
Bundesland	Versorgungsquote für Kinder im Alter von ... Jahren		
	unter 3	3 – 6½	6½ bis unter 12
	%		
Baden-Württemberg	2,3	103,7	3,4
Bayern	2,1	87,5	5,1
Berlin	35,8	80,6	23,9
Brandenburg	44,8	96,8	49,8
Bremen	10,0	82,0	13,1
Hamburg	13,1	64,8	17,9
Hessen	3,7	92,9	7,1
Mecklenburg-Vorpommern	37,6	95,4	43,0
Niedersachsen	2,3	83,0	3,2
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>2,1</b>	<b>84,6</b>	<b>4,0</b>
Rheinland-Pfalz	2,7	105,7	3,3
Saarland	4,8	101,2	4,5
Sachsen	29,1	105,0	54,5
Sachsen-Anhalt	56,6	100,8	42,2
Schleswig-Holstein	2,6	82,1	3,9
Thüringen	22,4	126,3	3,1
<b>Deutschland</b>	<b>8,5</b>	<b>91,0</b>	<b>8,9</b>
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	2,7	89,9	4,6
Neue Länder (ohne Berlin)	37	105,1	40,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

<b>4.2 Versorgungsquoten in der institutionellen Kindertagesbetreuung im europäischen Vergleich*)</b>				
Land	Jahr	Versorgungsanteil für Kinder im Alter		
		von unter 3 Jahren	von 3 Jahren bis zum Schuleintrittsalter	vom Schuleintrittsalter bis unter 12 Jahren
		%		
Italien	1998	9,0	82,7	47,0
Niederlande	2000	51,2 <sup>1)</sup>	x	50,1 <sup>1)</sup>
Österreich	2000/01	8,6	80,8	6,0
Portugal	2001	19,2	75,3	0,8
Finnland	2000	21,3	58,8	4,3 <sup>2)</sup>
Schweden	2002	40,6	86,7	36,3
Vereinigtes Königreich	2002	44,0	89,0	81,0 <sup>3)</sup>
Dänemark	2002	57,6	93,2	74,8 <sup>2)</sup>
<b>Deutschland</b>	<b>1998</b>	<b>7,0</b>	<b>89,5</b>	<b>12,6<sup>2)</sup></b>
Spanien	2001/02	10,2	98,0	34,8
Frankreich	2000/01	42,6	100,0	x
Irland	1997/98	40,3	65,9	8,0

\*) Der europaweite Vergleich von Versorgungsquoten für Kindertageseinrichtungen ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, da die Praktiken in den einzelnen Ländern stark variieren. Die hier aufgeführten Daten sind als vorläufige Ergebnisse einem Projekt von Eurostat entnommen. Zur Methode siehe: [http://epp.eurostat.ec.eu.int/portal/page?\\_pageid=1073,46587259&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL&p\\_product\\_code=KS-CC-04-001](http://epp.eurostat.ec.eu.int/portal/page?_pageid=1073,46587259&_dad=portal&_schema=PORTAL&p_product_code=KS-CC-04-001) oder Europäische Kommission (2004) – 1) Versorgungsquote für Kinder im Alter bis unter 4 Jahren bzw. von 4 bis unter 12 Jahren – 2) Versorgungsquote für Kinder vom Schulalter bis unter 10 Jahre alt – 3) Versorgungsquote für Kinder vom Schulalter bis unter 13 Jahre alt

Jährige den niedrigsten Rang.<sup>15)</sup> Deutschland weist hier die niedrigste Versorgungsquote auf (7 %), und dies, obwohl im Osten der Versorgungsstand nahezu europäisches Niveau erreicht. Im Gegensatz dazu weisen Schweden, Frankreich, Irland und das Vereinigte Königreich Betreuungsquoten von über 40 % auf; in Dänemark und den Niederlanden

kann sogar für über die Hälfte der unter 3-Jährigen ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden. Für schulpflichtige Kinder im Alter von unter 10 Jahren liegt die Versorgungsquote in Deutschland bei 13 %. In diesem Bereich zeigen Dänemark (75 %) und das Vereinigte Königreich (81 %) die höchsten Quoten. Bei der Betreuung im Kindergartenalter liegt Deutschland im europäischen Vergleich dagegen im oberen Drittel; nur Frankreich, Spanien und Dänemark haben höhere Versorgungsquoten.

15) Die im Folgenden referierten Zahlen sind als vorläufige Ergebnisse einem Projekt von EUROSTAT zur Harmonisierung dieser Daten entnommen. Aus diesem Grund können sich Differenzen gegenüber den Zahlen des Statistischen Bundesamtes ergeben.

#### 4.2.2 Bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung in Westdeutschland

Die skizzierte Betreuungssituation insbesondere von unter 3-Jährigen in Deutschland wird inzwischen nicht nur von zahlreichen Familienvertretern<sup>16)</sup>, sondern auch von vielen Politikern kritisiert. Vor dem Hintergrund einer langfristig niedrigen Gesamtgeburtensziffer in Deutschland, die seit Jahren unter dem europäischen Durchschnitt liegt – und u. a. dadurch entstehender nachteiliger Veränderungen für z. B. die soziale Sicherung und die Erwerbstätigkeit –, hat die Thematik einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf inzwischen einen wichtigen Stellenwert auch in öffentlichen Diskussionen erreicht.

Unterschiedliche Studien belegen, dass eine umfassende institutionelle Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu beiträgt, das „Konkurrenzverhältnis“ zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität zu reduzieren. Wird z. B. der Vereinbarkeitsindex der OECD<sup>17)</sup> zugrunde gelegt, so zeigt sich, dass über ein Viertel der Varianz im generativen Verhalten durch entsprechende Vereinbarkeitsoptionen erklärt wird. Werden die im Index zusammengefassten Teilindikatoren auf ihren Zusammenhang mit der Fertilität untersucht, so ergeben sich einerseits für das Vorhandensein von flexiblen Arbeitszeitstrukturen und andererseits für eine ausreichende Betreuungsstruktur für Kinder hohe Korrelationen (Seyda 2003a und 2003b).

Die ehemalige Bundesregierung hat die im Zusammenhang mit der westdeutschen Betreuungssituation hervorgebrachten Argumente zum Anlass genommen, über das oben erwähnte Gesetz zur Kindertagesbetreuung die Einrichtungen insbesondere für unter 3-Jährige in Westdeutschland systematisch und ziel-

strebig auszubauen. Als Maßstab für das künftige Betreuungsangebot wird Bedarfsgerechtigkeit postuliert, wobei die für Westdeutschland errechneten Bedarfe sehr unterschiedlich ausfallen: Im Gesetzentwurf der Bundesregierung wird der Bedarf für Westdeutschland auf 230 000 neu zu schaffende Plätze festgelegt. Das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) in Berlin kommt dagegen bei Zugrundelegen aller spezifischen und unspezifischen Betreuungswünsche auf einen zusätzlichen Bedarf an bis zu 1,26 Millionen Plätzen für Gesamtdeutschland, an bis zu 1,04 Millionen für Westdeutschland und an bis zu 277 000 für Nordrhein-Westfalen (Wrohlich 2005).

Während in der erstgenannten Schätzung die eingehenden Kriterien hauptsächlich auf die elterliche Erwerbs- und Ausbildungssituation zurückgehen, wird in der DIW-Studie von einem freien Zugang und einer ausreichenden Platzzahl ausgegangen. Insgesamt wird also deutlich, dass die zugrunde gelegten Kriterien eine zentrale Rolle bei der Schätzung des künftigen Bedarfs spielen (Gadow 2005).

#### 4.3 Methodisches Vorgehen

In der Modellrechnung zur Kindertagesbetreuung werden zwei unterschiedliche Modelle verwendet. Modell I basiert auf den Zahlen der Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2002 der jeweiligen Altersgruppe. Auf Grundlage dieser Zahlen werden die Bedarfe an Plätzen für unter 3-Jährige, für Kinder im Kindergartenalter (3 bis 6½ Jahre) und für Kinder im Schulalter von 6½ bis unter 12 Jahren in jeweils unterschiedlichen Varianten vorausberechnet.<sup>18)</sup> Für alle Bereiche und Varianten werden die Ergebnisse auch auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise ausgewiesen.

In einer so genannten konstanten Variante werden die Versorgungsquoten des Jahres 2002 für die jeweiligen Betreuungsbereiche konstant ge-

halten. Die Erhebung zu Einrichtungen und tätigem Personal in der Kindertagesbetreuung erfolgte bisher nur alle vier Jahre zum Stichtag 31. 12.; die Zahlen des Jahres 2002 entsprechen also dem aktuellen Stand. Weil in der Bevölkerungsvorausberechnung die Daten zum jeweils 1. 1. eines Jahres vorausgeschätzt werden, dies faktisch jedoch dem 31. 12. des Vorjahres entspricht, wurde für diese Modellrechnungen die erhobene Anzahl an Plätzen vom 31. 12. 2002 auf den 1. 1. 2003 umdatiert.

Zusätzlich zu den konstanten Varianten wurden für alle Betreuungsgebiete weitere Varianten berechnet, denen jeweils unterschiedliche Zielversorgungsquoten zugrunde liegen. Ein Überblick über die unterschiedlichen Varianten aus Modell I ist den folgenden Übersichten (Seite 12) zu entnehmen.

Im Bereich der unter 3-Jährigen wurden in einer Variante die Vorhaben der Bundesregierung berücksichtigt, die bis zum Jahr 2010 die Bereitstellung von rund 230 000 Plätzen für Westdeutschland – darunter etwa 60 000 für Nordrhein-Westfalen – vorsieht. In dieser Variante „Bundesregierung“ hätte Nordrhein-Westfalen 2010 dann eine Versorgungsquote von 16,8 % vorzuweisen, die in den folgenden Modellrechnungsjahren konstant gehalten wird.

Eine zweite Variante orientiert sich an dem durchschnittlichen Versorgungsniveau in den neuen Bundesländern, welches im Jahr 2002 bei 37 % lag. In dieser Variante „Niveau neue Länder“ wird bis 2020 das Erreichen einer solchen Quote angenommen. Dabei wird eine lineare Steigerung von Jahr zu Jahr festgelegt und in den Folgejahren ab 2020 der erreichte Wert konstant gehalten.

Die dritte Variante im Betreuungsgebiet der unter 3-Jährigen (Variante „Europäisches Spitzenniveau“) geht von einer 2030 erreichten Versorgungsquote von 60 % aus, die im Anschluss konstant gehalten wird. Auch hier wird eine jährlich gleich bleibende Steigerungsrate bis zum Zielniveau zugrunde gelegt. Mit ei-

16) Vgl. hierzu z. B. die Forderungen und Stellungnahmen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen des Deutschen Familienverbandes unter <http://www.dfv-nrw.de> [12. 9. 2005]. – 17) Der Index beinhaltet Indikatoren, die es Familien erleichtern, Kinder und Karriere zu verbinden, so die gesetzlichen Mutterschutzregelungen, die familienfreundliche Ausgestaltung der Erwerbsarbeitsverhältnisse sowie Umfang der staatlichen und privaten Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten.

18) Die Zahl der 6½-Jährigen wird berechnet, indem die Zahl der 6- bis unter 7-Jährigen halbiert wird.

Varianten in Modell I für die Modellrechnung zum künftigen Bedarf an Kindertagesbetreuung								
Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige				Bedarf an Plätzen im Kindergartenbereich			Bedarf an Plätzen im Hortbereich	
basiert auf Zahlen zu unter 3-Jährigen				basiert auf Zahlen zu 3- bis 6½-Jährigen			basiert auf Zahlen zu 6½- bis unter 12-Jährigen	
konstante Variante	Variante			konstante Variante	Variante		konstante Variante	Variante Niveau Niederlande
	Bundesregierung	Niveau neue Länder	europäisches Spitzenniveau		Bundesregierung	Niveau neue Länder/ europäisches Spitzenniveau		
Versorgungsquote steigt auf ... bis ..., bleibt danach konstant								
bleibt konstant	17 % bis 2010	37 % bis 2020	60 % bis 2030	bleibt konstant	95 % bis 2010	100 % bis 2020	bleibt konstant	50 % bis 2040
Umwandlung freier Kindergartenplätze in Plätze für unter 3-Jährige im Verhältnis 2:1 bzw. 3:1								

nem solchen Betreuungsniveau würde Nordrhein-Westfalen zu europäischem Spitzenniveau anschließen.

Im Kindergartenbereich wird in der Variante „Bundesregierung“ angenommen, dass 2010 eine Versorgungsquote von 95 % erreicht wird, die in späteren Jahren konstant bleibt. Die Variante „Niveau neue Länder/europäisches Spitzenniveau“ nimmt – z. B. im Fall der Einführung eines Pflichtkindergartens – ein Versorgungsniveau von 100 % bis 2020 an.

Im Rahmen der zukünftigen Betreuungssituation schulpflichtiger Kinder in Horten (6½- bis unter 12 Jahre) wird zusätzlich zur konstanten Variante eine Variante „Niveau Niederlande“ berechnet, die im Berechnungszeitraum eine kontinuierliche Steigerung der Versorgungsquote auf 50 % bis 2040 annimmt. Dieses Niveau entspricht in etwa der Versorgungslage von Schulkindern in den Niederlanden.

Das zweite Modell wird nur für die Berechnung zur Bedarfsentwicklung im Betreuungsbereich der unter 3-Jährigen angewendet. Hier wird davon ausgegangen, dass die Erwerbstätigkeit der Mutter den entscheidenden Faktor für den Bedarf an institutionalisierten Betreuungsmöglichkeiten liefert. Aus diesem Grund liegen in diesem Modell nicht die altersspezifischen Zahlen der Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde, sondern die Zahlen zu unter 3-Jährigen aus Familien mit (normalerweise) erwerbstätigen Müttern. Die entsprechenden Quoten aus dem Mikrozensus zur Erwerbstätigkeit der Mütter mit Kindern unter 3 Jahren wurden dabei mit den altersentspre-

Varianten in Modell II für die Modellrechnung zum künftigen Bedarf an Kindertagesbetreuung	
basiert auf Zahlen zu unter 3-Jährigen aus Familien mit erwerbstätigen Müttern	
konstante Variante	Trendvariante
Erwerbsbeteiligung bleibt konstant	Erwerbsbeteiligung steigt linear <sup>1)</sup>
Versorgungsquote steigt auf 80 % bis 2020; danach bleibt Niveau konstant	
Umwandlung freier Kindergartenplätze in Plätze für unter 3-Jährige im Verhältnis 2:1 bzw. 3:1	

1) regional wird die 2010 erreichte Quote konstant gehalten

chenden Bevölkerungszahlen der Vorausberechnung verknüpft. Auch im zweiten Modell wurden mehrere Varianten berechnet.

Während in der konstanten Variante von Modell II die Quote der Erwerbsbeteiligung aus dem Jahr 2004 konstant gehalten wird, geht die Trendvariante des zweiten Modells von einer Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Müttern mit unter 3-Jährigen entsprechend der Entwicklung im Referenzzeitraum von 2002 bis 2004 aus. Auf regionaler Ebene der kreisfreien Städte und Kreise wurde der Trend der Erwerbsbeteiligung nicht im gesamten Berechnungszeitraum fortgeschrieben, sondern jeweils ab 2010 konstant gehalten.

In Modell II wird angenommen, dass 2020 eine Versorgungsquote von 80 % – bezogen auf die unter 3-Jährigen von erwerbstätigen Müttern – erreicht sein wird, die auf diesem Niveau bis zum Ende des Berechnungszeitraumes konstant gehalten wird. Hierbei liegt die Annahme zugrunde, dass etwa 20 % aller erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 3 Jahren institutionelle Betreuungsmöglichkeiten nicht wahrnehmen, sondern auf informelle Betreuungsoptionen (z. B. Großeltern) zurückgreifen. Es wird davon ausgegangen,

dass die Zielversorgungsquote von 80 % über eine lineare Steigerung von Jahr zu Jahr erreicht wird.

Im Rahmen der Bereitstellung zusätzlicher Plätze für unter 3-Jährige nach dem Tagesbetreuungsgesetz ist geplant, die aufgrund der demografischen Entwicklung frei werdenden Kindergartenplätze sukzessive in Plätze für unter 3-Jährige umzuwandeln. Dabei soll eine Nutzung der Kindergartenplätze jedoch erst erfolgen, wenn eine landesweite Quote von 95 % im Kindergartenbereich sichergestellt ist.

Eine Umrechnung von Kindergarten- in Krippenplätze kann unter zwei Perspektiven erfolgen: Wird die finanzielle Seite betrachtet, so wird geschätzt, dass ein Krippenplatz in etwa so viel kostet wie drei Kindergartenplätze (Umwandlungsverhältnis 3:1). Betrachtet man dies dagegen aus einer infrastrukturellen Sichtweise und bezieht die räumlichen Voraussetzungen und das vorhandene Personal zumindest zu Teilen ein, so ist davon auszugehen, dass ein Krippenplatz aus zwei Kindergartenplätzen entstehen kann (Umwandlungsverhältnis 2:1). Für die Berechnung des Neubedarfs an Plätzen für unter 3-Jährige wurden jeweils beide Umwandlungsmöglichkeiten einbezogen.

#### 4.4 Ergebnisse der Modellrechnungen

Entsprechend der zugrunde gelegten Annahmen zeigen sich sehr unterschiedliche Ergebnisse. Wird nur die Bevölkerungsentwicklung einbezogen – bleibt also die jeweilige Versorgungsquote konstant –, zeigen alle Betreuungsbereiche aufgrund der zurückgehenden Kinder- und Jugendlizenzen einen erheblichen Minderbedarf. Diese Zahlen liefern jedoch angesichts der artikulierten politischen Bestrebungen für einen Ausbau der Kindertagesbetreuung keine sinnvolle Planungsgrundlage, sodass im Folgenden die Ergebnisse der konstanten Varianten nur zu Vergleichszwecken dargestellt werden.

Entsprechend der Höhe der gesetzten Zielversorgungsquoten zeigen die Modellrechnungen für den Krippen- und den Hortbereich einen unterschiedlich hohen Mehrbedarf. Hier sind also grundsätzlich sehr starke Versorgungsdefizite zu verzeichnen. Im Bereich des Kindergartens ergeben die Berechnungen auf Landesebene einen zurückgehenden Bedarf, sodass die frei werdenden Kindergartenplätze zur Umwandlung in Krippenplätze genutzt werden können. In einzelnen Regionen des Landes ist jedoch trotz verringerter Kinderzahlen auch in diesem Bereich mit einem zukünftigen Mehrbedarf zu rechnen.

##### 4.4.1 Hoher Bedarf an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige

Unter den Bedingungen einer zukünftig unveränderten Versorgungsquote von 2,1 wird sich der Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige aufgrund der zurückgehenden Kinderzahlen in Zukunft verringern und im Jahr 2020 nur noch 10 400 statt 10 867 betragen. Dieser Wert markiert ein leichtes Zwischenhoch in einer sonst kontinuierlich rückläufigen Entwicklung. Die geringe Steigerung resultiert daraus, dass zu diesem Zeitpunkt die geburtenstarken Frauenjahrgänge der 1990er Jahre – ein Resultat des Baby-Booms der 1960er Jahre – in das gebärfähige Alter

**4.3 Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige von 2005 bis 2040\* nach Varianten (Modell I)**

Jahr (1. 1.)	Konstante Variante		Variante							
			Bundesregierung		Niveau neue Länder		europäisches Spitzenniveau			
	Ver-sorgungs- quote	Plätze	Zielver-sorgungs- quote	Plätze	Zielver-sorgungs- quote	Plätze	Zielver-sorgungs- quote	Plätze		
2003 <sup>1)</sup>	2,1	10 867	2,1	10 867	2,1	10 867	2,1	10 867		
2005		10 300		5,1		24 400		4,3	20 800	4,8
2010	2,1	9 900	16,8	77 500	37,0	15,2	60,0	70 300	18,2	84 000
2015		10 100		79 700		26,1		124 000	31,6	150 000
2020		10 400		81 600		179 900		45,0	218 600	
2025		10 200		80 000		176 300		52,5	249 900	
2030		9 600		75 700		167 000		270 500		
2035		9 100		71 800		158 200		256 300		
2040		8 900		70 000		154 300		249 900		

\*) Vorausberechnung basierend auf angegebenen Zielversorgungsquoten – 1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

kommen und absolut betrachtet mehr Kinder zur Welt bringen als die Generationen vor ihnen. Im Jahr 2040 werden nur noch 8 900 Plätze für unter 3-Jährige benötigt. Das entspricht einem Minus von rund 2 000 Plätzen bzw. rund 18 % der ursprünglichen Anzahl.

Ein entgegengesetztes Bild bietet sich, wenn höhere Zielversorgungsquoten zugrunde gelegt werden. Gemäß der Variante, die sich an den Zielen der Bundesregierung orientiert und eine Versorgungsquote von 16,8 % im Jahr 2010 anstrebt, müssten bis dahin 77 500 Plätze zur Verfügung stehen, also fast 67 000 Plätze neu geschaffen werden. Bei einer gleich bleibenden Betreuungssituation wird – dann aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen – der Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige noch bis 2020 auf 81 600 ansteigen und danach langsam wieder abfallen. 2040 liegt die Zahl der benötigten Plätze bei 70 000.

Nach den Varianten mit noch höheren Zielversorgungsquoten steigt der Bedarf an zukünftig zu erhaltenden und zu schaffenden Plätzen für unter 3-Jährige beträchtlich. Wird ein Versorgungsniveau wie in den neuen Bundesländern angestrebt – 37 % bis 2020 –, so ergibt sich in diesem Jahr ein Bedarf an 179 900 Plätzen. Dies ist ein Mehrbedarf von rund 169 000 Plätzen. In den Folgejahren sinkt bei einer konstant bleibenden Quote von 37 % aufgrund der geringen Ge-

burtenzahlen die Zahl der Plätze für unter 3-Jährige wieder leicht auf 154 300 (2040) ab.

Würde eine Versorgungsquote von 60 % erreicht werden, gehörte NRW hinsichtlich der institutionalisierten Tagesbetreuung für Kinder zum europäischen Spitzenniveau. Dann läge der Bedarf 2020 (Versorgungsquote von 45 %) bei 218 600 Plätzen. Im Jahr 2030 (Versorgungsquote von 60 %) belief sich die Zahl der Plätze für unter 3-Jährige auf 270 500 – hier wäre der maximale Bedarf erreicht – und 2040 auf 249 900.

##### 4.4.2 Sinkender Bedarf an Plätzen im Kindergartenbereich

Im Gegensatz zur Versorgungssituation für unter 3-Jährige, die durch starke Defizite geprägt ist, zeigt sich im Bereich der Kindergartenplätze auf Landesebene ein sinkender Bedarf (siehe Tab. 4.4). Für die Altersgruppe der Kindergartenkinder liegt die Betreuungsquote in Nordrhein-Westfalen mit 85 % vergleichsweise hoch. Zum Jahreswechsel 2002/03 wurden hier 550 432 Kindergartenplätze gezählt. Bei einer gleich bleibenden Versorgungslage wird sich entsprechend der Bevölkerungsentwicklung der 3- bis 6½-Jährigen der Bedarf an Kindergartenplätzen zunächst auf 462 000 im Jahr 2015 verringern, dann wieder leicht auf 482 100 im Jahr 2025 ansteigen und schließlich 2040 einen Wert von

419 900 erreichen. Relativ beläuft sich der an 2003 gemessene Rückgang im Jahr 2015 auf 16,1 % bzw. im Jahr 2040 auf 23,7 %. Es wird deutlich, dass aufgrund der demografischen Kohorteneffekte des Eintretens geburtenstärkerer Frauenjahrgänge in das gebärfähige Alter der Rückgang des Bedarfs an Kindergartenplätzen nicht kontinuierlich verläuft, sondern es im Jahrzehnt zwischen 2020 und 2030 noch einmal zu einer leichten Steigerung kommen wird.

Auch wenn eine Erhöhung der Versorgungsquote im Kindergartenalter auf 95 % bis 2010 erreicht wird, verringert sich die Zahl der notwendigen Plätze für diese Altersstufe. Dann werden statt der 550 432 Plätze zu Beginn des Jahres 2003 nur noch 518 500 Plätze im Jahr 2015 bzw. – nach einer leichten Steigerung auf 541 200 im Jahr 2025 – 471 300 Plätze im Jahr 2040 zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies entspricht einem Minus von circa 32 000 Plätzen oder 5,8 % im Jahr 2015 und einem Minus von circa 79 000 oder 14,4 % im Jahr 2040 jeweils gegenüber 2003.

Würde z. B. der verpflichtende Besuch des Kindergartens eingeführt, müsste eine Versorgungsquote von 100 % erreicht werden. Bei einer jährlich kontinuierlichen Steigerung wäre 2010 eine Quote von 90,4 % erreicht. Bis dahin würde der Bedarf an Kindergartenplätzen zunächst auf 498 700 zurückgehen. Bis zum Jahr 2025 würde die Zahl auf 569 600 ansteigen – also rund 19 000 Plätze mehr betragen als 2003 – und sich schließlich bis 2040 auf 496 100 Plätze verringern.

#### 4.4.3 Entwicklung des Betreuungsbedarfs für Schulkinder

Im Hortbereich zeigt sich gemäß der konstanten Variante ein nahezu stetiger Rückgang des Bedarfs an Plätzen. Er beläuft sich bis 2020 zunächst auf rund 9 000 Plätze (20 %); dann liegt der Bedarf an Plätzen noch bei 34 500. Im folgenden Jahrzehnt ist eine leichte Steigerung zu erwarten,

4.4 Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige von 2005 bis 2040* nach Varianten (Modell I)								
Jahr (1. 1.)	Konstante Variante		Variante					
			Bundesregierung		Niveau neue Länder/ europäisches Spitzenniveau			
	Ver- sorgungs- quote	Plätze	Zielver- sorgungs- quote	Plätze	Zielver- sorgungs- quote	Plätze		
2003 <sup>1)</sup>	84,6	550 432	95,0	550 432	100,0	550 432		
2005		521 800		86,4		532 500	85,6	527 800
2010		466 900				524 000	90,4	498 700
2015		462 000				518 500	95,2	519 600
2020		476 800				535 200		563 300
2025		482 100				541 200		569 600
2030		465 400				522 400		549 900
2035		439 500				493 300		519 300
2040		419 900				471 300		496 100

\*) Vorausberechnung basierend auf angegebenen Zielversorgungsquoten – 1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

4.5 Bedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige von 2005 bis 2040* nach Varianten (Modell I)					
Jahr (1. 1.)	Konstante Variante		Variante „Niveau Niederlande“		
	Versorgungsquote	Plätze	Zielversorgungsquote	Plätze	
2003 <sup>1)</sup>	4,0	43 065	50,0	43 065	
2005		41 900		6,5	68 100
2010		38 200		12,7	121 900
2015		34 700		18,9	164 700
2020		34 500		25,1	218 100
2025		35 600		31,3	280 300
2030		35 800		37,6	337 800
2035		34 400		43,8	379 000
2040		32 500		50,0	409 200

\*) Vorausberechnung basierend auf angegebenen Zielversorgungsquoten – 1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

die den weiteren Rückgang um rund 1 200 Plätze abfedert. 2040 wird unter Status-quo-Bedingungen ein Bedarf an 32 500 Plätzen erwartet, das ist etwa ein Viertel (rund 11 000) weniger als 2003.

Würde eine Anhebung der Versorgungsquote im Tagesbetreuungsbereich für Schulkinder unter 12 Jahren auf 50 % angestrebt, so erhöhte sich die Zahl der benötigten Plätze erheblich. Bis 2020 müssten dann 218 100 und bis 2040 409 200 Plätze zur Verfügung gestellt werden. Letztgenannte Zahl liegt fast 10 Mal höher als die verfügbare Anzahl an Plätzen zu Beginn des Jahres 2003.

#### 4.4.4 Erhöhter Betreuungsbedarf bei einer Erwerbstätigkeit der Mutter

In Modell II wird für die Betreuungsbedarfe der unter 3-Jährigen die Erwerbstätigkeit der Mutter als ein

wichtiger Faktor für den Bedarf an institutioneller Kindertagesbetreuung berücksichtigt. Auch nach dieser Berechnung zeigt sich ein erheblicher Mehrbedarf.

Im Jahr 2004 wurden nach Angaben des Mikrozensus in Nordrhein-Westfalen etwa 460 000 unter 3-Jährige in Familien gezählt. In dieser Zahl sind Kinder von allein Erziehenden inbegriffen, da im Mikrozensus allein Erziehende als Familie betrachtet werden. Davon lebten rund 183 000 in einer Familie, in denen die Mutter nach eigenen Angaben normalerweise erwerbstätig ist. Das entspricht einer Quote von rund 40 %.

Wird dieser Wert im Berechnungszeitraum konstant gehalten, so ist aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zunächst mit einer leichten Steigerung der Zahl der unter 3-Jährigen von erwerbstätigen Müttern zu rechnen. In den Jahren 2020 und 2021 wird es unter diesen Bedingungen

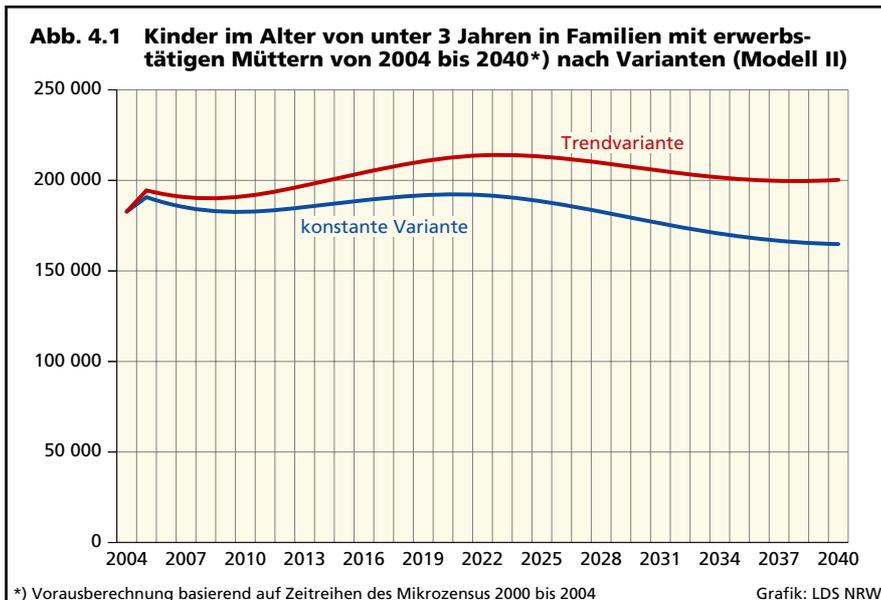
schätzungsweise 192 200 unter 3-Jährige von erwerbstätigen Müttern geben. Danach sinkt die Zahl und beträgt 2040 nur noch 164 800. Dies sind rund 18 000 oder 10 % unter 3-Jährige von erwerbstätigen Müttern weniger als 2004.

Entsprechend der Trendberechnung, in der die Tendenz einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Müttern mit unter 3-Jährigen aus dem Referenzzeitraum fortgeschrieben wird, ist dagegen mit einer Erhöhung der Zahl dieser Gruppe zu rechnen: Von 2008 bis 2023 steigt die Zahl der unter 3-Jährigen von erwerbstätigen Müttern kontinuierlich um 13 % oder knapp 24 000 an; sie liegt dann bei rund 214 000. Von da an bis 2040 sinkt der erreichte Wert wieder um 6 % oder fast 14 000 ab. Insgesamt liegt 2040 gemäß der Trendvariante die Zahl der unter 3-Jährigen von erwerbstätigen Müttern rund 18 000 Kinder oder 10 % höher als 2004.

Soll für die unter 3-Jährigen von erwerbstätigen Müttern eine Versorgungsquote von 80 % erreicht werden, so bedeutet dies sowohl gemäß der konstanten als auch der Trendvariante (Modell II) in nächster Zeit eine erhebliche Steigerung des Bedarfs an Betreuungsplätzen.

Bei einer konstanten Entwicklung der Quote erwerbsbeteiligter Mütter mit unter 3-Jährigen liegt der Platzbedarf im Jahr 2010 bei 66 000 und damit niedriger als der geschätzte Bedarf gemäß der Variante „Bundesregierung“. Dann wären für rund 36 % der unter 3-Jährigen mit erwerbstätigen Müttern Betreuungsplätze vorhanden. In den folgenden Jahren steigt der Bedarf in der konstanten Variante erheblich und erreicht 2020 den Maximalbedarf von 153 800. Dieser Wert ist beinahe doppelt so hoch wie die Schätzung nach der Variante „Bundesregierung“ für dieses Jahr. In den Folgejahren sinkt der Bedarf um rund 22 000 Plätze und liegt 2040 bei 131 900.

Wird die steigende Erwerbsbeteiligung von Müttern einbezogen, so ergibt sich ein noch höherer Bedarf. 2010 liegt die Zahl mit 69 100 (Versor-



**4.6 Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige von 2005 bis 2040\*) nach Varianten (Modell II)**

Jahr (1. 1.)	Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Familien mit erwerbstätigen Müttern		Zielver- sorgungs- quote	Plätze	
	konstante Variante	Trendvariante		konstante Variante	Trendvariante
2003 <sup>1)</sup>	201 175		5,4	10 867	
2005	190 800	194 500	14,3	27 000	27 600
2010	182 600	191 300	36,1	66 000	69 100
2015	187 800	202 000	58,1	109 000	117 300
2020	192 200	212 100	80,0	153 800	169 700
2025	188 400	213 100		150 700	170 500
2030	178 400	206 800		142 700	165 500
2035	169 100	200 700		135 200	160 600
2040	164 800	200 300		131 900	160 200

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 2000 bis 2004 und angegebenen Zielversorgungsquoten – 1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagshebung zu Tageserhebungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

gungsquote von 36,1 %) immer noch unter den Schätzwerten gemäß der Variante „Bundesregierung“. Im darauf folgenden Jahrzehnt steigt der Bedarf um rund 100 000 Plätze. Nach einem Bedarfshöhepunkt von 170 500 Plätzen im Jahr 2025, sinkt die Zahl langsam wieder ab. 2040 wird ein Bedarf an 160 200 Plätzen erwartet.

Die Ergebnisse nach der Trendvariante in Modell II sind von der Tendenz her vergleichbar mit den Ergebnissen nach der Variante „Niveau neue Länder“ (Modell I). Bei letztgenannter Variante wird 2035 und 2040 ein etwas niedrigerer Bedarf vorausgeschätzt als in der Trendvariante aus Modell II; in den Jahren davor liegen die Werte dagegen geringfügig höher.

#### 4.4.5 Neubedarf an Plätzen für unter 3-Jährige bei Nutzung freier Kindergartenplätze

Der neu zu schaffende Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige verringert sich, wenn es gelingt, die aufgrund der zurückgehenden Kinderzahlen frei werdenden Kindergartenplätze in Plätze für unter 3-Jährige umzuwandeln. Es wird angenommen, dass die Nutzung freier Kindergartenplätze erst erfolgt, wenn eine Versorgungsquote von 95 % in diesem Bereich konstant gesichert ist.

Nach den Berechnungen in Modell I (Variante „Bundesregierung“) ergibt sich bei einem Umwandlungsverhält-

nis von zwei zu eins im Jahr 2010 ein Neubedarf an 53 500 Plätzen für unter 3-Jährige. Um die anvisierte Zahl von 77 500 Plätzen zu erreichen, müssten also zusätzlich zu den vorhandenen knapp 10 900 Plätzen für unter 3-Jährige rund 26 000 frei werdende Kindergartenplätze (Minderbedarf an Kindergartenplätzen von 2003 bis 2010 nach der Variante „Bundesregierung“) umgewandelt werden. Nach Steigerungen um rund 11 000 liegt der Neubedarf an Plätzen für unter 3-Jährige 2025 bei 64 500. In den Folgejahren sinkt der Bedarf an neu zu schaffenden Plätzen aufgrund der Bevölkerungsentwicklung rapide. 2040 beläuft sich der Wert auf 19 500.

Gelingt eine Nutzung freier Kindergartenplätze nur im Verhältnis drei zu eins, so liegt der Neubedarf im Jahr 2010 rund 4 400 Plätze höher als bei einem Umwandlungsverhältnis von zwei zu eins. Im Jahr 2025 besteht unter Ausnutzung von 9 000 frei werdenden Kindergartenplätzen ein Neubedarf an 66 000 Plätzen für unter 3-Jährige, und im Jahr 2040 liegt die Zahl bei 32 700. Dann müssten gegenüber dem Ausgangsjahr 2003 rund 80 000 Kindergartenplätze in Krippenplätze umgewandelt werden.

Nach den Berechnungen gemäß der Variante „Niveau neue Länder“ liegt der Neubedarf sehr viel höher. Unter Ausnutzung von rund 15 000 Plätzen im Kindergartenbereich (Verhältnis zwei zu eins) beziffert sich der Neubedarf an Plätzen für unter 3-Jährige im Jahr 2020 auf 161 400. In den folgenden Jahren ergeben sich niedrigere Zahlen: 2040 wird unter diesen Annahmen ein Neubedarf an 103 800 Plätzen vorausgeschätzt.

Ändert sich das Umwandlungsverhältnis auf drei zu eins, so erhöht sich der Neubedarf an Plätzen für den Krippenbereich für das Jahr 2020 um 2 500 auf 163 900 und für das Jahr 2040 um rund 13 200 auf 117 000.

Entsprechend den Bedarfsschätzungen gemäß Modell II (konstante Variante) beziffert sich der Neubedarf an Plätzen für unter 3-Jährige bei einem Umwandlungsverhältnis von

4.7 Neu zu schaffende Plätze für unter 3-Jährige bei Umwandlung frei werdender Kindergartenplätze von 2005 bis 2040*) (Modell I)							
Jahr	Variante „Bundesregierung“			Variante „Niveau neue Länder“			
	Zielversorgungsquote im Modell II	Umwandlung 2:1	Umwandlung 3:1	Zielversorgungsquote im Modell II	Umwandlung 2:1	Umwandlung 3:1	
2005	5,1	4 600	7 600	4,3	1 000	4 000	
2010		53 500	57 900		15,2	46 200	50 600
2015	16,8	52 900	58 200	26,1	97 200	102 500	
2020		63 100	65 600		161 400	163 900	
2025		64 500	66 000		160 800	162 400	
2030		50 800	55 500		37,0	142 100	146 700
2035		32 300	41 900			118 800	128 300
2040		19 500	32 700			103 800	117 000

\*) Vorausberechnung basierend auf angegebenen Zielversorgungsquoten

4.8 Neu zu schaffende Plätze für unter 3-Jährige bei Umwandlung frei werdender Kindergartenplätze von 2005 bis 2040*) (Modell II)					
Jahr	Zielversorgungsquote im Modell II	Konstante Variante		Trendvariante	
		Umwandlung 2:1	Umwandlung 3:1	Umwandlung 2:1	Umwandlung 3:1
2005	14,3	7 200	10 200	7 700	10 700
2010	36,1	41 900	46 300	45 000	49 400
2015	58,1	82 200	87 600	90 500	95 800
2020	80,0	135 300	137 800	151 200	153 700
2025		135 200	136 800	155 000	156 600
2030		117 800	122 500	140 600	145 200
2035		95 800	105 300	121 200	130 700
2040		81 400	94 600	109 800	123 000

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 2000 bis 2004 und angegebenen Zielversorgungsquoten

zwei zu eins im Jahr 2010 auf 41 900, steigt dann sehr deutlich auf 135 300 Plätze im Jahr 2020 und verringert sich in der Folgejahren auf 81 400 im Jahr 2040. Bei diesen Zahlen müsste die bereits erwähnte Anzahl an Kindergartenplätzen – jeweils gegenüber dem Ausgangsjahr 2003 – umgewandelt werden: im Jahr 2010 rund 26 000, im Jahr 2020 rund 15 000 und im Jahr 2040 rund 80 000 Plätze für 3- bis 6½-Jährige.

Gemäß der Trendvariante in Modell II liegt der Neubedarf 2010 bei 45 000 und 2020 bei 151 200. Dieser vergleichsweise starke Anstieg, der auch in der konstanten Variante und in der Variante „Niveau neue Länder“ zu erkennen ist, erklärt sich nicht nur durch die jeweils höheren Zielversorgungsquoten, sondern auch dadurch, dass infolge des demografischen Struktureffektes des Einsetzens geburtenstärkerer Jahrgänge mehr Kinder geboren werden. Dadurch erhöht sich also einerseits der Bedarf an Krippenplätzen, andererseits steigt auch die Nachfrage nach Kindergartenplätzen, so dass weniger Plätze zur Umwandlung zur Verfügung stehen.

Liegt das Umwandlungsverhältnis bei drei zu eins, erhöht sich der Neubedarf entsprechend der oben erwähnten Platzanzahl: Im Jahr 2010 müssten dann 4 400 mehr Plätze neu geschaffen werden, also insgesamt 46 300 (konstante Variante) bzw. 49 400 (Trendvariante). Im Jahr 2020 läge der Neubedarf um 2 500 Plätze höher bei 137 800 (konstante Variante) bzw. 153 700 (Trendvariante) und im Jahr 2040 um 13 200 Plätze höher bei 94 600 (konstante Variante) bzw. 123 000 (Trendvariante).

#### 4.4.6 Regional unterschiedlicher Bedarf in der Kindertagesbetreuung

Der Bedarf nach institutionalisierter Kindertagesbetreuung fällt regional sehr unterschiedlich aus. Für ausgewählte Varianten werden hier die Bedarfsschätzungen in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens bis 2020 vorgestellt.

Entsprechend den Ergebnissen nach der konstanten Variante aus Modell II werden im Bereich der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige die

**4.9 Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige von 2005 bis 2020\*  
nach kreisfreien Städten und Kreisen (Modell II, konstante Variante)**

Verwaltungsbezirk	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf</b>					
Düsseldorf, krfr. Stadt	797	1 400	2 300	3 200	4 200
Duisburg, krfr. Stadt	239	500	1 200	2 000	2 700
Essen, krfr. Stadt	492	1 000	2 200	3 400	4 500
Krefeld, krfr. Stadt	51	300	900	1 500	2 100
Mönchengladbach, krfr. Stadt	29	300	900	1 500	2 100
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	77	200	400	700	1 000
Oberhausen, krfr. Stadt	61	300	900	1 500	2 100
Remscheid, krfr. Stadt	12	100	300	500	700
Solingen, krfr. Stadt	82	200	600	1 000	1 400
Wuppertal, krfr. Stadt	178	300	600	1 000	1 400
Kleve, Kreis	33	300	900	1 600	2 400
Mettmann, Kreis	114	600	1 700	2 800	3 900
Rhein-Kreis Neuss	296	900	1 900	3 100	4 400
Viersen, Kreis	33	500	1 500	2 700	4 000
Wesel, Kreis	126	500	1 200	2 100	2 900
<b>Reg.-Bez. Köln</b>					
Aachen, krfr. Stadt	198	200	600	900	1 300
Bonn, krfr. Stadt	266	600	1 400	2 400	3 400
Köln, krfr. Stadt	1 116	2 100	4 000	5 900	7 900
Leverkusen, krfr. Stadt	125	200	400	700	1 000
Aachen, Kreis	73	300	900	1 600	2 300
Düren, Kreis	21	200	700	1 200	1 700
Rhein-Erft-Kreis	58	500	1 400	2 400	3 400
Euskirchen, Kreis	-	200	600	1 100	1 700
Heinsberg, Kreis	24	200	800	1 400	2 100
Oberbergischer Kreis	41	400	1 300	2 300	3 300
Rheinisch-Bergischer Kreis	328	700	1 500	2 500	3 500
Rhein-Sieg-Kreis	176	900	2 500	4 300	6 300
<b>Reg.-Bez. Münster</b>					
Bottrop, krfr. Stadt	67	100	200	400	500
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	129	300	600	1 000	1 300
Münster, krfr. Stadt	453	700	1 200	1 700	2 300
Borken, Kreis	115	600	1 700	3 100	4 600
Coesfeld, Kreis	91	400	1 100	1 800	2 700
Recklinghausen, Kreis	425	1 000	2 300	3 600	5 000
Steinfurt, Kreis	205	700	1 900	3 300	4 900
Warendorf, Kreis	234	700	1 600	2 700	3 800
<b>Reg.-Bez. Detmold</b>					
Bielefeld, krfr. Stadt	355	700	1 600	2 500	3 400
Gütersloh, Kreis	415	900	2 100	3 600	5 200
Herford, Kreis	316	500	1 100	1 900	2 700
Höxter, Kreis	58	100	400	700	900
Lippe, Kreis	439	700	1 400	2 300	3 200
Minden-Lübbecke, Kreis	250	500	1 100	1 900	2 700
Paderborn, Kreis	194	700	1 700	2 900	4 100
<b>Reg.-Bez. Arnberg</b>					
Bochum, krfr. Stadt	234	500	1 000	1 500	2 000
Dortmund, krfr. Stadt	487	900	1 700	2 600	3 500
Hagen, krfr. Stadt	104	300	700	1 100	1 500
Hamm, krfr. Stadt	170	400	1 000	1 700	2 300
Herne, krfr. Stadt	70	100	200	300	400
Ennepe-Ruhr-Kreis	185	400	900	1 500	2 100
Hochsauerlandkreis	110	400	1 100	1 900	2 700
Märkischer Kreis	138	500	1 500	2 600	3 600
Olpe, Kreis	-	200	600	1 000	1 500
Siegen-Wittgenstein, Kreis	213	400	1 000	1 700	2 400
Soest, Kreis	251	600	1 500	2 500	3 500
Unna, Kreis	113	500	1 400	2 500	3 700
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>10 867</b>	<b>27 000</b>	<b>66 000</b>	<b>109 000</b>	<b>153 800</b>

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen des Mikrozensus 2000 bis 2004 und Zielversorgungsquoten – 1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

meisten neuen Plätze in Köln benötigt (+6 800 Plätze). Den zweitgrößten Mehrbedarf an Plätzen für diese Altersgruppe verzeichnet der Rhein-Sieg-Kreis mit 6 100 Plätzen. Erst in vergleichsweise großem Abstand folgen der Kreis Steinfurt und der Kreis Gütersloh (jeweils 4 700 Plätze). Am geringsten fällt der Mehrbedarf in den kreisfreien Städten Remscheid (700 Plätze), Bottrop (500 Plätze) und Herne (300 Plätze) aus. Diese Differenzen resultieren einerseits aus den regional unterschiedlichen Bevölkerungszahlen der unter 3-Jährigen; andererseits aus den regionalspezifischen Anteilen erwerbstätiger Mütter.

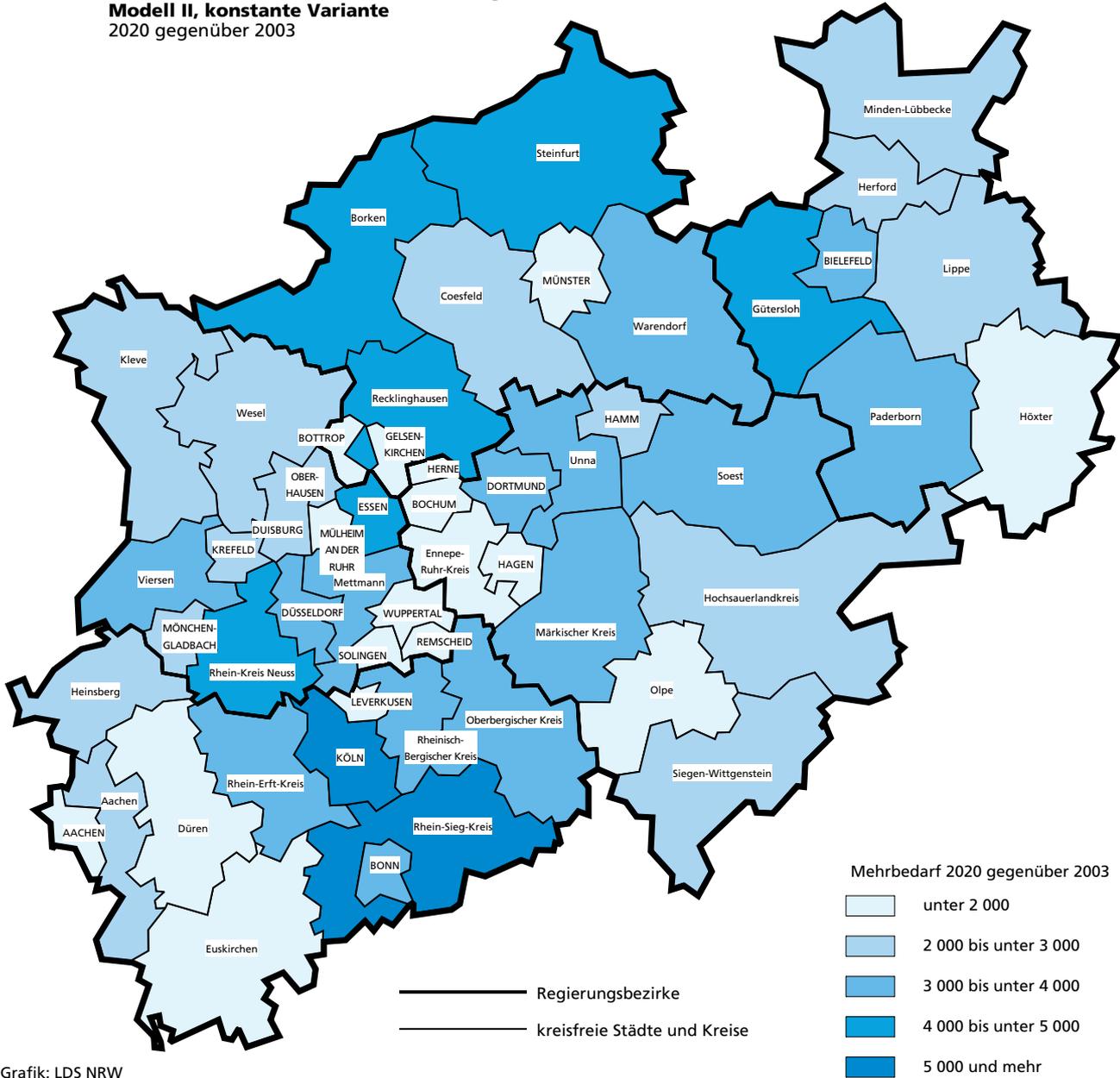
Im Kindergartenbereich zeigen sich die regionalen Unterschiede noch deutlicher, denn während es in einigen Regionen noch einen Mehrbedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige gibt, verzeichnen andere Gebiete, bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung, einen Minderbedarf (siehe Tabelle 4.10 und Karte 4.2).

Ein deutlicher Mehrbedarf 2020 gegenüber 2003 lässt sich im Kreis Minden-Lübbecke<sup>19)</sup> (2 100 Plätze), im Rhein-Sieg-Kreis (1 900 Plätze) und im Kreis Gütersloh (1 800 Plätze) feststellen. In anderen Regionen, wie zum Beispiel in den Kreisen Düren und Euskirchen verläuft die Bedarfsentwicklung für Kindergartenplätze bis 2020 verhältnismäßig gleichmäßig und erreicht im Jahr 2020 in etwa den Stand aus dem Jahr 2003. Im Kreis Recklinghausen und in der kreisfreien Stadt Bochum ist hingegen der für diesen Zeitraum vorausberechnete Minderbedarf 2020 gegenüber 2003 mit jeweils 2 300 Plätzen vergleichsweise groß und wird in der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen, im Kreis Mettmann (jeweils 1 800 Plätze) und im Kreis Wesel (1 700 Plätze) ebenfalls hoch ausfallen.

Der Bedarf an Hortplätzen 2020 gegenüber 2003 steigt gemäß der Variante „Niveau Niederlande“ (Mo-

19) Auch der Kreis Unna zeigt einen ähnlich hohen Mehrbedarf. Es ist jedoch zu beachten, dass die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für den Kreis Unna mit einem nicht näher quantifizierbaren Risiko behaftet sind. Dieses ist auf Sondereinflüsse durch die dortige Aufnahmestelle für Spätaussiedler (starke Fluktuation, überdurchschnittliche Zu- und Fortzüge) zurückzuführen.

**Karte 4.1 Mehrbedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in Nordrhein-Westfalen  
Modell II, konstante Variante  
2020 gegenüber 2003**



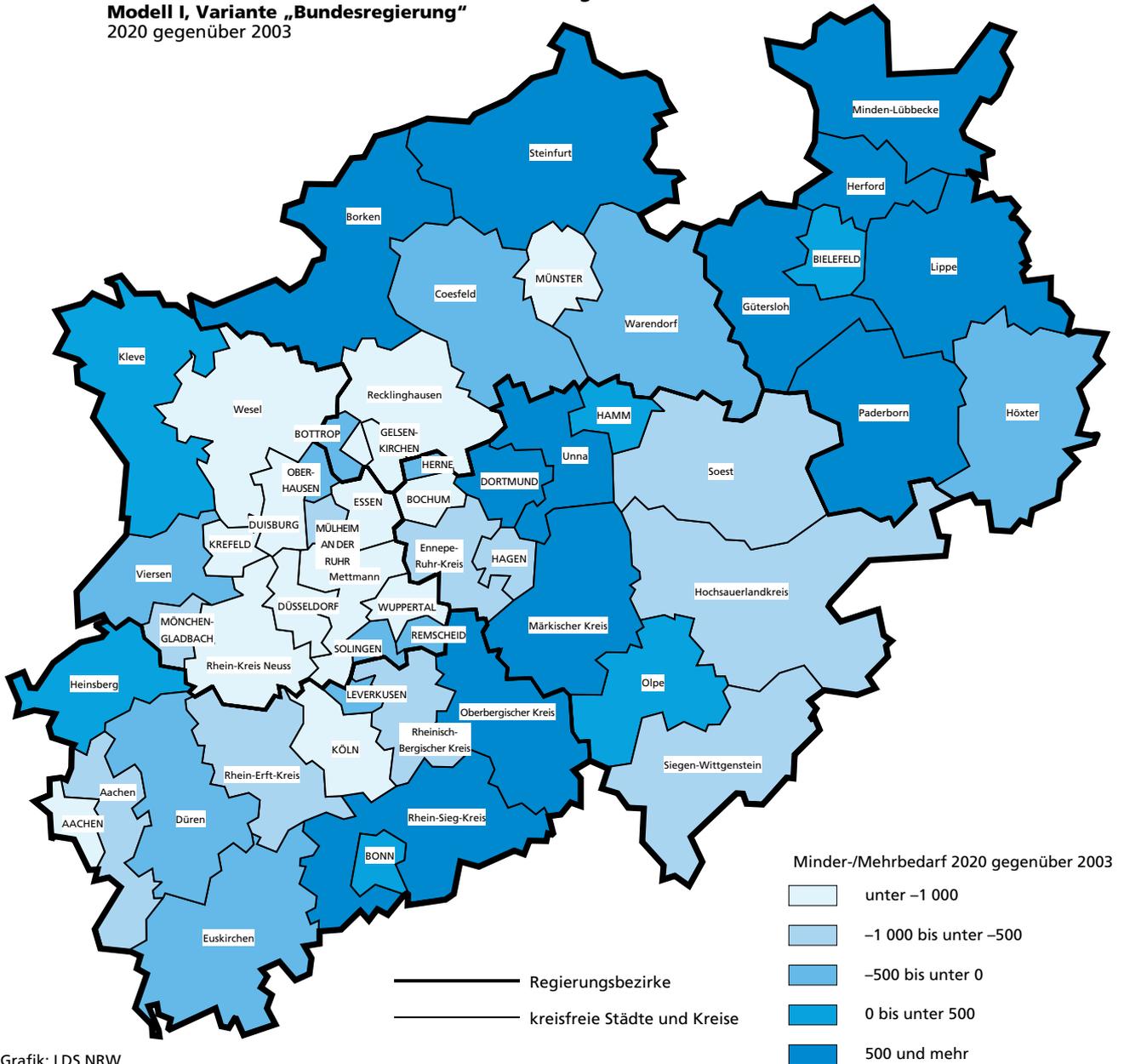
Grafik: LDS NRW

**4.10 Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige von 2005 bis 2020\*) nach kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I, Variante „Bundesregierung“)**

Verwaltungsbezirk	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf</b>					
Düsseldorf, krfr. Stadt	14 872	14 400	13 900	13 300	13 500
Duisburg, krfr. Stadt	15 069	14 000	13 600	13 500	13 700
Essen, krfr. Stadt	15 046	14 600	14 300	13 700	13 700
Krefeld, krfr. Stadt	7 139	6 600	5 800	5 500	5 600
Mönchengladbach, krfr. Stadt	7 786	7 400	7 100	7 000	7 300
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	4 896	4 600	4 100	3 900	4 000
Oberhausen, krfr. Stadt	6 108	5 800	5 700	5 600	5 700
Remscheid, krfr. Stadt	3 766	3 600	3 400	3 300	3 300
Solingen, krfr. Stadt	4 825	4 600	4 600	4 500	4 700
Wuppertal, krfr. Stadt	9 839	9 500	8 900	8 500	8 500
Kleve, Kreis	9 891	9 600	9 400	9 500	10 100
Mettmann, Kreis	14 969	14 500	13 800	13 100	13 200
Rhein-Kreis Neuss	14 134	13 700	13 000	12 600	12 900
Viersen, Kreis	9 835	9 600	9 300	9 200	9 700
Wesel, Kreis	14 855	14 200	13 000	12 700	13 100
<b>Reg.-Bez. Köln</b>					
Aachen, krfr. Stadt	7 078	6 800	5 900	5 700	5 800
Bonn, krfr. Stadt	8 895	8 800	8 600	8 600	8 900
Köln, krfr. Stadt	27 183	26 900	26 600	25 600	25 800
Leverkusen, krfr. Stadt	4 546	4 400	4 200	4 100	4 200
Aachen, Kreis	10 424	9 900	9 300	9 200	9 600
Düren, Kreis	9 190	8 700	8 500	8 700	9 200
Rhein-Erft-Kreis	14 329	13 800	13 600	13 300	13 600
Euskirchen, Kreis	6 408	6 200	6 000	6 000	6 400
Heinsberg, Kreis	8 641	8 200	8 300	8 500	9 000
Oberbergischer Kreis	8 818	8 700	9 900	10 100	10 400
Rheinisch-Bergischer Kreis	8 855	8 600	8 200	8 000	8 300
Rhein-Sieg-Kreis	18 860	18 700	19 600	19 700	20 700
<b>Reg.-Bez. Münster</b>					
Bottrop, krfr. Stadt	3 508	3 400	3 300	3 200	3 300
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	8 614	8 200	7 100	6 800	6 800
Münster, krfr. Stadt	7 746	7 500	6 600	6 200	6 300
Borken, Kreis	13 347	13 000	13 100	13 200	14 000
Coesfeld, Kreis	7 967	7 700	7 500	7 300	7 700
Recklinghausen, Kreis	20 277	19 200	18 100	17 800	18 000
Steinfurt, Kreis	15 096	14 900	15 100	15 000	15 800
Warendorf, Kreis	9 851	9 700	9 500	9 300	9 500
<b>Reg.-Bez. Detmold</b>					
Bielefeld, krfr. Stadt	8 857	8 700	9 200	9 000	9 200
Gütersloh, Kreis	11 641	11 600	12 600	12 700	13 500
Herford, Kreis	7 894	7 600	8 100	8 200	8 700
Höxter, Kreis	5 323	5 100	5 000	4 900	5 100
Lippe, Kreis	11 147	11 000	11 900	12 100	12 800
Minden-Lübbecke, Kreis	9 666	9 500	10 500	11 000	11 700
Paderborn, Kreis	10 150	10 100	10 700	10 900	11 400
<b>Reg.-Bez. Arnsberg</b>					
Bochum, krfr. Stadt	10 651	10 300	8 800	8 400	8 300
Dortmund, krfr. Stadt	16 004	15 500	16 400	16 300	16 600
Hagen, krfr. Stadt	5 759	5 400	5 200	5 000	5 100
Hamm, krfr. Stadt	5 645	5 300	5 600	5 600	5 700
Herne, krfr. Stadt	4 569	4 500	4 400	4 200	4 200
Ennepe-Ruhr-Kreis	9 424	9 100	8 800	8 500	8 600
Hochsauerlandkreis	9 407	9 100	8 600	8 400	8 700
Märkischer Kreis	13 963	13 500	13 500	14 000	14 600
Olpe, Kreis	4 734	4 700	4 600	4 600	4 800
Siegen-Wittgenstein, Kreis	9 284	8 700	8 400	8 300	8 400
Soest, Kreis	10 501	10 300	9 600	9 600	10 000
Unna, Kreis	13 150	12 800	13 600	14 400	15 500
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>550 432</b>	<b>532 500</b>	<b>524 000</b>	<b>518 500</b>	<b>535 200</b>

\*) Vorausberechnung basierend auf Zielversorgungsquoten – 1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

**Karte 4.2 Minder-/Mehrbedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige in Nordrhein-Westfalen  
Modell I, Variante „Bundesregierung“  
2020 gegenüber 2003**



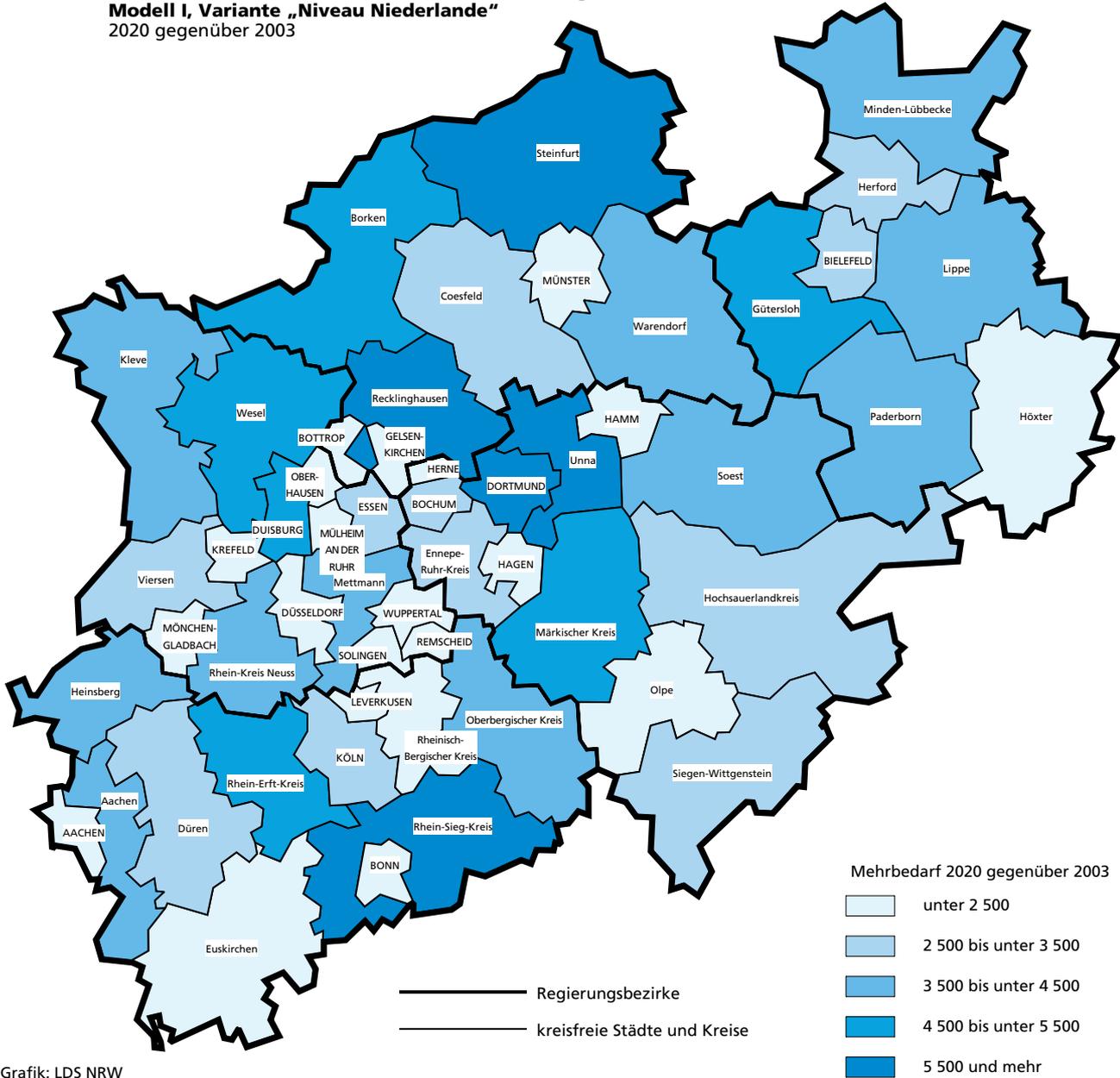
Grafik: LDS NRW

**4.11 Bedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige von 2005 bis 2020\*) nach kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I, Variante „Niveau Niederlande“)**

Verwaltungsbezirk	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf</b>					
Düsseldorf, krfr. Stadt	3 136	3 500	4 100	4 600	5 200
Duisburg, krfr. Stadt	507	1 200	2 700	4 000	5 500
Essen, krfr. Stadt	2 220	2 700	3 700	4 500	5 500
Krefeld, krfr. Stadt	670	900	1 400	1 800	2 200
Mönchengladbach, krfr. Stadt	534	900	1 600	2 200	2 900
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	372	600	1 000	1 300	1 600
Oberhausen, krfr. Stadt	285	600	1 200	1 700	2 300
Remscheid, krfr. Stadt	480	600	900	1 100	1 300
Solingen, krfr. Stadt	543	800	1 100	1 500	1 900
Wuppertal, krfr. Stadt	1 210	1 500	2 300	2 800	3 400
Kleve, Kreis	343	900	2 100	3 000	4 200
Mettmann, Kreis	1 500	2 100	3 500	4 400	5 500
Rhein-Kreis Neuss	1 783	2 300	3 500	4 200	5 300
Viersen, Kreis	755	1 200	2 300	3 000	4 000
Wesel, Kreis	612	1 300	2 900	4 000	5 500
<b>Reg.-Bez. Köln</b>					
Aachen, krfr. Stadt	1 412	1 500	1 800	2 000	2 300
Bonn, krfr. Stadt	1 131	1 400	2 200	2 700	3 500
Köln, krfr. Stadt	6 994	7 400	8 500	9 100	10 100
Leverkusen, krfr. Stadt	534	700	1 100	1 300	1 700
Aachen, Kreis	215	700	1 900	2 800	3 900
Düren, Kreis	427	900	1 800	2 600	3 700
Rhein-Erft-Kreis	774	1 500	3 000	4 300	5 700
Euskirchen, Kreis	215	500	1 300	1 900	2 600
Heinsberg, Kreis	196	700	1 700	2 600	3 700
Oberbergischer Kreis	299	800	2 000	3 000	4 300
Rheinisch-Bergischer Kreis	1 282	1 600	2 300	2 800	3 400
Rhein-Sieg-Kreis	739	1 800	4 200	6 200	8 600
<b>Reg.-Bez. Münster</b>					
Bottrop, krfr. Stadt	327	500	800	1 000	1 400
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	495	900	1 600	2 100	2 800
Münster, krfr. Stadt	479	800	1 500	2 000	2 500
Borken, Kreis	202	1 000	2 600	4 000	5 700
Coesfeld, Kreis	250	700	1 600	2 300	3 200
Recklinghausen, Kreis	859	1 800	3 900	5 500	7 400
Steinfurt, Kreis	169	1 100	3 100	4 600	10 200
Warendorf, Kreis	401	900	2 100	2 900	3 900
<b>Reg.-Bez. Detmold</b>					
Bielefeld, krfr. Stadt	1 143	1 500	2 300	2 900	3 700
Gütersloh, Kreis	393	1 100	2 600	4 000	5 500
Herford, Kreis	834	1 200	2 000	2 700	3 600
Höxter, Kreis	167	400	1 000	1 500	2 100
Lippe, Kreis	985	1 600	2 800	3 900	5 300
Minden-Lübbecke, Kreis	582	1 100	2 200	3 300	4 700
Paderborn, Kreis	313	900	2 200	3 300	4 700
<b>Reg.-Bez. Arnsberg</b>					
Bochum, krfr. Stadt	812	1 200	2 100	2 700	3 400
Dortmund, krfr. Stadt	1 107	1 900	3 500	5 100	6 800
Hagen, krfr. Stadt	423	700	1 200	1 600	2 000
Hamm, krfr. Stadt	522	800	1 200	1 700	2 200
Herne, krfr. Stadt	326	500	1 000	1 300	1 700
Ennepe-Ruhr-Kreis	761	1 200	2 100	2 800	3 600
Hochsauerlandkreis	176	700	1 700	2 600	3 500
Märkischer Kreis	814	1 500	3 000	4 200	5 900
Olpe, Kreis	81	300	900	1 400	2 000
Siegen-Wittgenstein, Kreis	326	800	1 700	2 500	3 500
Soest, Kreis	378	900	2 100	3 000	4 100
Unna, Kreis	572	1 300	2 800	4 300	6 200
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>43 065</b>	<b>68 100</b>	<b>121 900</b>	<b>164 700</b>	<b>218 100</b>

\*) Vorausberechnung basierend auf Zielversorgungsquoten – 1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

**Karte 4.3 Mehrbedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige in Nordrhein-Westfalen  
Modell I, Variante „Niveau Niederlande“  
2020 gegenüber 2003**



Grafik: LDS NRW

dell I) in allen Regionen (siehe Tabelle 4.11 und Karte 4.3). Am größten ist der Mehrbedarf im Kreis Steinfurt (10 000 Plätze), im Rhein-Sieg-Kreis (7 900 Plätze) und im Kreis Recklinghausen (6 600 Plätze). Am geringsten fällt er in den kreisfreien Städten Aachen (800 Plätze), Remscheid (900 Plätze) und Bottrop (1 000 Plätze) aus.

## 4.5 Fazit

Der von politischer Seite geforderte möglichst rasche Ausbau der institutionalisierten Kindertagesbetreuung wurde in den Modellrechnungen durch entsprechende Zielversorgungsquoten einbezogen (Modell I). Danach zeigt sich für die Betreuungsbe- reiche sowohl der unter 3-Jährigen als auch der Schulkinder bis unter 12 Jahren ein landesweit erheblicher Mehrbedarf an Plätzen. Im Kindergartenbereich ist dagegen infolge der zurückgehenden Bevölkerungszahlen im Kindesalter ein sinkender Bedarf anzunehmen, weil hier die Versorgungsquote derzeit schon sehr hoch ist.

Zusätzlich durchgeführte Bedarfs- schätzungen, die als wichtigsten Pa- rameter für einen Betreuungsbedarf die Erwerbstätigkeit der Mütter an- nehmen (Modell II), kommen eben- falls zu dem Ergebnis, dass die Ver- sorgungssituation für unter 3-Jähri- ge ein Defizit aufweist. Es beträgt gemäß der konstanten Variante rund 154 000 Plätze im Jahr 2020 bzw. rund 132 000 im Jahr 2040.

Um die Schaffung der notwendigen Plätze für unter 3-Jährige ökonomi- scher zu bewerkstelligen, erscheint es sinnvoll, die frei werdenden Kindergar- tenplätze – nach Erreichen einer Ver- sorgungsquote von 95 % bis 2010 in diesem Bereich – in Plätze für unter 3- Jährige umzuwandeln. Bei einem Um- wandlungsverhältnis von zwei Kinder- gartenplätzen in einen Krippenplatz würde sich der Neubedarf bis 2040 um 40 000 Plätze verringern. Das heißt, 80 000 Kindergartenplätze müssten von 2003 bis 2040 in Plätze für unter 3- Jährige umgewandelt werden.

In den einzelnen Regionen fallen die Bedarfsentwicklungen unterschied-

lich aus. Für die benötigte Anzahl an Plätzen für unter 3-Jährige und für Schulkinder bis unter 12 Jahren zei- gen sich in allen kreisfreien Städten und Kreisen bis 2020 Mehrbedarfe; diese variieren nur in der jeweiligen Höhe. Im Kindergartenbereich kön- nen manche Regionen – vornehmlich Gebiete im und um das Ruhrgebiet – auch mit einem zurückgehenden Be- darf rechnen. In zahlreichen Kreisen ist jedoch auch hier aufgrund der noch relativ hohen Bevölkerungszah- len im Kindesalter mit einem zukünf- tig steigenden Bedarf zu rechnen.

## 4.6 Künftige Bedarfe in der institutionalisierten Erziehungshilfe

### 4.6.1 Formen der erzieherischen Hilfen

Die institutionalisierte Erziehungshil- fe wird gewährt bis zum vollendeten 26. Lebensjahr; sie umfasst mehrere Hilfearten. Zunächst ist die Einteil- lung in ambulante und stationäre bzw. teilstationäre Erziehungshilfen relevant, wobei die deutliche Mehr- heit an Unterstützungsleistungen im ambulanten Bereich gewährt wird. Der vom Gesetzgeber als Ziel vorge- gebene Vorrang der ambulanten Hil- fen ist inzwischen weitgehend etab- liert. Stationäre Hilfen werden in der Praxis hauptsächlich bei sehr proble- matischen Klientinnen und Klienten als angemessen bewertet. Unter an- derem aus diesem Grund wird in den folgenden Ausführungen nur die In- anspruchnahme der ambulanten Er- ziehungshilfen betrachtet.

Im Rahmen der ambulanten Hilfen lassen sich drei Formen unterschei- den: Die so genannte institutionelle Beratung (§ 28 SGB VIII) umfasst Er- ziehungs-, Familien-, Jugend- und Suchtberatung. Sie soll Kindern, Ju- gendlichen und Eltern bzw. Erzie- hungsberechtigten bei der Bewälti- gung individueller oder familienspe- zifischer Probleme helfen und Lösun- gen bereithalten. Häufig wird diese Form der Beratung in Fällen von Trennung oder Scheidung der Eltern in Anspruch genommen. Bei der Be- treuung einzelner junger Menschen

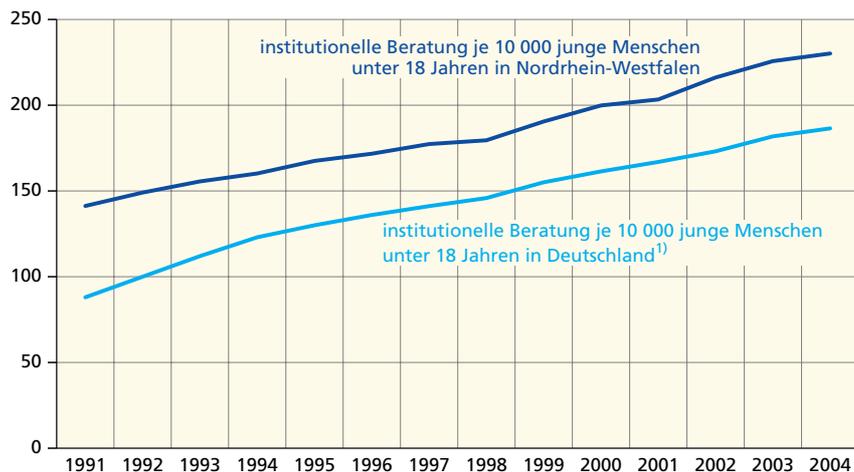
(§§ 29 – 30 SGB VIII) versucht ein Er- ziehungsbeistand oder Betreuungshil- fer dem (häufig verhaltensgestör- ten oder entwicklungsgehemmten) Kind bzw. Jugendlichen unter Einbe- zug seines sozialen Umfelds, bei der Bewältigung der Probleme und dem Prozess der Verselbstständigung bei- zustehen, ohne den Familienbezug zu verlieren. Insbesondere bei älte- ren Kindern und Jugendlichen sollen durch Teilnahme an sozialer Grup- penarbeit Verhaltens- und Entwick- lungsschwierigkeiten überwunden werden. Die sozialpädagogische Fa- milienhilfe (§ 31 SGB VIII) ist eine in- tensive, auf längere Dauer angelegte und alle Familienmitglieder einbe- ziehende Betreuung und Begleitung von Familien, die u. a. bei Erzie- hungsaufgaben, Alltagsproblemen, Konflikten und Krisen Hilfe zur Selbsthilfe geben soll.

### 4.6.2 Veränderungen bei der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen

Die Inanspruchnahme der Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe hat, wie bereits angedeutet, in den letz- ten Jahren trotz eines Rückgangs der Bevölkerung im Kindes- und Jugend- alter sehr deutlich zugenommen.<sup>20)</sup> Dies ist nicht nur auf schwierigere Bedingungen für Familien aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen zu- rückzuführen, sondern auch auf ver- besserte Leistungen und adäquatere Unterstützungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe. Die vom Gesetzge- ber initiierte Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zum 1. 1. 1991 hat dabei zu diesem Einstellungs- wandel beigetragen, indem die an Kontrolle und Zwang orientierten Maßnahmen aus Zeiten der Weima-

20) Bei der Darstellung der zeitlichen Entwick- lung werden aus Vergleichsgründen die jewei- ligen Zahlen für die beendeten Hilfen herange- zogen. Weil im Bereich der institutionellen Be- ratungen die Hilfen meist von kurzer Dauer sind, werden für diese Hilfeart auch nur die Zahlen der beendeten Beratungen erhoben. Im Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe sowie der Betreuung einzelner junger Men- schen wird auch der Bestand zum jeweiligen Stichtag am Jahresende erhoben, denn diese Leistungen dauern in der Regel über einen län- geren Zeitraum an. Aus diesem Grund wird an ausgewiesenen Stellen für die beiden letztge- nannten Hilfearten auch die Summe aus been- deten und am 31. 12. andauernden Hilfen ver- wendet.

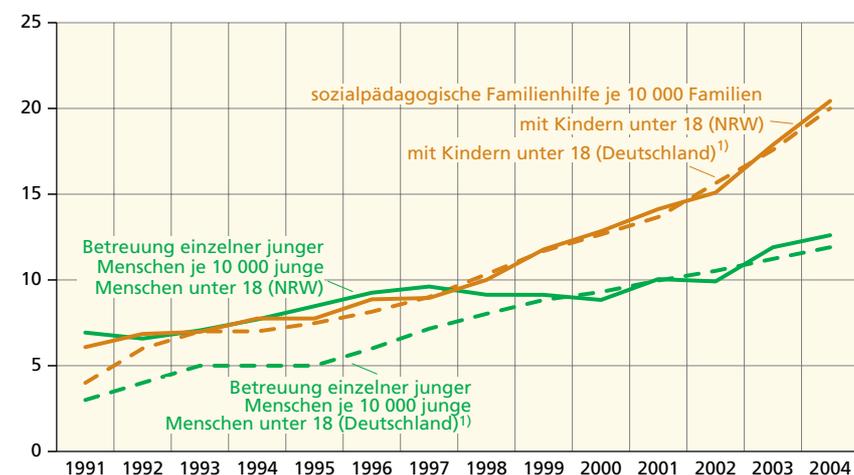
**Abb. 4.2 Institutionelle Beratung\*) in Deutschland und Nordrhein-Westfalen von 1991 bis 2004**



\*) beendete Hilfen – 1) Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

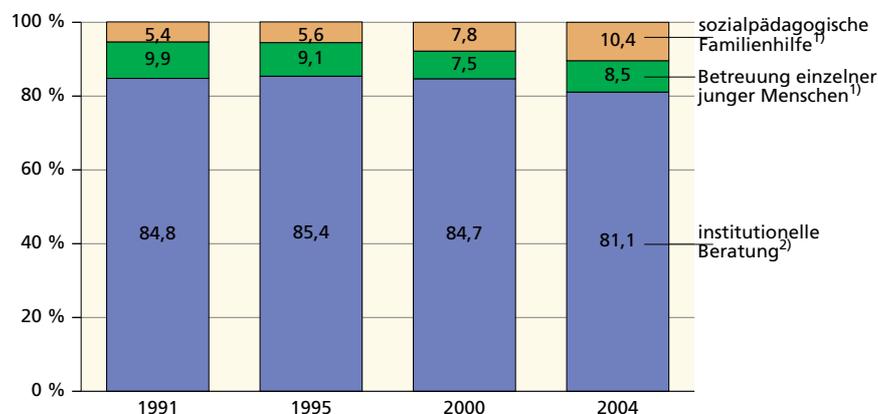
**Abb. 4.3 Ausgewählte ambulante Erziehungshilfen\*) in Deutschland und Nordrhein-Westfalen von 1991 bis 2004**



\*) beendete Hilfen – 1) Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

**Abb. 4.4 Ambulante Erziehungshilfen von 1991 bis 2004 nach Hilfearten**



1) beendete und am 31. 12. in Anspruch genommene Hilfen – 2) beendete Hilfen

Grafik: LDS NRW

rer Republik durch eine präventive Orientierung und offene Arbeit mit jungen Menschen ersetzt wurden. Dies zeigt sich u. a. auch darin, dass

ambulante Hilfestellungen innerhalb der Familie gegenüber einer stationären Unterbringung favorisiert werden (Statistisches Bundesamt 2003).

Entsprechend der modernen und präventiv ausgerichteten Zielsetzung ist seit 1991 die Inanspruchnahme der ambulanten Erziehungshilfen überproportional angestiegen. So wuchs beispielsweise die Inanspruchnahme der institutionellen Beratung zwischen 1991 und 2004 in Nordrhein-Westfalen von 141 auf 230 je 10 000 junge Menschen im Alter von unter 18 Jahren. In Deutschland belief sich der Anstieg im selben Zeitraum von 88 auf 186 je 10 000 der entsprechenden Bevölkerung. Die institutionalisierte Beratung ist die am häufigsten gewährte Hilfeart, weil sie in der Unterstützungspyramide ganz unten steht und die Angebote viele Familien erreichen. 2004 nahmen in Nordrhein-Westfalen knapp 80 000 Kinder und Jugendliche diese Hilfeart in Anspruch.

Die sozialpädagogische Familienhilfe ist die kostenintensivste, aber gleichzeitig auch effektivste Hilfeart, weil sie alle Familienmitglieder einzubeziehen versucht. Sie verzeichnete in Nordrhein-Westfalen seit 1991 einen nahezu kontinuierlichen Anstieg von 6 auf 20 beendete Hilfen je 10 000 Familien mit minderjährigen Kindern. Insbesondere in den letzten Jahren wurde diese Hilfeart in Nordrhein-Westfalen besonders häufig gewährt und in Anspruch genommen: 2004 lag die absolute Zahl bei über 4 000 (beendeten) Hilfen. In Deutschland fiel die Steigerung mit einer Erhöhung von 4 (1991) auf 20 (2004) je 10 000 Familien mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren ebenfalls hoch aus.

Die Hilfeleistung Betreuung einzelner junger Menschen hatte in Nordrhein-Westfalen bereits 1991 ein relativ hohes Niveau; bis zum Jahr 2000 verlief die Entwicklung weitgehend konstant und schwankte zwischen 7 bis 10 Betreuungen je 10 000 Minderjährige. Seitdem steigen auch hier die Zahlen weiter an auf inzwischen 13 Betreuungen je 10 000 unter 18-Jährige. 2004 beendeten in Nordrhein-Westfalen etwa 4 300 Kinder und Jugendliche eine solche Unterstützung. Die Zahlen für Deutschland haben sich in den letzten Jahren sukzessive dem nordrhein-westfälischen Niveau

<b>4.12 Ambulante erzieherische Hilfen 2004 nach Bundesländern</b>			
Bundesland	Institutionelle Beratung	Betreuung einzelner junger Menschen	Sozialpädagogische Familienhilfe
	2004 beendet	am 31. 12. 2004	beendete und am 31. 12. in Anspruch genommene Hilfen
	je 10 000 junge Menschen unter 18 Jahre alt <sup>1)</sup>		
Baden-Württemberg	169	18	19
Bayern	156	15	10
Berlin	322	23	28
Brandenburg	171	15	31
Bremen	194	9	14
Hamburg	111	27	14
Hessen	190	13	18
Mecklenburg-Vorpommern	97	35	41
Niedersachsen	190	21	17
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>218</b>	<b>11</b>	<b>17</b>
Rheinland-Pfalz	173	15	20
Saarland	99	17	18
Sachsen	214	15	21
Sachsen-Anhalt	204	14	14
Schleswig-Holstein	266	9	12
Thüringen	271	21	18
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	187	15	16
Neue Länder (ohne Berlin)	198	19	24

1) Bevölkerungsfortschreibung zum 31. 12. 2004 – – – Quelle: Statistisches Bundesamt

angenähert; sie zeigen seit 1991 einen kontinuierlichen Anstieg dieser Hilfeart von 3 auf 12 je 10 000 unter 18-Jährige.

Im Zuge der geschilderten Entwicklungen konnte die sozialpädagogische Familienhilfe ihren Anteil an den ambulanten Erziehungshilfen von 1991 bis 2004 um fünf Prozentpunkte vergrößern (siehe Abb. 4.4). Dennoch bleibt ihr Anteil mit 10 % auch 2004 noch vergleichsweise gering. Den eindeutig größten Anteil nimmt mit aktuell 81 % die institutionalisierte Beratung ein. In der Hilfeart Betreuung einzelner junger Menschen verringerte sich der Anteil von 1991 bis 2004 geringfügig um einen Prozentpunkt auf 9 %.

Im Vergleich zum Bundesgebiet zeigt sich für die institutionalisierte Beratung sehr deutlich, dass Nordrhein-Westfalen bei der Gewährung und Inanspruchnahme dieser Leistung über dem Durchschnitt liegt. In Tab. 4.12 sind die in Relation zur entsprechenden Bevölkerung gesetzten Zahlen zur Inanspruchnahme der ambulanten Erziehungshilfen für 2004 nach Bundesländern abgebildet. Hier wird auch deutlich, dass in den neuen Bundesländern die Angebote der Erziehungshilfen durchschnittlich häufiger gewährt und in Anspruch genommen werden als im früheren Bundesgebiet.

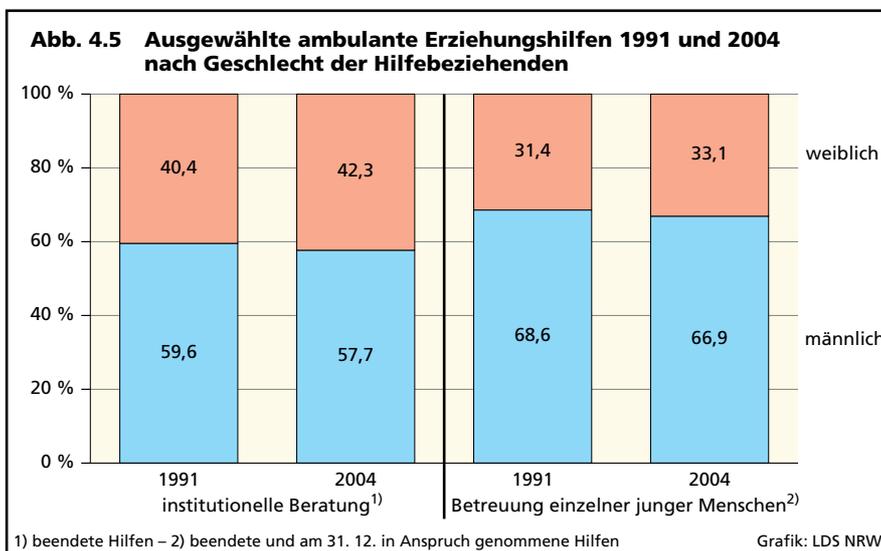
#### 4.6.3 Alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Erziehungshilfe

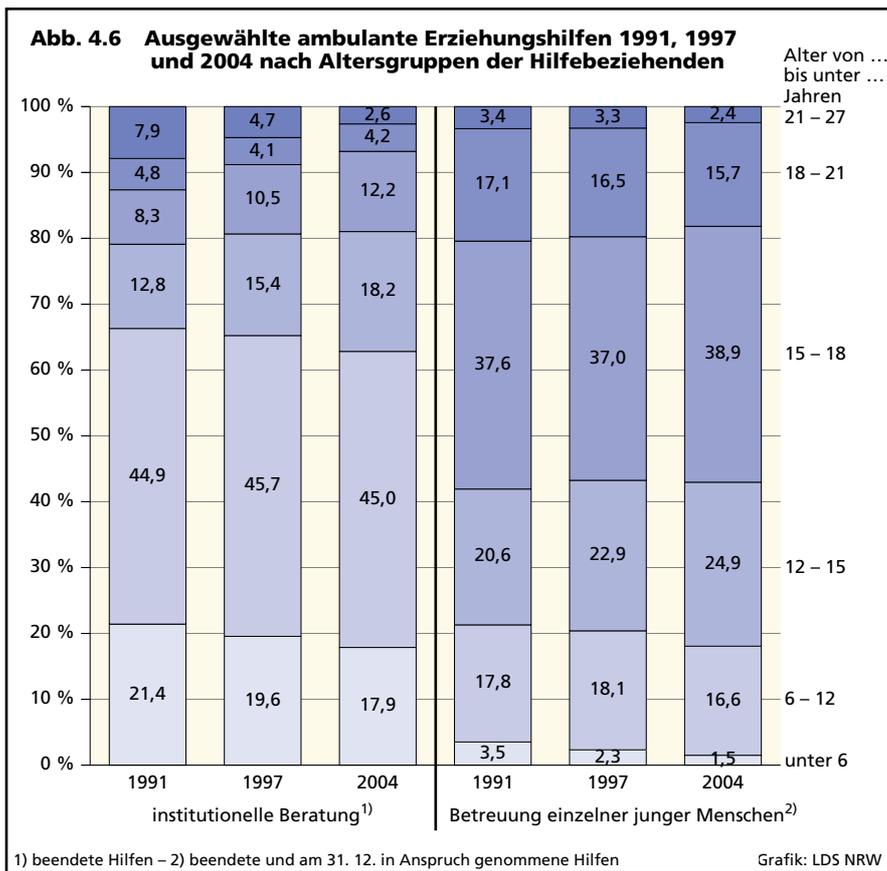
Die Angebote der erzieherischen Hilfen werden häufiger von Jungen als von Mädchen bzw. deren Eltern in Anspruch genommen. Dieses Verhältnis hat sich seit 1991 je nach Hilfeart mehr oder weniger stark in Richtung der Mädchen verschoben. Im Rahmen der institutionalisierten Beratung wurden Anfang der 1990er-Jahre rund 60 % männliche Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern beraten. 13 Jahre später lag dieser Wert bei rund 58 %. Beim Angebot einer intensiven Einzelbetreuung ist das Geschlechterverhältnis noch ungleicher: Etwa zwei Drittel

der Betreuungen unterstützen Jungen bzw. junge männliche Erwachsene, und nur etwa ein Drittel adressierte die weibliche jüngere Bevölkerung. Hier haben die Mädchen seit 1991 jedoch um knapp zwei Prozentpunkte aufgeholt.

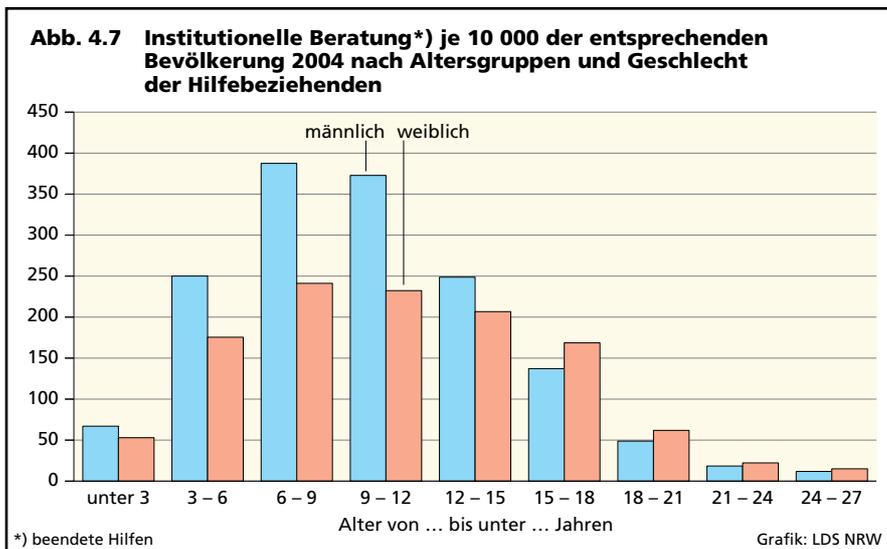
Auch bei einer Betrachtung der Altersverteilung zeigen sich jeweils abhängig von der Hilfeart deutliche Unterschiede (siehe Abb. 4.6). Bei der institutionellen Beratung sind seit 1991 nahezu die Hälfte – etwa 45 % – der Hilfebeziehenden im Alter von 6 bis unter 12 Jahren. Bei der Einzelbetreuung entfällt auf diese Altersgruppe in dem genannten Zeitraum dagegen nur ein Anteil zwischen 17 % und 18 %. Diese Intensivunterstützung wird in Form von sozialer Gruppenarbeit häufiger von älteren Jugendlichen genutzt: Für die Gruppe der 15- bis unter 18-Jährigen lag der Anteil 2004 bei 39 %, für die 18- bis unter 21-Jährigen betrug er zu diesem Zeitpunkt 16 %. Die Gruppen der Jugendlichen und Adoleszenten ab 15 Jahre machen dagegen bei der institutionellen Beratung nur einen vergleichsweise geringen Anteil aus.

Als Gemeinsamkeit lässt sich für beide Hilfearten festhalten, dass die Anteile einer Inanspruchnahme sowohl von Kindern unter 6 Jahren als auch von jungen Erwachsenen ab der Volljährigkeit seit 1991 zurückgegangen sind. Dagegen zeigt sich im Zeitverlauf von der Tendenz her eine Steigerung des Anteils der Inanspruchnahme für die beiden hier





gruppen 6 bis unter 9 und 9 bis unter 12 Jahren. Gleichzeitig ergeben sich hier jedoch auch die höchsten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Als Ursachen hierfür werden im HzE-Bericht<sup>21)</sup> verstärkte Probleme für Jungen im Übergang von der Grundschule zu einer weiterführenden Schule genannt. Der Bericht thematisiert auch, dass schulische Probleme während des Wechsels zwischen Bildungseinrichtungen (z. B. vom Kindergarten in die Grundschule) insgesamt einen Hauptgrund für die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung darstellen. Hierbei gelte es jedoch zu hinterfragen, ob sich die Problemlagen bei Jungen tatsächlich so viel schwieriger darstellen, oder ob nicht vielmehr veränderte Wahrnehmungs- und Reaktionsprozesse diese geschlechtsspezifische Inanspruchnahme begründen (Schilling/Pothmann/Fischer 2003). In den Altersgruppen ab 15 Jahre kehrt sich das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Hilfebeziehenden um, und Mädchen bzw. junge Frauen nehmen häufiger die institutionelle Beratung in Anspruch.



aufgezeigten Erziehungshilfen im Alter der Adoleszenz von 12 bis unter 18 Jahren. Diese Verschiebungen sind jedoch nicht auf eine altersspezifische Veränderung im Inanspruchnahmeverhalten zurückzuführen, sondern auf die Entwicklung der Bevölkerung in den jeweiligen Altersgruppen. Hier zeigen sich nämlich ebenfalls für die Altersgruppen der unter 6-Jährigen und für die Heranwachsenden ab 18 Jahren rückläufige Zahlen. Betrachtet man hingegen die Inanspruchnahmequoten, so zei-

gen sich seit 1991 für alle Altersgruppen kontinuierliche Steigerungen.

Zwar ist das Geschlechterverhältnis bei der Inanspruchnahme der Erziehungshilfen sehr ungleich, jedoch ist die geschlechtsspezifische Altersstruktur in den einzelnen Hilfearten vergleichsweise kongruent. So zeigen sich beispielsweise bei der institutionellen Beratung die höchsten Inanspruchnahmequoten je 10 000 der entsprechenden Bevölkerung für beide Geschlechter in den Alters-

#### 4.7 Methodisches Vorgehen

Für die Modellrechnung zur künftigen Inanspruchnahme der institutionalisierten Erziehungshilfen wurden drei unterschiedliche Varianten berechnet. In der konstanten Variante wird von allen Entwicklungen jenseits des demografischen Wandels abstrahiert; nur die bevölkerungsbezogenen Änderungen werden in dem Modell berücksichtigt. In dieser Variante werden also mögliche zukünftige Veränderungen im familialen und/oder schulischen Umfeld, die einen Einfluss auf das Verhalten von Kindern und Jugendlichen haben, ignoriert.

Zu solchen Einflüssen gehören z. B. ein weiterer Anstieg der Scheidungsraten und damit der Zahl allein Erziehender, die einen steigenden Bera-

<sup>21)</sup> Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der Universität Dortmund veröffentlicht im Auftrag der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe in Kooperation mit einigen Kinder- und Jugendhilfeinstitutionen jährlich einen so genannten HzE-Bericht, einen Bericht zur Inanspruchnahme und Gewährung von Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen.

tungsbedarf erwarten lassen, oder andere Entwicklungen, die den möglichen Anteil an schwer erziehbaren oder verhaltensauffälligen Kindern erhöhen. Ebenso gehören zu den nicht abschätzbaren Einflüssen auf die Entwicklung der Erziehungshilfen Aspekte der allgemeinen Einstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber der Institution der Kinder- und Jugendhilfe. Bedeutet das Aufsuchen von Angeboten der Erziehungshilfen weiterhin eine Stigmatisierung von Eltern und Kind, oder stößt eine solche Entscheidung inzwischen zunehmend auf Verständnis? Weiterhin ist zu fragen, ob möglicherweise im Rahmen der Ganztagschule und damit erweiterten (zeitlichen) Möglichkeiten für das Lehrpersonal, Lern- und Entwicklungsauffälligkeiten zu beobachten, nun auch vermehrt Lehrerinnen und Lehrer auf die Unterstützungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe hinweisen. Diese und andere Entwicklungen im Einzugsbereich von Familie, Erziehung und Schule können in die Berechnung der konstanten Variante nicht einbezogen werden. Hier werden die Quoten der Inanspruchnahme von Erziehungshilfen aus dem Jahr 2003 sozusagen eingefroren und für den Zeitraum der Vorausberechnung konstant gehalten.

In den Trendvarianten wird hingegen versucht, Teile dieser und anderer Entwicklungen, die sich zum Teil auch in den Zahlen zur vergangenen Entwicklung widerspiegeln, einzubeziehen. Dazu wird der seit Inkrafttreten des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes erkennbare Trend einer steigenden Inanspruchnahme auch für den Berechnungszeitraum mit je nach Variante unterschiedlicher Intensität fortgeschrieben. In der als *hohe Trendvariante* bezeichneten Berechnung wird der mittlere Trend von 1992 bis 2003 linear fortgeschrieben. In der so genannten *mittleren Trendvariante* wird die jährliche lineare Veränderung jeweils um die Hälfte reduziert. Der Stützzeitraum wird hier ebenfalls von 1992 bis 2003 gewählt.

Zeitreihen zu den erzieherischen Hilfen liegen seit der Reform der Kin-

der- und Jugendhilfestatistik, also seit 1991 vor. Weil im ersten Erhebungsjahr jedoch vielfach Schwankungen auftreten, die eher auf statistische Ursachen als auf Veränderungen in der Inanspruchnahme zurückzuführen sind, wurde für die Trendberechnungen als Beginn des Stützzeitraumes das zweite Erhebungsjahr 1992 gewählt. Eventuelle Verzerrungen können so vermieden werden.

Für alle Modellrechnungen werden die Ergebnisse aus der Multiplikation der jeweiligen alters- und geschlechtsspezifischen Quoten der Inanspruchnahme mit der entsprechenden Bevölkerung für den Zeitraum der Vorausberechnung berechnet. In der Bevölkerungsvorausberechnung werden aus Aktualitätsgründen die Bevölkerungszahlen jeweils zum 1. 1. eines Jahres geschätzt. Diese Daten bilden jedoch de facto die Zahlen zum 31. 12. des Vorjahres ab. Weil die Erhebungstichtage bei den Erziehungshilfen auch auf den 31. 12. fallen, wurden für die Modellrechnungen die Ergebnisse der Vorausberechnung wieder zurückdatiert. Aus diesem Grund endet der Berechnungshorizont für diese Modellrechnung schon im Jahr 2039.

Infolge der unterschiedlichen Varianten zeigen die Ergebnisse der Modellrechnungen einen Korridor möglicher Bedarfsentwicklungen auf. Die Zahlen der konstanten Variante sollen dabei als mögliche Untergrenze, die Zahlen der hohen Trendvariante als Obergrenze einer zukünftigen Entwicklung im Bereich der Erziehungshilfen verstanden werden. Die mittlere Trendvariante wird als realistische Variante angesehen, weil sie neben der Bevölkerungsentwicklung auch eine abgeschwächte Tendenz der steigenden Inanspruchnahme seit 1992 einbezieht. Aus diesem Grund wird sie in den folgenden Ausführungen vermehrt herangezogen.

Die Modellrechnungen wurden – differenziert nach Hilfearten – nur für den ambulanten Bereich der institutionalisierten Erziehungshilfen durchgeführt. Als Basiszahlen werden für

die institutionellen Beratungen, die in der Regel innerhalb eines Jahres abgeschlossen sind, die *beendeten* Beratungen verwendet. Im Bereich der Einzelbetreuung und im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe, deren Leistungsumfang meist über mehrere Jahre läuft, bilden sich die Basiszahlen *dagegen aus der Summe der beendeten und der jeweils am 31. 12. in Anspruch genommenen* Hilfen. Auf diese Weise kann der künftige Bedarf der langfristig angelegten Hilfearten besser abgebildet werden.

Für den stationären Bereich wurde keine Modellrechnung erstellt, zum einen weil die stationären oder teilstationären Leistungen nur einen relativ geringen Anteil innerhalb der Erziehungshilfen darstellen. Zum anderen haben Entwicklungen, die auf die stationäre Unterbringung Einfluss nehmen (z. B. pädagogische Ausrichtung, finanzielle Erwägungen etc.) meist größere Effekte als die demografische Komponente.

Für die Hilfeart sozialpädagogische Familienhilfe ist die Bezugsperson nicht das Kind bzw. der Jugendliche einer entsprechenden Altersgruppe, sondern die gesamte Familie. Aus modelltechnischen Gründen wird für die Modellrechnung jedoch als Bezugsgröße nicht die Familie mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren verwendet, sondern die Bevölkerungszahl der unter 18-Jährigen. Dies ist insofern gerechtfertigt, als sich in den letzten Jahren ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung der unter 18-Jährigen und der Familien mit minderjährigen Kindern zeigt (Kaiser 2002).

Eine Regionalisierung der Ergebnisse ist für künftige Planungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe von erheblichem Nutzen. Aus diesem Grund werden für die institutionelle Beratung und die sozialpädagogische Familienhilfe – trotz einer im Folgenden dargelegten methodischen Einschränkung – die Ergebnisse in allen drei Varianten auch für die kreisfreien Städte und Kreise Nordrhein-Westfalens dargestellt. Hier gilt es jedoch zu beachten, dass

in die regionalisierten Trendberechnungen nur die Differenzierung nach Geschlecht – nicht aber nach Alter – einfließen konnte, da entsprechende Zeitreihen nicht vorliegen. Ein Vergleich auf Landesebene zeigt, dass eine solche Trendberechnung die Entwicklung leicht überschätzt. Diesen Hinweis gilt es insbesondere dann zu beachten, wenn die Regionalergebnisse für kommunale Planungszwecke zugrunde gelegt werden sollen. Für die Betreuung einzelner junger Menschen musste auf eine Regionalisierung aus methodischen Gründen verzichtet werden.

Basierend auf den jeweiligen Ergebnissen zum zukünftigen Bedarf an Erziehungshilfen wurden zusätzliche Berechnungen durchgeführt, welche die Beschäftigungspotentiale bis 2039 im Bereich der ambulanten Erziehungshilfe abschätzen können. Dazu wurden für das Jahr 2002<sup>22)</sup> so genannte Personal-Fallrelationen (Vollzeitstellen je 100 Hilfebeziehende) berechnet, die für den Berechnungshorizont konstant gehalten werden. Mithilfe dieser Zahlen kann entsprechend der jeweils gewählten Variante der künftige Minder- oder Mehrbedarf an Vollzeitstellen quantifiziert werden. Hier gilt es jedoch im Besonderen zu beachten, dass die Ergebnisse nur unter Berücksichtigung der jeweils zugrunde gelegten Annahmen zu interpretieren sind.

#### 4.8 Ergebnisse der Modellrechnungen

Die Modellrechnungen zeigen je nach Variante sehr unterschiedliche Ergebnisse. Nach den Berechnungen der konstanten Variante wird der künftige Bedarf an Angeboten der ambulanten Erziehungshilfen kontinuierlich um rund 21 000 auf 74 700 Hilfen sinken. Hier wirken als Ursachen nur die zurückgehenden Bevölkerungszahlen im Kindes- und Jugendalter. Da bei dieser Variante nicht von der Entwicklung einer steigenden Inanspruchnahme der ambulanten Erziehungshilfen seit Beginn

22) Eine Erhebung über die Einrichtungen und das Personal in der Kinder- und Jugendhilfe erfolgt nur alle vier Jahre. Die aktuellsten Daten stammen aus dem Jahr 2002.

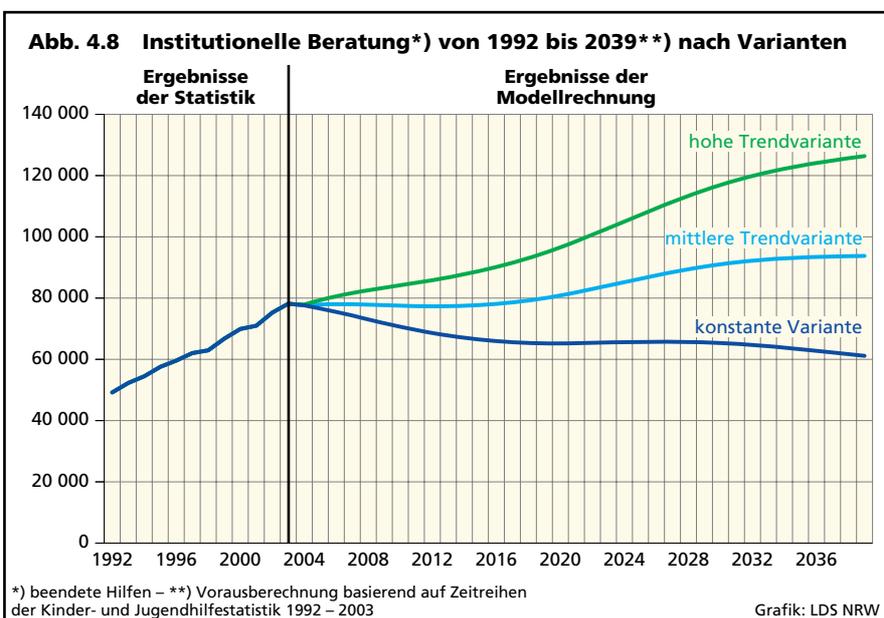
Hilfeart		2003	2010	2020	2030	2039
Institutionelle Beratung <sup>1)</sup>	a = konstante Variante		70 700	65 200	65 300	61 100
	b = mittlere Trendvariante	78 157	77 500	80 900	91 000	93 800
	c = hohe Trendvariante		84 200	96 600	116 900	126 400
Sozialpädagogische Familienhilfe <sup>2)</sup>	a		8 200	7 600	7 600	7 100
	b	9 072	9 400	10 900	13 000	14 100
	c		10 600	14 200	18 500	21 000
Betreuung einzelner junger Menschen <sup>2)</sup>	a		7 700	6 600	6 500	6 400
	b	7 975	7 700	7 200	7 800	8 100
	c		7 700	7 500	8 500	9 100
<b>Ambulante Erziehungshilfen insgesamt</b>	a		<b>86 500</b>	<b>79 400</b>	<b>79 400</b>	<b>74 700</b>
	b	<b>95 204</b>	<b>94 600</b>	<b>98 900</b>	<b>111 800</b>	<b>115 900</b>
	c		<b>102 500</b>	<b>118 300</b>	<b>143 900</b>	<b>156 500</b>

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003 – 1) beendete Hilfen – 2) beendete Hilfen und am 31. 12. in Anspruch genommene Hilfen

der 1990er-Jahre ausgegangen wird, ist anzunehmen, dass diese Zahlen den tatsächlichen Bedarf unterschätzen. Wird dagegen der Trend der 1990er-Jahre im Berechnungszeitraum linear fortgeschrieben (hohe Trendvariante), so wird es bis 2039 zu einem enormen Bedarfsanstieg von 95 204 (2003) auf 156 500 Plätze kommen. Dieser Wert stellt eine Obergrenze der möglichen Bedarfsentwicklungen dar. In der mittleren Trendvariante schließlich, in der ein abgeschwächter Trend einberechnet wird, ist im Jahr 2039 mit einem Bedarf an 115 900 Plätzen zu rechnen, rund 21 000 mehr als 2003. Im Jahr 2020 liegt der mittleren Trendvariante zufolge die Nachfrage nach Plätzen bei 98 900.

#### 4.8.1 Künftiger Bedarf an Erziehungshilfen nach Hilfeart

In der am häufigsten aufgesuchten Hilfeart, der institutionellen Beratung, wird der Bedarf nach den Berechnungen der konstanten Variante bis 2039 von 78 157 auf 61 100 zurückgehen. Bei Fortschreibung eines linearen Trends steigt die Inanspruchnahme von Beratungen bis 2020 auf 96 600 und bis 2039 auf 126 400. In der mittleren Trendvariante liegt 2020 die Zahl der zu erwartenden Beratungen bei 80 900; 2039 ist nach dieser Variante mit einer Inanspruchnahme von 93 800 Beratungen zu rechnen.



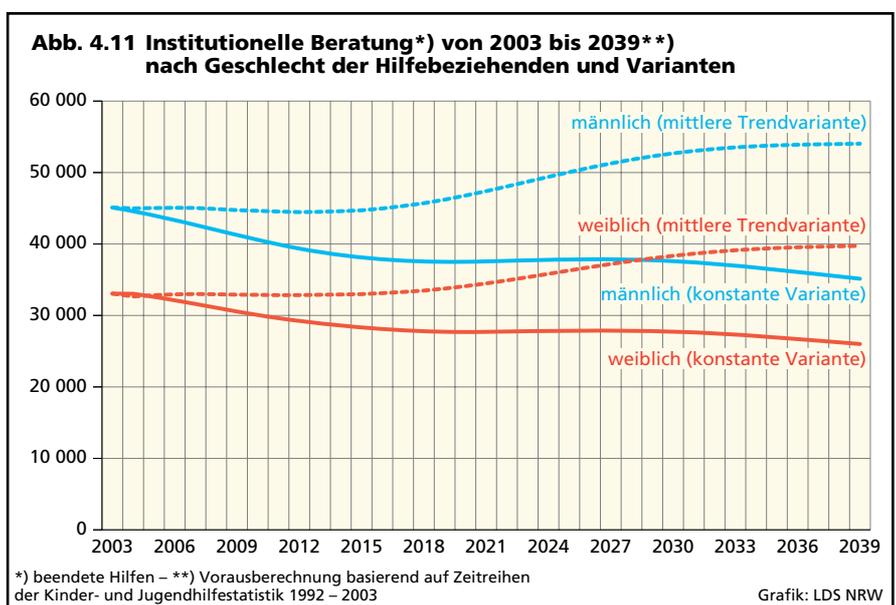
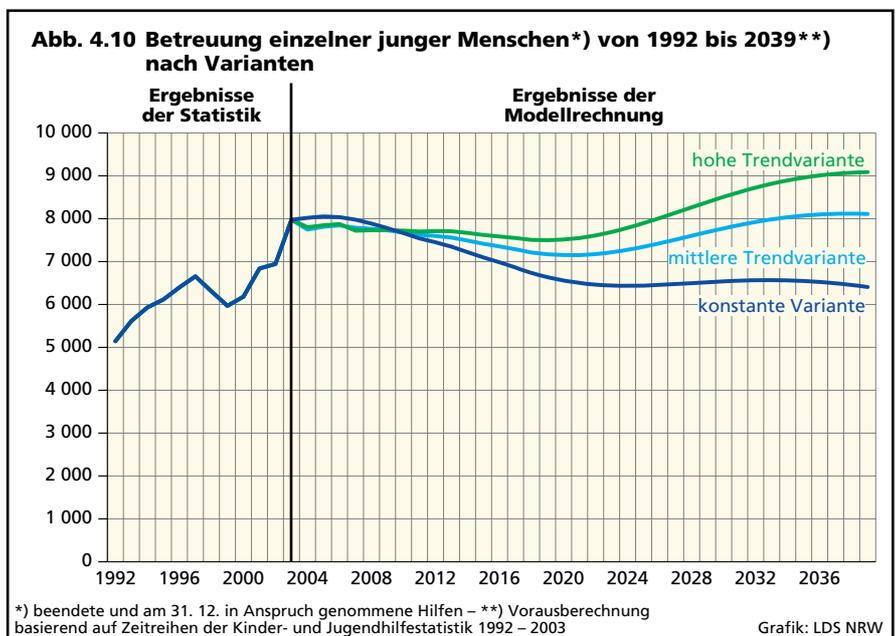
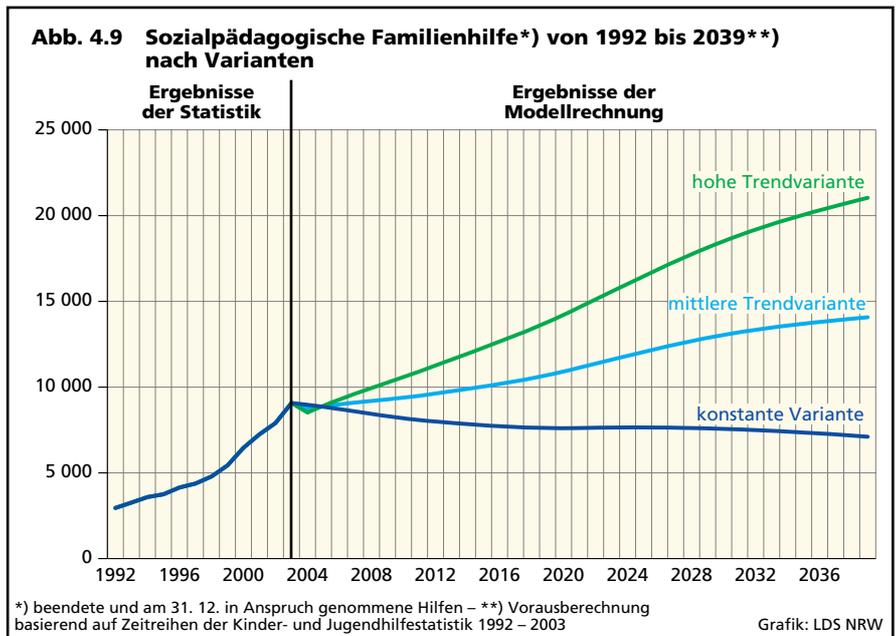
Bei der sozialpädagogischen Familienhilfe muss aufgrund der rasanten Bedarfssteigerung in den 1990er-Jahren in der hohen Trendvariante mit einem weiteren erheblichen Anstieg auf 21 000 Plätze gerechnet werden. Selbst nach der mittleren Trendvariante wird der Bedarf 2039 auf 14 100 Leistungen geschätzt, rund 55 % mehr als 2003. Im Jahr 2020 liegt der Bedarf in der mittleren Trendvariante bei 10 900 Hilfen. Nach den Berechnungen der konstanten Variante verringert sich der Bedarf an Leistungen der sozialpädagogischen Familienhilfe im Berechnungszeitraum von 9 072 auf 7 100.

Der Bedarf an Einzelbetreuung zeigt gemäß der konstanten Variante von 2003 bis 2020 einen Rückgang um rund 1 400 Leistungen auf 6 600 Leistungen, der ausschließlich auf die sinkenden Bevölkerungszahlen in den jüngeren Altersgruppen zurückzuführen ist. In den Folgejahren bis 2039 verringert sich der Bedarf gemäß dieser Variante um rund weitere 200 Plätze.

Wird die vergangene Entwicklung einbezogen, so zeigen die beiden Trendvarianten bis 2020 einen Bedarfsrückgang auf 7 500 Hilfen (hohe Trendvariante) bzw. 7 200 Hilfen (mittlere Trendvariante). Dieser ist auf eine zeitweise Verringerung der Inanspruchnahme insbesondere in den älteren Altersgruppen während des Stützzeitraumes zurückzuführen. In den Jahren von 2020 bis 2039 ist jedoch nach beiden Varianten mit einem erneuten Anstieg des Bedarfs an Einzelbetreuung zu rechnen: In der hohen Trendvariante liegt der für 2039 errechnete Bedarf bei 9 100 Plätzen, etwa 1 100 mehr als 2003. In der mittleren Trendvariante wird der Bedarf 2039 auf 8 100 Plätze geschätzt, rund 2 % mehr als 2003.

#### 4.8.2 Unterschiede im Bedarf nach Alter und Geschlecht

Die Ergebnisse der Modellrechnungen zeigen alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede, von denen hier einige Aspekte vorgestellt wer-



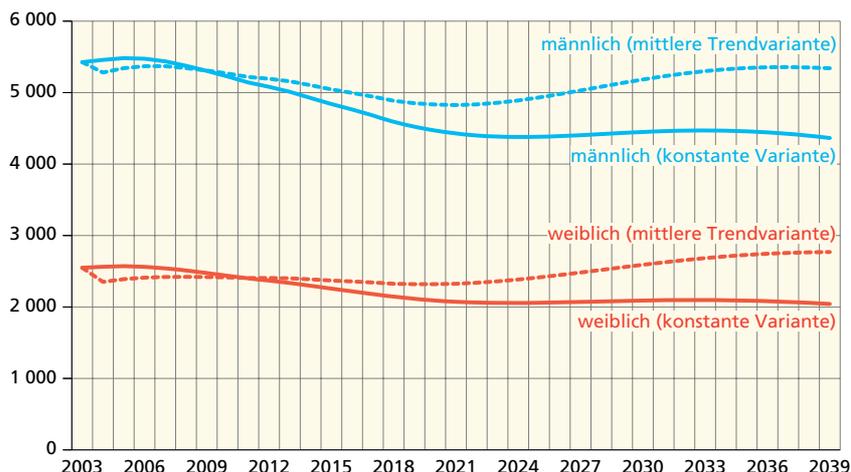
den. Dies gelingt jedoch nur für die Hilfearten institutionelle Beratung und Betreuung einzelner junger Menschen. Für die sozialpädagogische Familienhilfe wird bisher nur das Geschlecht des ältesten bzw. jüngsten Kindes erfasst; Informationen über das Geschlecht jedes einzelnen Familienmitglieds liegen bislang noch nicht vor.

Die ungleiche Geschlechterverteilung bei der Inanspruchnahme der Erziehungshilfen wird sich auch zukünftig ähnlich fortsetzen. In der institutionellen Beratung beträgt die Steigerung für beide Geschlechter nach der mittleren Trendvariante etwa 20 %. Absolut betrachtet wächst der Bedarf bei männlichen Kindern und Jugendlichen um knapp 9 000 auf 54 000 Plätze; bei Mädchen bzw. jungen Frauen steigt er um rund 6 700 auf 39 700 Plätze (siehe Abb. 4.11).

Bei der Einzelbetreuung zeigen sich in der Häufigkeit der Inanspruchnahme deutlichere Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Hilfebeziehenden. Nach den Berechnungen der mittleren Trendvariante ist künftig damit zu rechnen, dass der Bedarf für Jungen bzw. junge Männer etwas zurückgeht: bis 2020 sogar um rund 600 Plätze, bevor er dann wieder leicht ansteigt, und 2039 noch etwa 100 Plätze niedriger liegt als 2003. Im Gegenzug wird der Bedarf für Mädchen bzw. junge Frauen bis 2039 um rund 220 Plätze ansteigen. Damit wird sich langfristig gemessen an 2003 der Anteil der weiblichen Hilfeempfänger bei der Einzelbetreuung um zwei Prozentpunkte auf 34 % erhöhen.

Die Entwicklung der Inanspruchnahme bei den Angeboten der ambulanten Erziehungshilfe vollzieht sich in den einzelnen Altersgruppen sehr unterschiedlich. Gemäß der mittleren Trendvariante zeigen sich im Bereich der institutionellen Beratungen kurzfristig bis 2010 nur für die ältere Altersgruppe 18 bis unter 27 Jahre nennenswerte Steigerungen um 10 % oder über 500 Plätze. Dann folgt in dieser Altersgruppe ein deutlicher Bedarfsrückgang. 2028 wird der Tiefpunkt mit einem Bedarf

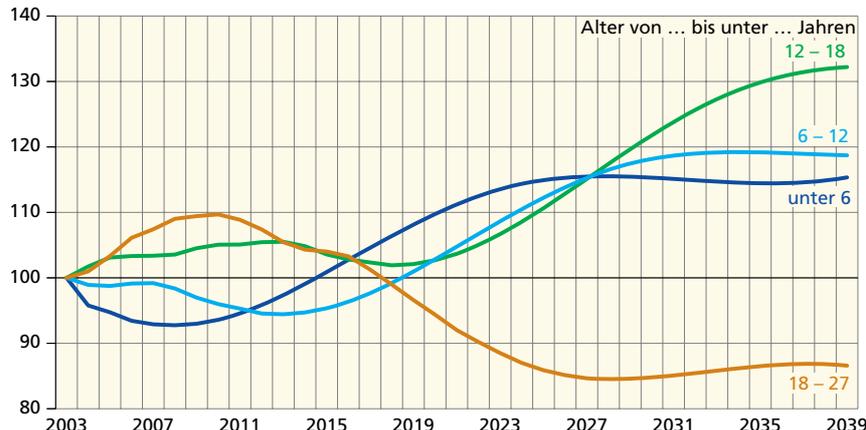
**Abb. 4.12 Betreuung einzelner junger Menschen\*) von 2003 bis 2039\*\*) nach Geschlecht der Hilfebeziehenden und Varianten**



\*) beendete und am 31. 12. in Anspruch genommene Hilfen – \*\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003

Grafik: LDS NRW

**Abb. 4.13 Institutionelle Beratung\*) von 2003 bis 2039\*\*) nach Altersgruppen der Hilfebeziehenden**  
mittlere Trendvariante, Messziffer 2003 = 100



\*) beendete Hilfen – \*\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003

Grafik: LDS NRW

**4.14 Institutionelle Beratung\*) von 2003 bis 2039\*\*) nach Altersgruppen und Geschlecht der Hilfebeziehenden (mittlere Trendvariante)**

Altersgruppe a = männlich b = weiblich	Inanspruchnahme von institutioneller Beratung					
	2003	2010	2020	2030	2039	
Alter von ... bis unter ... Jahren unter 6	a	8 541	8 000	9 300	9 800	9 800
	b	5 751	5 400	6 400	6 700	6 700
6 – 12	a	22 201	21 400	22 700	26 000	26 100
	b	12 981	12 400	13 400	15 500	15 700
12 – 18	a	12 128	12 900	12 600	14 900	16 200
	b	11 281	11 700	11 500	13 600	14 800
18 – 27	a	2 230	2 500	2 100	1 900	2 000
	b	3 044	3 300	2 800	2 500	2 600
Insgesamt	a	45 100	44 600	46 800	52 700	54 000
	b	33 057	32 900	34 100	38 300	39 700

\*) beendete Hilfen – \*\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003

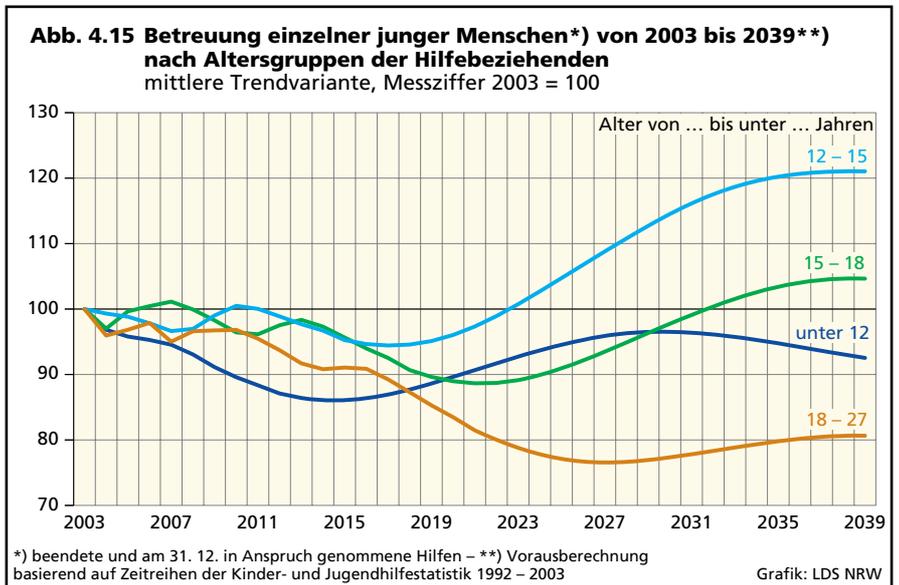
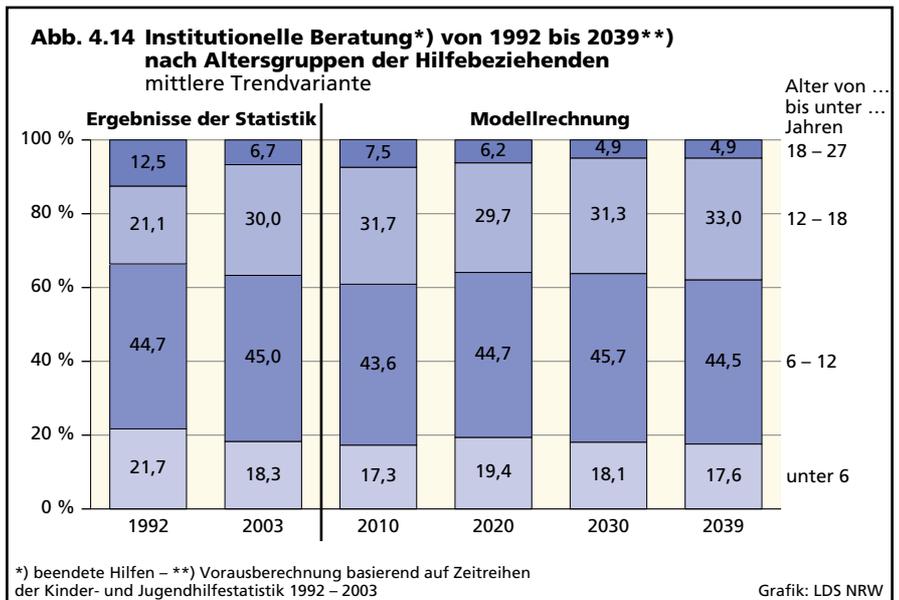
an 4 500 Plätzen für volljährige Hilfeempfänger erreicht sein – etwa 1 300 weniger als 2010. Dieses Niveau wird sich dann mit geringen Änderungen bis 2039 halten.

Für die jüngeren Altersgruppen zeigt sich spätestens ab 2020 ein zum Teil deutlich steigender Bedarf an Beratungsangeboten. Insbesondere für Jugendliche im Alter von 12 bis unter 18 Jahren ergibt die mittlere Trendvariante nach einer vergleichsweise konstanten Entwicklung ab 2020 eine enorme Steigerung um rund 29 % bis 2039. Gemäß dieser Variante müssten dann 30 900 Beratungen für diese Altersgruppe angeboten werden; 2003 wurden nur etwa 23 000 und 2020 etwa 24 000 in Anspruch genommen.

Für die Altersgruppen im Kindesalter ist in den kommenden Jahren nach den Berechnungen der mittleren Trendvariante zunächst mit einer leichten Bedarfsabnahme zu rechnen, bevor sich der Beratungsbedarf etwa ab dem Jahr 2020 wieder erhöht. Schon 2030 zeigt sich für die 6-bis unter 12-Jährigen ein Bedarf an 41 600 Beratungen – rund 6 400 mehr als 2003 – und für die unter 6-Jährigen an 16 500 Beratungen, etwa 2 200 mehr als 2003. Die genannten Bedarfszahlen werden bis mindestens 2039 in etwa konstant bleiben.

Im Zuge dieser Entwicklung wird sich auch die Altersstruktur der Hilfebeziehenden verschieben. Gemessen an 2003 werden zukünftig die jüngeren (unter 6 Jahre) und die älteren Altersgruppen (18 bis unter 27 Jahre) einen verminderten Anteil bei der Inanspruchnahme ausmachen. Diese Entwicklung zeigte sich bereits in den Jahren von 1992 bis 2003 sehr deutlich. Von 6,7 % (2003) sinkt – nach einer leichten Erhöhung bis 2010 (7,5 %) – der Anteil an Beratungen bei den 18-bis unter 27-Jährigen auf 4,9 % (2039). Für die unter 6-Jährigen ist mit einer Verringerung von 18,3 % (2003) auf 17,6 % (2039) zu rechnen; gemessen an 1992 beziffert sich die Abnahme sogar auf vier Prozentpunkte.

Während der Anteil der 6- bis unter 12-Jährigen auch zukünftig bei ca.



**4.15 Betreuung einzelner junger Menschen\*) von 2003 bis 2039\*\*) nach Altersgruppen und Geschlecht der Hilfebeziehenden (mittlere Trendvariante)**

Altersgruppe	Inanspruchnahme von Betreuung einzelner junger Menschen					
		2003	2010	2020	2030	2039
Alter von ... bis unter ... Jahren unter 12	a	901	900	900	1 000	1 000
	b	478	400	300	300	300
12 – 15	a	1 276	1 300	1 200	1 400	1 500
	b	653	700	600	800	800
15 – 18	a	2 106	2 000	1 800	2 000	2 100
	b	958	900	900	1 000	1 100
18 – 27	a	1 143	1 100	900	800	800
	b	460	400	400	500	500
Insgesamt	a	5 426	5 300	4 800	5 200	5 300
	b	2 549	2 400	2 300	2 600	2 800

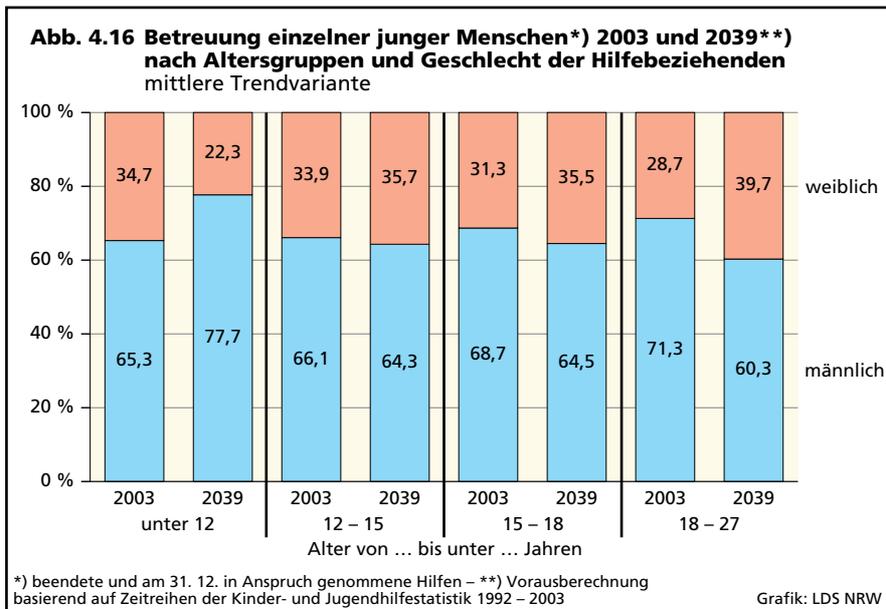
\*) beendete und am 31. 12. in Anspruch genommene Hilfen – \*\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003

45 % konstant bleibt, verzeichnen die Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren eine Steigerung im Beratungsbedarf. Alleine von 1992 bis 2003 stieg der Anteil um neun Prozentpunkte auf 30 %. 2039 wird er nach den Berechnungen der mittleren Trendvariante sogar bei 33 % liegen.

Für die Betreuung einzelner junger Menschen zeigen sich die Unterschiede zwischen den Altersgruppen – ebenfalls dargestellt gemäß der mittleren Trendvariante – nicht sehr deutlich. Von der Tendenz ist zu erkennen, dass der Bedarf in allen Altersgruppen bis etwa zu den Jahren 2018/20 in ähnlichem Ausmaß zurückgeht und erst danach die Entwicklung altersspezifisch auseinandergeht (siehe Abb. 4.15).

Für die Volljährigen zeigt sich von 2004 bis 2039 ein abnehmender Beratungsbedarf um rund 19 % bzw. über 300 Plätze. Auch für die unter 12-Jährigen ist zukünftig mit einer verminderten Inanspruchnahme zu rechnen: Von 2003 bis 2039 sinkt diese um 7 % oder ca. 100 Plätze. Hingegen wird der Bedarf an Einzelbetreuungen für die 12- bis unter 15-Jährigen in diesem Zeitraum um 21 % oder über 400 Plätze ansteigen. Für die 15- bis unter 18-Jährigen erhöht sich die Inanspruchnahme von 2003 bis 2039 um 5 % oder 140 Plätze.

Auffällig sind die im Bereich der intensiven Einzelbetreuung zukünftig zu erwartenden Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Inanspruchnahme, und zwar abhängig von den einzelnen Altersgruppen. Für die jüngere Gruppe unter 12 Jahre ergibt sich für die Jungen von 2003 bis 2039 eine erhebliche Steigerung um 12 Prozentpunkte. In den älteren Altersgruppen wird dagegen der Anteil der Mädchen bzw. jungen Frauen, die eine Einzelbetreuung in Anspruch nehmen, bis 2039 kontinuierlich ansteigen. Besonders deutlich wird die Zunahme des weiblichen Anteils in der Altersgruppe der 18- bis unter 27-Jährigen: Bis 2039 steigt er dort um 11 Prozentpunkte und erreicht damit knapp 40 %.



#### 4.8.3 Künftiger Personalbedarf in der ambulanten Erziehungshilfe

Die letzte Erhebung zu Einrichtungen und Personal in der Kinder- und Jugendhilfe aus dem Jahr 2002 zeigt, dass damals im Bereich der institutionellen Beratungen 1 790 Personen beschäftigt waren. Umgerechnet in Vollzeitäquivalente entspricht dies 1 212 vollen Stellen. Bezieht man diesen Wert auf die Zahl der 2002 durchgeführten Beratungen, so ergibt sich für 2002 eine so genannte Personal-Fall-Relation von 1,6 je 100 Hilfebeziehende. Dies bedeutet, dass für 100 Personen, die 2002 eine Beratung aufsuchten, 1,6 Vollzeitstellen zur Verfügung standen.

Im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe und der intensiven Einzelbetreuung fallen die Personal-Fall-Relationen naturgemäß deutlich höher aus, weil die Hilfestellungen langfristig und ganzheitlich angelegt sind und sich damit als erheblich zeitaufwändiger und umfangreicher erweisen. Das Verhältnis von Vollzeitstellen zu 100 Hilfebeziehenden betrug 2002 für die sozialpädagogische Familienhilfe 4,4 und für die intensive Einzelbetreuung 3,6.

Hält man die errechneten Personal-Fall-Relationen für den Berechnungshorizont konstant, so ist unter den Bedingungen der konstanten Variante – also bei einer Bedarfsabnahme in der ambulanten Erziehungshilfe

4.16 Vollzeitstellen und Hilfebeziehende in der ambulanten Erziehungshilfe 2002 nach Bereichen			
Bereich der ambulanten Erziehungshilfe	Vollzeitstellen	Hilfebeziehende	Vollzeitstellen je 100 Hilfebeziehende
Erziehungs-/Familienberatung nach § 28 SGB VIII <sup>1)</sup>	1 212	75 254	1,6
Sozialpädagogische Familienhilfe <sup>2)</sup>	344	7 904	4,4
Soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer <sup>2)</sup>	247	6 945	3,6

1) beendete Hilfen – 2) beendete und am 31. 12. in Anspruch genommene Hilfen

4.17 Vollzeitstellen in der institutionellen Beratung von 2002 bis 2039*) nach Varianten									
Variante	Vollzeitstellen in der institutionellen Beratung								
	2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2039
Konstante Variante	1 212	1 200	1 100	1 100	1 100	1 100	1 100	1 000	1 000
Mittlere Trendvariante	1 212	1 300	1 200	1 300	1 300	1 400	1 500	1 500	1 500
Hohe Trendvariante	1 212	1 300	1 400	1 400	1 600	1 700	1 900	2 000	2 000

\*) Vorausberechnung basiert auf konstanten Personal-Fall-Relationen (Vollzeitstellen je 100 Hilfebeziehende) des Jahres 2002.

4.18 Vollzeitstellen in der Betreuung einzelner junger Menschen von 2002 bis 2039*) nach Varianten									
Variante	Vollzeitstellen in der Betreuung einzelner junger Menschen								
	2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2039
Konstante Variante	} 247	290	270	250	230	230	230	230	230
Mittlere Trendvariante		270	270	260	250	260	280	290	290
Hohe Trendvariante		270	270	270	270	280	300	320	320

\*) Vorausberechnung basiert auf konstanten Personal-Fall-Relationen (Vollzeitstellen je 100 Hilfebeziehe) des Jahres 2002.

4.19 Vollzeitstellen in der sozialpädagogischen Familienhilfe von 2002 bis 2039*) nach Varianten									
Variante	Vollzeitstellen in der sozialpädagogischen Familienhilfe								
	2002	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2039
Konstante Variante	} 344	390	360	340	330	330	330	320	310
Mittlere Trendvariante		390	410	440	480	520	570	600	610
Hohe Trendvariante		390	460	530	620	720	810	870	920

\*) Vorausberechnung basiert auf konstanten Personal-Fall-Relationen (Vollzeitstellen je 100 Hilfebeziehe) des Jahres 2002.

infolge der demografischen Entwicklung – mit einem Rückgang der Beschäftigungspotenziale zu rechnen. In der institutionellen Beratung sinkt der Bedarf an Vollzeitstellen von 2002 bis 2039 um gut 200; in der Familienhilfe und der Einzelbetreuung werden unter diesen Bedingungen zusammen genommen im Jahr 2039 rund 50 Vollzeitstellen weniger als 2002 benötigt.

Werden dagegen die künftigen Bedarfswerte der Trendvarianten verwendet, so zeigt sich, dass in der ambulanten Erziehungshilfe noch mit erheblichen Beschäftigungspotenzialen gerechnet werden kann. Für die institutionelle Beratung steigt der Bedarf an Vollzeitstellen gemäß der mittleren Trendvariante bis 2039 nahezu kontinuierlich um knapp 300 gegenüber 2002. Nach den Berechnungen der hohen Trendvariante ist 2039 sogar von etwa 800 mehr Vollzeitstellen im Beratungsbereich auszugehen.

Im Bereich der intensiven Einzelbetreuung werden künftig vergleichsweise geringe Veränderungen im Personalbereich erwartet. Nach der mittleren Trendvariante ergibt sich bis 2039 ein um etwa 40 Vollzeitstellen erhöhter Bedarf; nach der hohen Trendvariante wächst der Bedarf in diesem Zeitraum um knapp 80 volle Stellen. Im Gegensatz dazu zeigt sich bei der sozialpädagogischen Familienhilfe mittel- bis langfristig ein deutlich höherer Bedarf an Personal.

Bis 2039 wird die Personalausstattung verglichen mit 2002 um rund 270 Vollzeitstellen (mittlere Trendvariante) bzw. um etwa 570 volle Stellen (hohe Trendvariante) anwachsen müssen.

#### 4.8.4 Regional unterschiedlicher Bedarf in der ambulanten Erziehungshilfe

Der künftige Bedarf an ambulanter Erziehungshilfe zeigt in den 54 Regionen von Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedliche Entwicklungen (siehe

he Karte 4.4). Dargestellt werden im Folgenden die Ergebnisse gemäß der mittleren Trendvariante.

Auffällig ist zunächst – einerseits bedingt durch die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung, andererseits auch infolge der verschiedenen hohen Inanspruchnahmeraten der Vergangenheit – die deutliche Differenz zwischen der Bedarfsentwicklung an institutioneller Beratung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens. Während in den kreisfreien Städten von 2003 bis 2019 mit einer Steigerung des Beratungsbedarfs um 8,4 % gerechnet werden kann, liegt die angenommene Steigerung in den Kreisen mit 24,6 % knapp dreimal so hoch. In den kreisfreien Städten werden entsprechend den Berechnungen der mittleren Trendvariante im Jahr 2019 37 100 Beratungen genutzt – fast 3 000 mehr als 2003. In den Kreisen steigt die Zahl bis 2019 um etwa 11 000 auf 54 800 Beratungen.

Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass in die jeweils dargestellten Mittelwerte für kreisfreie Städte und Kreise sehr unterschiedliche Regionen mit teilweise gegenläufigen Entwicklungen zusammengefasst und

4.20 Institutionelle Beratung 2003 und 2019*) nach Regierungsbezirken (mittlere Trendvariante)			
Gebiet	Inanspruchnahme von institutioneller Beratung		
	2003	2019	Veränderung 2019 gegenüber 2003 in %
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf</b>	<b>21 691</b>	<b>23 500</b>	<b>+8,4</b>
kreisfreie Städte	13 275	13 800	+3,7
Kreise	8 416	9 700	+15,8
<b>Reg.-Bez. Köln</b>	<b>18 858</b>	<b>23 100</b>	<b>+22,5</b>
kreisfreie Städte	8 452	9 700	+14,5
Kreise	10 406	13 400	+29,1
<b>Reg.-Bez. Münster</b>	<b>12 388</b>	<b>14 100</b>	<b>+14,0</b>
kreisfreie Städte	2 358	2 200	-5,7
Kreise	10 030	11 900	+18,6
<b>Reg.-Bez. Detmold</b>	<b>8 541</b>	<b>11 600</b>	<b>+35,5</b>
kreisfreie Stadt	2 146	2 500	+14,5
Kreise	6 395	9 100	+42,5
<b>Reg.-Bez. Arnsberg</b>	<b>16 679</b>	<b>19 600</b>	<b>+17,3</b>
kreisfreie Städte	7 947	8 900	+12,4
Kreise	8 732	10 600	+21,8
<b>Insgesamt<sup>1)</sup></b>			
<b>kreisfreie Städte</b>	<b>34 178</b>	<b>37 100</b>	<b>+8,4</b>
<b>Kreise</b>	<b>43 979</b>	<b>54 800</b>	<b>+24,6</b>

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003 – 1) Für das Modellrechnungsjahr 2019 weicht die Summe über alle Regionen leicht vom Gesamtergebnis für Nordrhein-Westfalen ab, weil andere Quotengerüste verwendet wurden.



**4.21 Institutionelle Beratung von 2003 und 2019\*) nach Geschlecht der Hilfebeziehenden und kreisfreien Städten und Kreisen (mittlere Trendvariante)**

Verwaltungsbezirk	Inanspruchnahme von institutioneller Beratung					
	männlich			weiblich		
	2003	2019	Veränderung 2019 gegenüber 2003 in %	2003	2019	Veränderung 2019 gegenüber 2003 in %
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf</b>						
Düsseldorf, krfr. Stadt	1 357	1 200	-9,0	1 185	1 100	-7,5
Duisburg, krfr. Stadt	1 187	1 300	+6,7	762	800	+3,6
Essen, krfr. Stadt	1 641	1 700	+4,3	1 106	1 100	+2,9
Krefeld, krfr. Stadt	762	800	+5,3	447	500	+11,8
Mönchengladbach, krfr. Stadt	586	600	+6,1	335	300	-1,3
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	362	300	-18,8	214	200	-11,1
Oberhausen, krfr. Stadt	662	600	-10,1	458	400	-6,7
Remscheid, krfr. Stadt	243	300	+18,2	189	200	+11,1
Solingen, krfr. Stadt	237	300	+20,1	140	200	+24,5
Wuppertal, krfr. Stadt	804	1 100	+32,9	598	700	+24,2
Kleve, Kreis	794	1 100	+32,5	587	700	+25,6
Mettmann, Kreis	1 163	1 300	+15,2	808	1 000	+20,0
Rhein-Kreis Neuss	1 066	1 200	+11,2	911	1 000	+7,0
Viersen, Kreis	548	800	+47,6	405	600	+37,2
Wesel, Kreis	1 333	1 300	+1,1	801	800	-3,7
<b>Reg.-Bez. Köln</b>						
Aachen, krfr. Stadt	595	700	+14,0	530	600	+11,5
Bonn, krfr. Stadt	978	1 100	+17,0	663	800	+15,2
Köln, krfr. Stadt	2 682	3 000	+11,1	2 504	2 900	+16,7
Leverkusen, krfr. Stadt	275	300	+17,9	225	300	+20,6
Aachen, Kreis	768	1 000	+36,6	495	700	+34,0
Düren, Kreis	639	700	+6,6	564	600	+8,9
Rhein-Erft-Kreis	920	1 300	+44,7	742	1 000	+36,1
Euskirchen, Kreis	131	100	+6,4	122	100	+0,3
Heinsberg, Kreis	633	1 000	+50,2	457	700	+46,0
Oberbergischer Kreis	884	1 200	+31,9	793	1 000	+31,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	706	900	+23,7	582	700	+25,1
Rhein-Sieg-Kreis	1 165	1 400	+20,8	805	1 000	+22,8
<b>Reg.-Bez. Münster</b>						
Bottrop, krfr. Stadt	259	300	+24,6	188	200	+14,1
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	616	700	+16,0	391	400	+11,9
Münster, krfr. Stadt	467	300	-42,0	437	300	-39,4
Borken, Kreis	1 041	1 200	+17,3	719	900	+20,6
Coesfeld, Kreis	502	600	+24,0	318	400	+22,5
Recklinghausen, Kreis	2 072	2 400	+15,0	1 525	1 800	+16,8
Steinfurt, Kreis	1 787	2 300	+30,0	1 241	1 500	+22,9
Warendorf, Kreis	499	500	-2,7	326	300	-10,1
<b>Reg.-Bez. Detmold</b>						
Bielefeld, krfr. Stadt	1 060	1 200	+14,0	1 086	1 200	+15,0
Gütersloh, Kreis	980	1 300	+27,6	690	800	+20,4
Herford, Kreis	334	400	+5,6	419	600	+44,6
Höxter, Kreis	216	400	+68,4	181	300	+66,9
Lippe, Kreis	841	1 400	+61,7	707	1 100	+58,4
Minden-Lübbecke, Kreis	659	900	+29,9	375	500	+24,2
Paderborn, Kreis	585	900	+61,8	408	700	+61,3
<b>Reg.-Bez. Arnberg</b>						
Bochum, krfr. Stadt	1 284	1 400	+6,3	940	900	-1,2
Dortmund, krfr. Stadt	2 360	2 900	+22,9	1 419	1 600	+9,7
Hagen, krfr. Stadt	395	400	+12,7	313	300	+11,6
Hamm, krfr. Stadt	512	500	+6,8	319	400	+22,0
Herne, krfr. Stadt	245	300	+14,4	160	200	+7,9
Ennepe-Ruhr-Kreis	892	1 000	+16,7	570	700	+18,9
Hochsauerlandkreis	697	1 000	+43,0	459	600	+35,2
Märkischer Kreis	1 158	1 400	+21,4	878	1 000	+10,9
Olpe, Kreis	364	400	+6,1	177	200	+9,2
Siegen-Wittgenstein, Kreis	581	700	+18,4	351	400	+15,1
Soest, Kreis	820	1 000	+21,5	597	700	+19,7
Unna, Kreis	753	1 000	+36,6	435	500	+24,8
<b>Nordrhein-Westfalen<sup>1)</sup></b>	<b>45 100</b>	<b>46 200</b>	<b>+2,5</b>	<b>33 057</b>	<b>33 800</b>	<b>+2,1</b>

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003 – 1) Für das Modellrechnungsjahr 2019 weicht die Summe über alle Regionen leicht vom Gesamtergebnis für Nordrhein-Westfalen ab, weil andere Quotengerüste verwendet wurden.

<b>4.22 Sozialpädagogische Familienhilfe 2003 und 2019*) nach Regierungsbezirken (mittlere Trendvariante)</b>			
Gebiet	Inanspruchnahme von sozialpädagogischer Familienhilfe		
	2003	2019	Veränderung 2019 gegenüber 2003 in %
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf</b>	<b>2 412</b>	<b>2 700</b>	<b>+11,3</b>
kreisfreie Städte	1 085	1 200	+9,5
Kreise	1 327	1 500	+12,7
<b>Reg.-Bez. Köln</b>	<b>2 107</b>	<b>2 600</b>	<b>+24,8</b>
kreisfreie Städte	829	1 000	+17,7
Kreise	1 278	1 700	+29,4
<b>Reg.-Bez. Münster</b>	<b>1 594</b>	<b>1 800</b>	<b>+15,3</b>
kreisfreie Städte	311	300	-4,5
Kreise	1 283	1 500	+20,1
<b>Reg.-Bez. Detmold</b>	<b>1 134</b>	<b>1 600</b>	<b>+37,9</b>
kreisfreie Stadt	129	200	+26,0
Kreise	1 005	1 400	+39,4
<b>Reg.-Bez. Arnsberg</b>	<b>1 825</b>	<b>2 300</b>	<b>+26,0</b>
kreisfreie Städte	794	1 100	+35,8
Kreise	1 031	1 200	+18,5
<b>Insgesamt<sup>1)</sup></b>			
<b>kreisfreie Städte</b>	<b>3 148</b>	<b>3 700</b>	<b>+17,6</b>
<b>Kreise</b>	<b>5 924</b>	<b>7 300</b>	<b>+23,4</b>

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003 – 1) Für das Modellrechnungsjahr 2019 weicht die Summe über alle Regionen leicht vom Gesamtergebnis für Nordrhein-Westfalen ab, weil andere Quotengerüste verwendet wurden.

auf diese Weise u. a. Extremwerte nivelliert werden. So reicht beispielsweise die Spannweite der Veränderungsraten bei kreisfreien Städten von -41 % in Münster bis zu +29 % in Wuppertal. Auch bei den Kreisen ist die Streuung sehr breit und markiert auf der einen Seite Rückgänge um 6 % in Warendorf und auf der anderen Seite Steigerungen um 68 % in Höxter.

Auf Ebene der Regierungsbezirke (RB) wächst der Beratungsbedarf im RB Detmold mit 35,5 % bis 2019 am stärksten (siehe Tab. 4.20). Insbesondere in den Kreisen dieses Regierungsbezirkes ist mit einem Zuwachs an Beratungen um 42,5 % zu rechnen. Dann beziffert sich der dortige Bedarf auf 9 100 Beratungen. Eine negative Entwicklung zeigt sich nur in den kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Münster. Hier wird die Zahl um 5,7 % sinken.

Weitere Regionen, in denen bis 2019 mit einem abnehmenden Beratungsbedarf gerechnet werden kann, sind die kreisfreien Städte Düsseldorf,

Oberhausen und Mülheim an der Ruhr sowie der Kreis Wesel. Dem stehen zahlreiche Kreise gegenüber – u. a. Lippe, Paderborn, Höxter, Viersen oder Heinsberg –, in denen bis 2019 eine Steigerung der Inanspruchnahme um jeweils über 30 % erwartet wird.

Auch in der sozialpädagogischen Familienhilfe zeigen sich regionale Unterschiede: Entlang der Unterscheidung von kreisfreien Städten und Kreisen sind diese jedoch nicht so stark. In den kreisfreien Städten steigt der Bedarf an sozialpädagogischer Familienhilfe durchschnittlich um 17,6 %, in den Kreisen um 23,4 %. In Absolutwerten ausgedrückt bedeutet dies für die kreisfreien Städte eine Nachfragesteigerung um rund 600 Plätze, in den Kreisen sogar um rund 1 400.

Mit einem bis 2019 steigenden Bedarf an sozialpädagogischer Familienhilfe haben alle Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen zu rechnen. Im RB Köln beziffert sich der Anstieg zwischen 2003 und 2019 auf

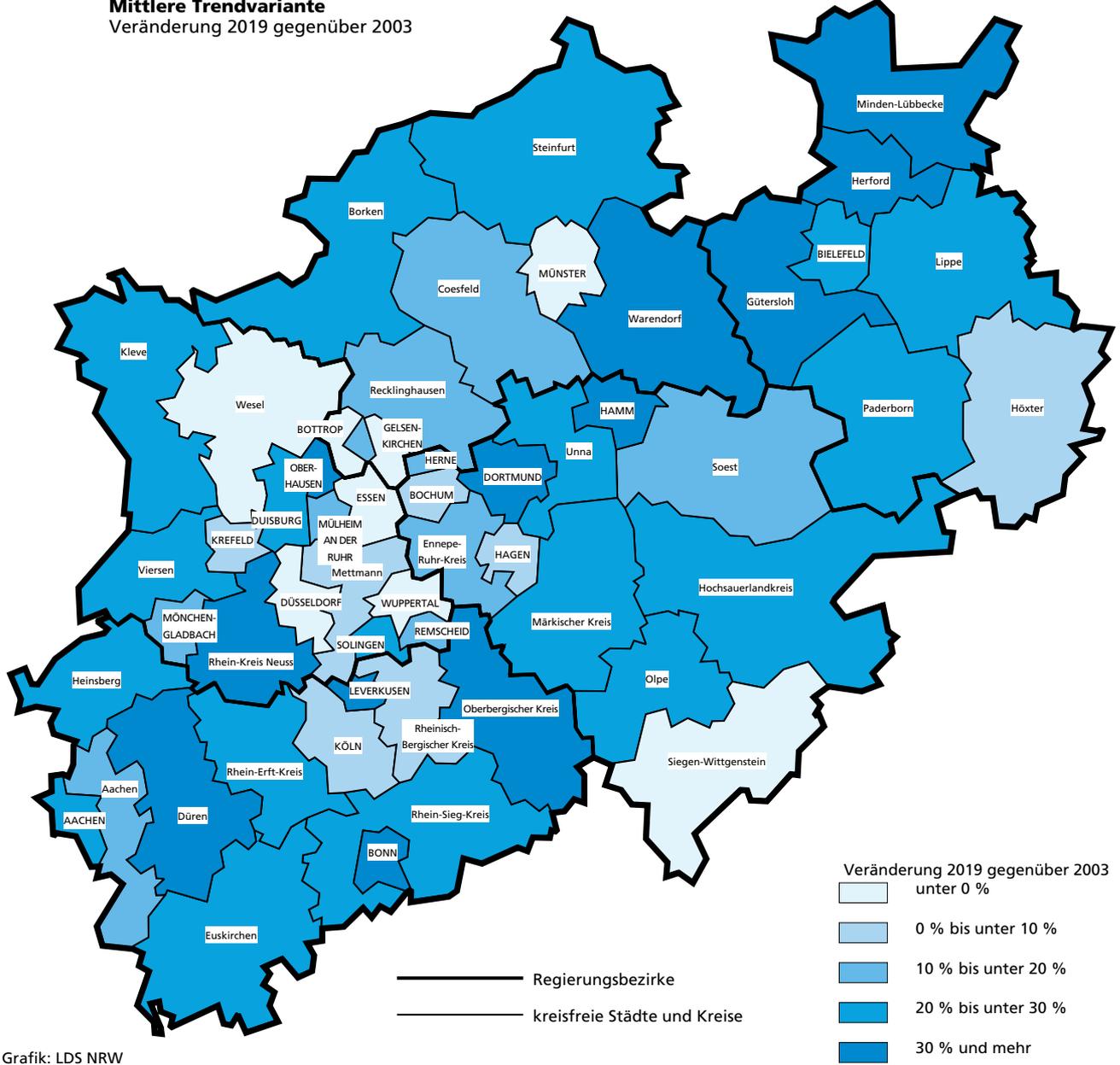
über 500 Plätze. In den Regierungsbezirken Arnsberg und Detmold liegt er in diesem Zeitraum jeweils bei über 400 Plätzen und in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster bei über 200. In den drei kreisfreien Städten des RB Münster Bottrop, Gelsenkirchen und Münster, aber auch in Essen, Düsseldorf und Wuppertal sowie in den Kreisen Wesel und Siegen-Wittgenstein zeigen sich bis 2019 sogar Rückgänge beim Bedarf an sozialpädagogischer Familienhilfe. Gleichzeitig müssen mehr als 30 Regionen in Nordrhein-Westfalen mit einer Bedarfssteigerung um mehr als 20 % rechnen (siehe Karte 4.5).

#### 4.9 Fazit

Die Vorausschätzungen zur künftigen Entwicklung in der ambulanten Erziehungshilfe sind sehr stark abhängig von den jeweils zugrunde liegenden Annahmen. Im Folgenden werden die Ergebnisse der mittleren Trendvariante zusammengefasst.

1. Insgesamt ist bei den ambulanten Erziehungshilfen bis 2039 mit einer Bedarfssteigerung um rund 21 000 Plätze (22 %) zu rechnen.
2. Im Zuge dieser Entwicklungen verzeichnet die sozialpädagogische Familienhilfe den größten Bedarfsanstieg: bis 2039 um 55 % oder 5 000 Hilfen. Für die institutionelle Beratung als häufigste Hilfeart beträgt die Steigerung bis 2039 knapp 20 % oder rund 16 000 Beratungen. Der Bedarf nach Betreuung einzelner junger Menschen zeigt in den kommenden Jahren nur geringe Veränderungen.
3. Auch in Zukunft werden sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Inanspruchnahme – die Überpräsenz von männlichen Hilfebeziehenden – fortsetzen. Altersunterschiede in der künftigen Inanspruchnahme von institutioneller Beratung zeigen sich zum einen in einer bereits kurzfristig zu erwartenden Steigerung bei den älteren Hilfebeziehenden ab 18 Jahre. Mittel- und langfristig werden aber

**Karte 4.5 Inanspruchnahme von sozialpädagogischer Familienhilfe in Nordrhein-Westfalen**  
**Mittlere Trendvariante**  
 Veränderung 2019 gegenüber 2003



**4.23 Sozialpädagogische Familienhilfe von 2003 bis 2019\*)  
nach kreisfreien Städten und Kreisen (mittlere Trendvariante)**

Verwaltungsbezirk	Inanspruchnahme von sozialpädagogischer Familienhilfe			
	2003	2010	2019	Veränderung 2019 gegenüber 2003 in %
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf</b>				
Düsseldorf, krfr. Stadt	105	100	90	-9,5
Duisburg, krfr. Stadt	334	360	410	+21,8
Essen, krfr. Stadt	165	130	130	-21,5
Krefeld, krfr. Stadt	101	100	110	+6,2
Mönchengladbach, krfr. Stadt	68	70	70	+10,1
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	24	30	30	+13,8
Oberhausen, krfr. Stadt	69	90	100	+41,2
Remscheid, krfr. Stadt	40	40	50	+13,3
Solingen, krfr. Stadt	121	130	160	+29,8
Wuppertal, krfr. Stadt	58	50	50	-17,1
Kleve, Kreis	131	150	170	+29,8
Mettmann, Kreis	361	350	370	+1,2
Rhein-Kreis Neuss	260	300	340	+32,2
Viersen, Kreis	181	200	230	+26,7
Wesel, Kreis	394	360	390	-1,7
<b>Reg.-Bez. Köln</b>				
Aachen, krfr. Stadt	109	120	140	+27,6
Bonn, krfr. Stadt	104	120	150	+40,9
Köln, krfr. Stadt	482	460	500	+3,2
Leverkusen, krfr. Stadt	134	160	190	+44,1
Aachen, Kreis	195	200	230	+18,0
Düren, Kreis	174	200	250	+44,2
Rhein-Erft-Kreis	275	310	340	+24,7
Euskirchen, Kreis	146	160	190	+28,7
Heinsberg, Kreis	97	100	120	+22,0
Oberbergischer Kreis	131	170	210	+62,2
Rheinisch-Bergischer Kreis	87	80	90	+0,1
Rhein-Sieg-Kreis	173	190	220	+29,6
<b>Reg.-Bez. Münster</b>				
Bottrop, krfr. Stadt	45	40	40	-0,1
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	66	60	60	-9,7
Münster, krfr. Stadt	200	190	190	-3,7
Borken, Kreis	432	440	530	+21,7
Coesfeld, Kreis	114	110	130	+11,3
Recklinghausen, Kreis	285	300	320	+13,2
Steinfurt, Kreis	341	350	410	+20,6
Warendorf, Kreis	111	140	150	+39,4
<b>Reg.-Bez. Detmold</b>				
Bielefeld, krfr. Stadt	129	150	160	+26,0
Gütersloh, Kreis	248	310	390	+57,6
Herford, Kreis	212	250	300	+40,2
Höxter, Kreis	28	30	30	+3,7
Lippe, Kreis	185	190	220	+20,6
Minden-Lübbecke, Kreis	185	220	270	+48,3
Paderborn, Kreis	147	160	190	+26,5
<b>Reg.-Bez. Arnsberg</b>				
Bochum, krfr. Stadt	94	100	100	+9,9
Dortmund, krfr. Stadt	440	530	650	+47,7
Hagen, krfr. Stadt	44	50	50	+9,2
Hamm, krfr. Stadt	147	160	190	+32,2
Herne, krfr. Stadt	69	80	80	+19,6
Ennepe-Ruhr-Kreis	133	140	150	+11,4
Hochsauerlandkreis	99	110	130	+28,9
Märkischer Kreis	275	300	340	+23,7
Olpe, Kreis	36	40	50	+27,5
Siegen-Wittgenstein, Kreis	62	50	50	-19,3
Soest, Kreis	213	210	240	+13,3
Unna, Kreis	213	220	270	+26,1
<b>Nordrhein-Westfalen<sup>1)</sup></b>	<b>9 072</b>	<b>9 400</b>	<b>10 700</b>	<b>+18,0</b>

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Kinder- und Jugendhilfestatistik 1992 – 2003 – 1) Für das Modellrechnungsjahr 2019 weicht die Summe über alle Regionen leicht vom Gesamtergebnis für Nordrhein-Westfalen ab, weil andere Quotengerüste verwendet wurden.

hauptsächlich Altersgruppen im Schulalter verstärkt Beratungsangebote nutzen.

4. Unter Berücksichtigung der zugrunde liegenden Annahmen der Trendvarianten und konstant gehaltener Personal-Fall-Relationen des Jahres 2002 zeigt der Bereich der ambulanten Erziehungshilfen infolge steigender Bedarfzahlen noch Beschäftigungspotenziale.
5. Die regionalen Unterschiede im Bedarf an Erziehungshilfen zeigen sich für die Angebote der institutionellen Beratung und etwas abgeschwächt auch für die sozialpädagogische Familienhilfe sehr deutlich zwischen kreisfreien Städten und Kreisen. Die Kreise haben bis 2019 jeweils eine deutlich stärkere Nachfrage zu erwarten als die kreisfreien Städte.

## 5 Auswirkungen des demografischen Wandels auf Entwicklungen im Schulbereich

Die Vorausberechnung der zukünftigen Schülerbestände und Schulabgänge für die kreisfreien Städte und Kreise Nordrhein-Westfalens wird vom LDS NRW seit 1978 jährlich durchgeführt<sup>23)</sup> und liefert die Basisinformationen, auf denen eine bedarfsorientierte Schulpolitik auf regionaler Ebene aufbauen kann. Im Rahmen der demografischen Entwicklung ist aufgrund eines gravierenden Rückgangs der Bevölkerung im schulrelevanten Alter von 6 bis unter 19 Jahren eine solche Planungshilfe umso wichtiger, als strukturverändernde Anpassungsleistungen im Schulbereich des Bildungssystems wahrscheinlich werden. In diesem Sinne soll die modellhafte, nach Schulformen und Regionen differenzierte Quantifizierung der Schülerzahlen, der Klassenanzahl sowie des Lehrerbedarfs dazu dienen, die eventuellen Veränderungen im Schulbereich faktengestützt zu bewerkstelligen.

23) Vgl. z. B. Regionalisierte Schülerprognose 2005, hrsg. vom LDS NRW.

## 5.1 Schülerpopulation an allgemein bildenden Schulen seit 1970

### 5.1.1 Schwankungen der Schülerzahlen seit drei Jahrzehnten

Die Zahl der Schülerpopulation an allgemein bildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen betrug im Jahr 2004 rund 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche. Dieser Wert liegt zwar 19 % oder um über eine halbe Million Personen unter der maximalen Schülerzahl im Jahr 1976, doch markiert er keineswegs den Endpunkt der rückläufigen Entwicklung. Der von 1976 bis 1988 zu beobachtende Rückgang der Schülergesamtzahl um 33 % auf einen Tiefpunkt von etwa 1,8 Millionen ist u. a. ein Resultat des allgemeinen Geburtenrückgangs seit Ende der 1960er-Jahre.

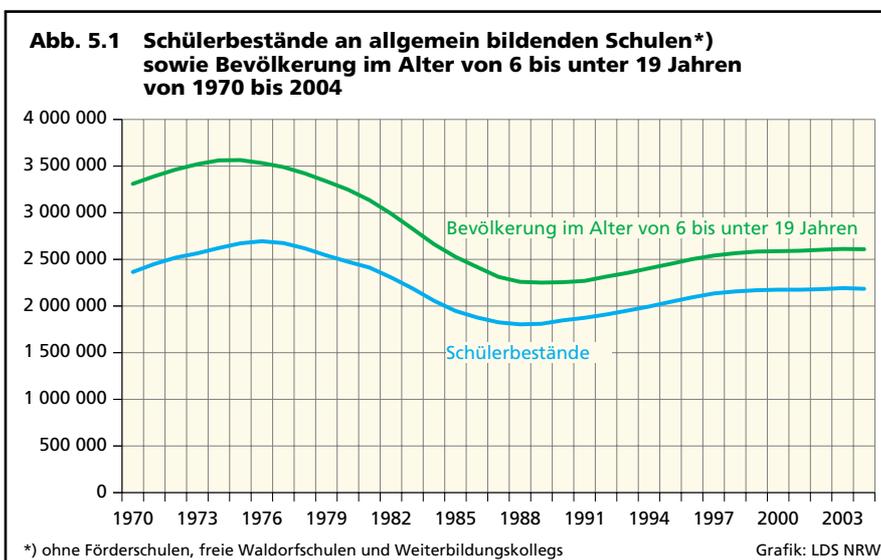
Die Anzahl der lebend Geborenen ist sowohl für den aktuellen als auch für den zukünftigen Bestand an Schülerinnen und Schülern der entscheidende demografische Faktor. So hat der vor allem in den 1960er-Jahren einsetzende Geburtenrückgang dazu beigetragen, dass seit Mitte der 1970er-Jahre die Zahl der Schülerinnen und Schüler in dem beschriebenen Ausmaß abgenommen hat.

Vor dem Hintergrund einer seit etwa dreieinhalb Jahrzehnten konstanten Gesamtgeburtensziffer von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau wird jedoch ein zweiter demografischer

Parameter wichtig: die Anzahl der potenziellen Mütter, d. h. der Frauen im so genannten gebärfähigen Alter von 15 bis unter 45 Jahren. Sie bestimmen maßgeblich die absolute Zahl der geborenen Kinder und damit den Umfang der Schülerpopulation. In diesem Sinne lässt sich der mit Beginn der 1990er-Jahre wieder einsetzende Anstieg der Schülerzahlen erklären. Die in den 1960er-Jahren noch vor dem allgemeinen Geburtenrückgang geborenen, zahlenmäßig starken Mädchengenerationen erreichten in den 1990er-Jahren das gebärfähige Alter; entsprechend ihrer Jahrgangsstärke bekamen sie – absolut betrachtet – mehr Kinder als zahlenmäßig weniger gut besetzte Jahrgänge zuvor. Auf diese Weise wird der Anstieg der Schülerzahlen von 1988 bis 2004 um 21 % oder fast 400 000 trotz einer seit Jahrzehnten gleich bleibenden Gesamtgeburtensziffer von 1,4 verständlich.<sup>24)</sup>

Die Schülergesamtpopulation an allgemein bildenden Schulen liegt zahlenmäßig deutlich höher als die Anzahl der Personen im schulrelevanten Alter von 6 bis unter 19 Jahren. Dies resultiert daraus, dass im Schülerbestand an allgemein bildenden Schulen Schülerinnen und Schüler an Förderschulen, freien Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs nicht einbezogen sind. Dass sich die Entwicklungen von Schülerbestand und Bevölkerung im Schulalter im Ver-

24) Vgl. zur Entwicklung der Geburten in Deutschland und Nordrhein-Westfalen u. a. Schmidtke/Berke 2005.



lauf der Jahrzehnte annähern, erklärt sich damit, dass gemessen an 1970 die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Sekundarstufe II besuchen, deutlich zugenommen hat.

### 5.1.2 Anstieg der Schülerzahlen in Gymnasien und Realschulen

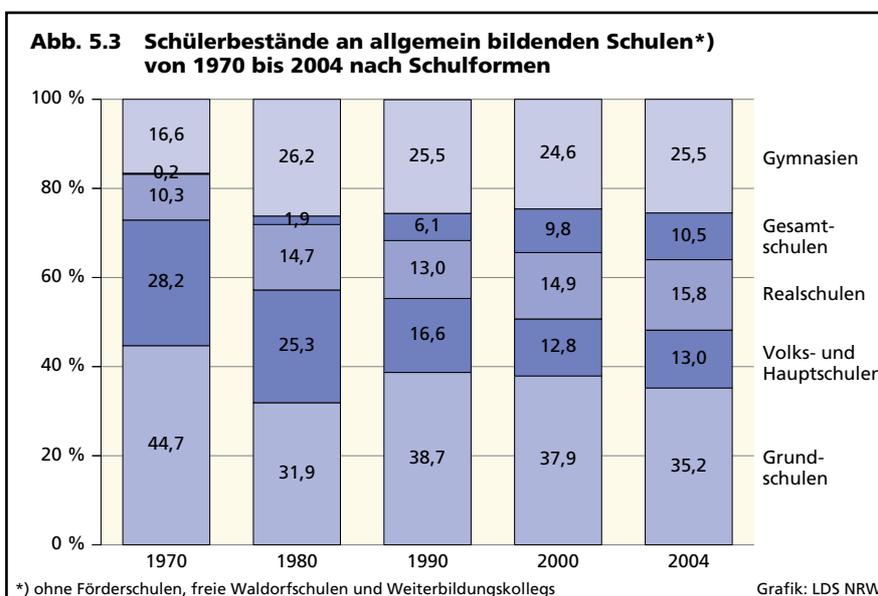
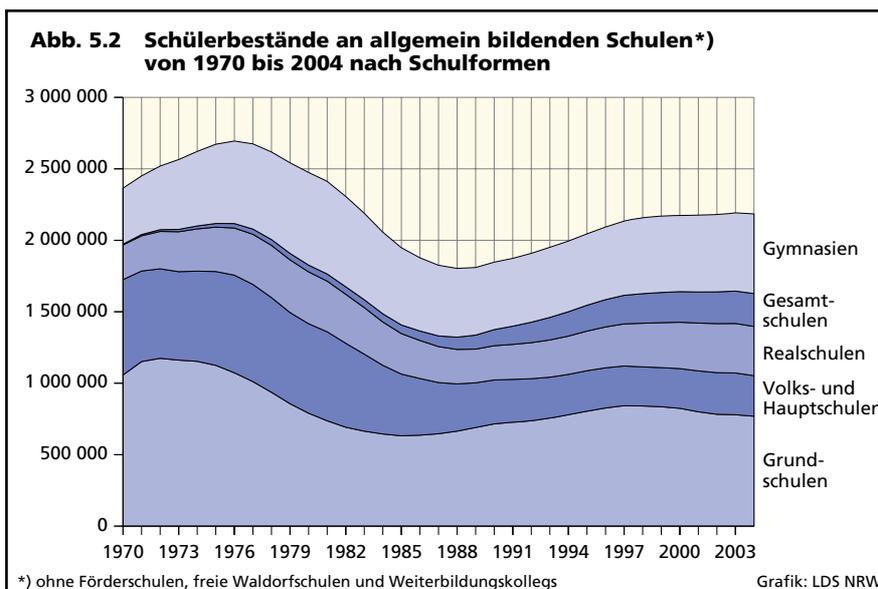
Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler hat sich seit den 1970er-Jahren in den verschiedenen Schulformen unterschiedlich entwickelt. Im Sekundarbereich I ist dabei insbesondere der Anteil der Gymnasien und Realschulen besuchenden Schülerinnen und Schüler angestiegen. Die Zahl der Gymnasiasten erreichte im Jahr 1980 – nach Steigerungen um rund 65 % oder fast 260 000 Jugendlichen gegenüber 1970 – einen Höhepunkt mit fast 650 000. Nach Rückgängen in den 1980er-Jahren ist seit 1990 wieder ein Anstieg der gymnasialen Schülerpopulation zu verzeichnen. Der Stand von 2004 liegt mit einer Schülerzahl von fast 560 000 um 42 % oder 165 000 höher als 1970.

Auch die Zahl der Realschülerinnen und -schüler hat seit den 1970er-Jahren zugenommen. Nach einem Maximum von knapp 370 000 im Jahr 1979 fiel die Zahl bis Ende der 1980er-Jahre auf 236 000, um danach wieder anzusteigen. 2004 gingen etwa 344 000 Schülerinnen und Schüler zur Realschule – rund 42 % oder über 100 000 mehr als 1970. Im Gegenzug ist an den noch nicht umorganisierten Volks- und den Hauptschulen seit 1970 ein Rückgang der Schülerpopulation zu verzeichnen. Nur in den Jahren von 1999 bis 2003 gab es eine leichte Erholung. Insgesamt hat sich hier die Schülerzahl von rund 667 000 (1970) auf rund 284 000 (2004) mehr als halbiert.

Im Zuge dieser Entwicklungen ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien zwischen 1970 und 1980 um etwa 10 Prozentpunkte gestiegen; der Anteil der Realschülerinnen und -schülern ist in diesem Zeitraum um etwa vier Prozentpunkte gewachsen. Seitdem sind die An-

5.1 Schülerbestände an allgemein bildenden Schulen*) von 1970 bis 2004						
Jahr	Schülerinnen und Schüler					
	insgesamt	davon an				
	Grundschulen	Hauptschulen <sup>1)</sup>	Realschulen	Gesamtschulen	Gymnasien	
1970	2 364 958	1 057 513	667 288	242 725	5 424	392 008
1980	2 474 818	790 125	626 060	362 784	47 495	648 354
1990	1 846 929	715 546	307 293	239 598	112 696	471 796
2000	2 175 137	824 229	278 025	324 491	214 025	534 367
2004	2 183 730	768 123	283 856	344 387	230 326	557 038

\*) ohne Sonderschulen, freie Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs – 1) einschl. noch nicht umorganisierter Volksschulen



teilswerte an beiden Schulformen nahezu konstant geblieben. Der noch in den 1970er- und 1980er-Jahren hohe Anteil an Hauptschülerinnen und -schülern von über einem Viertel ist seit Einführung und Etablierung der Gesamtschule stark gesunken. 2004 gingen nur noch 13 %

der Schülerinnen und Schüler an hier betrachteten Schulformen auf die Hauptschule; etwa 11 % besuchten 2004 die Gesamtschule. Ihr Anteil an der Schülerpopulation stieg seit 1980 um neun Prozentpunkte.

### 5.1.3 Unterschiedliche Entwicklung zwischen den Geschlechtern

Die geschilderte Entwicklung zeigt sehr deutlich die Bildungsexpansion in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts u. a. in Form eines höheren Anteils an Jugendlichen, die auf weiterführende Schulen gehen. Bei einer Geschlechterdifferenzierung wird gleichzeitig deutlich, dass die Mädchen in besonderem Umfang davon profitiert haben. Lag 1970 der Mädchenanteil an Gymnasien mit 45,8 % noch recht deutlich unter der Hälfte, so stieg er in den vergangenen 35 Jahren kontinuierlich an und betrug 2004 53,9 %. Gleichzeitig veränderte sich das Geschlechterverhältnis in den Hauptschulen. In den 1970er-Jahren war es noch in etwa ausgeglichen, doch seitdem hat es sich stetig in Richtung der Jungen verschoben. 2004 waren 57,2 % der Hauptschüler männlich.

### 3. Austritte aus dem Bildungssystem (Schulabgänge)

Vereinfachend wird angenommen, dass sich die für die Berechnung der Schülerbestände relevanten Bewegungen (Eintritte, Übergänge) an ausschließlich einem Stichtag vollziehen, der zweckmäßigerweise auf den Erhebungstichtag der Schulstatistik (im Oktober) fixiert wird; der Stichtag für die Schulabgänge wird zeitlich auf das Ende des Schuljahres gelegt.

Die für die Simulation notwendigen Parameter sind folgende:

- Schülerbestände der Klasse  $j$  im Jahre  $t_0$
- alterstypische Durchschnittsjahrgänge der Bevölkerung für jedes Jahr  $t_x$
- Eingangsquoten
- Übergangsquoten

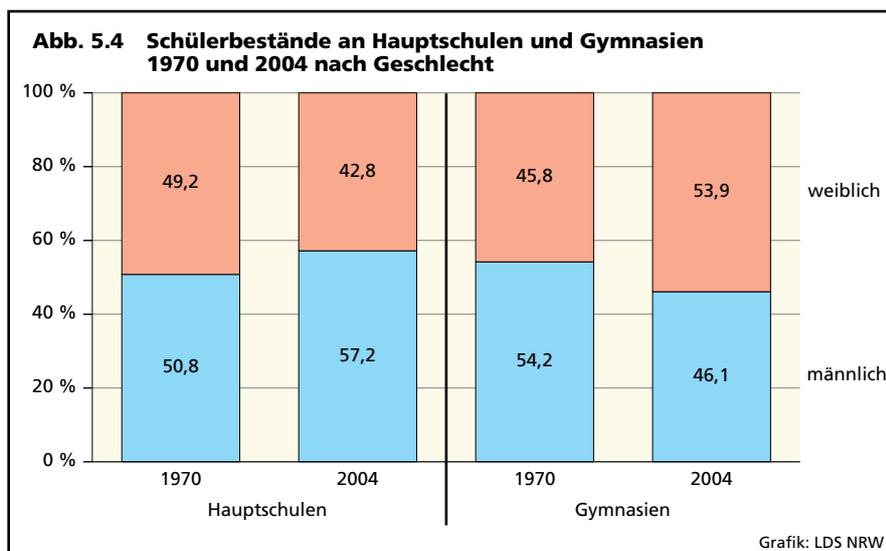
Ausgangspunkt der Berechnung bilden die im Rahmen der Schulstatistik ermittelten Ist-Schülerzahlen des Ba-

Gewichtung jeweils eine neue Quote ermittelt, die als Konstante bis zum Ende des Berechnungshorizontes in der Berechnung beibehalten wird. Die Ermittlung der Schülerbestände für weitere Jahre geschieht dann schrittweise durch jahrgangswise Fortschreibung.

Die Werte der aufgeführten Quoten liegen in der Regel zwischen 0 und 1. Der zunächst widersinnig erscheinende Wert einer Übergangsquote von über 1 resultiert daraus, dass es sich hier bei den Übergangsquoten um so genannte als-ob-Quoten handelt. Es wird nämlich unterstellt, dass der Schülerbestand der Schuljahrgangsstufe  $j + 1$  vollzählig im Vorjahr die Klasse  $j$  besuchte. Der Wechsel von einer Schulform zur anderen (z. B. vom Gymnasium oder der Realschule zurück zur Hauptschule) oder das Repetieren eines Jahrganges wird aber implizit, und zwar im Wert der Quote, berücksichtigt. So ist beispielsweise die Übergangsquote von der Schuljahrgangsstufe 5 zur Schuljahrgangsstufe 6 der Hauptschule größer als 1, weil in diesem Bereich Abgänge von anderen weiterführenden Schulen zurück zur Hauptschule erfolgen. Bei der Ermittlung der Übergangsquoten werden also zwei Schülermengen in Beziehung gesetzt, die in ihrer Zusammensetzung nicht identisch sind.

Die Eingangsklassen werden jährlich durch die Kinder der relevanten alterstypischen Einschulungsjahrgänge gespeist. Für die erste Schuljahrgangsstufe der Grundschule werden als alterstypische Einschulungsjahrgänge die 6- bis 8-Jährigen gewählt. Entsprechend ihrem Anteil bei der letzten Altersstrukturhebung wird aus diesen Altersjahrgängen jeweils ein alterstypischer Durchschnittsjahrgang gebildet.

Der Schülerbestand der Eingangsklasse ist rechnerisch das Produkt aus dem alterstypischen Durchschnittsjahrgang und der Eintrittsquote. Dabei bezeichnet die Eintrittsquote den Anteil des Durchschnittsjahrganges, der in den Eingangsjahrgang  $i$  eintritt, d. h. eingeschult wird.



### 5.2 Methodisches Vorgehen

Die Vorausberechnung der Schülerbestände wird als Status-quo-Modell durchgeführt und basiert auf einem Verlaufsquoten-Modell, in dem Bildungsverläufe von Schülerkohorten simuliert werden. Es werden drei Bewegungselemente unterschieden:

1. Eintritte in das Bildungssystem (Einschulungen)
2. Übergänge innerhalb des Bildungssystems (Übergänge von einem Schuljahrgang  $j$  in den nächsthöheren  $j + 1$ )

sisjahres  $t_0$ . Die Multiplikation der Schülerbestände eines Jahrgangs mit der jeweiligen Übergangsquote für die nächsthöhere Schuljahrgangsstufe ergibt den Schülerbestand der nächsthöheren Schuljahrgangsstufe im darauf folgenden Jahr. Die Übergangsquote ist definiert als reziproker Wert des Quotienten aus dem Bestand der Schuljahrgangsstufe  $j$  im Jahr  $t_0$  und dem Bestand, der sich im Jahr  $t_{0+1}$  in der nächsthöheren Schuljahrgangsstufe  $j$  befindet. Aus den realisierten Ist-Quoten der letzten drei Jahre wird durch geometrische

Mit zunehmender Entfernung vom Basisjahr  $t_0$  gehen die Ist-Daten der Schulstatistik immer weniger in die zu berechnenden Schülerbestände ein, bis dann die Bestände ausschließlich von den Eingängen in die unterste Jahrgangsstufe der Vorjahre abgeleitet werden, die selbst auch nur geschätzte Zahlen sind, nämlich die künftigen alterstypischen Einschulungsjahrgänge aus der Bevölkerungsvorausberechnung.

Auf die Grundschule bezogen bedeutet dies, dass sich nach vier Jahren die Schülerbestände der Jahrgänge 1 bis 4 aus den Durchschnittsjahrgängen der Einschulung des Jahres  $t_{0+4}$  und der davor liegenden drei Jahre herleiten. Die Bestände des Eingangsjahrgangs der Sekundarstufe I (Jahrgang 5 der Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und des Gymnasiums) werden als Übergänge aus dem Jahrgang 4 der Grundschule berechnet.

Auf der Grundlage der berechneten Schülerbestände werden schließlich die Schulabgänge bestimmt. Auch hier wird ein Quotenverfahren angewendet. Die Schulabgänge sind das Produkt aus Schülerbestand und Abgangsquote, wobei die Abgangsquote als der Anteil des Bestandes, der die Schule verlässt, definiert ist.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) NRW legt durchschnittliche Landesquoten (Eingangs-, Übergangs- und Abgangsquoten) für das Land fest. Dabei werden – ausgehend von dem aktuellen Informationsstand über die vergangene Entwicklung anhand der schulstatistischen Ist-Daten und der zu erwartenden oder absehbaren quantitativen Auswirkungen bekannter bildungspolitischer Maßnahmen sowie kurzfristiger demografisch bedingter Sonderentwicklungen – die für wahrscheinlich erachteten Quoten numerisch bestimmt. Insofern handelt es sich bei den Vorausberechnungen des MSW nicht um reine Zielprojektionen aufgrund bildungspolitisch angestrebter Richtwerte, vielmehr tragen sie noch den Charakter einer Status-quo-Vorausberechnung. Mittels der so bestimmten Quoten berechnet das MSW

jährlich eine eigenständige Schüler- sowie Schulabgängervorausberechnung, die nur Werte auf Landesebene liefert. An diese Landeswerte des MSW passt das LDS NRW die Werte aus seiner davon unabhängig durchgeführten regionalen Schülerbestands- sowie Schulabgängervorausberechnung nachträglich linear an, so dass die angepasste regionalisierte Vorausberechnung entsteht, deren Ergebnisse diesem Beitrag zugrunde liegen.<sup>25)</sup>

### 5.3 Ergebnisse der Modellrechnungen

#### 5.3.1 Rückgang der Schülerpopulation

Als Folge der demografischen Entwicklung und hier insbesondere der langfristig niedrigen Geburtenzahlen wird zukünftig die Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen erheblich zurückgehen (siehe Abb. 5.5). Bereits bis zum Jahr 2020 kommt es zu einem an 2004 gemessenen Rückgang um 22 % oder fast eine halbe Million Kinder und Jugendliche. Mit 1,7 Millionen Schülerinnen und Schülern wird dann der Tiefpunkt seit Beginn der 1970er-Jahre erreicht. Dieser Wert zählt jedoch nur etwa 100 000 Personen weniger als der bis dato niedrigste Wert des Schülerbestandes von 1,8 Millionen aus dem Jahr 1988.

Die Zahlen zeigen, dass der langfristige Rückgang der Schülerzahlen kein erstmaliges Phänomen darstellt, sondern bereits in den 1980er-Jahren in ähnlicher Weise infrastrukturelle Anpassungsleistungen im Bildungsbereich erforderlich machte. Als zukünftig wichtiger Unterschied könnte sich jedoch die angespannte finanzielle Lage des Bundes und der Länder erweisen. Während in den 1970er- und 1980er-Jahren die entsprechend der verringerten Jahrgangsstärke angeratene Reduzierung des Schulgebäudebestandes weitgehend unterblieben ist, und damit die Wirtschaftlichkeit des Schul-

wesens insgesamt abnahm<sup>26)</sup>, bestehen Zweifel, ob künftig eine solche Handhabung angesichts der schwierigen Finanzsituation der öffentlichen Haushalte durchgesetzt werden kann (Weishaupt 2004).

Zwischen 2020 und 2030 wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler wieder leicht auf 1,76 Millionen ansteigen, um im darauf folgenden Jahrzehnt bis 2039 auf 1,67 Millionen abzusinken. In der entsprechenden Literatur zum Thema wird darauf hingewiesen, dass es wenig zweckmäßig erscheint, die Planungsüberlegungen an der „Talsohle der Schülerzahlenentwicklung“, d. h. im Falle Nordrhein-Westfalens am Minimalschülerbestand des Jahres 2020, auszurichten. Stattdessen seien langfristige Planungshorizonte und flexible, gegebenenfalls auch temporär großzügig bemessene Standards sinnvoll, die eine nur kurzfristig optimal angepasste, aber langfristig zu weit reichende Beschneidung des Schulnetzes vermeiden helfen (vgl. Kuthe/Zedler 1999, Fickermann/Schulzeck/Weishaupt 2000b, Weishaupt 2004).

In Abb. 5.5 wird zusätzlich zur Veränderung der Schülerzahlen die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung im schulrelevanten Alter von 6 bis unter 19 Jahren angezeigt. Der Grund dafür, dass letztgenannte Zahlen rund 400 000 Personen höher liegen, besteht darin, dass in der Modellrechnung nur rund 95 % der Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen einbezogen sind; d.h., die Schülerbestände von Förderschulen, freien Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs sind hierin nicht enthalten.

Der auffällige „Knick“ in der Entwicklung der Schülerpopulation in den Jahren 2012 bzw. 2013 ist auf die Berücksichtigung des erstmaligen Wirksamwerdens der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre zurückzuführen. Das bedeutet, dass im Schuljahr 2012/13

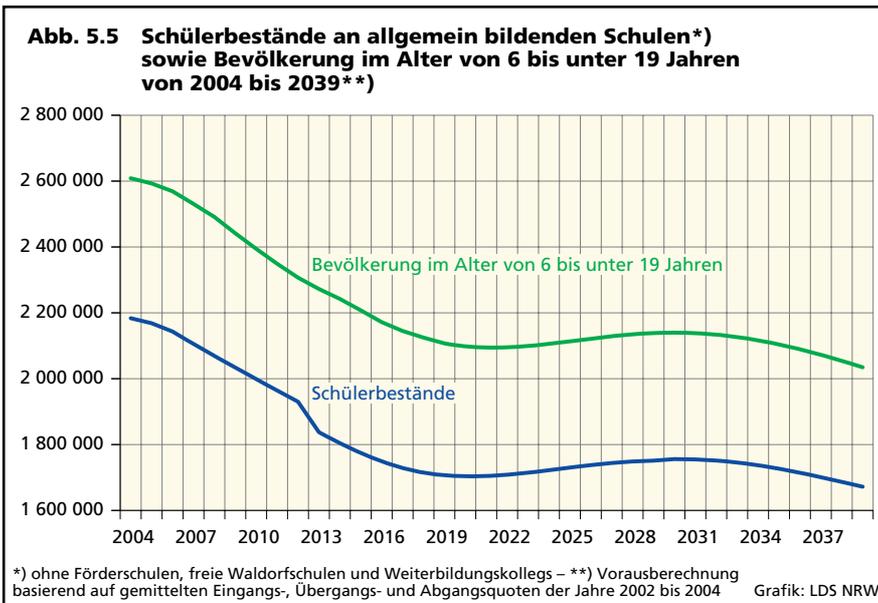
<sup>26)</sup> In einer Untersuchung von Weishaupt/Weiss (1988) wurde gezeigt, dass bundesweit zwischen 1975 und 1983 aufgrund des ungenutzten Schulraumbestandes die preisbereinigten Sachausgaben je Schüler um 23 % zunahmen, während die Schülerzahlen um etwa 20 % zurückgingen.

<sup>25)</sup> Die formelmäßige Darstellung des Modells in Matrixschreibweise findet sich in jedem Statistischen Bericht „Regionalisierte Schülerprognosen in Nordrhein-Westfalen 200x“.

die Schülerinnen und Schüler von zwei Jahrgangsstufen (12 und 13) gleichzeitig die Abiturprüfung ablegen. Danach entfällt die Jahrgangsstufe 13 und mithin die betreffende Schülerteilpopulation.

### 5.3.2 Unterschiedliche Entwicklung in den Schulformen

Eine Differenzierung der zukünftigen Entwicklung der Schülerzahlen nach Schulformen zeigt, dass langfristig alle Schulformen – mit Ausnahme der Gesamtschulen in der Sekundarstufe II – mit einem Schülerchwund zu rechnen haben. Der Ver-



**5.2 Schülerbestände an allgemein bildenden Schulen\*) von 2004 bis 2039 nach Stufen und Schulformen**

Schulform Stufe	Schülerinnen und Schüler							
	2004	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2039
Grundschulen <sup>1)</sup> <b>Primarstufe</b>	768 395	670 700	628 000	640 200	657 600	651 200	619 500	591 800
Hauptschulen <sup>1)</sup> Realschulen	283 584	230 700	205 900	192 300	195 300	204 300	201 100	192 700
Gesamtschulen	344 387	307 300	274 200	256 700	260 900	267 900	264 800	254 900
Gymnasien	193 993	188 300	169 700	158 700	161 300	163 700	162 700	157 500
<b>Sekundarstufe I</b>	<b>392 516</b>	<b>378 500</b>	<b>337 600</b>	<b>316 400</b>	<b>321 700</b>	<b>326 200</b>	<b>324 100</b>	<b>313 300</b>
Gesamtschulen	36 333	40 700	50 000	43 800	41 700	50 100	60 200	69 200
Gymnasien	164 522	183 000	108 900	95 700	91 600	92 600	94 300	92 500
<b>Sekundarstufe II</b>	<b>200 855</b>	<b>223 700</b>	<b>158 900</b>	<b>139 500</b>	<b>133 300</b>	<b>142 700</b>	<b>154 500</b>	<b>161 700</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>2 183 730</b>	<b>1 999 100</b>	<b>1 774 200</b>	<b>1 703 800</b>	<b>1 730 100</b>	<b>1 755 900</b>	<b>1 726 700</b>	<b>1 672 000</b>

\*) ohne Sonderschulen, freie Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs – \*\*) Vorausberechnung basierend auf gemittelten Eingangs-, Übergangs- und Abgangsquoten der Jahre 2002 bis 2004 – 1) einschl. noch nicht umorganisierter Volksschulen

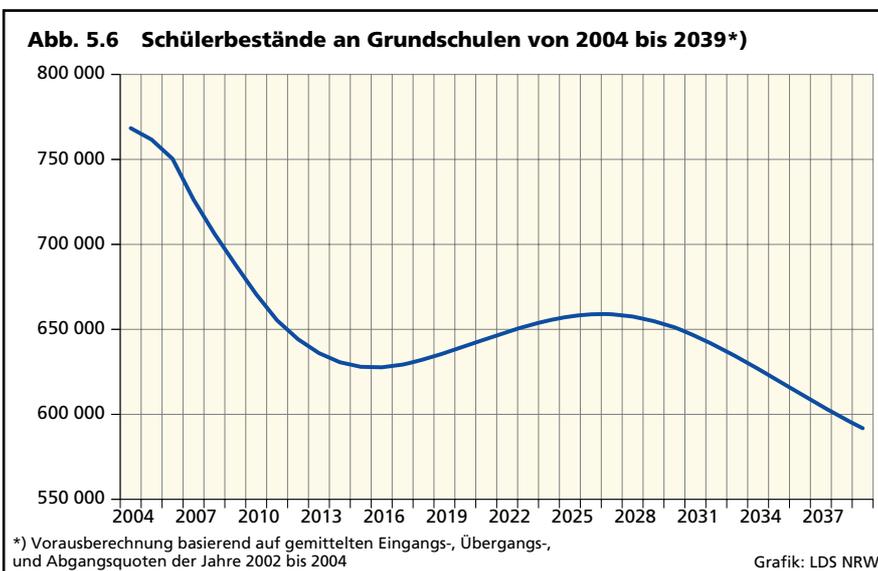
lauf für alle Schulformen zeigt einen rapiden Abfall der Bestände bis etwa 2020, eine anschließende leichte Erholung und schließlich wieder einen Rückgang auf das niedrige Niveau des Jahres 2020. Trotz dieser vergleichbaren Entwicklung variieren jedoch die Stärke und Dynamik der Rückgänge zwischen den Schulformen.

Grundschülerinnen und -schüler. In jüngster Vergangenheit erreichte der Schülerbestand an Grundschulen im Jahr 1997 mit 842 000 Kindern ein Maximum; seitdem ist er bis 2004 bereits um 9 % oder rund 73 000 Kin-

der gesunken. Ein mittelfristig abzusehender Tiefpunkt wird im Jahr 2016 mit weniger als 630 000 Grundschulkindern nach Rückgängen um 18 % oder etwa 140 000 Kinder gegenüber 2004 erreicht werden.

#### 5.3.2.1 Schülerbestände in der Primarstufe

Besonders gravierend fällt der Rückgang der Schülerzahlen in der Primarstufe aus. Weil der strukturelle demografische Effekt der 1990er-Jahre von zahlenmäßig gut besetzten Frauengenerationen im gebärfähigen Alter zur Jahrtausendwende auslief, sinkt entsprechend der reduzierten Geburtenzahlen bereits seit einigen Jahren auch die Zahl der

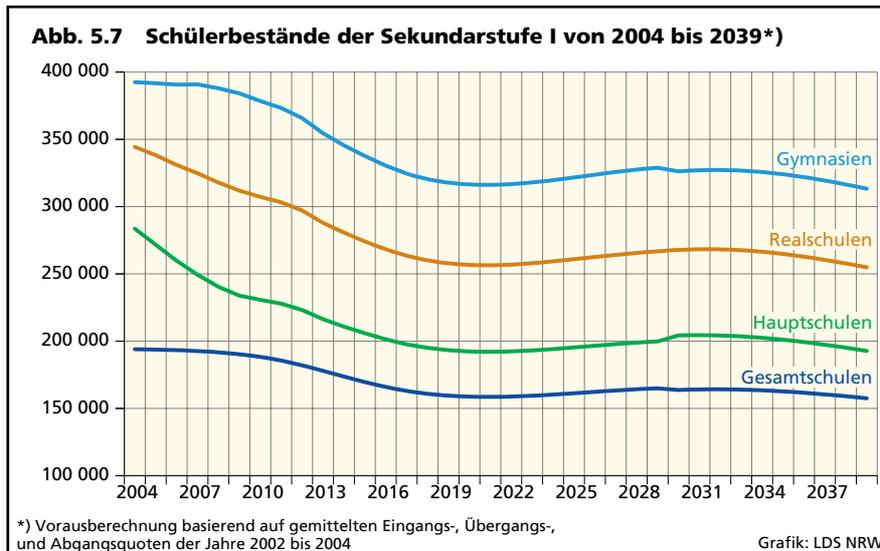


In den 2020er-Jahren werden die in den 1990er-Jahren geborenen Mädchen in das gebärfähige Alter kommen und entsprechend ihren relativ stark besetzten Jahrgängen wiederum mehr Kinder bekommen als die Jahrgänge vor ihnen. Aufgrund dieses demografischen Struktureffektes wird die Entwicklung der Grundschülerpopulation gegen Ende der 2020er-Dekade einen neuen, jedoch vergleichsweise moderaten Zwischengipfelpunkt bei insgesamt knapp 660 000 Mädchen und Jungen erreichen. Im darauf folgenden Jahrzehnt sinkt die Zahl wieder ab und erreicht 2039 ein Niveau von weniger als 600 000.

### 5.3.2.2 Schülerbestände in der Sekundarstufe I

Im Bereich der Sekundarstufe I sind die Schülerbestände an den Haupt- und Realschulen seit Beginn der 1980er-Jahre deutlich angestiegen und haben derzeit wohl ihr Maximum erreicht; zukünftig werden für beide Schulformen zum Teil massive Rückgänge erwartet. Von 2004 bis 2020 sinkt die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Realschulen um etwa ein Viertel (25,5 %) oder fast 90 000; in Hauptschulen geht sie bis dahin sogar um fast ein Drittel (32,2 %) oder über 90 000 zurück. Nach dem jeweiligen Tiefpunkt steigen die Schülerbestände an den genannten Schulen bis in die 2030er-Jahre leicht an; 2039 erreichen sie wiederum Werte aus den 2020er-Jahren.

In den Gymnasien betragen die Schülerrückgänge in den Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I bis 2020 19 % oder 76 000; nach einer leichten Erholung im darauf folgenden Jahrzehnt ist 2039 wieder der Stand aus den 2020er-Jahren von etwas über 300 000 Gymnasiasten in der Sekundarstufe I erreicht. Die Gesamtschulen haben mit dem geringsten Rückgang der Schülerzahlen in der Sekundarstufe I zu rechnen. Der Schülerschwund beträgt hier bis 2020 absolut nur 35 000 Personen; relativ liegt er allerdings auch bei etwa 18 %. Von 2020 bis 2039 sind gemessen an 2020 konstante bzw.



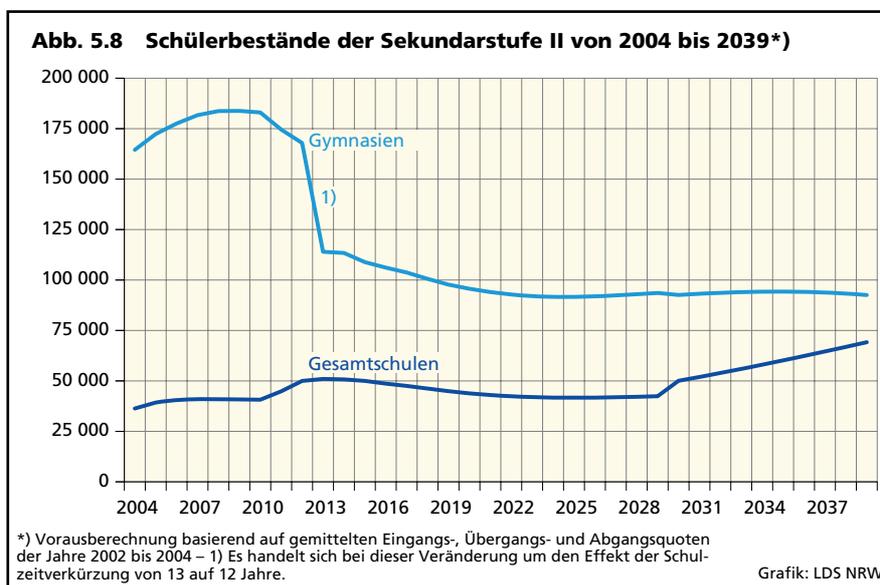
leicht erhöhte Schülerzahlen an den Gesamtschulen zu erwarten.

### 5.3.2.3 Schülerbestände in der Sekundarstufe II

Im Bereich der Sekundarstufe II ist aufgrund der Altersstruktur der Schülerpopulation in den Gymnasien noch bis 2009 mit einer Bestandserhöhung zu rechnen. Der Anstieg beläuft sich auf 12 %, was ein Plus von absolut knapp 20 000 Schülerinnen und Schülern bedeutet. Der in den darauf folgenden Jahren in Abb. 5.8 deutlich sichtbare Einbruch der Schülerbestände in den Gymnasien ist zunächst kein Effekt der demografischen Entwicklung: Grund ist hier die politisch induzierte Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre im Schuljahr 2012/13. Diese Verände-

rung wurde in der Vorausberechnung berücksichtigt. Sie wird beim Übergang der Schuljahre 2012/13 zu 2013/14 infolge des Entfallens der Jahrgangsstufe 13 zu einer Abnahme um etwa 54 000 Schülerinnen und Schülern an Gymnasien führen, also eines gesamten gymnasialen Oberstufenjahrgangs. Der Schülerbestand von etwa 114 000 Gymnasiasten im Jahr 2013 wird – dann demografisch bedingt – bis zum Jahr 2025 um 20 % abnehmen und einen Tiefpunkt bei knapp 92 000 erreichen. Mit Schwankungen leicht oberhalb dieses Niveaus wird sich die Gymnasiastenpopulation bis 2039 bewegen.

Die vorausberechnete Entwicklung der Schülerzahlen an Gesamtschulen ist noch geprägt durch den politischen Willen der vormaligen nordrhein-westfälischen Landesre-



gierung, diese Schulform weiter auszubauen. Zum Anstieg der Schülerzahlen an Gesamtschulen im Zeitraum 2010 bis 2012 kommt es in dieser Modellrechnung insbesondere auch dadurch, dass die vormalige Landesregierung die Einrichtung des zukünftigen Vorbereitungsjahrgangs 11 V<sup>27)</sup> standardmäßig an Gesamtschulen vorgesehen hat. Bis 2039 wird es den Berechnungen zufolge nahezu zu einer Verdoppelung des Schülerbestandes an Gesamtschulen kommen. Die Zahl wird dann von etwa 36 000 Schülerinnen und Schülern im Jahr 2004 auf knapp 70 000 im Jahr 2039 ansteigen.

Die Anteile der Schülerinnen und Schüler an den hier betrachteten Schulformen der allgemein bildenden Schulen verändern sich in den nächsten dreieinhalb Jahrzehnten nur geringfügig. An dieser Stelle ist jedoch nochmals darauf hinzuweisen, dass in Status-quo-Modellrechnungen wie der vorliegenden das (potenziell im Zeitverlauf veränderliche) Bildungswahlverhalten der Jugendlichen als konstant angesetzt wird.

Bei den Grundschulen kommt es von 2004 bis 2030 zu einem Anstieg des Anteils an der hier betrachteten

27) Der Besuch dieser Jahrgangstufe ist für alle Schülerinnen und Schüler, die von einer Haupt- oder Realschule in die gymnasiale Oberstufe überwechseln, obligatorisch sowie für ca. die Hälfte der entsprechenden Personengruppe von einer Gesamtschule einkalkuliert.

Schülergesamtpopulation um zwei Prozentpunkte, der bis 2039 wieder auf das Niveau von 2004 zurückgeht. In der Sekundarstufe I verändert sich nur der Schüleranteil der Hauptschulen: Bereits bis 2010 sinkt er von 13 % auf 11,5 %. Im Bereich der Sekundarstufe II steigt der Anteil der Gymnasiasten bis 2010 um knapp zwei Prozentpunkte auf 9 % an, bevor er dann bis 2020 auf 5,6 % zurückgeht und in etwa auf diesem Niveau verharrt. Als einzige der hier betrachteten Schulformen gewinnt die Gesamtschule im Bereich der Sekundarstufe II Schüleranteile hinzu. Nach und nach wächst ihr Schüleranteil von 1,7 % (2004) auf 4,1 % (2039).

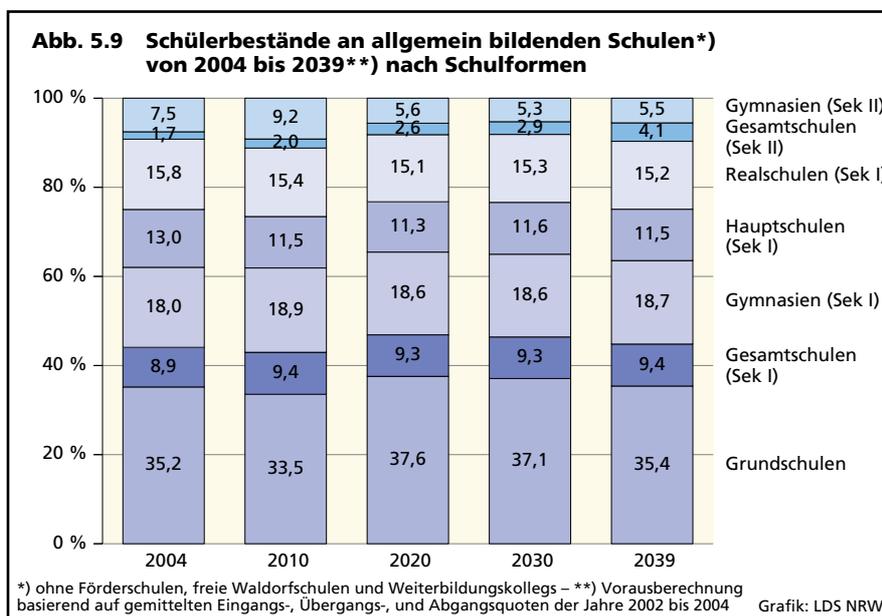
### 5.3.3 Schulabgänge nach Abschlussarten

Entsprechend den Entwicklungen der altersspezifischen Bevölkerungs- und damit der Schülerzahlen wird es in den nächsten Jahren zu einem Rückgang der Schulabgängerinnen und -abgänger kommen. Je nach Art des Abschlusses variieren die Zahlen der Jugendlichen, welche die Schulen verlassen. Bis 2040 wird die Zahl der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss gemessen am Abschlussjahrgang 2005 nahezu kontinuierlich um rund 41 % oder fast 18 000 sinken. Auch die Zahl der Jugendlichen mit Fachoberschulreife sinkt nach einer leichten Erhöhung bis 2007 in den darauf folgenden Jahren beinahe

stetig auf einen Wert im Abschlussjahrgang 2040, der 30 % oder 26 000 niedriger liegt als 2005.

Nach einem leichten Anstieg der Zahl der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife von 2005 bis 2012 um etwa 10 000 auf 62 000 wird aufgrund der Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre im Abschlussjahrgang 2013 die Zahl einmalig um rund 53 000 auf 115 000 ansteigen. In den Jahren danach wird zunächst die Höhe der Abiturientenzahlen aus der Zeit vor der Reform gehalten. Danach wird es zu einem leichten Rückfall auf das Niveau von 2005 kommen. 2026 markiert den Tiefpunkt mit knapp 53 000 Jugendlichen, welche die allgemeine Hochschulreife erlangen. In den folgenden Abschlussjahrgängen bis 2040 wird die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten wieder auf 62 000 ansteigen.

Aufgrund des starken Anstiegs der Abiturientenzahl im Jahr 2013 ist für das Wintersemester 2013/14 mit einer besonders hohen Zahl an Studienanfängerinnen und -anfängern zu rechnen. Diejenigen, die direkt im Anschluss an das Abitur keinen Studienplatz finden, müssen die Wartezeit anderweitig überbrücken oder aber gegen möglicherweise weniger qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber in einen Verdrängungswettbewerb um die Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze treten. Eine Abmilderung möglicher Negativentwicklungen könnte erfolgen, wenn eine größere Anzahl der heutigen Sechstklässler an Gymnasien und Gesamtschulen nach einer Regelschulbesuchszeit von 12 Jahren, also ebenso mit verkürzter Schulzeit wie die jetzigen Fünftklässler, das Abitur bereits im Jahre 2012 ablegen würde. Diese Möglichkeit hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW für die Schulen als Option vorgesehen<sup>28)</sup>. Eine Gleichverteilung mit jeweils rund 88 600 Schulabgängerinnen und -abgängern mit Abitur auf die Jahre 2012 und 2013 käme rechnerisch zustande, wenn 42,6 % aller Abiturientinnen und Abiturien-



28) Vgl. § 43 (5) Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I (APO-S I).

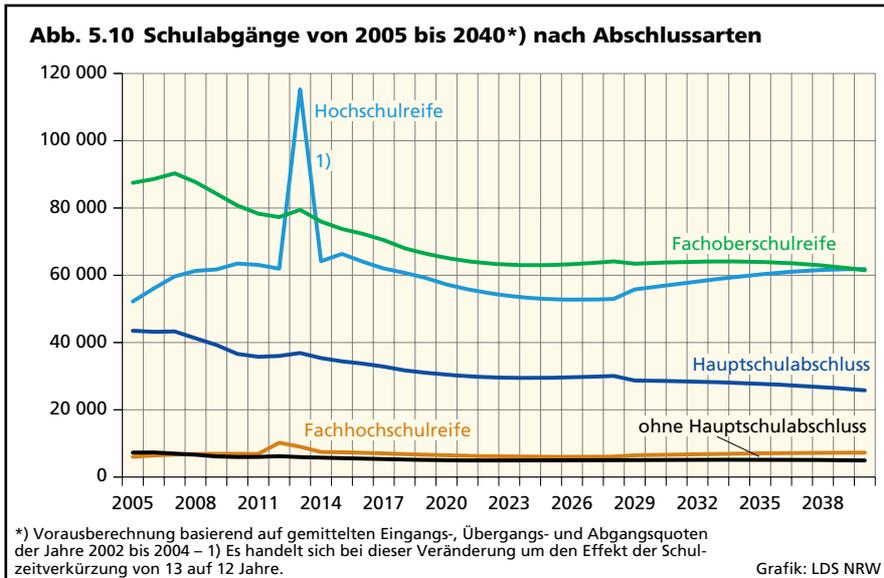
ten, die sonst erst 2013 nach bester Art (d. h. nach einer Regelschulbesuchszeit von 13 Jahren) das Abitur ablegen würden, dies bereits vorzeitig 2012 täten. Die Aufteilung auf zwei Jahre brächte – unter sonst gleichen Randbedingungen – die größtmögliche Glättung der (Über-)Nachfrage nach Studien- und Ausbildungsplätzen.

### 5.3.4 Langfristig sinkende Anzahl an Klassen

Aufgrund der für alle Schulformen sinkenden Schülerzahlen ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung künftig zu einer geringeren Anzahl an zu bildenden Schulklassen führen

5.3 Frequenzrichtwerte für Klassengrößen 2004 nach Stufen und Schulformen	
Schulform	Klassenfrequenzrichtwert
<b>Primarstufe</b>	
Grundschulen	24
<b>Sekundarstufe I</b>	
Hauptschulen	24
Realschulen	28
Gesamtschulen	28
Gymnasien	28
<b>Sekundarstufe II</b>	
Gesamtschulen	19,5
Gymnasien	19,5

wird. In einer weiteren Modellrechnung wurde unter Zugrundelegen der aktuellen schulformspezifischen Klassenfrequenzrichtwerte des Ministeriums für Schule und Weiterbildung (MSW) NRW vorausgeschätzt, wie sich die Anzahl an Klassen zukünftig verändern wird. In der Tabelle 5.3 sind die vom MSW vorgegebenen Richtwerte für die Größe von Klassen dargestellt. In der Sekundarstufe II wird in der Regel in einem so genannten Kurssystem, also in einem aufgelösten Klassenverband unterrichtet. Das Kurssystem zeichnet sich u. a. dadurch aus, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler je Unterrichtseinheit deutlich kleiner ist. Wenn im Folgenden einheitlich von Klassen gesprochen wird, so ist zu beachten, dass es sich dabei sozusam-



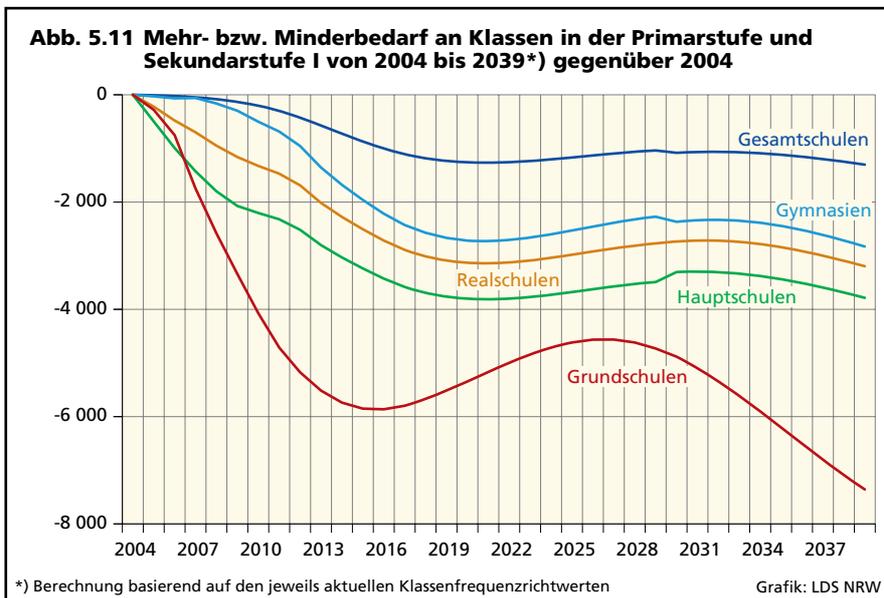
gen um fiktive Unterrichtseinheiten, also um ein methodisches Konstrukt handelt, das in der Realität so kaum vorkommt.

tes um etwa 1 300 an, bevor sie dann wieder sehr deutlich zurückgeht. Im Jahr 2039 ist die Zahl an Klassen in Grundschulen um fast 7 400 oder 23 % geringer als 2004.

#### 5.3.4.1 Anzahl an Klassen in der Primar- und Sekundarstufe I

Der zukünftige Rückgang der Klassenzahl unter Berücksichtigung des betreffenden Klassenfrequenzrichtwertes von 24 Schülerinnen und Schüler je Klasse zeigt sich am deutlichsten bei den Grundschulen. Bis zum Jahr 2016 verringert sich aufgrund der zurückgehenden Kinderzahlen die Zahl an Grundschulklassen kontinuierlich um fast 5 900 oder 18 %. In der darauf folgenden Dekade bis 2027 steigt die Zahl als Folge des oben beschriebenen demografischen Struktureffek-

Auch in der Sekundarstufe I ist für alle Schulformen mit einer sinkenden Anzahl an zu bildenden Klassen zu rechnen. Hier ist die Verlaufsform der Veränderung des Klassenbedarfs für alle Schulformen ähnlich: Von 2004 bis etwa 2020/21 zeigt sich ein verhältnismäßig starker Rückgang. In den anschließenden Jahren bis 2030/31 werden wieder etwas mehr Klassen einzurichten sein, bevor in den darauf folgenden Jahren bis 2039 die Zahlen erneut abnehmen. Das Ausmaß der rückläufigen Entwicklung bei den zukünftig zu bildenden Klassen variiert jedoch be-



5.4 Schulklassen von 2004 bis 2039 nach Stufen und Schulformen*)						
Schulform	Schulklassen					
	2004	2010	2015	2020	2030	2039
<b>Primarstufe</b>						
Grundschulen	32 016	27 900	26 200	26 700	27 100	24 700
<b>Sekundarstufe I</b>						
Hauptschulen	11 816	9 600	8 600	8 000	8 500	8 000
Realschulen	12 300	11 000	9 800	9 200	9 600	9 100
Gesamtschulen	6 928	6 700	6 100	5 700	5 800	5 600
Gymnasien	14 018	13 500	12 100	11 300	11 600	11 200
<b>Sekundarstufe II</b>						
Gesamtschulen	1 863	2 100	2 600	2 200	2 600	3 500
Gymnasien	8 437	9 400	5 600	4 900	4 700	4 700

\*) Berechnung basiert auf den jeweils aktuellen Klassenfrequenzrichtwerten.

trächtlich zwischen den Schulformen der Sekundarstufe I. Während sich an den Gesamtschulen und Gymnasien der Rückgang bis 2039 auf 19 % (1 300 Klassen) bzw. 20 % (2 800 Klassen) beläuft, liegt er an den Realschulen mit 26 % (3 200 Klassen) und an den Hauptschulen mit 32 % (3 800 Klassen) deutlich höher.

#### 5.3.4.2 Anzahl an Klassen in der Sekundarstufe II

In den Gymnasien der Sekundarstufe II wiederholt sich das bereits dargelegte Bild eines mittel- und langfristig deutlichen Rückgangs an zu bildenden Schulklassen unter Zugrundelegung der vom MSW vorgegebenen Richtwerte. Kurzfristig ist

aber noch ein Mehrbedarf im Vergleich zum Jahr 2004 gegeben, der sich 2008/09 auf etwa 1 000 Klassen beziffert. Danach wird insbesondere mit der Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre die Anzahl der benötigten Klassen erheblich sinken. Allein bis zu Beginn des Schuljahres 2013/14 geht die Zahl an Klassen in der gymnasialen Oberstufe um 2 600 zurück. Der für diesen Zeitpunkt kalkulierte Wert von etwa 5 800 Klassen verringert sich auch noch in den darauf folgenden Jahren bis 2025, jedoch in moderater Dynamik. Bis zum Jahr 2039 wird er gemessen an der Zahl des Jahres 2013 um mindestens weitere 1 100 Klassen sinken.

Für die Gesamtschulen weist die Modellrechnung noch eine steigende

Entwicklung bezüglich der Klassenzahl aus. Bis 2039 ergibt sich eine Nachfrage in den Gesamtschulen von fast 1 700 zusätzlich einzurichtenden Oberstufenklassen; das bedeutet gegenüber dem Jahr 2004 fast eine Verdoppelung.

#### 5.3.5 Entwicklung des Bedarfs an Lehrergrundstellen

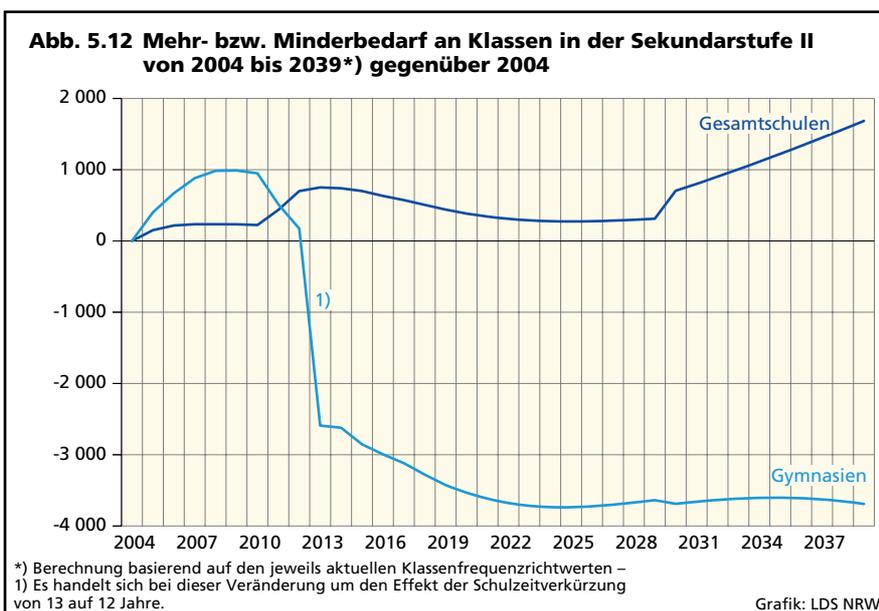
Die Zahl der Schülerinnen und Schüler beeinflusst den Bedarf an Lehrergrundstellen. Um diesen Bedarf vorausschätzen zu können, wurden in der Modellrechnung die aktuellen Schüler-Lehrer-Relationen im Berechnungszeitraum konstant gehalten. Die Schüler-Lehrer-Relation gibt die

5.5 Schüler-Lehrer-Relation 2004 nach Stufen und Schulformen	
Schulform	Schüler je Lehrer <sup>1)</sup>
<b>Primarstufe</b>	
Grundschulen	25,3
<b>Sekundarstufe I</b>	
Hauptschulen	18,7
Realschulen	21,9
Gesamtschulen	19,9
Gymnasien	21,6
<b>Sekundarstufe II</b>	
Gesamtschulen	14,3
Gymnasien	14,3

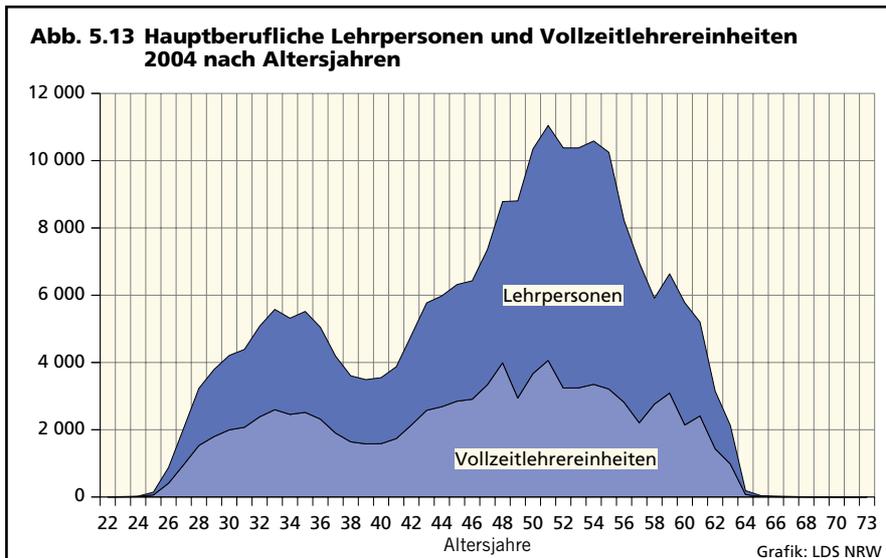
1) Schülerzahl, für die einer Schule bei der jährlichen Stellenbedarfsberechnung eine ganze Lehrerstelle anerkannt wird

Schülerzahl an, für die einer Schule bei der jährlichen Stellenbedarfsberechnung eine ganze Lehrerstelle anerkannt wird. Sie ist kein Indikator für die durchschnittliche Klassengröße. Für die hier betrachteten Schulformen sind in Tab. 5.5 die aktuellen schulformspezifischen Schüler-Lehrer-Relationen für Nordrhein-Westfalen abgebildet. Der Berechnung wurden die Schüler-Lehrer-Relationen für öffentliche Schulen zugrunde gelegt; jene für Privatschulen sind hiervon leicht verschieden.

Die im folgenden Abschnitt dargelegten Ergebnisse beziehen sich auf den Bedarf an Lehrergrundstellen im obigen Sinne. Jeder ganzen Stelle entspricht genau ein so genanntes



Vollzeitlehrer-Äquivalent. Durch die Umrechnung von natürlichen Lehrpersonen mit individuell unterschiedlichen Unterrichtsverpflichtungen in fiktive Vollzeitlehrereinheiten wird die Vergleichbarkeit gewährleistet. So sind z. B. erheblich mehr Lehrpersonen eingestellt als Lehrergrundstellen haushaltsrechtlich ausgewiesen sind. Ein wichtiger Grund hierfür liegt darin, dass viele Lehrerinnen und Lehrer mit reduziertem Pflichtstundensoll tätig, also Teilzeit beschäftigt sind und so nur anteilig eine Stelle besetzen. Die unterschiedliche Anzahl der tatsächlich hauptberuflich beschäftigten Lehrpersonen und der sich daraus ergebenden Vollzeitlehrereinheiten in Nordrhein-Westfalen sind nach Altersjahren in Abb. 5.13 abgebildet.



### 5.3.6 Abnehmender Bedarf an Lehrergrundstellen in allen Schulformen

Die zurückgehenden Schülerzahlen führen unter der Annahme konstanter Schüler-Lehrer-Relationen in Zukunft in allen Schulformen – mit Ausnahme der Gesamtschulen in der Sekundarstufe II – zu einem Rückgang des Bedarfs an Lehrergrundstellen. Der rückläufige Bedarf an Lehrergrundstellen ist über den reziproken Faktor der Schüler-Lehrer-Relation proportional an den Rückgang der Schülerzahlen gekoppelt. Demgemäß fallen die Kurven der Messzahlen der zukünftigen Schülerbestände und die des entsprechenden Bedarfs an Lehrergrundstellen zusammen. Wird dieser Tatbestand nicht berücksichtigt, könnte eine Interpretation der Abb. 5.14 und Abb. 5.15 insofern fehlgehen, als angenommen werden könnte, die relativen Veränderungen bezüglich des Bedarfs an Lehrergrundstellen fallen deutlich schwächer aus als diejenigen der Schülerbestände.

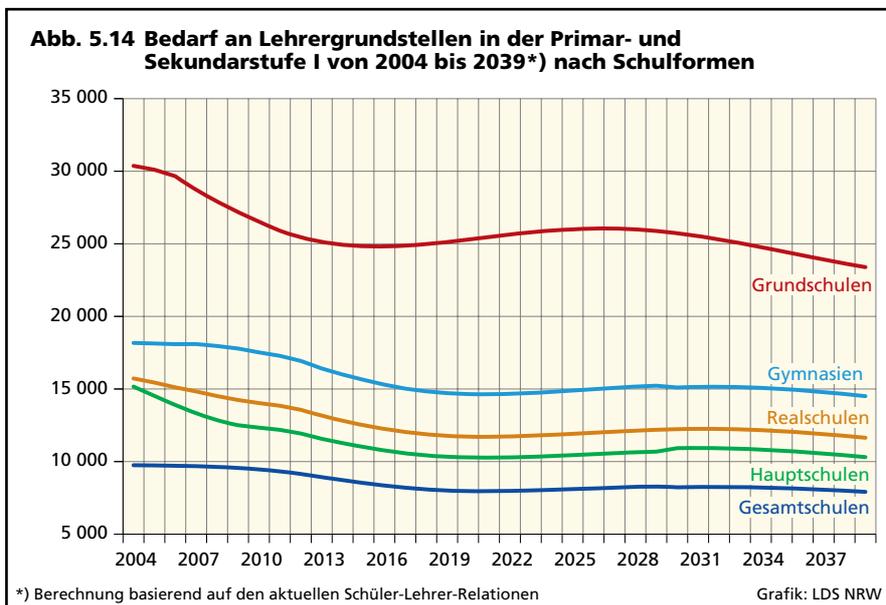
**5.6 Bedarf an Lehrergrundstellen von 2004 bis 2039\*) nach Stufen und Schulformen**

Schulform	Bedarf an Lehrergrundstellen					
	2004	2010	2015	2020	2030	2039
<b>Primarstufe</b>						
Grundschulen	30 371	26 500	24 800	25 300	25 700	23 400
<b>Sekundarstufe I</b>						
Hauptschulen	15 165	12 300	11 000	10 300	10 900	10 300
Realschulen	15 725	14 000	12 500	11 700	12 200	11 600
Gesamtschulen	9 748	9 500	8 500	8 000	8 200	7 900
Gymnasien	18 172	17 500	15 600	14 600	15 100	14 500
<b>Sekundarstufe II</b>						
Gesamtschulen	2 541	2 800	3 500	3 100	3 500	4 800
Gymnasien	11 505	12 800	7 600	6 700	6 500	6 500
<b>Sekundarstufe I und II</b>						
Hauptschulen	15 165	12 300	11 000	10 300	10 900	10 300
Realschulen	15 725	14 000	12 500	11 700	12 200	11 600
Gesamtschulen	12 289	12 300	12 000	11 000	11 700	12 800
Gymnasien	29 677	30 300	23 200	21 300	21 600	21 000

\*) Berechnung basiert auf den aktuellen Schüler-Lehrer-Relationen.

#### 5.3.6.1 Bedarf an Lehrergrundstellen in der Primar- und Sekundarstufe I

In den Grundschulen wird der Bedarf an Lehrergrundstellen von über 30 000 im Jahr 2004 auf 23 400 im



\*) Berechnung basierend auf den aktuellen Schüler-Lehrer-Relationen

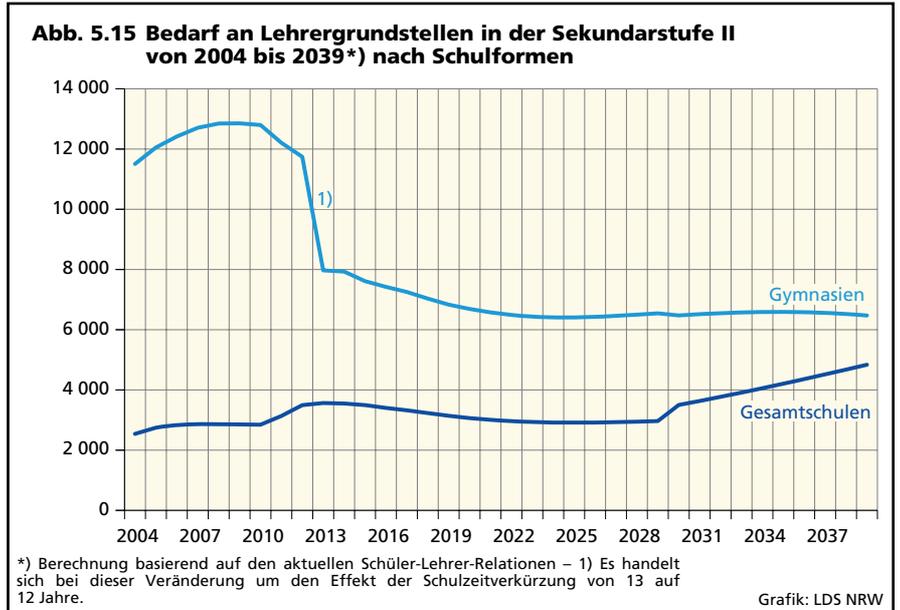
Jahr 2039 sinken, d. h., knapp 7 000 Stellen an Grundschulen könnten nach den Ergebnissen der Modellrechnung langfristig wegfallen.

Im Bereich der Sekundarstufe I fällt der Bedarfsrückgang absolut gesehen nicht so stark aus. An den Gesamtschulen kommt es unter den simulierten Modellbedingungen bis 2039 nur zu einem Rückgang des Bedarfs um 1 800 Lehrergrundstellen. An den Gymnasien ist der Rückgang mehr als doppelt so hoch; er liegt 2039 um 3 700 Stellen unter dem Bedarf des Jahres 2004. An den Realschulen würde die Zahl der Lehrergrundstellen bis 2039 um 4 100 und an den Hauptschulen um fast 4 900 zurückgehen.

### 5.3.6.2 Bedarf an Lehrergrundstellen in der Sekundarstufe II

Bei den Gymnasien ist die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre hauptverantwortlich für den massiven Rückgang des Bedarfs an Lehrergrundstellen in der Oberstufe. Zunächst wird aber der Bedarf an Lehrergrundstellen für die Oberstufe der Gymnasien im Jahr 2009 mit fast 12 900 Stellen, etwa 1 300 mehr als 2004, sein Maximum erreichen. In den darauf folgenden Jahren fällt der Bedarf nur leicht ab, bis er im Schuljahr 2013/14 aufgrund der Schulzeitverkürzung rapide von rund 11 700 auf knapp 8 000 Stellen absinkt. Dieser Rückgang entspricht etwa einem Drittel des aktuellen (2004) Bedarfs. In den Jahren danach sinkt der Bedarf an Lehrergrundstellen weiter in abgeschwächter Dynamik. Bis zum Schuljahr 2039/40 wird der Bedarf gemessen am Schuljahr 2013/14 um weitere 1 500 auf knapp 6 500 Stellen zurückgehen.

Für die gymnasiale Oberstufe der Gesamtschulen weist die hier vorgestellte Modellrechnung aufgrund des Einbezugs der bildungspolitischen Zielsetzungen der vormaligen Landesregierung noch eine Steigerung des Bedarfs an Lehrergrundstellen aus. Demzufolge wird sich zunächst der Bedarf bis 2013 um gut 1 000 Stellen erhöhen. Nach einer Phase des Bedarfsrückgangs bis 2025 auf



2 900 Stellen wird dann ein von Jahr zu Jahr größer werdender Bedarf vorausgeschätzt, der 2039 um knapp 2 300 Stellen über dem des Jahres 2004 liegen soll.

### 5.3.7 Einfluss des Schülerrückgangs auf die Neueinstellung von Lehrkräften

Die infolge sinkender Schülerzahlen zukünftig deutlich werdende Reduzierung des Bedarfs an Lehrergrundstellen wird zwangsläufig Auswirkungen auf die Personalplanung im Schulbereich haben. Das LDS NRW hat in diesem Zusammenhang Berechnungen für die hier behandelten Schulformen angestellt. Dabei wurde auch die demnächst anlaufende „Pensionierungswelle“ (Weishaupt 2004) im Lehrerbereich berücksichtigt, die dazu führt, dass in den kommenden Jahren eine Vielzahl an Lehrergrundstellen aus Altersgründen frei wird. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden auch hier die altersbedingt ausscheidenden hauptberuflichen Lehrpersonen in Vollzeit-lehrer-Äquivalente und damit volle Stellen umgerechnet und über die Jahre kumuliert.<sup>29)</sup>

Die Kurve der kumulierten frei werdenden Stellen aus den Abbildungen

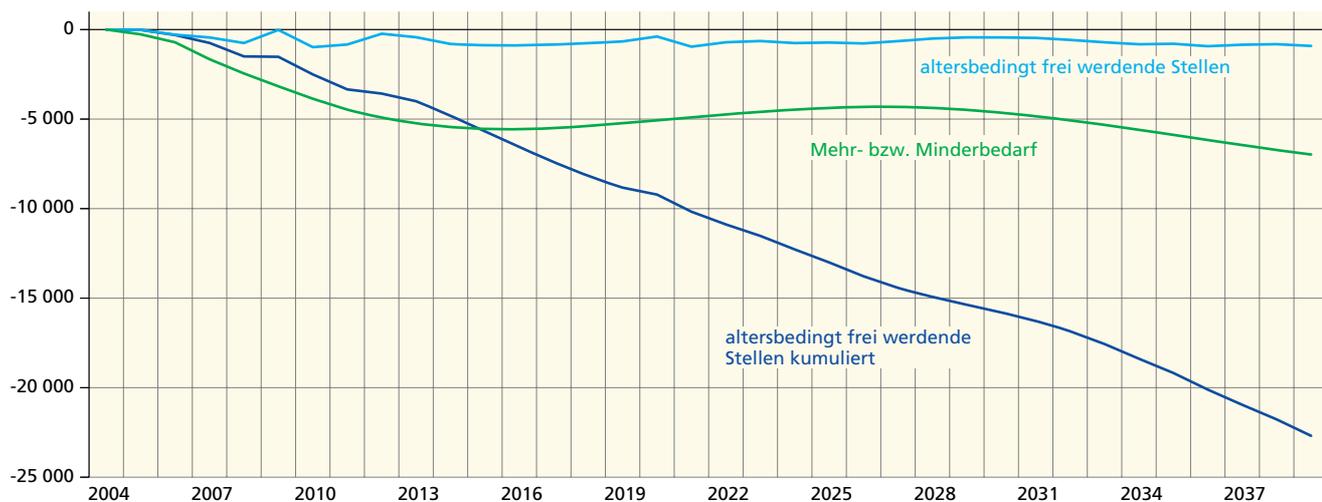
<sup>29)</sup> Vereinfachend wurde angenommen dass alle Lehrpersonen erst mit Vollendung des 65. Lebensjahres ausscheiden.

5.16 bis 5.20 gibt an, wie viele Stellen bis zu einem bestimmten Jahr frei geworden sind, sofern zwischenzeitlich kein Ersatz für altersbedingte Abgänge erfolgt ist. In einer vergleichenden Betrachtung mit dem vorausberechneten Rückgang des Bedarfs an Lehrergrundstellen lässt sich auf diese Weise erkennen, bis wann in den unterschiedlichen Schulformen mit einem Personalüberhang zu rechnen ist, bzw. ab welchem Zeitpunkt der Überhang spätestens abgebaut und es wieder notwendig sein wird, neue Lehrkräfte einzustellen.

In den Grundschulen reduziert sich der Bedarf an Lehrergrundstellen aufgrund sinkender Schülerzahlen bis 2015 um rund 5 600. Bis zu diesem Jahr werden in den Grundschulen auch ebenso viele Vollzeitstellen aus Altersgründen frei werden, so dass spätestens ab 2015 mit Einstellungen von neuen Lehrkräften begonnen werden müsste, wenn auch künftig die aktuelle Schüler-Lehrer-Relation gelten soll (siehe Abb. 5.16).

Bei den anderen hier betrachteten Schulformen der allgemein bildenden Schulen wird – mit Ausnahme der Gesamtschulen – im Jahr 2012 bzw. 2013 der Zeitpunkt erreicht, an dem spätestens aus Altersgründen so viele Stellen frei geworden sein werden, wie sich der Bedarf an Lehrergrundstellen aufgrund sinkender Schülerzahlen reduziert haben wird (siehe Abb. 5.17 bis 5.20).

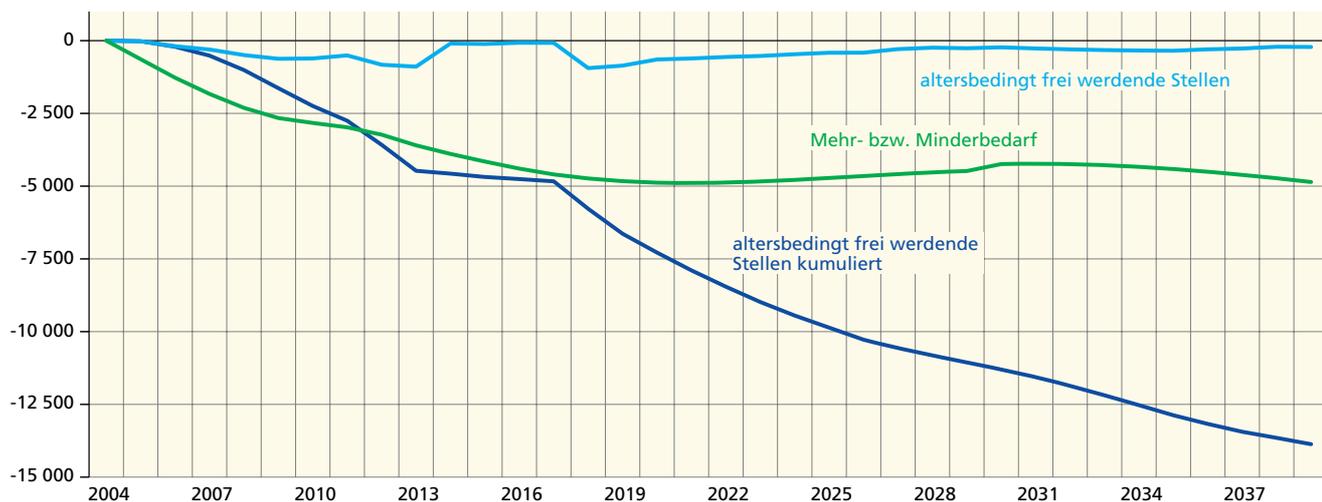
**Abb. 5.16 Mehr- bzw. Minderbedarf an Lehrergrundstellen und altersbedingt frei werdende Stellen in Vollzeitlehreereinheiten an Grundschulen von 2004 bis 2039\*)**



\*) Berechnung basierend auf den aktuellen Schüler-Lehrer-Relationen

Grafik: LDS NRW

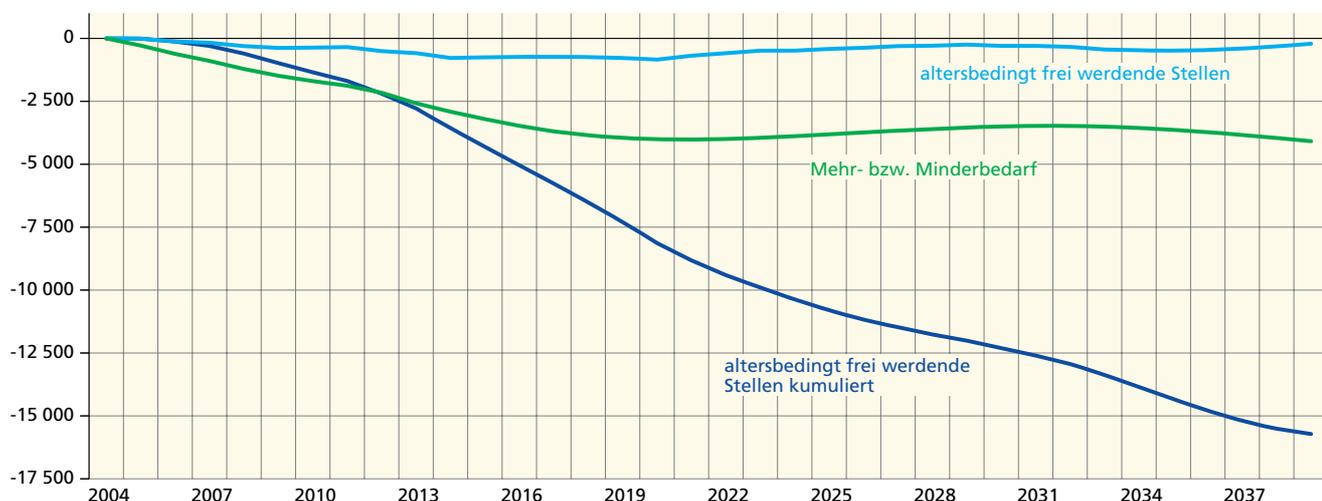
**Abb. 5.17 Mehr- bzw. Minderbedarf an Lehrergrundstellen und altersbedingt frei werdende Stellen in Vollzeitlehreereinheiten an Hauptschulen von 2004 bis 2039\*)**



\*) Berechnung basierend auf den aktuellen Schüler-Lehrer-Relationen

Grafik: LDS NRW

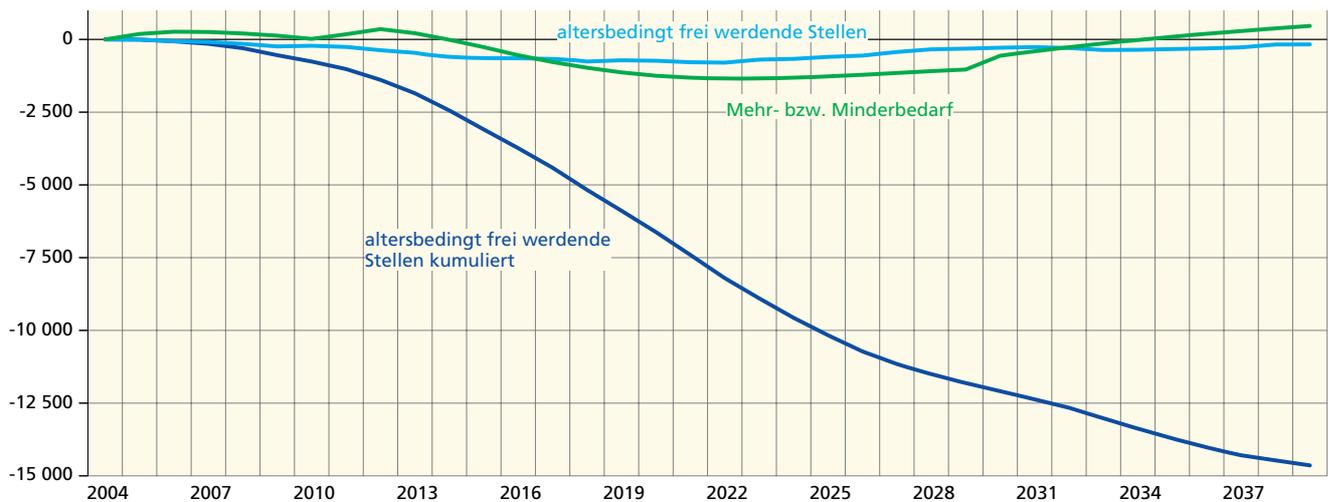
**Abb. 5.18 Mehr- bzw. Minderbedarf an Lehrergrundstellen und altersbedingt frei werdende Stellen in Vollzeitlehreereinheiten an Realschulen von 2004 bis 2039\*)**



\*) Berechnung basierend auf den aktuellen Schüler-Lehrer-Relationen

Grafik: LDS NRW

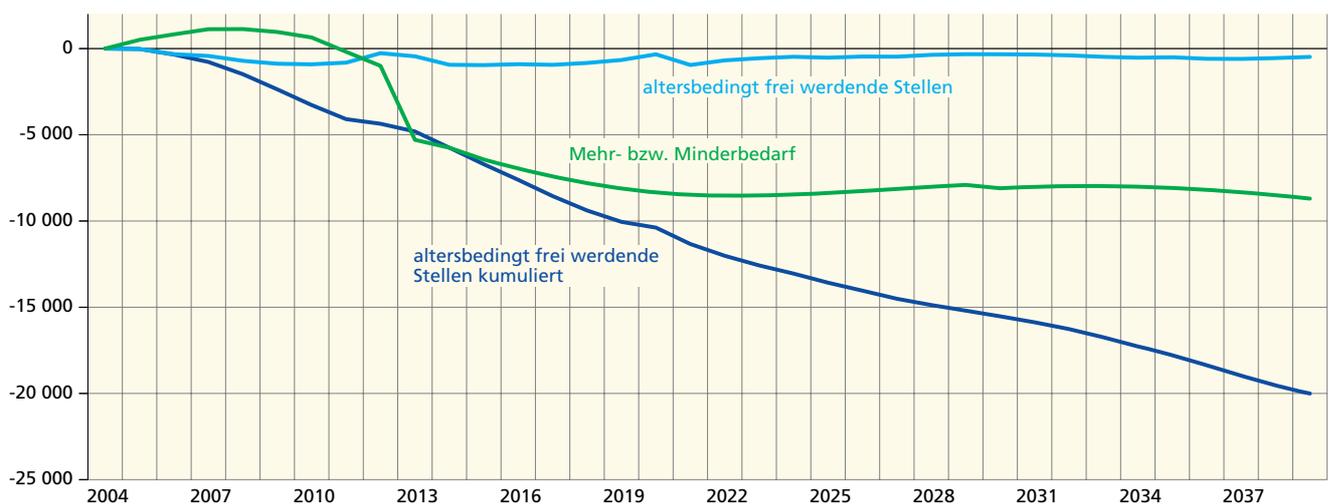
**Abb. 5.19 Mehr- bzw. Minderbedarf an Lehrergrundstellen und altersbedingt frei werdende Stellen in Vollzeitlehrereinheiten an Gesamtschulen von 2004 bis 2039\*)**



\*) Berechnung basierend auf den aktuellen Schüler-Lehrer-Relationen

Grafik: LDS NRW

**Abb. 5.20 Mehr- bzw. Minderbedarf an Lehrergrundstellen und altersbedingt frei werdende Stellen in Vollzeitlehrereinheiten an Gymnasien von 2004 bis 2039\*)**



\*) Berechnung basierend auf den aktuellen Schüler-Lehrer-Relationen

Grafik: LDS NRW

### 5.3.8 Regionale Entwicklung der Schülerzahlen

Die Entwicklung der Schülerzahlen an den hier betrachteten allgemein bildenden Schulen ist landesweit rückläufig; die Stärke des Rückgangs variiert jedoch zwischen den Regionen in Nordrhein-Westfalen (siehe Karte 5.1). Die Spannweite reicht von -32 % in Krefeld bis zu -11 % in Bonn. Als geografisches Muster lässt sich erkennen, dass die Ballungsgebiete im und um das Ruhrgebiet stärker vom Schülerschwund betroffen sind als die tendenziell ländlich geprägten Kreise, und hier insbesondere jene aus den Regierungsbezirken Köln und Det-

mold. Gleichwohl wird für den Bereich der Schülerzahlen die gängige demografische Struktur zwischen städtisch und ländlich geprägten Regionen durchbrochen: Der vielfach gezeigte Gegensatz zwischen den kreisfreien Städten und Kreisen in Bezug auf Alterung und demografisch bedingte Auswirkungen<sup>30)</sup> kann hier nur bedingt aufrecht erhalten werden. Auf Landesebene wird ein Rückgang der Schülerzahlen um 22 % vorausgeschätzt. In den kreisfreien Städten liegt er bei 23 % (rund 19 000) und in den Kreisen bei 21 % (rund 29 000). An diesen Zahlen wird deutlich, dass die

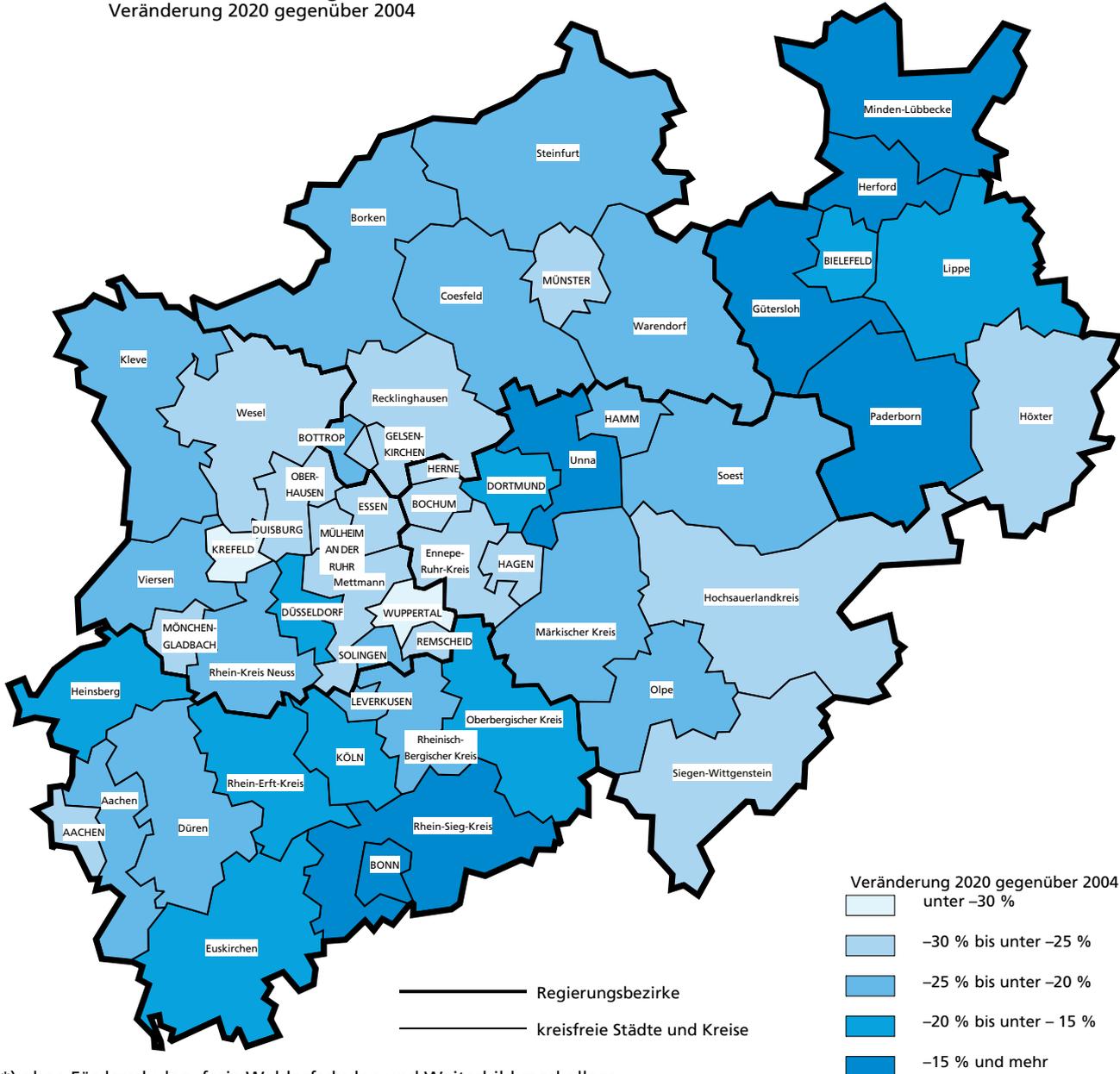
<sup>30)</sup> Vgl. hierzu z. B. Schmidtke/Berke 2005 oder Nockemann 2003.

Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen im Bereich Schule vergleichsweise gering sind.

Ein besonders starkes Absinken der Schülerbestände um über 30 % zeigt sich in den kreisfreien Städten Krefeld und Wuppertal. Auf der anderen Seite zeigen die Kreise Gütersloh, Paderborn, Minden-Lübbecke und der Rhein-Sieg-Kreis<sup>31)</sup> im Vergleich moderate Rückgänge von we-

<sup>31)</sup> Auch der Kreis Unna zeigt geringe Schülerrückgänge. Es ist jedoch zu beachten, dass die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für den Kreis Unna mit einem nicht näher quantifizierbaren Risiko behaftet sind. Dieses ist auf Sondereinflüsse durch die dortige Aufnahme für Spätaussiedler (starke Fluktuation, überdurchschnittliche Zu- und Fortzüge) zurückzuführen.

**Karte 5.1 Schülerbestände an allgemein bildenden Schulen\*) in Nordrhein-Westfalen**  
Veränderung 2020 gegenüber 2004



\*) ohne Förderschulen, freie Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs

Grafik: LDS NRW

niger als 15 %. Den geringsten Schülerschwund verzeichnet bis 2020 die kreisfreie Stadt Bonn. Insgesamt lässt sich die Gegend um Köln und Bonn – Oberbergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis und Kreis Euskirchen – durch vergleichsweise geringe Schülerrückgänge charakterisieren.

In der Differenzierung nach Schulformen wiederholt sich in weiten Strecken das oben dargestellte Muster. Die kreisfreien Städte Krefeld und Wuppertal zeigen bei allen Schulformen mit die stärksten Rückgänge. An den Grund- und Hauptschulen haben außerdem u. a. Hagen und Mülheim an der Ruhr hohe negative Veränderungen; Hagen zeigt zudem an den Gymnasien und Mülheim an der Ruhr an den Gesamtschulen einen überdurchschnittlichen Rückgang. Gelsenkirchen weist bis 2020 erhebliche Schülerverluste an Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien auf.

Gleichzeitig zeigen relativ unabhängig von der Schulform die kreisfreie Stadt Bonn sowie die Kreise Paderborn und Gütersloh (mit Ausnahme bei den Hauptschulen) sowie der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Euskirchen (mit Ausnahme bei den Grundschulen) mit die schwächsten Rückgänge der Schülerzahlen. Bei den Grundschulen haben die Kreise Minden-Lübbecke (-6,7 %) und der Kreis Paderborn (-5,9 %)<sup>32)</sup> vergleichsweise geringe negative Veränderungen.

Erwähnenswerte Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen zeigen sich bei den Grundschulen und bei den Gesamtschulen. Bei erstgenannten weisen die 23 kreisfreien Städte im Durchschnitt Rückgänge der Schülerzahlen um 18 % bis 2020 auf, während sich in den 31 Kreisen der Rückgang im gleichen Zeitraum durchschnittlich auf etwa 15 % beläuft. Bei den Gesamtschulen liegt der Rückgang in den kreisfreien Städten im Durchschnitt bei 13 %, in den Kreisen dagegen nur bei 10 %.

<b>5.7 Veränderung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen*) 2020**) gegenüber 2004 nach Schulformen</b>					
Verwaltungsbezirk	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	Gesamtschulen	Gymnasien
Veränderung der Schülerzahlen 2020 gegenüber 2004 in %					
<b>Reg.-Bez. Düsseldorf</b>					
Düsseldorf, krfr. Stadt	-17,6	-28,6	-22,5	+1,7	-24,5
Duisburg, krfr. Stadt	-19,7	-38,7	-32,8	-23,5	-26,8
Essen, krfr. Stadt	-23,0	-32,7	-31,5	-16,6	-29,4
Krefeld, krfr. Stadt	-28,2	-43,3	-34,6	-27,5	-34,5
Mönchengladbach, krfr. Stadt	-20,9	-35,2	-35,5	-16,1	-32,9
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	-25,3	-40,5	-32,7	-27,4	-29,8
Oberhausen, krfr. Stadt	-21,3	-41,0	-33,8	-22,9	-31,3
Remscheid, krfr. Stadt	-21,3	-36,4	-35,3	-21,1	-31,4
Solingen, krfr. Stadt	-21,2	-28,0	-25,7	-23,1	-29,8
Wuppertal, krfr. Stadt	-25,9	-40,1	-35,2	-24,3	-36,2
Kleve, Kreis	-15,8	-35,1	-26,5	+4,1	-29,1
Mettmann, Kreis	-23,6	-36,3	-30,7	-14,8	-30,8
Rhein-Kreis Neuss	-19,1	-30,0	-26,7	-10,6	-25,6
Viersen, Kreis	-18,7	-31,1	-25,3	-19,6	-21,7
Wesel, Kreis	-21,4	-38,8	-33,9	-22,2	-32,9
<b>Reg.-Bez. Köln</b>					
Aachen, krfr. Stadt	-22,2	-34,0	-31,3	-17,1	-31,6
Bonn, krfr. Stadt	-9,5	-16,0	-13,4	+7,5	-13,7
Köln, krfr. Stadt	-15,6	-28,0	-19,5	-0,3	-20,5
Leverkusen, krfr. Stadt	-18,5	-38,8	-26,6	-8,8	-28,8
Aachen, Kreis	-17,4	-33,2	-22,6	-13,8	-25,5
Düren, Kreis	-12,7	-31,3	-28,0	-14,3	-23,0
Rhein-Erft-Kreis	-15,3	-26,0	-22,6	-0,2	-20,7
Euskirchen, Kreis	-12,1	-26,5	-10,8	+10,0	-22,0
Heinsberg, Kreis	-10,8	-26,5	-26,1	-1,1	-27,6
Oberbergischer Kreis	-9,6	-27,1	-22,0	-3,8	-20,7
Rheinisch-Bergischer Kreis	-19,6	-31,7	-25,3	-0,4	-25,4
Rhein-Sieg-Kreis	-9,9	-27,2	-15,8	+9,5	-19,1
<b>Reg.-Bez. Münster</b>					
Bottrop, krfr. Stadt	-18,2	-38,5	-30,0	-22,2	-26,0
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	-23,9	-42,9	-35,5	-22,6	-36,7
Münster, krfr. Stadt	-25,6	-34,1	-28,4	-0,6	-27,9
Borken, Kreis	-13,5	-29,8	-23,5	-7,7	-22,9
Coesfeld, Kreis	-19,7	-29,6	-25,6	-13,8	-24,5
Recklinghausen, Kreis	-20,0	-38,9	-30,9	-19,6	-32,1
Steinfurt, Kreis	-15,8	-28,0	-23,0	+15,3	-25,3
Warendorf, Kreis	-16,3	-33,6	-20,4	+43,2	-28,0
<b>Reg.-Bez. Detmold</b>					
Bielefeld, krfr. Stadt	-16,2	-32,2	-19,5	-4,5	-22,0
Gütersloh, Kreis	-9,6	-28,8	-15,9	+3,5	-15,7
Herford, Kreis	-10,4	-30,9	-19,7	-8,3	-18,6
Höxter, Kreis	-16,3	-33,9	-27,2	x	-28,5
Lippe, Kreis	-11,4	-32,3	-24,3	-10,7	-26,3
Minden-Lübbecke, Kreis	-6,7	-27,8	-20,2	-2,0	-22,3
Paderborn, Kreis	-5,9	-22,0	-16,1	+15,8	-20,1
<b>Reg.-Bez. Arnsberg</b>					
Bochum, krfr. Stadt	-22,5	-33,7	-31,9	-19,2	-29,7
Dortmund, krfr. Stadt	-13,2	-28,1	-19,9	-8,0	-20,4
Hagen, krfr. Stadt	-25,4	-40,8	-30,1	-19,7	-35,8
Hamm, krfr. Stadt	-16,6	-32,9	-22,2	-9,7	-30,2
Herne, krfr. Stadt	-23,0	-36,6	-30,1	-17,6	-26,9
Ennepe-Ruhr-Kreis	-24,0	-39,5	-34,2	-23,5	-32,2
Hochsauerlandkreis	-20,1	-34,8	-32,1	x	-32,0
Märkischer Kreis	-13,8	-36,5	-30,0	-11,8	-30,5
Olpe, Kreis	-13,7	-30,1	-25,5	x	-26,1
Siegen-Wittgenstein, Kreis	-19,6	-38,2	-30,3	-2,7	-33,6
Soest, Kreis	-14,5	-30,1	-24,6	+18,0	-29,1
Unna, Kreis	-3,3	-27,4	-18,4	-13,4	-18,6
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>-16,7</b>	<b>-32,2</b>	<b>-25,5</b>	<b>-12,1</b>	<b>-26,0</b>

\*) ohne Förderschulen, freie Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs – \*\*) Vorausberechnung basierend auf gemittelten Eingangs-, Übergangs- und Abgangsquoten der Jahre 2002 bis 2004

32) Vgl. für Unna Anmerkung in Fußnote 31.

## 5.4 Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Bevölkerungsrückgang insbesondere in jüngeren Altersjahrgängen zu folgenden Veränderungen im Schulbereich führen wird:

1. Über alle der hier betrachteten Schulformen hinweg kommt es bereits bis 2020 zu einer Abnahme des Schülerbestandes um mehr als ein Fünftel (22 %) oder rund eine halbe Million Schülerinnen und Schüler. Der 2020 erreichte Tiefpunkt von 1,7 Millionen liegt jedoch nur um 100 000 Kinder und Jugendliche niedriger als das letztmals niedrigste Niveau von 1988. Bis zum Jahr 2039 sinken die Schülerzahlen nach einem leichten Anstieg um das Jahr 2030 nur noch geringfügig.
2. In besonderer Weise sind die Grundschulen vom Schülerrückgang betroffen. Sie werden bis 2039 rund 180 000 Schülerinnen und Schüler verlieren. In der Sekundarstufe I schrumpft die Schülerzahl bis zu diesem Zeitpunkt nur um jeweils etwa 90 000 an Haupt- und Realschulen und um ca. 80 000 an Gymnasien.
3. In der Sekundarstufe II führt ab dem Schuljahr 2012/13 die inzwischen eingeführte Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre zum Wegfall der bisherigen Jahrgangsstufe 13 (etwa 54 000 Jugendliche). Im Jahr 2039 wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe bei 93 000 und damit noch um rund 21 000 niedriger als im Jahr 2013 liegen.
4. Die massiven Ausfälle an Schülerinnen und Schülern führen mittelfristig zu einer geringeren Anzahl an Klassen. Unter der Annahme konstanter Klassenfrequenzrichtwerte wird an den hier betrachteten allgemein bildenden Schulen die Anzahl der zu bildenden Klassen bis 2039 um 20 000 (23,4 %) sinken.

5. Die zurückgehenden Schülerzahlen führen zu einem verminderten Bedarf an Lehrergrundstellen, d. h. zu einem rechnerischen Überhang an Lehrpersonal. Durch die demnächst anlaufende „Pensionierungswelle“ von Lehrerinnen und Lehrern kann dieser jedoch relativ schnell abgebaut werden. Die Berechnungen haben unter der Annahme einer Konstanz der aktuellen Schüler-Lehrer-Relation ergeben, dass spätestens ab 2015 für die Grundschulen und für die anderen Schulformen sogar schon ab 2012 das Lehrpersonal wieder aufgestockt werden müsste.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass mit gravierenden Veränderungen im Schulbereich zu rechnen ist. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation der Länder und kommunalen Schulträger ist eine effiziente Neuorganisation des Schulsystems geboten. Als Ressourcen schonende Handlungsansätze wurden neben jahrgangsübergreifendem Unterricht insbesondere in der Grundschule (Fickermann/Schulzeck/Weishaupt 1997, 1998) u. a. eine bessere Auslastung der Grundschulgebäude durch organisatorische Anbindung an die folgenden beiden Jahrgänge (Pohl 1985) sowie Schulverbünde in der Sekundarstufe I (Holtappels/Roesner 1994) formuliert.

Empfohlen wird auch eine organisatorische und räumliche Trennung der gymnasialen Unter- und Mittelstufe von der gymnasialen Oberstufe. Außerdem gälte es zu prüfen, ob die schulische und die berufliche Vollzeitausbildung in der Sekundarstufe II sinnvoll miteinander verbunden werden könnten (Weishaupt 2004).

Andere Seiten stimmen für einen kontrollierten Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Formen des Bildungsmanagements und plädieren für eine Entbürokratisierung des Schulverwaltungsapparates, sodass auch Schulen zu „lernenden Organisationen“ werden und so die Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsprozesse legen (vgl. Rollwagen 2004).

## 6 Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Umfang gerichtlicher Verurteilungen

### 6.1 Hinweise zur Strafverfolgungsstatistik

Die Strafverfolgungsstatistik umfasst gerichtliche Entscheidungen über Angeklagte. Sie basiert auf den Meldungen der Gerichte zu Personen, die infolge eines Vergehens oder Verbrechens gegen geltendes Bundes- oder Landesrecht rechtskräftig abgeurteilt werden; hierunter fallen auch Personen, die freigesprochen werden. Personen, denen Ordnungswidrigkeiten angelastet werden, sind in diesen Zahlen nicht inbegriffen. Die Zahl der Aburteilungen bilanziert somit quasi den gerichtlichen Tätigkeitsumfang. An dieser Stelle werden jedoch nur die Zahlen zu den so genannten Verurteilungen verwendet. Die Verurteilten, auf deren Straftaten formale Sanktionen folgen, die also für schuldig befunden werden, stellen die deutliche Mehrheit in der Strafverfolgungsstatistik. Etwa seit Ende der 1970er-Jahre sind im Schnitt von allen Aburteilungen 75 % Verurteilungen.

Die in der Strafverfolgungsstatistik erhobenen Merkmale sind neben der dem Verfahren zugrunde liegenden Straftat sowie der Art der gerichtlichen Entscheidung hauptsächlich deskriptiver Natur, d. h. Alter, Geschlecht und Nationalität der Angeklagten. Informationen über Opfer bzw. entstandenen Schaden sowie Angaben über Anzeigen, Ermittlungen und Tatverdächtige werden in der Strafverfolgungsstatistik nicht erfasst; sie finden sich in der polizeilichen Kriminalstatistik.

Die Zahlen zu den Verurteilten werden innerhalb der strafmündigen Bevölkerung differenziert nach drei Altersgruppen. Mit Vollendung des 20. Lebensjahres beginnt aus juristischer Sichtweise das Erwachsenenalter und eine Aburteilung erfolgt nach dem allgemeinen Strafrecht. Als Sanktionen werden im allgemeinen Strafrecht die Freiheitsstrafe, Strafarrrest

oder die Geldstrafe verhängt. Im Alter von 14 bis unter 18 Jahren wird dagegen nach dem Jugendstrafrecht abgeurteilt. Hier sind die Strafen die so genannte Jugendstrafe, Zuchtmittel, z. B. Verwarnungen, und Erziehungsmaßregeln. Gerichtliche Entscheidungen für die Gruppe der Heranwachsenden im Alter von 18 bis unter 21 Jahren können sowohl unter das allgemeine als auch unter das Jugendstrafrecht fallen.

## 6.2 Entwicklungen in der Strafverfolgungspraxis seit 1994

2004 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt 243 155 Personen abgeurteilt; knapp 188 000 davon wurden verurteilt. Gemessen an 1994 haben sich die Verurteilungen von Erwachsenen um über 14 000 oder 8,5 % verringert, während die Verurteiltenzahl bei Jugendlichen und Heranwachsenden um etwa 7 400 oder 27,5 % zugenommen hat. Besonders stark – um nahezu 60 % – ist in diesem Zeitraum die Verurteiltenzahl für die strafmündige Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren angewachsen. 2004 wurden über 15 000 Fälle von verurteilten Jugendlichen gezählt; 1994 waren es fast 6 000 weniger.

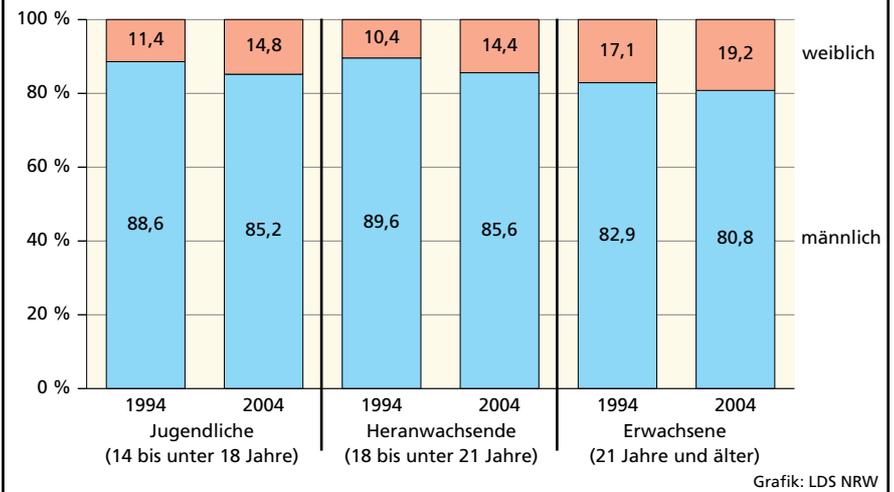
Die im Bereich der Strafverfolgung erkennbaren Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind so deutlich, dass man die (registrierte) Kriminalität etwas vereinfacht als „männliches“ Phänomen beschreiben kann. In der Altersgruppe der Erwachsenen wurden 2004 weniger als 20 % der verurteilten Straftaten von Frauen begangen; bei den Jugendlichen und Heranwachsenden liegt der weibliche Anteil mit 15 % bzw. 14 % noch niedriger. Eine zeitliche Betrachtung lässt jedoch erkennen, dass die Anteile von weiblichen Verurteilten zunehmen. Seit 1994 ist der weibliche Anteil bei den 14- bis unter 21-Jährigen um etwa vier Prozentpunkte angestiegen. Bei den Erwachsenen stieg er in diesem Zeitraum um zwei Prozentpunkte.

Interessant für eine zeitliche Betrachtung sind jedoch nicht die abso-

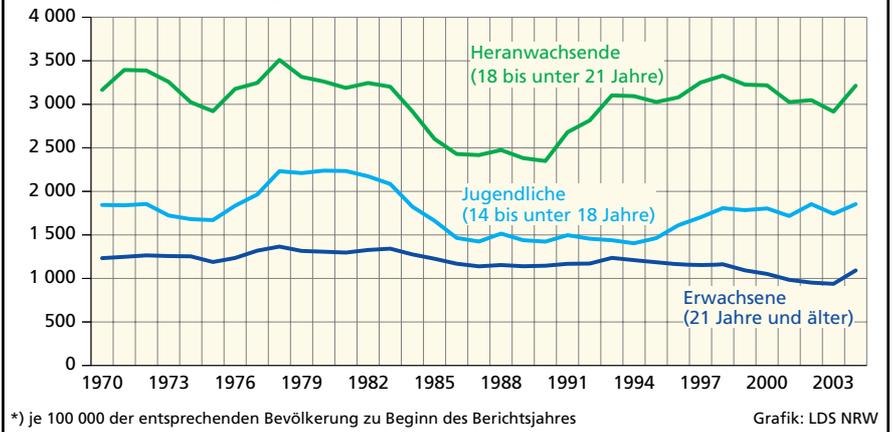
**6.1 Verurteilte von 1994 bis 2004 nach Altersgruppen der strafmündigen Bevölkerung**

Jahr	Verurteilte			
	insgesamt	davon		
		Erwachsene	Heranwachsende	Jugendliche
1994	194 421	167 629	16 994	9 798
1996	190 613	162 026	16 832	11 755
1998	193 816	161 844	18 260	13 712
2000	178 665	146 483	18 562	13 620
2002	165 584	133 093	17 962	14 529
2004	187 579	153 421	18 766	15 392

**Abb. 6.1 Verurteilte 1994 und 2004 nach Altersgruppen und Geschlecht**



**Abb. 6.2 Verurteiltenquoten\*) von 1970 bis 2004 nach Altersgruppen der Verurteilten**



luten Zahlen der Verurteilungen je Altersgruppe, sondern die Relationen bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung. Hier wird nicht nur deutlich, dass Jugendliche und Heranwachsende bezogen auf ihre jeweiligen Altersgruppen deutlich höhere Verurteiltenquoten aufweisen als die übrige Bevölkerung. Gleichzeitig zeigt die Zeitreihe seit den 1990er-Jahren insbesondere für die Quoten der Jugendlichen und Heranwachsenden zum Teil erhebliche

Steigerungen, während im Gegenzug die Verurteiltenquote für Erwachsene zwischen 1994 und 2004 leicht absinkt.

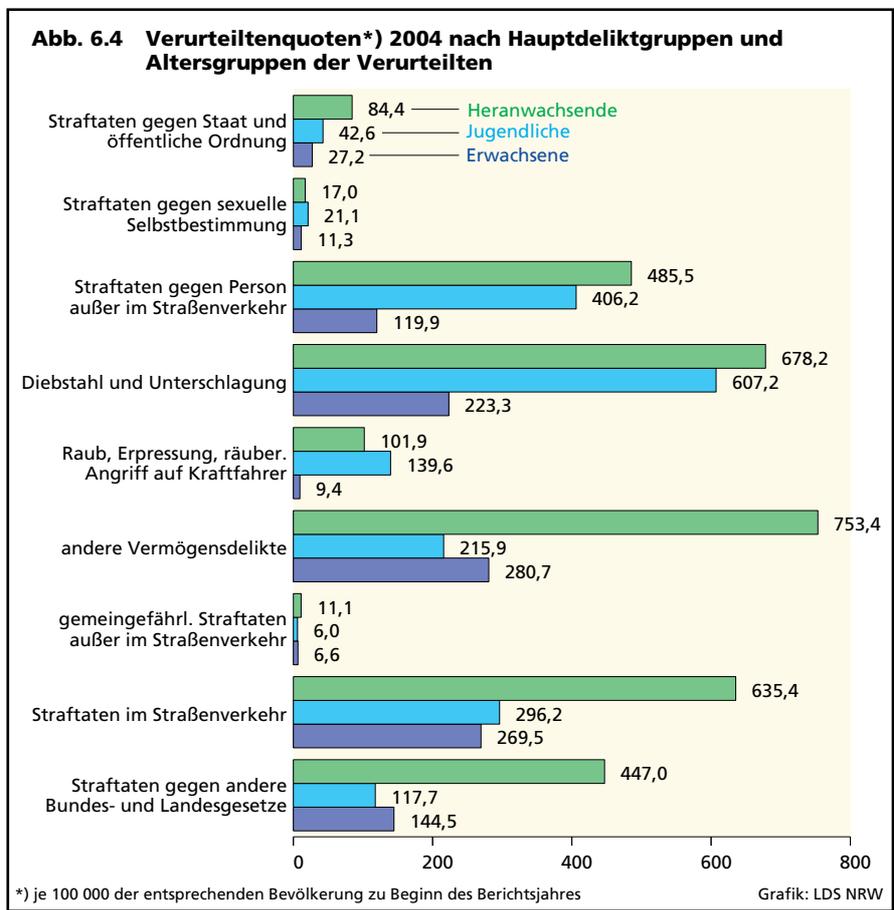
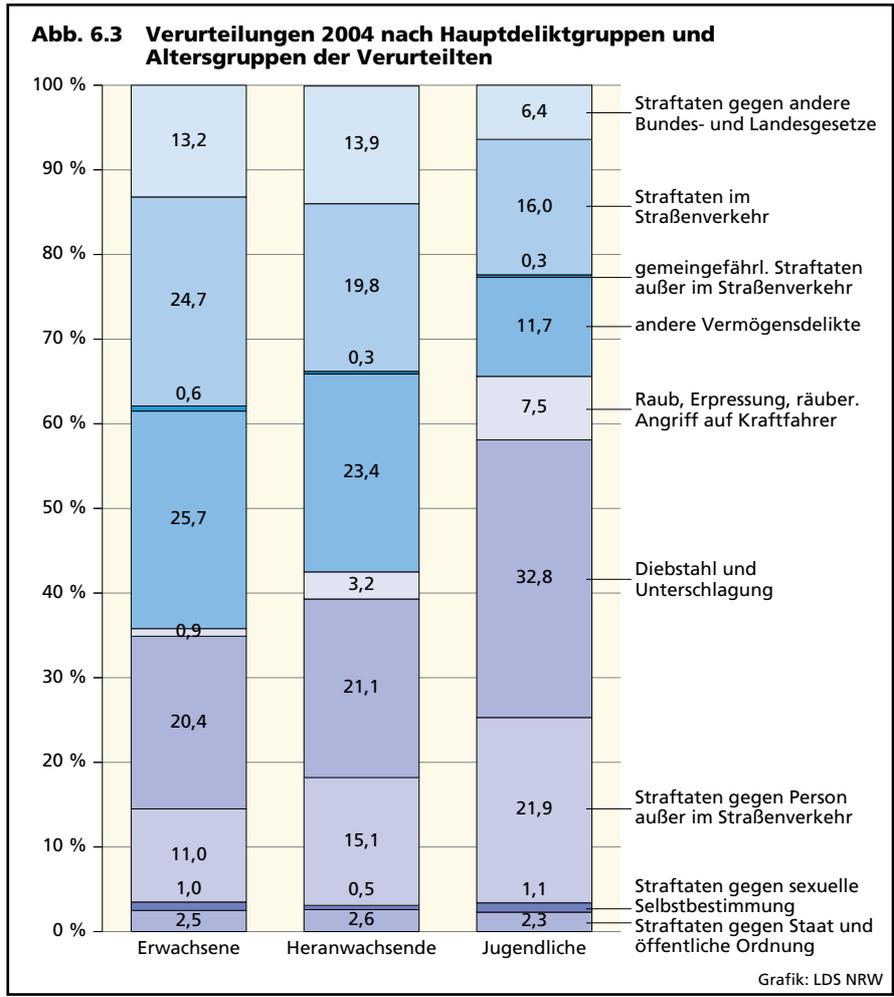
Die Zahl der Verurteilungen bei Erwachsenen je 100 000 der entsprechenden Bevölkerung verringerte sich von 1994 bis 2004 von 1 212 auf 1 092. In den Jahren von 2000 bis 2003 sind sogar noch niedrigere Quoten zu verzeichnen. Dies ist jedoch eher auf statistische Erhe-

bungseffekte als auf die tatsächliche Entwicklung zurückzuführen.<sup>33)</sup> Dagegen ist im Zeitraum von 1994 bis 2004 bei den Verurteilungen von Heranwachsenden eine Steigerung der Quote um 120 Verurteilungen (4 %) und bei den Jugendlichen sogar um rund 450 Verurteilungen (32 %) zu konstatieren. Auch hier sind die Schwankungen in den letzten Jahren über erhebungsspezifische Effekte zu erklären, z. B. mit Stauwirkungen bei Verfahrensbearbeitungen etc. (Kubink 2005).

Im Zuge dieser Entwicklungen hat sich auch der Anteil der Verurteilungen von Jugendlichen und Heranwachsenden erhöht. 1994 adressierten 86 % aller Verurteilungen Erwachsene; 10 Jahre später waren es nur noch 82 %. Umgekehrt hat sich der Anteil an Verurteilungen von Jugendlichen seit 1994 von 5 % auf 8 % erhöht; der Anteil von Heranwachsenden stieg um 1,3 Prozentpunkte auf 10 %.

Die Strafverfolgungsstatistik differenziert die Verurteilungen nach neun Hauptgruppen der den Verfahren zugrunde liegenden Delikten. Je nach Altersgruppe zeigt sich eine unterschiedliche Deliktstruktur. Während bei den Erwachsenen beispielsweise Straftaten im Straßenverkehr und andere Vermögensdelikte jeweils etwa ein Viertel ihrer Straftaten ausmachen, sind diese Hauptdeliktgruppen bei jugendlichen Straftaten anteilmäßig nicht so stark vertreten. Hier überwiegt dagegen sehr deutlich mit fast einem Drittel Diebstahl und Unterschlagung. Etwa jede fünfte Straftat ist bei Jugendlichen eine straffällige Handlung gegen Personen außer im Straßenverkehr. Bei den Heranwachsenden dominieren dagegen mit fast einem Viertel die Vermögensdelikte und mit rund einem Fünftel Diebstahl und Unterschlagung. Insgesamt ist zu erkennen, dass sich die Gruppe

33) Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Verurteilten im Zeitraum 2000 bis 2003 unterschätzt wird. Entsprechend ist auch der relativ starke Anstieg von 2003 bis 2004 zu erklären. Eine Stellungnahme zu den statistisch bedingten Schwankungen bei der Zahl der Verurteilungen in den letzten Jahren hat das Justizministerium von Nordrhein-Westfalen (Kubink 2005) ausgearbeitet.



der straffällig gewordenen Heranwachsenden von der Tendenz her der Deliktstruktur der Erwachsenen annähert.

Eine Differenzierung der Verurteiltenquoten nach Hauptdeliktgruppen zeigt, dass die Heranwachsenden in nahezu allen Gruppen die höchste Quote aufweisen (siehe Abb. 6.4). Insbesondere für Vermögensdelikte, Straftaten im Straßenverkehr und Straftaten gegen andere Bundes- und Landesgesetze weist ihre Verurteiltenquote einen erheblichen Abstand gegenüber jener von Jugendlichen und Erwachsenen auf. Die Quote der Jugendlichen zeigt ebenfalls für einige Hauptdeliktgruppen sehr hohe Werte, die z. B. für Straftaten gegen Personen außer im Straßenverkehr sogar noch über der Quote der Erwachsenen liegt. Für die Hauptdeliktgruppe Raub, Erpressung und räuberischer Angriff erreichen die Jugendlichen die höchste Verurteiltenquote.

Insgesamt belegen die Zahlen, dass die straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden bezogen auf die entsprechende Bevölkerung einen ganz erheblichen Anteil am gerichtlichen Tätigkeitsumfang einnehmen, der sich über die vergangenen Jahre noch vergrößert hat.

### 6.3 Methodisches Vorgehen

Die Modellrechnung zur zukünftigen Zahl an gerichtlichen Verurteilungen insgesamt wird in einer Status-quo-Berechnung durchgeführt, in der die altersdifferenzierten Quoten des Jahres 2004 im Berechnungszeitraum konstant gehalten werden. Auf diese Weise werden nur die demografischen Veränderungen einberechnet. Alle eventuell zusätzlichen Einflussfaktoren aus angrenzenden Bereichen wie z. B. der Justizverwaltung, Politik und Gesellschaft werden auch für diese Modellrechnung ignoriert; es wird davon ausgegangen, dass sie unverändert bleiben.

Für die Gruppe der Jugendlichen und der Heranwachsenden, die nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden, wird außerdem eine Trendbe-

rechnung durchgeführt, die auf den Stützzeitraum 1994 bis 2004 aufsetzt. Damit wird der oben skizzierten Entwicklung Rechnung getragen, dass sich seit den 1990er-Jahren die Quote der Verurteilungen für diese beiden Gruppen stark vergrößert hat.

Heranwachsende können, wie oben erwähnt, sowohl nach dem allgemeinen als auch nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden. In den Trendvarianten wird jedoch nur die Zahl der Gerichtsfälle von Heranwachsenden vorausgeschätzt, die nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden. Eine Variante mit einem fortgeschriebenen Trend für die Verurteilungen im allgemeinen Strafrecht kann nicht durchgeführt werden, weil anzunehmen ist, dass die erhobenen Daten im Zeitraum ab 2000 erhebungstatistische Fehler aufweisen, die nicht korrigiert werden können. Diese Effekte würden die Trendberechnung verzerren und die Ergebnisse unplausibel machen.

Die Trendberechnungen für die Verurteilungen nach dem Jugendstrafrecht umfassen eine Variante, in welcher der mittlere Trend seit 1994 linear fortgeschrieben wird (hohe Trendvariante) sowie eine Variante, die einen um die Hälfte reduzierten linearen Trend für den Berechnungszeitraum fortschreibt (mittlere Trendvariante).

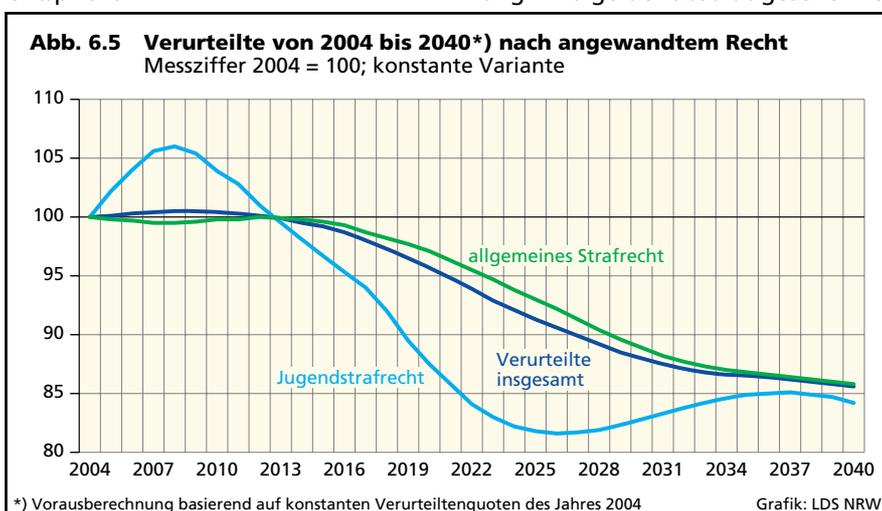
Eine Regionalisierung der Ergebnisse ist nicht möglich, da die Zuordnung von Amts- und Landgerichtsbezirken nicht der regionalen Gliederung nach kreisfreien Städten und Kreisen entspricht.

## 6.4 Ergebnisse der Modellrechnungen

### 6.4.1 Zahl der Verurteilungen nach dem allgemeinen Strafrecht

Gemäß der konstanten Variante wird die Gesamtzahl der Verurteilungen noch bis 2012 relativ konstant bleiben und anschließend bis 2040 kontinuierlich um rund 27 000 Fälle oder 14 % zurückgehen. Dabei entfällt der weitaus größere Teil an Rückgängen auf Verurteilungen gemäß dem allgemeinen Strafrecht: Hier ist in dem genannten Zeitraum mit zurückgehenden Zahlen um 23 000 Fälle (14 %) zu rechnen. Der wirklich rückläufige Trend beginnt etwa im Jahr 2014.

Im Zuge der demografischen Entwicklungen wird sich die Altersstruktur innerhalb der Verurteilten verschieben (siehe Abb. 6.6). Der Anteil an Verurteilungen von Personen ab 50 Jahre wird von 2004 bis 2040 um vier Prozentpunkte anwachsen, aber auch dann mit rund 17 % nur einen relativ geringen Anteil innerhalb der Verurteilten bilden. Da bis zum Jahr 2040 die Bevölkerung im mittleren Alter zwischen 30 und 50 Jahren zahlenmäßig nahezu kontinuierlich abnimmt, wird sich der Anteil an Verurteilungen dieser Altersgruppe von 2004 bis 2040 um sieben Prozentpunkte verringern. Die Schwankungen des Anteils der 21- bis unter 30-Jährigen erklären sich ebenfalls durch entsprechende Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung. Infolge der absolut gesehen re-



Angewandtes Recht		Verurteilte							
a = männlich b = weiblich c = Insgesamt		2004	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
Jugendstrafrecht	a	23 940	24 900	23 200	21 000	19 600	19 800	20 300	20 200
	b	3 803	3 900	3 600	3 300	3 100	3 100	3 200	3 200
	c	27 743	28 800	26 800	24 300	22 700	23 000	23 500	23 400
Allgemeines Strafrecht	a	129 258	128 700	128 500	125 100	119 600	114 100	111 300	110 000
	b	30 578	30 800	30 700	30 100	29 000	28 000	27 500	27 200
	c	159 836	159 500	159 300	155 200	148 700	142 100	138 700	137 200
Insgesamt	a	153 198	153 600	151 700	146 100	139 200	133 900	131 600	130 200
	b	34 381	34 700	34 400	33 400	32 100	31 100	30 700	30 400
	c	187 579	188 300	186 100	179 500	171 300	165 000	162 300	160 600

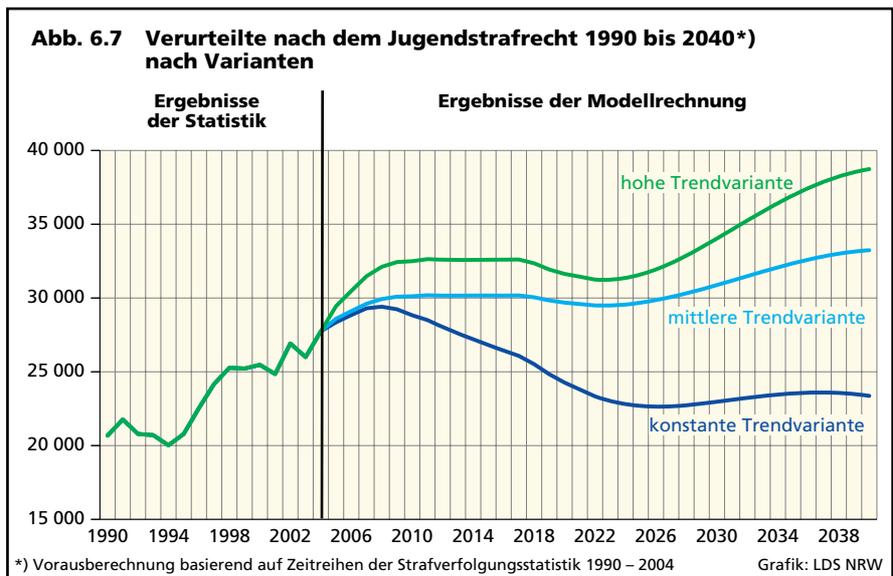
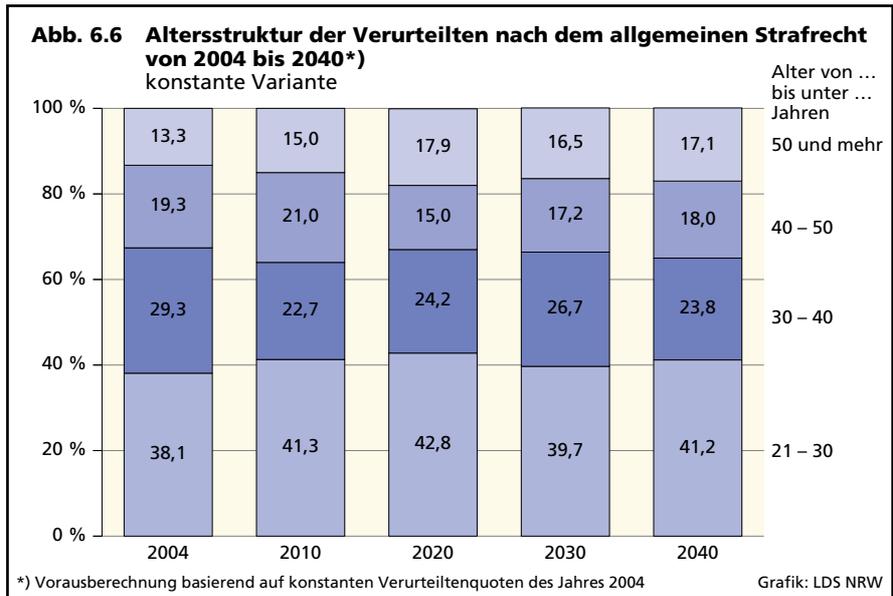
\*) Vorausberechnung basierend auf konstanten Verurteiltenquoten des Jahres 2004

lativ hohen Geburtenzahlen aus den 1990er-Jahren – ein Struktureffekt aus dem Babyboom der 1960er-Jahre – ist im Jahrzehnt zwischen 2010 und 2020 für diese Altersgruppe ein leichter Anstieg an Verurteilungen zu verzeichnen.

#### 6.4.2 Entwicklung der Verurteiltenzahlen nach dem Jugendstrafrecht

Für die Verurteilungen gemäß dem Jugendstrafrecht sind nach der konstanten Variante noch in den nächsten Jahren bis 2008 Steigerungen um etwa 1 700 Fälle (6 %) zu erwarten. Nach einem Maximum von etwa 30 000 Verurteilungen im Jahr 2008 wird nach den Berechnungen der konstanten Variante dann ein sehr starker Rückgang einsetzen, der die jugendlichen Verurteiltenzahlen bis etwa 2025 um knapp 7 000 Fälle oder 23 % gemessen am Maximum aus 2008 verringert. In den Jahren danach wird die Zahl wieder geringfügig ansteigen, um schließlich 2040 einen Stand zu erreichen, der über 4 000 jugendliche Verurteilte weniger umfasst als 2004. Diese Entwicklungen sind insgesamt auf die Veränderungen der straffähigen Bevölkerung in den entsprechenden Altersgruppen zurückzuführen.

In der mittleren Trendvariante zeigen sich gegenüber 2004 leicht erhöhte Verurteiltenzahlen bis um das Jahr 2025. Ab diesem Zeitpunkt steigen dann die Verurteiltenzahlen deutlicher an; 2040 ist ein um 20 % oder 5 500 Fälle höherer Wert erreicht als 2004.



Nach der hohen Trendvariante wird kurzfristig bis 2010 eine Steigerung um 17 % oder rund 5 000 Fälle erwartet. Ab 2018 folgt ein leichter Rückgang, der jedoch selbst bei seinem Tiefpunkt im Jahr 2023 noch

13 % über der Verurteiltenzahl aus dem Jahr 2004 liegt. Bis 2040 ist gemäß dieser Variante mit deutlichen Steigerungen zu rechnen: Gegenüber 2004 wächst die Verurteiltenzahl um 40 % oder 11 000 Fälle.

### 6.3 Verurteilte nach dem Jugendstrafrecht von 2004 bis 2040\*) nach Geschlecht und Varianten

Variante	2004	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
<b>männliche Verurteilte</b>								
Konstante Variante	23 940	24 900	23 200	21 000	19 600	19 800	20 300	20 200
Mittlere Trendvariante		25 900	25 800	25 300	25 100	26 100	27 200	27 900
Hohe Trendvariante		27 800	27 600	26 600	26 400	28 200	30 500	31 800
<b>weibliche Verurteilte</b>								
Konstante Variante	3 803	3 900	3 600	3 300	3 100	3 100	3 200	3 200
Mittlere Trendvariante		4 200	4 400	4 400	4 500	4 800	5 200	5 400
Hohe Trendvariante		4 700	5 000	5 000	5 200	5 800	6 500	7 000
<b>Verurteilte insgesamt</b>								
Konstante Variante	27 743	28 800	26 800	24 300	22 700	23 000	23 500	23 400
Mittlere Trendvariante		30 100	30 200	29 700	29 700	30 900	32 400	33 200
Hohe Trendvariante		32 500	32 600	31 600	31 600	34 000	37 000	38 700

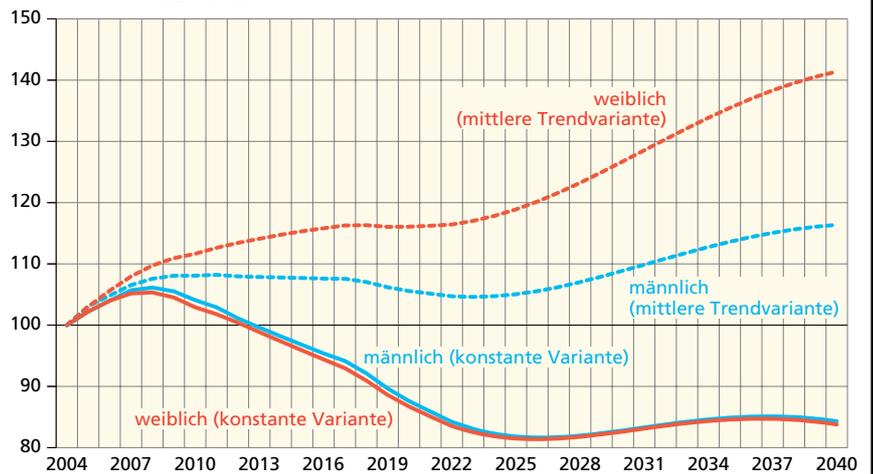
\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Strafverfolgungsstatistik 1990 – 2004

Insgesamt ist erkennbar, dass die demografische Schrumpfung nicht automatisch mit einem reduzierten Arbeitsumfang in den Gerichten gleichzusetzen ist, denn trotz Rückgängen bei den jugendlichen Bevölkerungszahlen können entsprechend den Trendvarianten keine Abnahmen bei den Verurteilungen nach dem Jugendstrafrecht erwartet werden. Stattdessen ist sogar langfristig mit einer Zunahme der Verurteiltenzahlen von Jugendlichen und damit des gerichtlichen Tätigkeitsumfangs zu rechnen.

#### 6.4.3 Alters- und geschlechtsspezifische Verschiebungen bei den Verurteilungen

Infolge der Zunahme weiblicher Verurteilten in der Vergangenheit werden sich den Trendberechnungen zufolge langfristig die Geschlechterstrukturen leicht verschieben. Bis 2040 weist die Zahl der Verurteilungen von Mädchen oder jungen Frauen gemäß der mittleren Trendvariante eine Steigerungsrate um rund 41 % aus. Die Zahl der männlichen Verurteilten im Jugendstrafrecht wächst dagegen nur um 16 %. Infolge dieser ungleichen Entwicklungen wird sich der Anteil weiblicher Verurteilten nach dem Jugendstrafrecht bis 2040 um 2,5 Prozentpunkte vergrößern. Der weibliche Verurteilten-

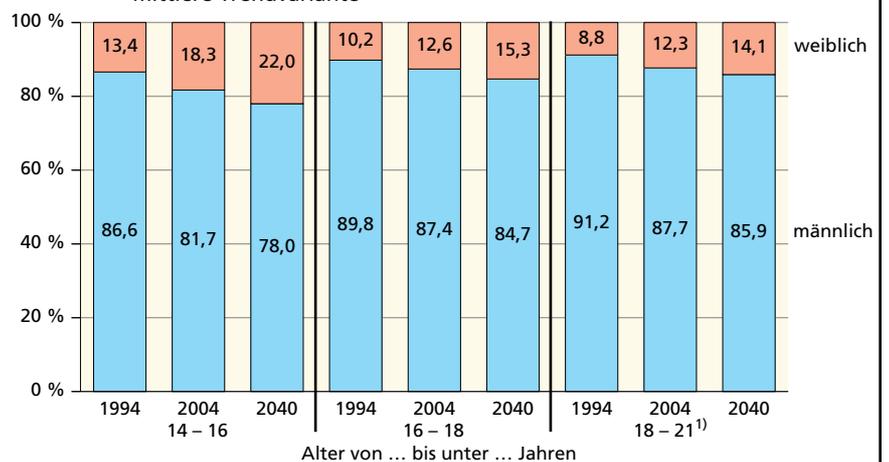
**Abb. 6.8 Verurteilte nach dem Jugendstrafrecht von 2004 bis 2040\*) nach Geschlecht und Varianten**  
Messziffer 2004 = 100



\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Strafverfolgungsstatistik 1990 – 2004

Grafik: LDS NRW

**Abb. 6.9 Verurteilte nach dem Jugendstrafrecht 1994, 2004 und 2040\*) nach Altersgruppen und Geschlecht**  
mittlere Trendvariante

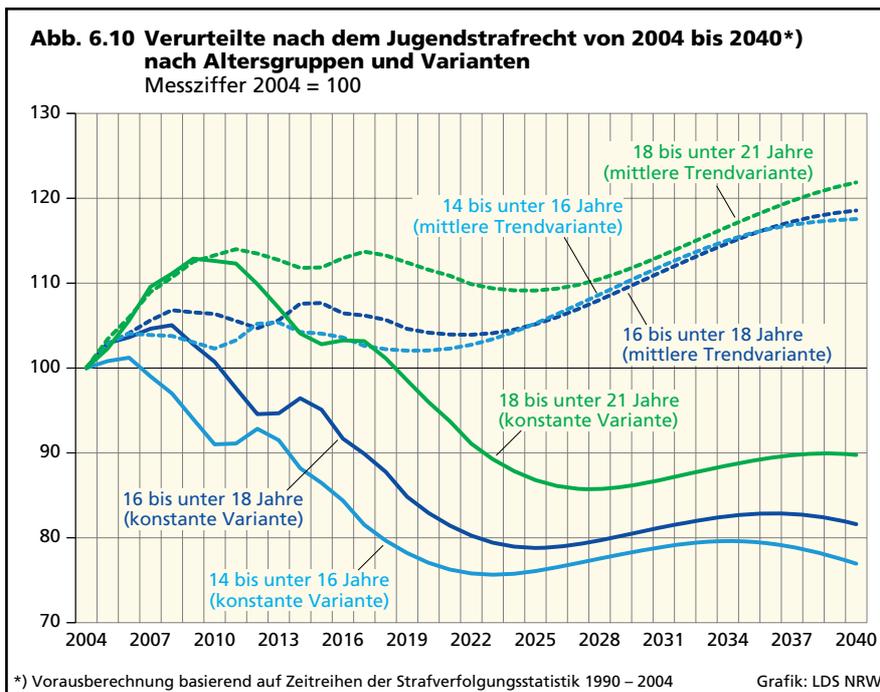


\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Strafverfolgungsstatistik 1990 – 2004  
1) nur Heranwachsende, die nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden

Grafik: LDS NRW

anteil liegt dann insgesamt bei rund 16 %. Nach der hohen Trendvariante verschiebt sich der Anteil der Verurteilungen von Mädchen oder jungen Frauen bis 2040 sogar um über vier Prozentpunkte auf rund 18 %.

In den einzelnen Altersgruppen der nach dem Jugendstrafrecht Verurteilten fallen diese Verschiebungen sehr unterschiedlich aus. Am deutlichsten ist der Anstieg der Zahl weiblicher Verurteilten für die 14- bis unter 16-Jährigen. Hier steigt der Anteil von 2004 bis 2040 um vier Prozentpunkte, gegenüber 1994 steigt er sogar um neun Prozentpunkte. 2040 ist dann bereits mehr als jeder fünfte mündige Straftäter (22 %) unter 16 Jahren weiblich. In der Altersgruppe der 16- bis unter 18-Jährigen wächst der Anteil weiblicher Straftäter ab 2004 um



**6.4 Verurteilte nach dem Jugendstrafrecht von 2004 bis 2040\*) nach Altersgruppen und Varianten**

Variante	2004	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
<b>Verurteilte im Alter von ... bis unter ... Jahren</b>								
<b>14 – 16</b>								
Konstante Variante	5 988	5 400	5 200	4 600	4 600	4 700	4 800	4 600
Mittlere Trendvariante		6 100	6 200	6 100	6 300	6 600	6 900	7 000
Hohe Trendvariante		6 300	6 500	6 200	6 600	7 300	7 900	8 100
<b>16 – 18</b>								
Konstante Variante	9 404	9 500	8 900	7 800	7 400	7 600	7 800	7 700
Mittlere Trendvariante		10 000	10 100	9 800	9 900	10 400	10 900	11 100
Hohe Trendvariante		10 600	10 800	10 200	10 400	11 300	12 400	12 900
<b>18 – 21<sup>1)</sup></b>								
Konstante Variante	12 351	13 900	12 700	11 900	10 700	10 700	11 000	11 100
Mittlere Trendvariante		14 000	13 800	13 800	13 500	13 900	14 500	15 100
Hohe Trendvariante		15 600	15 300	15 200	14 600	15 400	16 700	17 800

\*) Vorausberechnung basierend auf Zeitreihen der Strafverfolgungsstatistik 1990 bis 2004 – 1) nur die Personen, die nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden

drei Prozentpunkte auf rund 15 %, bei den 18- bis unter 21-Jährigen um zwei Prozentpunkte auf rund 14 %.

Die Entwicklung der jugendlichen Verurteiltenzahlen nach Altersgruppen zeigt ein weitgehend homogenes Bild. Gemäß der mittleren Trendvariante sind für alle Altersgruppen kurzfristige Steigerungen anzunehmen. Sie fallen mit Anstiegen um bis zu 14 % bis 2011 für die 18- bis unter 21-Jährigen am stärksten aus. Die sich bis etwa 2018 für alle Altersgruppen zyklisch ergebenden Schwankungen resultieren aus den Veränderungen der Bevölkerungszahlen. Aus diesem Grund sind diese in

der konstanten Variante noch deutlicher zu beobachten. Die Ursachen liegen in den demografischen Folgeeffekten der hohen Geburtenzahlen Mitte der 1960er- und 1990er-Jahre.

In den 2020er-Jahren ist zeitlich versetzt für alle Altersgruppen ein Tiefpunkt zu erwarten, der die Verurteiltenzahlen nach der mittleren Trendvariante jedoch nicht unter das Niveau von 2004 bringt. In den darauf folgenden zwei Jahrzehnten steigt die Zahl der Verurteilungen für die hier betrachteten Altersgruppen wieder an. Am deutlichsten wird der geschätzte Anstieg für die Gruppe

der 18- bis unter 21-Jährigen ausfallen: 2040 liegt die Zahl nach der mittleren Trendvariante um 22 % oder rund 3 000 Fälle höher als 2004. Für die 14- bis unter 16-Jährigen sind 2040 gemessen an 2004 Steigerungen um 18 % oder rund 1 100 Fälle und für die 16- bis unter 18-Jährigen Zuwächse um 19 % oder rund 1 700 Personen zu erwarten.

### 6.5 Fazit

Werden ausschließlich die zurückgehenden Bevölkerungszahlen für eine Abschätzung des zukünftigen

gerichtlichen Tätigkeitsumfangs zugrunde gelegt, so ist langfristig mit einer deutlichen Abnahme der Zahl der Verurteilungen sowohl nach dem Jugend- als auch nach dem allgemeinen Strafrecht zu rechnen. Von 2004 bis 2040 beträgt diese bei nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten 14 % oder rund 23 000 Fälle; für verurteilte Jugendliche und Heranwachsende nach dem Jugendstrafrecht wird sie im gleichen Zeitraum auf 16 % oder über 4 000 Fälle geschätzt. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die eigentlichen Rückgänge für beide Strafrechtarten erst zwischen 2012 und 2014 beginnen.

Weil für die Verurteilungen gemäß dem Jugendstrafrecht im Jahrzehnt der 1990er-Jahre bedeutende Steigerungen trotz eines Bevölkerungsrückgangs in den entsprechenden Altersgruppen zu verzeichnen waren, ist eine Fortführung dieser Entwicklung auch zukünftig anzunehmen. Wird dies einberechnet, so zeigen sich für Verurteilungen nach dem Jugendstrafrecht bis 2040 Zuwächse der Fälle um 20 % oder 5 500 Fälle (mittlere Trendvariante) bzw. 40 % oder 11 000 Fälle (hohe Trendvariante).

Langfristig ist gemäß den Trendberechnungen auch damit zu rechnen, dass sich der Anteil von Verurteilungen bei weiblichen jugendlichen Straftätern vergrößern wird. Eine Verschiebung der Altersstruktur wird dagegen bei Verurteilungen nach dem Jugendstrafrecht nicht vorausgeschätzt.

Nach diesen Berechnungen ist also zu erwarten, dass sich der gerichtliche Arbeitsaufwand bezogen auf Verurteilungen von Jugendlichen und Heranwachsenden nach dem Jugendstrafrecht nicht verringern, sondern auch mittel- und langfristig sogar noch vergrößern wird.

## 7 Literatur

Bundesjugendkuratorium (2001): Streitschrift Zukunftsfähigkeit, Bonn/Berlin

Deutscher Bundestag (2002): Elfter Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8181

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2004): Entwurf eines Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuungs- ausbaugesetz TAG), Drucksache 15/3676

Ders. (2005): Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetz KICK), Quelle: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/kick-gesetz,property=pdf,bereich=rwb=true.pdf> [10. 11. 2005]

Baum, B./H. Seitz (2003): Demografischer Wandel und Bildungsausgaben: Empirische Evidenz für die westdeutschen Länder, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 72, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaft, Berlin, S. 205 – 219

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): KICK für die Kinder- und Jugendhilfe beschlossen, Pressemitteilung des BMFSFJ vom 8. 7. 2005, Quelle: <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Archiv/15-Legislaturperiode/pressemitteilungen,did=31154.html> [10. 11. 2006]

Büchel, F./C. K. Spieß (2002): Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse in einem bekannten Zusammenhang, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 71, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaft, Berlin, S. 95 – 113

European Communities (2004): Development of a Methodology for the Collection of Harmonised Statistics

on Childcare, Working Papers and Studies, hrsg. v. Office for Official Publication for the European Communities, Luxemburg

Fickermann, D./U. Schulzeck/H. Weishaupt (1997): Kleine Grundschulen in den neuen Bundesländern vor dem Hintergrund internationaler Erfahrungen. Gutachterliche Stellungnahme für die Kultusministerien Mecklenburg-Vorpommerns und Thüringens, Bad Berka

Dies. (1998): Kleine Grundschulen in Europa. Berichte aus elf europäischen Ländern, Weinheim

Dies. (2000a): Die Kosten-Wirksamkeitsanalyse als methodischer Ansatz zur Bewertung alternativer Schulnetze. Bericht über eine Simulationsstudie, in: Zeitschrift für Pädagogik Nr. 46, S. 61 – 80

Dies. (2000b): Zur Effizienz regionaler Schulstandorte am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern, in: M. Weiß/H. Weishaupt (Hrsg.): Bildungsökonomie und Neue Steuerung; Beiträge zur Bildungsplanung und Bildungsökonomie Band 9, Frankfurt/Main

Gadow, T. (2005): Der Bedarf an Tagesbetreuungsangeboten für unter 3-Jährige, in: Zahlenspiegel 2005 – Tageseinrichtungen für Kinder im Spiegel der amtlichen Statistik, hrsg. v. Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut, Dortmund, S. 215 – 238

Hank, K./M. Kreyenfeld (2002): A Multilevel Analysis of Child Care and the Transition to Motherhood in Western Germany, hrsg. v. Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

Hank, K./M. Kreyenfeld/K. Spieß (2003): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, DIW Discussion Papers Nr. 331, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaft, Berlin

Holtappels, H. G./E. Roesner (1994): Schulen im Verbund, in: H.-G. Rolff u. a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung Band 8. Daten, Beispiele, Perspektiven, München, S. 57 – 98

<http://www.pisa.ipn.uni-kiel.de/>  
[1. 8. 2005]

<http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/>  
[1. 8. 2005]

<http://www.dfv-nrw.de> [12. 9. 2005]

Kaiser, M. (2002): Erzieherische Hilfen für junge Menschen in Baden-Württemberg bis 2015 – Modellrechnungen zum Bedarf an ambulanten Jugendhilfen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 10/2002, hrsg. v. Statistischem Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, S. 473 – 479

Kempkes, G./H. Seitz (2004): Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Bildungsausgaben: Eine empirische Analyse der Ausgaben im Schulbereich auf der Länder- und Gemeindeebene, Vortrag im Rahmen des 13. wissenschaftlichen Kolloquiums des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 18. und 19. November 2004 in Wiesbaden

KomDat (Hrsg.) (2005): Erstmals kein weiterer Anstieg im Westen – Rückgänge im Osten, in: Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik Nr. 3, gefördert durch das BMFSFJ und MGFFI NRW, S. 1 – 2

Kubink, M. (2005): Hauptergebnisse der Strafverfolgungstatistik NRW 2004, unveröffentlichtes Arbeitspapier des Justizministeriums NRW

Kuthe, M./P. Zedler (1995): Entwicklung der Thüringer Grundschulen. Gutachten im Auftrag des Thüringer Kultusministeriums, Erfurt

Dies. (1999): Entwicklung der Thüringer Regelschulen und Gymnasien. Gutachten im Auftrag des Thüringer Kultusministeriums, Erfurt

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.) (2005): Regionale Schülerprognosen in Nordrhein-Westfalen – Schülerbestände 2004 – 2014, Schulabgänge 2005 – 2015, hrsg. v. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf

Nockemann, U. (2003): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002 bis 2020/2040, in: Statistische Analysen und Studien Band 14, hrsg. v. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf

Pohl, U. (1985): „Wohnortnahes Schulangebot“ – ein Problem regionaler Bildungsplanung, in: Materialien zur Schulentwicklung Nr. 6, hrsg. v. Hessischen Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung, Wiesbaden

Rollwagen, I. (2004): Bildungsreform in Deutschland: Geld für Schulen, nicht für Bürokratie, in: Deutsche Bank Research Nr. 303; Quelle: <http://dbresearch.de> [14. 8. 2005]

Schilling, M./J. Pothmann/J. Fischer (2005): HzE-Bericht – Inanspruchnahme und Gewährung von Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen, hrsg. v. Forschungsverband Deutsches Jugendinstitut, Dortmund

Schmidt, M. G. (2003): Ausgaben für Bildung im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 21 – 22; Quelle: <http://www.bpb.de/publikationen/CSELQR.html> [29. 7. 2005]

Schmidtke, K./P. Berke (2005): Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil I, in: Statistische Analysen und Studien, Band 25, hrsg. v. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung NRW, Düsseldorf

Seyda, S. (2003a): Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenverhalten, in: IW-Trends Nr. 2, hrsg. v. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln

Dies. (2003b): Zwei Seelen in der Brust – Frauenerwerbstätigkeit, in: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln

Statistisches Bundesamt (2003): 11 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz in Deutschland – Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken: Erzieherische Hilfen 1991 bis 2001 „Von der Erziehungsberatung bis zur Heimerziehung“, Wiesbaden

Dass. (2004): Kindertagesbetreuung in Deutschland: Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002, Wiesbaden

Dass. (2005): Qualitätsbericht Strafverfolgungstatistik, Wiesbaden, Quelle: [http://www.destatis.de/download/qualitaetsberichte/qualitaetsbericht\\_strafverfolgung.pdf](http://www.destatis.de/download/qualitaetsberichte/qualitaetsbericht_strafverfolgung.pdf) [17. 1. 2006]

Ströker, K. (2006): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2005 bis 2025/2050, in: Statistische Analysen und Studien Band 31, hrsg. v. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf

Thies, E. (2004): Antworten der Bildungspolitik auf den demografischen Wandel, Vortrag im Rahmen des 13. wissenschaftlichen Kolloquiums des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 18. und 19. November 2004 in Wiesbaden

Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I (Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I – APO-S I) vom 29. April 2005, geändert durch Verordnung vom 13. Juli 2005 (SGV. NRW. 223 bzw. BASS 13 – 21 Nr. 1. 1), Quelle: <http://sgv.im.nrw.de/gv/frei/2005/Ausg24/AGV24-3.pdf> [16. 5. 2006]

Weiß, M. (2004): Einführung in das Thema „Demografischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem“, Vortrag im Rahmen des 13. wissenschaftlichen Kolloquiums des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 18. und 19. November 2004 in Wiesbaden

Weishaupt, H. (2004): Veränderungen im elementaren und sekundären Bildungsbereich durch demografischen Wandel, Vortrag im Rahmen des 13. wissenschaftlichen Kolloquiums des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 18. und 19. November 2004 in Wiesbaden

Ders./M. Weiß (1988): Bildungsbudget und interne Mittelallokation, in: Zeitschrift für Pädagogik Nr. 34, S. 535 – 553

Wrohlich, K. (2004): Child Care Costs and Mothers' Labour Supply: An Empirical Analysis for Germany, in: DIW Discussion Papers Nr. 412, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaft, Berlin

Wrohlich, K. (2005): The Excess Demand for Subsidized Child Care in Germany, in: DIW Discussion Papers Nr. 470, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaft, Berlin

---

### Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden (genau null)
·	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
···	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
( )	Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
/	keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl

### Hinweis

Die im Text angegebenen Prozentwerte wurden mit „spitzen“ Zahlen berechnet. Es können sich geringe Abweichungen zu Werten ergeben, die mit den in den Tabellen angegebenen gerundeten Zahlen berechnet werden.



## **Anhangtabellen**



**1. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Düsseldorf, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 797	1 100	2 640	4 260	5 970
Variante <i>Neue Länder</i>		1 030	2 250	3 540	4 910
Variante <i>Bundesregierung</i>		1 070	2 200	2 200	2 230
Konstante Variante		750	700	690	710
<b>Duisburg, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 239	580	2 270	4 040	5 710
Variante <i>Neue Länder</i>		520	1 890	3 340	4 700
Variante <i>Bundesregierung</i>		620	2 120	2 160	2 130
Konstante Variante		230	220	220	220
<b>Essen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 492	830	2 440	4 070	5 670
Variante <i>Neue Länder</i>		760	2 050	3 370	4 660
Variante <i>Bundesregierung</i>		840	2 150	2 140	2 120
Konstante Variante		470	440	440	430
<b>Krefeld, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 51	200	890	1 610	2 310
Variante <i>Neue Länder</i>		170	740	1 320	1 900
Variante <i>Bundesregierung</i>		220	860	870	860
Konstante Variante		50	40	40	40
<b>Mönchengladbach, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 29	210	1 110	2 070	3 060
Variante <i>Neue Länder</i>		180	910	1 700	2 520
Variante <i>Bundesregierung</i>		250	1 090	1 120	1 140
Konstante Variante		30	30	30	30
<b>Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 77	170	630	1 120	1 620
Variante <i>Neue Länder</i>		160	530	920	1 330
Variante <i>Bundesregierung</i>		190	590	600	600
Konstante Variante		70	70	70	70
<b>Oberhausen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 61	200	880	1 590	2 280
Variante <i>Neue Länder</i>		180	730	1 310	1 870
Variante <i>Bundesregierung</i>		220	840	860	850
Konstante Variante		60	60	60	60
<b>Remscheid, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 12	100	510	940	1 360
Variante <i>Neue Länder</i>		80	420	780	1 120
Variante <i>Bundesregierung</i>		120	500	510	510
Konstante Variante		10	10	10	10

1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

Noch: **1. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
noch: <b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Solingen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 82	190	720	1 310	1 920
Variante <i>Neue Länder</i>		170	600	1 080	1 570
Variante <i>Bundesregierung</i>		200	670	700	720
Konstante Variante		80	70	80	80
<b>Wuppertal, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 178	400	1 460	2 530	3 560
Variante <i>Neue Länder</i>		350	1 220	2 090	2 930
Variante <i>Bundesregierung</i>		420	1 360	1 350	1 330
Konstante Variante		160	150	150	140
<b>Kleve, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 33	260	1 350	2 610	4 000
Variante <i>Neue Länder</i>		220	1 120	2 150	3 290
Variante <i>Bundesregierung</i>		300	1 330	1 410	1 490
Konstante Variante		30	30	30	30
<b>Mettmann, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 114	450	2 010	3 590	5 240
Variante <i>Neue Länder</i>		390	1 660	2 950	4 310
Variante <i>Bundesregierung</i>		510	1 940	1 930	1 950
Konstante Variante		110	100	100	100
<b>Rhein-Kreis Neuss</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 296	590	2 030	3 560	5 200
Variante <i>Neue Länder</i>		530	1 690	2 940	4 280
Variante <i>Bundesregierung</i>		620	1 860	1 890	1 940
Konstante Variante		280	260	260	270
<b>Viersen, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 33	250	1 290	2 460	3 740
Variante <i>Neue Länder</i>		210	1 070	2 020	3 080
Variante <i>Bundesregierung</i>		290	1 270	1 330	1 400
Konstante Variante		30	30	30	30
<b>Wesel, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 126	430	1 910	3 500	5 130
Variante <i>Neue Länder</i>		380	1 580	2 880	4 220
Variante <i>Bundesregierung</i>		480	1 830	1 880	1 920
Konstante Variante		120	110	110	120
<b>Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Aachen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 198	340	1 040	1 770	2 540
Variante <i>Neue Länder</i>		310	870	1 470	2 090
Variante <i>Bundesregierung</i>		350	930	930	950
Konstante Variante		180	170	170	170

Anmerkung Seite 67

**Noch: 1. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Bonn, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 266	460	1 530	2 700	3 970
Variante <i>Neue Länder</i>		420	1 280	2 230	3 260
Variante <i>Bundesregierung</i>		470	1 370	1 420	1 480
Konstante Variante		240	230	240	250
<b>Köln, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 1 116	1 750	4 850	8 030	11 340
Variante <i>Neue Länder</i>		1 610	4 100	6 660	9 320
Variante <i>Bundesregierung</i>		1 750	4 210	4 190	4 230
Konstante Variante		1 060	1 000	990	1 000
<b>Leverkusen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 125	210	690	1 200	1 730
Variante <i>Neue Länder</i>		200	580	990	1 430
Variante <i>Bundesregierung</i>		220	620	630	650
Konstante Variante		110	110	110	110
<b>Aachen, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 73	300	1 420	2 630	3 920
Variante <i>Neue Länder</i>		260	1 170	2 170	3 220
Variante <i>Bundesregierung</i>		340	1 370	1 420	1 460
Konstante Variante		70	70	70	70
<b>Düren, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 21	230	1 290	2 480	3 720
Variante <i>Neue Länder</i>		190	1 060	2 040	3 060
Variante <i>Bundesregierung</i>		270	1 270	1 340	1 390
Konstante Variante		20	20	20	20
<b>Rhein-Erft-Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 58	390	1 980	3 640	5 410
Variante <i>Neue Länder</i>		330	1 630	3 000	4 450
Variante <i>Bundesregierung</i>		450	1 930	1 970	2 020
Konstante Variante		60	50	50	50
<b>Euskirchen, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} -	150	860	1 660	2 530
Variante <i>Neue Länder</i>		120	700	1 360	2 080
Variante <i>Bundesregierung</i>		170	850	900	940
Konstante Variante		-	-	-	-
<b>Heinsberg, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 24	220	1 210	2 340	3 540
Variante <i>Neue Länder</i>		190	1 000	1 920	2 910
Variante <i>Bundesregierung</i>		260	1 190	1 260	1 320
Konstante Variante		20	20	20	30

Anmerkung Seite 67

Noch: **1. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Oberbergischer Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 41	280	1 490	2 820	4 170
Variante <i>Neue Länder</i>		240	1 230	2 320	3 430
Variante <i>Bundesregierung</i>		330	1 460	1 520	1 560
Konstante Variante		40	40	40	40
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 328	490	1 320	2 250	3 280
Variante <i>Neue Länder</i>		450	1 110	1 860	2 700
Variante <i>Bundesregierung</i>		490	1 140	1 170	1 220
Konstante Variante		300	280	290	300
<b>Rhein-Sieg-Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 176	630	2 880	5 390	8 140
Variante <i>Neue Länder</i>		550	2 390	4 440	6 690
Variante <i>Bundesregierung</i>		700	2 760	2 900	3 040
Konstante Variante		170	170	180	180
<b>Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Bottrop, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 67	140	520	920	1 320
Variante <i>Neue Länder</i>		130	430	760	1 080
Variante <i>Bundesregierung</i>		150	480	490	490
Konstante Variante		60	60	60	60
<b>Gelsenkirchen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 129	300	1 130	1 980	2 760
Variante <i>Neue Länder</i>		270	950	1 630	2 270
Variante <i>Bundesregierung</i>		320	1 060	1 050	1 030
Konstante Variante		120	110	110	110
<b>Münster, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 453	580	1 260	2 000	2 850
Variante <i>Neue Länder</i>		540	1 080	1 670	2 340
Variante <i>Bundesregierung</i>		560	1 030	1 030	1 060
Konstante Variante		410	370	370	380
<b>Borken, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 115	430	1 980	3 750	5 700
Variante <i>Neue Länder</i>		370	1 640	3 090	4 690
Variante <i>Bundesregierung</i>		480	1 900	2 020	2 130
Konstante Variante		110	110	110	120
<b>Coesfeld, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 91	270	1 090	2 010	3 040
Variante <i>Neue Länder</i>		230	900	1 650	2 500
Variante <i>Bundesregierung</i>		290	1 030	1 070	1 140
Konstante Variante		90	80	80	90

Anmerkung Seite 67

**Noch: 1. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Recklinghausen, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 425	850	2 920	5 080	7 180
Variante <i>Neue Länder</i>		770	2 440	4 200	5 900
Variante <i>Bundesregierung</i>		890	2 660	2 690	2 680
Konstante Variante		410	390	400	390
<b>Steinfurt, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 205	560	2 250	4 180	6 330
Variante <i>Neue Länder</i>		490	1 870	3 450	5 210
Variante <i>Bundesregierung</i>		600	2 120	2 240	2 360
Konstante Variante		190	180	190	210
<b>Warendorf, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 234	440	1 480	2 600	3 800
Variante <i>Neue Länder</i>		400	1 240	2 150	3 130
Variante <i>Bundesregierung</i>		460	1 350	1 380	1 420
Konstante Variante		220	210	210	220
<b>Regierungsbezirk Detmold</b>					
<b>Bielefeld, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 355	560	1 630	2 750	3 940
Variante <i>Neue Länder</i>		510	1 370	2 280	3 240
Variante <i>Bundesregierung</i>		560	1 420	1 440	1 470
Konstante Variante		330	310	320	320
<b>Gütersloh, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 415	700	2 090	3 690	5 460
Variante <i>Neue Länder</i>		640	1 760	3 050	4 490
Variante <i>Bundesregierung</i>		700	1 830	1 930	2 040
Konstante Variante		410	400	420	440
<b>Herford, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 316	490	1 390	2 410	3 500
Variante <i>Neue Länder</i>		460	1 170	2 000	2 880
Variante <i>Bundesregierung</i>		490	1 190	1 250	1 310
Konstante Variante		310	310	320	340
<b>Höxter, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 58	180	750	1 380	2 040
Variante <i>Neue Länder</i>		160	620	1 140	1 680
Variante <i>Bundesregierung</i>		190	710	740	760
Konstante Variante		60	50	60	60
<b>Lippe, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 439	690	2 030	3 560	5 210
Variante <i>Neue Länder</i>		640	1 710	2 960	4 280
Variante <i>Bundesregierung</i>		690	1 760	1 860	1 940
Konstante Variante		420	420	440	460

Anmerkung Seite 67

Noch: **1. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Detmold</b>					
<b>Minden-Lübbecke, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 250	490	1 760	3 250	4 820
Variante <i>Neue Länder</i>		440	1 480	2 690	3 960
Variante <i>Bundesregierung</i>		510	1 600	1 720	1 800
Konstante Variante		240	250	270	280
<b>Paderborn, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 194	450	1 720	3 140	4 650
Variante <i>Neue Länder</i>		400	1 440	2 600	3 820
Variante <i>Bundesregierung</i>		470	1 600	1 670	1 740
Konstante Variante		190	190	200	210
<b>Regierungsbezirk Arnsberg</b>					
<b>Bochum, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 234	440	1 450	2 450	3 420
Variante <i>Neue Länder</i>		400	1 210	2 030	2 810
Variante <i>Bundesregierung</i>		460	1 320	1 300	1 280
Konstante Variante		210	200	190	190
<b>Dortmund, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 487	880	2 790	4 810	6 810
Variante <i>Neue Länder</i>		800	2 350	3 980	5 600
Variante <i>Bundesregierung</i>		890	2 490	2 530	2 540
Konstante Variante		480	460	470	470
<b>Hagen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 104	230	850	1 480	2 090
Variante <i>Neue Länder</i>		210	710	1 230	1 720
Variante <i>Bundesregierung</i>		250	790	790	780
Konstante Variante		100	90	90	90
<b>Hamm, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 170	310	990	1 710	2 400
Variante <i>Neue Länder</i>		280	830	1 410	1 970
Variante <i>Bundesregierung</i>		310	880	900	890
Konstante Variante		170	170	170	170
<b>Herne, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 70	180	690	1 200	1 690
Variante <i>Neue Länder</i>		150	570	990	1 390
Variante <i>Bundesregierung</i>		190	650	640	630
Konstante Variante		60	60	60	60
<b>Ennepe-Ruhr-Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 185	390	1 380	2 420	3 480
Variante <i>Neue Länder</i>		350	1 150	2 000	2 860
Variante <i>Bundesregierung</i>		410	1 280	1 290	1 300
Konstante Variante		170	160	160	160

Anmerkung Seite 67

**Noch: 1. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
noch: <b>Regierungsbezirk Arnberg</b>					
<b>Hochsauerlandkreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 110	320	1 320	2 400	3 530
Variante <i>Neue Länder</i>		280	1 100	1 980	2 900
Variante <i>Bundesregierung</i>		350	1 250	1 290	1 320
Konstante Variante		100	100	100	100
<b>Märkischer Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 138	460	2 140	4 030	5 910
Variante <i>Neue Länder</i>		400	1 780	3 320	4 860
Variante <i>Bundesregierung</i>		510	2 050	2 170	2 210
Konstante Variante		130	130	140	140
<b>Olpe, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} -	120	680	1 300	1 950
Variante <i>Neue Länder</i>		100	560	1 070	1 600
Variante <i>Bundesregierung</i>		140	680	710	730
Konstante Variante		-	-	-	-
<b>Siegen-Wittgenstein, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 213	410	1 380	2 410	3 400
Variante <i>Neue Länder</i>		370	1 160	1 990	2 800
Variante <i>Bundesregierung</i>		430	1 250	1 270	1 270
Konstante Variante		210	200	200	200
<b>Soest, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 251	460	1 530	2 730	4 000
Variante <i>Neue Länder</i>		410	1 280	2 260	3 290
Variante <i>Bundesregierung</i>		470	1 380	1 440	1 490
Konstante Variante		230	220	230	240
<b>Unna, Kreis</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 113	440	2 140	4 140	6 230
Variante <i>Neue Länder</i>		380	1 770	3 410	5 130
Variante <i>Bundesregierung</i>		490	2 050	2 230	2 330
Konstante Variante		110	120	130	140
<b>Nordrhein-Westfalen</b>					
Variante <i>Europäisches Spitzenniveau</i>	} 10 867	23 200	84 000	150 000	218 600
Variante <i>Neue Länder</i>		20 800	70 300	124 000	179 900
Variante <i>Bundesregierung</i>		24 400	77 500	79 700	81 600
Konstante Variante		10 300	9 900	10 100	10 400

Anmerkung Seite 67

**2. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020  
nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell II)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Düsseldorf, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 797	1 410	2 430	3 450	4 530
Konstante Variante		1 410	2 260	3 200	4 210
<b>Duisburg, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 239	450	700	1 130	1 540
Konstante Variante		510	1 230	1 990	2 700
<b>Essen, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 492	990	2 390	3 700	4 980
Konstante Variante		1 020	2 160	3 350	4 510
<b>Krefeld, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 51	320	1 290	2 140	2 980
Konstante Variante		340	920	1 520	2 110
<b>Mönchengladbach, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 29	280	920	1 590	2 280
Konstante Variante		290	860	1 480	2 120
<b>Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 77	180	380	630	880
Konstante Variante		160	410	690	970
<b>Oberhausen, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 61	310	1 190	2 010	2 790
Konstante Variante		330	920	1 540	2 140
<b>Remscheid, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 12	80	50	90	130
Konstante Variante		100	310	530	740
<b>Solingen, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 82	220	610	1 020	1 460
Konstante Variante		230	590	990	1 410
<b>Wuppertal, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 178	240	300	480	660
Konstante Variante		250	620	1 010	1 380
<b>Kleve, Kreis</b>					
Trendvariante	} 33	280	540	980	1 460
Konstante Variante		290	900	1 620	2 420

1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

**Noch: 2. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell II)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Mettmann, Kreis</b>					
Trendvariante	} 114	650	2 230	3 680	5 200
Konstante Variante		640	1 680	2 770	3 910
<b>Rhein-Kreis Neuss</b>					
Trendvariante	} 296	940	2 720	4 390	6 190
Konstante Variante		850	1 940	3 130	4 400
<b>Viersen, Kreis</b>					
Trendvariante	} 33	530	2 160	3 850	5 710
Konstante Variante		490	1 530	2 720	4 030
<b>Wesel, Kreis</b>					
Trendvariante	} 126	500	1 330	2 250	3 190
Konstante Variante		460	1 220	2 070	2 940
<b>Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Aachen, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 198	310	700	1 140	1 610
Konstante Variante		230	570	920	1 300
<b>Bonn, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 266	640	1 730	2 870	4 100
Konstante Variante		590	1 430	2 360	3 380
<b>Köln, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 1 116	2 420	5 910	8 800	11 830
Konstante Variante		2 140	3 970	5 900	7 930
<b>Leverkusen, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 125	130	150	250	340
Konstante Variante		210	450	720	990
<b>Aachen, Kreis</b>					
Trendvariante	} 73	340	1 230	2 140	3 100
Konstante Variante		310	920	1 600	2 310
<b>Düren, Kreis</b>					
Trendvariante	} 21	220	560	1 010	1 480
Konstante Variante		200	660	1 190	1 730
<b>Rhein-Erft-Kreis</b>					
Trendvariante	} 58	470	1 690	2 880	4 160
Konstante Variante		460	1 390	2 370	3 420

Anmerkung Seite 74

**Noch: 2. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell II)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Euskirchen, Kreis</b>					
Trendvariante	}	200	730	1 330	1 970
Konstante Variante		180	620	1 120	1 660
<b>Heinsberg, Kreis</b>					
Trendvariante	}	220	850	1 540	2 260
Konstante Variante		24	240	780	1 400
<b>Oberbergischer Kreis</b>					
Trendvariante	}	360	820	1 430	2 060
Konstante Variante		41	410	1 290	2 260
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>					
Trendvariante	}	730	1 890	3 060	4 350
Konstante Variante		328	710	1 530	2 470
<b>Rhein-Sieg-Kreis</b>					
Trendvariante	}	850	2 500	4 340	6 360
Konstante Variante		176	870	2 480	4 320
<b>Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Bottrop, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	}	100	20	20	30
Konstante Variante		67	100	240	390
<b>Gelsenkirchen, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	}	380	1 190	1 880	2 510
Konstante Variante		129	280	610	960
<b>Münster, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	}	770	1 530	2 200	2 990
Konstante Variante		453	720	1 160	1 680
<b>Borken, Kreis</b>					
Trendvariante	}	570	1 380	2 460	3 640
Konstante Variante		115	570	1 740	3 090
<b>Coesfeld, Kreis</b>					
Trendvariante	}	380	1 290	2 220	3 280
Konstante Variante		91	390	1 070	1 840
<b>Recklinghausen, Kreis</b>					
Trendvariante	}	1 010	2 620	4 230	5 800
Konstante Variante		425	950	2 260	3 650

Anmerkung Seite 74

**Noch: 2. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell II)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Steinfurt, Kreis</b>					
Trendvariante	} 205	800	2 620	4 540	6 680
Konstante Variante		710	1 920	3 320	4 890
<b>Warendorf, Kreis</b>					
Trendvariante	} 234	710	2 320	3 840	5 490
Konstante Variante		650	1 620	2 680	3 830
<b>Regierungsbezirk Detmold</b>					
<b>Bielefeld, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 355	580	660	1 050	1 450
Konstante Variante		710	1 550	2 460	3 410
<b>Gütersloh, Kreis</b>					
Trendvariante	} 415	960	2 840	4 780	6 930
Konstante Variante		870	2 110	3 550	5 150
<b>Herford, Kreis</b>					
Trendvariante	} 316	540	960	1 610	2 290
Konstante Variante		480	1 130	1 890	2 690
<b>Höxter, Kreis</b>					
Trendvariante	} 58	180	400	690	1 000
Konstante Variante		140	380	650	940
<b>Lippe, Kreis</b>					
Trendvariante	} 439	780	1 420	2 240	3 110
Konstante Variante		740	1 450	2 290	3 170
<b>Minden-Lübbecke, Kreis</b>					
Trendvariante	} 250	550	940	1 590	2 270
Konstante Variante		470	1 120	1 890	2 700
<b>Paderborn, Kreis</b>					
Trendvariante	} 194	700	2 340	3 950	5 660
Konstante Variante		650	1 700	2 870	4 110
<b>Regierungsbezirk Arnsberg</b>					
<b>Bochum, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 234	380	370	560	750
Konstante Variante		470	980	1 490	1 990
<b>Dortmund, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	} 487	880	1 670	2 540	3 410
Konstante Variante		880	1 710	2 610	3 500

Anmerkung Seite 74

**Noch: 2. Bedarf an Plätzen für unter 3-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell II)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Arnsberg</b>					
<b>Hagen, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	104	300	680	1 080	1 470
Konstante Variante		290	680	1 090	1 480
<b>Hamm, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	170	440	1 190	1 930	2 630
Konstante Variante		440	1 050	1 700	2 310
<b>Herne, krfr. Stadt</b>					
Trendvariante	70	40	100	170	230
Konstante Variante		70	170	270	370
<b>Ennepe-Ruhr-Kreis</b>					
Trendvariante	185	300	230	390	550
Konstante Variante		350	920	1 520	2 140
<b>Hochsauerlandkreis</b>					
Trendvariante	110	430	1 300	2 210	3 150
Konstante Variante		420	1 130	1 910	2 730
<b>Märkischer Kreis</b>					
Trendvariante	138	440	680	1 180	1 680
Konstante Variante		510	1 470	2 570	3 650
<b>Olpe, Kreis</b>					
Trendvariante	-	170	470	840	1 220
Konstante Variante		170	580	1 030	1 510
<b>Siegen-Wittgenstein, Kreis</b>					
Trendvariante	213	430	750	1 240	1 700
Konstante Variante		430	1 040	1 710	2 350
<b>Soest, Kreis</b>					
Trendvariante	251	680	1 940	3 230	4 580
Konstante Variante		630	1 500	2 490	3 530
<b>Unna, Kreis</b>					
Trendvariante	113	460	1 070	1 920	2 810
Konstante Variante		460	1 410	2 550	3 720
<b>Nordrhein-Westfalen</b>					
Trendvariante	10 867	27 600	69 100	117 300	169 700
Konstante Variante		27 000	66 000	109 000	153 800

Anmerkung Seite 74

### 3. Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)

Variante <sup>1)</sup>	2003 <sup>2)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Düsseldorf, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 14 872	14 350	13 500	13 480	14 180
Variante <i>Bundesregierung</i>		14 430	13 920	13 330	13 470
Konstante Variante		14 230	12 810	12 270	12 400
<b>Duisburg, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 15 069	13 920	13 210	13 670	14 420
Variante <i>Bundesregierung</i>		14 000	13 640	13 530	13 700
Konstante Variante		13 790	12 520	12 410	12 570
<b>Essen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 15 046	14 450	13 630	13 750	14 430
Variante <i>Bundesregierung</i>		14 580	14 330	13 730	13 710
Konstante Variante		14 280	12 760	12 220	12 200
<b>Krefeld, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 7 139	6 580	5 690	5 630	5 880
Variante <i>Bundesregierung</i>		6 600	5 780	5 530	5 580
Konstante Variante		6 530	5 450	5 210	5 260
<b>Mönchengladbach, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 7 786	7 320	6 740	7 050	7 640
Variante <i>Bundesregierung</i>		7 390	7 090	7 040	7 260
Konstante Variante		7 240	6 310	6 260	6 470
<b>Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 4 896	4 590	4 080	4 000	4 170
Variante <i>Bundesregierung</i>		4 580	4 050	3 890	3 960
Konstante Variante		4 570	3 970	3 810	3 880
<b>Oberhausen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 6 108	5 680	5 330	5 560	5 960
Variante <i>Bundesregierung</i>		5 750	5 690	5 590	5 660
Konstante Variante		5 610	4 940	4 850	4 910
<b>Remscheid, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 3 766	3 610	3 300	3 360	3 520
Variante <i>Bundesregierung</i>		3 620	3 370	3 300	3 340
Konstante Variante		3 580	3 150	3 090	3 130
<b>Solingen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 4 825	4 570	4 280	4 470	4 920
Variante <i>Bundesregierung</i>		4 630	4 560	4 490	4 670
Konstante Variante		4 510	3 970	3 910	4 060

1) Varianten: *Neue Länder und europäisches Spitzenniveau (Neue Länder + Europa)*; *Bundesregierung*; *Konstante Variante* – 2) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

Noch: **3. Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante <sup>1)</sup>	2003 <sup>2)</sup>	2005	2010	2015	2020
noch: <b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Wuppertal, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 9 839	9 400	8 410	8 510	8 950
Variante <i>Bundesregierung</i>		9 500	8 940	8 540	8 510
Konstante Variante		9 280	7 820	7 470	7 440
<b>Kleve, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 9 891	9 500	8 930	9 480	10 620
Variante <i>Bundesregierung</i>		9 590	9 410	9 470	10 090
Konstante Variante		9 390	8 350	8 400	8 950
<b>Mettmann, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 14 969	14 390	13 150	13 140	13 900
Variante <i>Bundesregierung</i>		14 510	13 760	13 080	13 200
Konstante Variante		14 240	12 350	11 740	11 850
<b>Rhein-Kreis Neuss</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 14 134	13 590	12 530	12 720	13 620
Variante <i>Bundesregierung</i>		13 680	12 980	12 610	12 940
Konstante Variante		13 470	11 850	11 510	11 810
<b>Viersen, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 9 835	9 570	8 910	9 220	10 170
Variante <i>Bundesregierung</i>		9 640	9 310	9 180	9 660
Konstante Variante		9 470	8 390	8 270	8 700
<b>Wesel, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 14 855	14 120	12 800	12 980	13 820
Variante <i>Bundesregierung</i>		14 150	12 960	12 730	13 130
Konstante Variante		14 030	12 290	12 070	12 440
<b>Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Aachen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 7 078	6 770	5 980	5 850	6 060
Variante <i>Bundesregierung</i>		6 750	5 900	5 660	5 750
Konstante Variante		6 740	5 840	5 600	5 690
<b>Bonn, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 8 895	8 680	8 110	8 580	9 420
Variante <i>Bundesregierung</i>		8 760	8 550	8 580	8 950
Konstante Variante		8 570	7 570	7 590	7 920
<b>Köln, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 27 183	26 710	25 520	25 780	27 140
Variante <i>Bundesregierung</i>		26 910	26 630	25 640	25 790
Konstante Variante		26 430	24 020	23 130	23 260

Anmerkungen Seite 79

Noch: **3. Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante <sup>1)</sup>	2003 <sup>2)</sup>	2005	2010	2015	2020
noch: <b>Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Leverkusen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	4 340	3 950	4 110	4 470
Variante <i>Bundesregierung</i>		4 390	4 200	4 130	4 250
Konstante Variante		4 290	3 660	3 600	3 700
	4 546				
<b>Aachen, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	9 900	9 080	9 360	10 120
Variante <i>Bundesregierung</i>		9 940	9 320	9 240	9 610
Konstante Variante		9 820	8 640	8 570	8 910
	10 424				
<b>Düren, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	8 620	8 250	8 830	9 650
Variante <i>Bundesregierung</i>		8 670	8 500	8 730	9 170
Konstante Variante		8 550	7 830	8 040	8 440
	9 190				
<b>Rhein-Erft-Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	13 700	13 000	13 360	14 340
Variante <i>Bundesregierung</i>		13 810	13 600	13 310	13 630
Konstante Variante		13 550	12 210	11 940	12 230
	14 329				
<b>Euskirchen, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	6 150	5 750	6 080	6 700
Variante <i>Bundesregierung</i>		6 190	5 970	6 030	6 370
Konstante Variante		6 090	5 430	5 480	5 790
	6 408				
<b>Heinsberg, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	8 170	7 950	8 520	9 440
Variante <i>Bundesregierung</i>		8 230	8 300	8 470	8 970
Konstante Variante		8 080	7 480	7 640	8 090
	8 641				
<b>Oberbergischer Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	8 530	8 830	9 790	10 990
Variante <i>Bundesregierung</i>		8 710	9 860	10 050	10 440
Konstante Variante		8 370	7 900	8 060	8 370
	8 818				
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	8 500	7 750	7 970	8 730
Variante <i>Bundesregierung</i>		8 580	8 190	7 970	8 290
Konstante Variante		8 400	7 240	7 040	7 330
	8 855				
<b>Rhein-Sieg-Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	}	18 470	18 280	19 590	21 810
Variante <i>Bundesregierung</i>		18 710	19 580	19 730	20 720
Konstante Variante		18 220	16 880	17 000	17 850
	18 860				

Anmerkungen Seite 79

Noch: **3. Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante <sup>1)</sup>	2003 <sup>2)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Bottrop, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 3 508	3 400	3 140	3 270	3 480
Variante <i>Bundesregierung</i>		3 420	3 260	3 240	3 310
Konstante Variante		3 370	2 970	2 950	3 010
<b>Gelsenkirchen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 8 614	8 190	7 140	7 040	7 150
Variante <i>Bundesregierung</i>		8 180	7 090	6 830	6 790
Konstante Variante		8 150	6 950	6 690	6 660
<b>Münster, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 7 746	7 410	6 420	6 250	6 650
Variante <i>Bundesregierung</i>		7 450	6 630	6 190	6 320
Konstante Variante		7 340	6 080	5 680	5 800
<b>Borken, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 13 347	12 810	12 210	13 100	14 750
Variante <i>Bundesregierung</i>		12 970	13 060	13 190	14 010
Konstante Variante		12 630	11 280	11 400	12 110
<b>Coesfeld, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 7 967	7 600	7 030	7 270	8 060
Variante <i>Bundesregierung</i>		7 680	7 450	7 280	7 660
Konstante Variante		7 500	6 540	6 400	6 730
<b>Recklinghausen, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 20 277	19 120	17 750	18 050	18 900
Variante <i>Bundesregierung</i>		19 180	18 110	17 760	17 950
Konstante Variante		18 970	16 960	16 640	16 820
<b>Steinfurt, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 15 096	14 700	13 880	14 780	16 680
Variante <i>Bundesregierung</i>		14 920	15 050	14 960	15 840
Konstante Variante		14 470	12 710	12 630	13 370
<b>Warendorf, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 9 851	9 620	8 930	9 240	10 040
Variante <i>Bundesregierung</i>		9 720	9 450	9 250	9 530
Konstante Variante		9 500	8 310	8 140	8 380
<b>Regierungsbezirk Detmold</b>					
<b>Bielefeld, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 8 857	8 490	8 260	8 790	9 680
Variante <i>Bundesregierung</i>		8 670	9 190	9 010	9 190
Konstante Variante		8 330	7 420	7 270	7 430

Anmerkungen Seite 79

**Noch: 3. Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante <sup>1)</sup>	2003 <sup>2)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Detmold</b>					
<b>Gütersloh, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 11 641	11 430	11 500	12 500	14 170
Variante <i>Bundesregierung</i>		11 640	12 630	12 740	13 460
Konstante Variante		11 240	10 420	10 510	11 110
<b>Herford, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 7 894	7 530	7 480	8 130	9 130
Variante <i>Bundesregierung</i>		7 640	8 100	8 220	8 680
Konstante Variante		7 420	6 850	6 960	7 340
<b>Höxter, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 5 323	5 080	4 800	4 980	5 400
Variante <i>Bundesregierung</i>		5 110	4 950	4 930	5 130
Konstante Variante		5 030	4 550	4 520	4 710
<b>Lippe, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 11 147	10 860	10 890	11 930	13 510
Variante <i>Bundesregierung</i>		11 050	11 920	12 130	12 840
Konstante Variante		10 680	9 890	10 070	10 650
<b>Minden-Lübbecke, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 9 666	9 320	9 530	10 780	12 360
Variante <i>Bundesregierung</i>		9 500	10 520	11 010	11 740
Konstante Variante		9 160	8 610	9 010	9 610
<b>Paderborn, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 10 150	9 960	10 030	10 840	11 990
Variante <i>Bundesregierung</i>		10 070	10 660	10 870	11 390
Konstante Variante		9 830	9 310	9 500	9 950
<b>Regierungsbezirk Arnsberg</b>					
<b>Bochum, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 10 651	10 320	9 010	8 730	8 780
Variante <i>Bundesregierung</i>		10 290	8 850	8 430	8 340
Konstante Variante		10 290	8 830	8 410	8 320
<b>Dortmund, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 16 004	15 300	15 410	16 240	17 430
Variante <i>Bundesregierung</i>		15 480	16 430	16 320	16 560
Konstante Variante		15 100	14 270	14 180	14 380
<b>Hagen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 5 759	5 380	4 910	5 000	5 320
Variante <i>Bundesregierung</i>		5 440	5 230	5 030	5 060
Konstante Variante		5 310	4 540	4 370	4 390

Anmerkungen Seite 79

Noch: **3. Bedarf an Plätzen für 3- bis 6½-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante <sup>1)</sup>	2003 <sup>2)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Arnsberg</b>					
<b>Hamm, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 5 645	5 220	5 100	5 530	6 000
Variante <i>Bundesregierung</i>		5 310	5 570	5 620	5 700
Konstante Variante		5 140	4 650	4 680	4 750
<b>Herne, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 4 569	4 400	4 060	4 150	4 380
Variante <i>Bundesregierung</i>		4 460	4 360	4 180	4 160
Konstante Variante		4 340	3 740	3 580	3 570
<b>Ennepe-Ruhr-Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 9 424	8 980	8 250	8 450	9 080
Variante <i>Bundesregierung</i>		9 100	8 840	8 510	8 630
Konstante Variante		8 860	7 620	7 340	7 440
<b>Hochsauerlandkreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 9 407	9 010	8 280	8 520	9 170
Variante <i>Bundesregierung</i>		9 070	8 570	8 440	8 710
Konstante Variante		8 930	7 840	7 720	7 980
<b>Märkischer Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 13 963	13 330	12 730	13 880	15 360
Variante <i>Bundesregierung</i>		13 490	13 580	13 950	14 590
Konstante Variante		13 160	11 790	12 120	12 670
<b>Olpe, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 4 734	4 600	4 330	4 610	5 100
Variante <i>Bundesregierung</i>		4 650	4 620	4 630	4 840
Konstante Variante		4 540	4 020	4 030	4 220
<b>Siegen-Wittgenstein, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 9 284	8 610	8 160	8 420	8 890
Variante <i>Bundesregierung</i>		8 650	8 360	8 300	8 450
Konstante Variante		8 540	7 770	7 710	7 850
<b>Soest, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 10 501	10 230	9 400	9 730	10 530
Variante <i>Bundesregierung</i>		10 260	9 580	9 560	10 000
Konstante Variante		10 150	9 000	8 980	9 390
<b>Unna, Kreis</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 13 150	12 630	12 870	14 400	16 270
Variante <i>Bundesregierung</i>		12 750	13 560	14 390	15 460
Konstante Variante		12 490	12 030	12 760	13 710
<b>Nordrhein-Westfalen</b>					
Variante <i>Neue Länder + Europa</i>	} 550 432	527 800	498 700	519 600	563 300
Variante <i>Bundesregierung</i>		532 500	524 000	518 500	535 200
Konstante Variante		521 800	466 900	462 000	476 800

Anmerkungen Seite 79

**4. Bedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Düsseldorf, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 3 136	3 450	4 140	4 600	5 250
Konstante Variante		3 060	2 850	2 580	2 490
<b>Duisburg, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 507	1 240	2 710	3 980	5 460
Konstante Variante		480	410	380	380
<b>Essen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 2 220	2 700	3 710	4 540	5 550
Konstante Variante		2 090	1 830	1 650	1 590
<b>Krefeld, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 670	920	1 440	1 770	2 240
Konstante Variante		630	540	460	450
<b>Mönchengladbach, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 534	890	1 630	2 190	2 930
Konstante Variante		510	450	400	400
<b>Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 372	570	960	1 260	1 610
Konstante Variante		360	310	280	270
<b>Oberhausen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 285	590	1 220	1 720	2 320
Konstante Variante		270	230	210	210
<b>Remscheid, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 480	610	870	1 070	1 350
Konstante Variante		460	410	360	360
<b>Solingen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 543	750	1 150	1 450	1 870
Konstante Variante		530	470	420	420
<b>Wuppertal, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 1 210	1 550	2 290	2 760	3 420
Konstante Variante		1 130	1 000	860	830
<b>Kleve, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 343	890	2 060	2 990	4 170
Konstante Variante		330	300	270	280

1) Die Zahlen entsprechen dem aktuellen Stand und stammen aus der alle vier Jahre durchgeführten Stichtagserhebung zu Tageseinrichtungen für Kinder vom 31. 12. 2002 und wurden für die Modellrechnung auf den 1. 1. des Folgejahres umdatiert.

**Noch: 4. Bedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Mettmann, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 1 500	2 140 1 480	3 480 1 350	4 390 1 180	5 500 1 140
<b>Rhein-Kreis Neuss</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 1 783	2 320 1 760	3 450 1 620	4 240 1 450	5 300 1 420
<b>Viersen, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 755	1 250 740	2 260 670	3 030 600	4 020 590
<b>Wesel, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 612	1 340 580	2 870 520	4 050 460	5 490 450
<b>Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Aachen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 1 412	1 540 1 360	1 810 1 220	1 960 1 070	2 250 1 040
<b>Bonn, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 1 131	1 450 1 120	2 210 1 080	2 730 980	3 490 990
<b>Köln, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 6 994	7 430 6 840	8 510 6 510	9 080 5 960	10 070 5 780
<b>Leverkusen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 534	710 520	1 100 480	1 350 420	1 710 420
<b>Aachen, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 215	750 210	1 920 190	2 810 170	3 900 170
<b>Düren, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 427	870 410	1 800 370	2 630 340	3 680 350
<b>Rhein-Erft-Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 774	1 470 770	3 050 730	4 290 670	5 710 660

Anmerkung Seite 85

**Noch: 4. Bedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Euskirchen, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 215	550 210	1 290 200	1 880 180	2 630 180
<b>Heinsberg, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 196	670 190	1 720 180	2 620 160	3 730 170
<b>Oberbergischer Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 299	820 290	1 970 270	3 020 250	4 260 260
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 1 282	1 620 1 260	2 310 1 170	2 750 1 020	3 410 1 010
<b>Rhein-Sieg-Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 739	1 780 740	4 180 700	6 210 660	8 620 660
<b>Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Botrop, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 327	470 310	790 280	1 040 250	1 370 250
<b>Gelsenkirchen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 495	850 470	1 600 410	2 130 360	2 790 350
<b>Münster, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 479	810 470	1 520 430	1 950 360	2 480 350
<b>Borken, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 202	970 200	2 640 180	3 990 160	5 670 170
<b>Coesfeld, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 250	690 250	1 640 230	2 330 200	3 180 200
<b>Recklinghausen, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i> Konstante Variante	} 859	1 820 820	3 860 730	5 510 660	7 420 650

Anmerkung Seite 85

Noch: **4. Bedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Steinfurt, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 169	1 070	3 100	4 650	10 190
Konstante Variante		170	160	140	220
<b>Warendorf, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 401	910	2 070	2 920	3 940
Konstante Variante		390	370	330	330
<b>Regierungsbezirk Detmold</b>					
<b>Bielefeld, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 1 143	1 510	2 300	2 890	3 660
Konstante Variante		1 120	1 040	950	940
<b>Gütersloh, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 393	1 070	2 620	3 950	5 530
Konstante Variante		400	380	350	360
<b>Herford, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 834	1 220	2 000	2 680	3 570
Konstante Variante		840	780	730	740
<b>Höxter, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 167	450	1 050	1 540	2 140
Konstante Variante		160	150	140	140
<b>Lippe, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 985	1 560	2 790	3 880	5 260
Konstante Variante		970	890	830	850
<b>Minden-Lübbecke, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 582	1 100	2 250	3 330	4 710
Konstante Variante		570	520	500	520
<b>Paderborn, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 313	870	2 150	3 320	4 680
Konstante Variante		310	300	290	290
<b>Regierungsbezirk Arnsberg</b>					
<b>Bochum, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 812	1 200	2 090	2 700	3 430
Konstante Variante		760	700	610	590
<b>Dortmund, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 1 107	1 880	3 540	5 070	6 770
Konstante Variante		1 090	1 000	940	940

Anmerkung Seite 85

**Noch: 4. Bedarf an Plätzen für 6½- bis unter 12-Jährige in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Varianten, kreisfreien Städten und Kreisen (Modell I)**

Variante	2003 <sup>1)</sup>	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Arnberg</b>					
<b>Hagen, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 423	680	1 190	1 560	2 030
Konstante Variante		400	340	300	290
<b>Hamm, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 522	760	1 250	1 680	2 230
Konstante Variante		490	430	400	400
<b>Herne, krfr. Stadt</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 326	540	1 010	1 330	1 720
Konstante Variante		310	280	250	240
<b>Ennepe-Ruhr-Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 761	1 210	2 120	2 770	3 580
Konstante Variante		740	660	580	560
<b>Hochsauerlandkreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 176	680	1 740	2 560	3 540
Konstante Variante		170	150	130	130
<b>Märkischer Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 814	1 510	2 980	4 230	5 890
Konstante Variante		780	690	640	650
<b>Olpe, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 81	340	930	1 390	1 970
Konstante Variante		80	70	60	70
<b>Siegen-Wittgenstein, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 326	780	1 720	2 520	3 460
Konstante Variante		310	270	250	250
<b>Soest, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 378	900	2 080	3 000	4 140
Konstante Variante		370	340	310	310
<b>Unna, Kreis</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 572	1 260	2 790	4 290	6 220
Konstante Variante		560	520	510	540
<b>Nordrhein-Westfalen</b>					
Variante <i>Niveau Niederlande</i>	} 43 065	68 100	121 900	164 700	218 100
Konstante Variante		41 900	38 200	34 700	34 500

Anmerkung Seite 85

**5. Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Geschlecht		2003	2005	2010	2015	2019
a = konstante Variante b = mittlere Trendvariante c = hohe Trendvariante						
<b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>						
<b>Düsseldorf, krfr. Stadt</b>						
Männlich	a	1 357	1 340	1 300	1 260	1 210
	b		1 280	1 280	1 260	1 230
	c		1 230	1 260	1 270	1 260
Weiblich	a	1 185	1 160	1 140	1 110	1 070
	b		1 110	1 120	1 110	1 100
	c		1 050	1 090	1 120	1 120
<b>Duisburg, krfr. Stadt</b>						
Männlich	a	1 187	1 150	1 090	1 040	990
	b		1 170	1 220	1 250	1 270
	c		1 190	1 340	1 470	1 540
Weiblich	a	762	750	720	690	650
	b		740	770	790	790
	c		720	810	890	930
<b>Essen, krfr. Stadt</b>						
Männlich	a	1 641	1 600	1 520	1 430	1 340
	b		1 680	1 720	1 730	1 710
	c		1 760	1 920	2 030	2 080
Weiblich	a	1 106	1 060	1 000	940	890
	b		1 090	1 120	1 140	1 140
	c		1 120	1 240	1 340	1 390
<b>Krefeld, krfr. Stadt</b>						
Männlich	a	762	740	700	650	610
	b		780	800	810	800
	c		810	900	960	1 000
Weiblich	a	447	430	410	380	350
	b		470	490	500	500
	c		520	580	620	650
<b>Mönchengladbach, krfr. Stadt</b>						
Männlich	a	586	580	570	540	520
	b		630	640	630	620
	c		680	710	730	730
Weiblich	a	335	330	320	310	300
	b		380	370	350	330
	c		430	410	390	360
<b>Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt</b>						
Männlich	a	362	360	340	320	300
	b		330	320	310	290
	c		290	300	290	290
Weiblich	a	214	210	200	190	180
	b		210	210	200	190
	c		210	210	200	200
<b>Oberhausen, krfr. Stadt</b>						
Männlich	a	662	660	630	600	560
	b		630	630	620	600
	c		610	630	640	630
Weiblich	a	458	450	430	410	380
	b		450	450	440	430
	c		440	460	470	470

Noch: **5. Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Geschlecht			2003	2005	2010	2015	2019
a = konstante Variante b = mittlere Trendvariante c = hohe Trendvariante							
noch: <b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>							
<b>Remscheid, krfr. Stadt</b>							
Männlich	a } b } c }	243	240	260	280	290	290
			290	320	350	370	
			190	180	170	160	
Weiblich	a } b } c }	189	190	200	210	210	210
			190	220	250	260	
<b>Solingen, krfr. Stadt</b>							
Männlich	a } b } c }	237	240	250	270	280	280
			260	300	330	360	
			140	140	130	130	
Weiblich	a } b } c }	140	150	160	170	170	170
			160	190	210	220	
<b>Wuppertal, krfr. Stadt</b>							
Männlich	a } b } c }	804	780	920	990	1 050	1 070
			1 050	1 250	1 410	1 500	
			580	540	500	470	
Weiblich	a } b } c }	598	650	710	700	730	740
			710	850	950	1 010	
<b>Kleve, Kreis</b>							
Männlich	a } b } c }	794	810	870	960	1 020	1 050
			930	1 100	1 250	1 340	
			590	590	570	550	
Weiblich	a } b } c }	587	610	630	670	710	740
			630	750	850	920	
<b>Mettmann, Kreis</b>							
Männlich	a } b } c }	1 163	1 150	1 180	1 260	1 310	1 340
			1 220	1 420	1 580	1 690	
			800	770	730	690	
Weiblich	a } b } c }	808	830	860	890	940	970
			860	1 020	1 160	1 250	
<b>Rhein-Kreis Neuss</b>							
Männlich	a } b } c }	1 066	1 070	1 100	1 150	1 180	1 190
			1 120	1 240	1 340	1 400	
			910	890	850	820	
Weiblich	a } b } c }	911	900	900	940	970	970
			900	1 000	1 080	1 130	
<b>Viersen, Kreis</b>							
Männlich	a } b } c }	548	560	620	700	770	810
			680	850	990	1 090	
			410	410	400	380	
Weiblich	a } b } c }	405	430	430	480	530	560
			450	560	660	730	

Noch: **5. Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Geschlecht		2003	2005	2010	2015	2019
a = konstante Variante						
b = mittlere Trendvariante						
c = hohe Trendvariante						

noch: **Regierungsbezirk Düsseldorf**

**Wesel, Kreis**

Männlich	a } b } c }	1 333	1 330	1 280	1 210	1 150
			1 370	1 380	1 370	1 350
			1 400	1 480	1 530	1 550
Weiblich	a } b } c }	801	790	760	720	680
			790	800	790	770
			790	830	850	860

**Regierungsbezirk Köln**

**Aachen, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	595	490	470	450	430
			580	620	660	680
			670	770	870	920
Weiblich	a } b } c }	530	470	450	430	410
			500	540	570	590
			530	630	710	770

**Bonn, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	978	970	960	950	930
			1 000	1 050	1 110	1 140
			1 020	1 150	1 270	1 350
Weiblich	a } b } c }	663	650	650	650	640
			660	700	740	760
			660	750	840	890

**Köln, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	2 682	2 670	2 610	2 530	2 450
			2 750	2 860	2 950	2 980
			2 830	3 110	3 360	3 510
Weiblich	a } b } c }	2 504	2 460	2 400	2 340	2 260
			2 560	2 710	2 850	2 920
			2 650	3 020	3 370	3 580

**Leverkusen, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	275	270	260	250	240
			310	320	320	320
			340	370	400	410
Weiblich	a } b } c }	225	220	210	200	200
			250	260	270	270
			270	300	330	350

**Aachen, Kreis**

Männlich	a } b } c }	768	760	750	720	700
			860	940	1 010	1 050
			960	1 140	1 300	1 400
Weiblich	a } b } c }	495	500	490	470	460
			550	600	640	660
			610	710	810	870

**Düren, Kreis**

Männlich	a } b } c }	639	620	600	590	580
			680	680	680	680
			730	750	770	790
Weiblich	a } b } c }	564	580	570	560	550
			590	610	610	610
			610	650	670	680

Noch: **5. Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Geschlecht		2003	2005	2010	2015	2019
a	= konstante Variante					
b	= mittlere Trendvariante					
c	= hohe Trendvariante					

noch: **Regierungsbezirk Köln**

**Rhein-Erft-Kreis**

Männlich	a	}	920	920	910	880	860
	b			1 070	1 180	1 270	1 330
	c			1 210	1 440	1 660	1 800
Weiblich	a	}	742	740	730	710	690
	b			810	890	970	1 010
	c			880	1 060	1 220	1 330

**Euskirchen, Kreis**

Männlich	a	}	131	130	130	130	130
	b			140	140	140	140
	c			160	160	150	150
Weiblich	a	}	122	120	120	120	120
	b			120	120	120	120
	c			120	120	130	130

**Heinsberg, Kreis**

Männlich	a	}	633	640	650	640	620
	b			750	840	910	950
	c			860	1 030	1 180	1 280
Weiblich	a	}	457	470	460	460	450
	b			530	590	640	670
	c			590	710	820	890

**Oberbergischer Kreis**

Männlich	a	}	884	890	870	850	830
	b			960	1 040	1 110	1 170
	c			1 040	1 220	1 380	1 500
Weiblich	a	}	793	800	790	770	750
	b			830	910	990	1 040
	c			860	1 040	1 200	1 320

**Rheinisch-Bergischer Kreis**

Männlich	a	}	706	700	690	670	650
	b			770	820	850	870
	c			830	940	1 040	1 100
Weiblich	a	}	582	590	580	560	540
	b			630	680	710	730
	c			680	780	860	920

**Rhein-Sieg-Kreis**

Männlich	a	}	1 165	1 190	1 200	1 190	1 170
	b			1 230	1 310	1 370	1 410
	c			1 280	1 430	1 550	1 640
Weiblich	a	}	805	820	820	820	810
	b			840	900	960	990
	c			860	980	1 090	1 160

**Regierungsbezirk Münster**

**Bottrop, krfr. Stadt**

Männlich	a	}	259	260	250	240	230
	b			300	310	320	320
	c			340	370	400	420
Weiblich	a	}	188	190	180	170	160
	b			210	210	210	210
	c			230	250	260	270

Noch: **5. Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Geschlecht		2003	2005	2010	2015	2019
a	= konstante Variante					
b	= mittlere Trendvariante					
c	= hohe Trendvariante					

noch: **Regierungsbezirk Münster**

**Gelsenkirchen, krfr. Stadt**

Männlich	a	616	600	570	530	500
	b		650	690	710	710
	c		690	800	890	930
Weiblich	a	391	380	360	340	310
	b		410	430	440	440
	c		430	490	540	560

**Münster, krfr. Stadt**

Männlich	a	467	460	440	430	410
	b		430	380	320	270
	c		410	310	210	130
Weiblich	a	437	430	420	410	390
	b		400	360	310	260
	c		380	300	210	140

**Borken, Kreis**

Männlich	a	1 041	1 050	1 030	1 010	980
	b		1 060	1 130	1 190	1 220
	c		1 080	1 230	1 360	1 460
Weiblich	a	719	730	720	710	690
	b		740	800	840	870
	c		750	870	970	1 040

**Coesfeld, Kreis**

Männlich	a	502	510	500	480	470
	b		540	580	610	620
	c		570	660	730	780
Weiblich	a	318	320	320	310	300
	b		340	360	380	390
	c		360	410	450	480

**Recklinghausen, Kreis**

Männlich	a	2 072	2 050	1 940	1 830	1 730
	b		2 180	2 280	2 350	2 380
	c		2 310	2 620	2 870	3 030
Weiblich	a	1 525	1 520	1 450	1 370	1 300
	b		1 570	1 670	1 740	1 780
	c		1 620	1 890	2 120	2 260

**Steinfurt, Kreis**

Männlich	a	1 787	1 820	1 820	1 790	1 750
	b		1 920	2 100	2 240	2 320
	c		2 030	2 380	2 680	2 900
Weiblich	a	1 241	1 260	1 260	1 240	1 210
	b		1 300	1 400	1 470	1 530
	c		1 330	1 530	1 710	1 840

**Warendorf, Kreis**

Männlich	a	499	500	490	470	460
	b		500	500	490	490
	c		490	500	510	510
Weiblich	a	326	330	320	310	300
	b		300	300	300	290
	c		280	290	290	290

Noch: **5. Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Geschlecht			2003	2005	2010	2015	2019
a = konstante Variante b = mittlere Trendvariante c = hohe Trendvariante							
<b>Regierungsbezirk Detmold</b>							
<b>Bielefeld, krfr. Stadt</b>							
Männlich	a	}	1 060	1 010	980	950	920
	b			1 080	1 130	1 180	1 210
	c			1 150	1 280	1 410	1 490
Weiblich	a	}	1 086	1 020	990	970	940
	b			1 100	1 160	1 210	1 250
	c			1 180	1 330	1 460	1 560
<b>Gütersloh, Kreis</b>							
Männlich	a	}	980	1 010	1 020	1 020	1 010
	b			1 020	1 120	1 200	1 250
	c			1 030	1 210	1 370	1 490
Weiblich	a	}	690	720	730	730	720
	b			700	750	800	830
	c			680	780	870	940
<b>Herford, Kreis</b>							
Männlich	a	}	334	340	340	340	340
	b			360	360	360	350
	c			380	380	380	370
Weiblich	a	}	419	430	430	420	410
	b			480	530	570	610
	c			530	630	730	800
<b>Höxter, Kreis</b>							
Männlich	a	}	216	220	210	210	200
	b			270	310	340	360
	c			320	400	480	530
Weiblich	a	}	181	180	180	170	170
	b			220	250	280	300
	c			250	320	390	440
<b>Lippe, Kreis</b>							
Männlich	a	}	841	860	870	850	840
	b			990	1 140	1 270	1 360
	c			1 120	1 410	1 680	1 880
Weiblich	a	}	707	730	730	710	700
	b			820	940	1 040	1 120
	c			900	1 150	1 370	1 540
<b>Minden-Lübbecke, Kreis</b>							
Männlich	a	}	659	670	660	650	640
	b			710	760	820	860
	c			750	870	980	1 070
Weiblich	a	}	375	390	390	390	380
	b			400	430	450	470
	c			410	460	510	550
<b>Paderborn, Kreis</b>							
Männlich	a	}	585	600	600	600	590
	b			730	810	890	950
	c			860	1 030	1 180	1 300
Weiblich	a	}	408	420	420	420	410
	b			500	560	620	660
	c			570	700	820	910

Noch: **5. Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Geschlecht		2003	2005	2010	2015	2019
a	= konstante Variante					
b	= mittlere Trendvariante					
c	= hohe Trendvariante					

**Regierungsbezirk Arnsberg**

**Bochum, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	1 284	1 240	1 160	1 090	1 020
			1 330	1 350	1 370	1 360
			1 420	1 540	1 650	1 700
Weiblich	a } b } c }	940	900	840	790	740
			940	940	940	930
			970	1 040	1 090	1 120

**Dortmund, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	2 360	2 300	2 230	2 170	2 120
			2 440	2 620	2 790	2 900
			2 580	3 000	3 400	3 680
Weiblich	a } b } c }	1 419	1 400	1 360	1 330	1 290
			1 450	1 500	1 540	1 560
			1 500	1 630	1 750	1 830

**Hagen, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	395	380	360	330	310
			410	430	440	450
			440	500	550	580
Weiblich	a } b } c }	313	300	280	260	250
			320	340	350	350
			330	390	430	450

**Hamm, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	512	480	440	420	400
			490	510	530	550
			510	580	640	690
Weiblich	a } b } c }	319	310	300	290	280
			340	360	380	390
			360	410	470	500

**Herne, krfr. Stadt**

Männlich	a } b } c }	245	240	230	210	200
			260	270	280	280
			280	310	340	360
Weiblich	a } b } c }	160	160	150	140	130
			160	170	170	170
			160	190	210	210

**Ennepe-Ruhr-Kreis**

Männlich	a } b } c }	892	890	850	800	750
			930	990	1 030	1 040
			970	1 130	1 250	1 330
Weiblich	a } b } c }	570	570	550	520	490
			600	640	670	680
			620	730	820	870

**Hochsauerlandkreis**

Männlich	a } b } c }	697	710	680	650	620
			810	890	960	1 000
			910	1 100	1 260	1 370
Weiblich	a } b } c }	459	460	450	430	410
			510	560	600	620
			550	670	770	830

**Noch: 5. Inanspruchnahme und Gewährung von institutioneller Beratung 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Geschlecht, Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Geschlecht		2003	2005	2010	2015	2019
a = konstante Variante						
b = mittlere Trendvariante						
c = hohe Trendvariante						

noch: **Regierungsbezirk Arnsberg**

**Märkischer Kreis**

Männlich	a } b } c }	1 158	1 150	1 110	1 070	1 030
			1 260	1 320	1 370	1 410
			1 360	1 530	1 680	1 780
Weiblich	a } b } c }	878	890	870	840	810
			900	940	960	970
			910	1 010	1 080	1 140

**Olpe, Kreis**

Männlich	a } b } c }	364	370	360	350	340
			350	360	380	390
			320	370	410	430
Weiblich	a } b } c }	177	180	170	170	160
			170	170	160	160
			160	160	160	160

**Siegen-Wittgenstein, Kreis**

Männlich	a } b } c }	581	570	540	510	490
			640	670	680	690
			710	790	850	890
Weiblich	a } b } c }	351	350	330	310	300
			370	390	400	400
			400	450	490	510

**Soest, Kreis**

Männlich	a } b } c }	820	830	820	800	770
			880	930	970	1 000
			930	1 050	1 150	1 220
Weiblich	a } b } c }	597	600	590	570	560
			640	670	700	710
			670	760	820	870

**Unna, Kreis**

Männlich	a } b } c }	753	780	790	790	780
			850	920	990	1 030
			920	1 060	1 190	1 280
Weiblich	a } b } c }	435	460	470	460	460
			490	520	530	540
			520	570	600	630

**Nordrhein-Westfalen<sup>1)</sup>**

Männlich	a } b } c }	45 100	44 000	40 600	38 100	37 500
			45 000	44 600	44 700	46 200
			46 100	48 700	51 300	54 900
Weiblich	a } b } c }	33 057	32 600	30 100	28 300	27 700
			32 800	32 900	33 000	33 800
			33 200	35 500	37 500	39 800

1) Für die Modellrechnungsjahre weicht die Summe der Werte auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise vom Gesamtergebnis für Nordrhein-Westfalen ab, weil andere Quotengerüste verwendet wurden.

**6. Inanspruchnahme und Gewährung von sozialpädagogischer Familienhilfe 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Variante	2003	2005	2010	2015	2019
<b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Düsseldorf, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 105	100	90	90	90
Mittlere Trendvariante		110	100	100	90
Hohe Trendvariante		110	110	100	100
<b>Duisburg, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 334	320	290	270	260
Mittlere Trendvariante		350	360	380	410
Hohe Trendvariante		380	430	490	550
<b>Essen, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 165	160	140	130	120
Mittlere Trendvariante		140	130	130	130
Hohe Trendvariante		120	120	130	130
<b>Krefeld, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 101	90	80	70	70
Mittlere Trendvariante		100	100	100	110
Hohe Trendvariante		100	120	130	140
<b>Mönchengladbach, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 68	70	60	60	50
Mittlere Trendvariante		70	70	70	70
Hohe Trendvariante		70	80	90	100
<b>Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 24	20	20	20	20
Mittlere Trendvariante		30	30	30	30
Hohe Trendvariante		30	30	30	40
<b>Oberhausen, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 69	70	60	60	50
Mittlere Trendvariante		80	90	90	100
Hohe Trendvariante		90	100	120	130
<b>Remscheid, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 40	40	30	30	30
Mittlere Trendvariante		40	40	40	50
Hohe Trendvariante		40	50	50	60
<b>Solingen, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 121	120	110	100	100
Mittlere Trendvariante		120	130	150	160
Hohe Trendvariante		130	160	190	220

Noch: **6. Inanspruchnahme und Gewährung von sozialpädagogischer Familienhilfe 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Variante	2003	2005	2010	2015	2019
<b>noch: Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Wuppertal, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 58	50	50	40	40
Mittlere Trendvariante		60	50	50	50
Hohe Trendvariante		60	60	50	50
<b>Kleve, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 131	130	120	110	110
Mittlere Trendvariante		140	150	160	170
Hohe Trendvariante		150	180	200	230
<b>Mettmann, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 361	350	320	300	290
Mittlere Trendvariante		350	350	360	370
Hohe Trendvariante		340	380	410	450
<b>Rhein-Kreis Neuss</b>					
Konstante Variante	} 260	250	240	220	220
Mittlere Trendvariante		270	300	320	340
Hohe Trendvariante		300	360	420	470
<b>Viersen, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 181	180	170	160	150
Mittlere Trendvariante		190	200	210	230
Hohe Trendvariante		190	230	270	300
<b>Wesel, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 394	380	340	320	310
Mittlere Trendvariante		370	360	370	390
Hohe Trendvariante		350	390	430	470
<b>Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Aachen, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 109	100	100	90	90
Mittlere Trendvariante		110	120	130	140
Hohe Trendvariante		120	150	170	190
<b>Bonn, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 104	100	100	90	90
Mittlere Trendvariante		110	120	130	150
Hohe Trendvariante		120	150	180	200
<b>Köln, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 482	470	440	420	410
Mittlere Trendvariante		450	460	480	500
Hohe Trendvariante		420	480	540	590

**Noch: 6. Inanspruchnahme und Gewährung von sozialpädagogischer Familienhilfe 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Variante	2003	2005	2010	2015	2019
<b>noch: Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Leverkusen, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 134	130	120	110	110
Mittlere Trendvariante		150	160	180	190
Hohe Trendvariante		180	210	250	280
<b>Aachen, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 195	190	180	170	160
Mittlere Trendvariante		190	200	220	230
Hohe Trendvariante		200	230	270	300
<b>Düren, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 174	170	160	150	150
Mittlere Trendvariante		180	200	230	250
Hohe Trendvariante		200	250	300	350
<b>Rhein-Erft-Kreis</b>					
Konstante Variante	} 275	270	260	240	240
Mittlere Trendvariante		290	310	330	340
Hohe Trendvariante		320	360	410	450
<b>Euskirchen, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 146	140	140	130	130
Mittlere Trendvariante		150	160	170	190
Hohe Trendvariante		150	180	220	250
<b>Heinsberg, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 97	100	90	90	90
Mittlere Trendvariante		100	100	110	120
Hohe Trendvariante		100	120	130	150
<b>Oberbergischer Kreis</b>					
Konstante Variante	} 131	130	120	120	120
Mittlere Trendvariante		150	170	190	210
Hohe Trendvariante		160	210	260	310
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>					
Konstante Variante	} 87	80	80	70	70
Mittlere Trendvariante		80	80	80	90
Hohe Trendvariante		80	90	90	100
<b>Rhein-Sieg-Kreis</b>					
Konstante Variante	} 173	170	170	160	160
Mittlere Trendvariante		180	190	210	220
Hohe Trendvariante		190	220	260	290

Noch: **6. Inanspruchnahme und Gewährung von sozialpädagogischer Familienhilfe 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Variante	2003	2005	2010	2015	2019
<b>Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Bottrop, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 45	40	40	40	40
Mittlere Trendvariante		40	40	40	40
Hohe Trendvariante		40	50	50	50
<b>Gelsenkirchen, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 66	60	60	50	50
Mittlere Trendvariante		70	60	60	60
Hohe Trendvariante		70	70	70	70
<b>Münster, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 200	190	180	160	150
Mittlere Trendvariante		190	190	190	190
Hohe Trendvariante		190	210	220	230
<b>Borken, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 432	430	400	380	380
Mittlere Trendvariante		400	440	480	530
Hohe Trendvariante		370	480	580	670
<b>Coesfeld, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 114	110	100	100	100
Mittlere Trendvariante		110	110	120	130
Hohe Trendvariante		100	120	140	160
<b>Recklinghausen, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 285	280	250	230	230
Mittlere Trendvariante		300	300	310	320
Hohe Trendvariante		320	350	390	420
<b>Steinfurt, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 341	340	320	310	300
Mittlere Trendvariante		320	350	380	410
Hohe Trendvariante		310	390	460	520
<b>Warendorf, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 111	110	100	100	90
Mittlere Trendvariante		130	140	150	150
Hohe Trendvariante		140	170	190	220

Noch: **6. Inanspruchnahme und Gewährung von sozialpädagogischer Familienhilfe 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Variante	2003	2005	2010	2015	2019
<b>Regierungsbezirk Detmold</b>					
<b>Bielefeld, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 129	120	120	110	110
Mittlere Trendvariante		140	150	150	160
Hohe Trendvariante		150	180	200	220
<b>Gütersloh, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 248	250	240	240	240
Mittlere Trendvariante		270	310	350	390
Hohe Trendvariante		290	380	470	540
<b>Herford, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 212	210	200	200	200
Mittlere Trendvariante		230	250	270	300
Hohe Trendvariante		250	300	350	400
<b>Höxter, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 28	30	30	20	20
Mittlere Trendvariante		30	30	30	30
Hohe Trendvariante		20	30	30	30
<b>Lippe, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 185	180	170	170	170
Mittlere Trendvariante		170	190	200	220
Hohe Trendvariante		160	200	240	280
<b>Minden-Lübbecke, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 185	180	170	170	170
Mittlere Trendvariante		200	220	250	270
Hohe Trendvariante		230	270	330	380
<b>Paderborn, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 147	150	140	140	140
Mittlere Trendvariante		150	160	170	190
Hohe Trendvariante		150	180	210	230
<b>Regierungsbezirk Arnsberg</b>					
<b>Bochum, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 94	90	80	70	70
Mittlere Trendvariante		90	100	100	100
Hohe Trendvariante		100	110	130	140
<b>Dortmund, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 440	430	410	390	380
Mittlere Trendvariante		460	530	590	650
Hohe Trendvariante		500	650	790	920

**Noch: 6. Inanspruchnahme und Gewährung von sozialpädagogischer Familienhilfe 2003 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2019 nach Varianten sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Variante	2003	2005	2010	2015	2019
<b>noch: Regierungsbezirk Arnberg</b>					
<b>Hagen, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 44	40	40	30	30
Mittlere Trendvariante		50	50	50	50
Hohe Trendvariante		50	50	60	60
<b>Hamm, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 147	140	130	120	120
Mittlere Trendvariante		150	160	180	190
Hohe Trendvariante		160	200	240	270
<b>Herne, krfr. Stadt</b>					
Konstante Variante	} 69	70	60	50	50
Mittlere Trendvariante		70	80	80	80
Hohe Trendvariante		80	90	100	110
<b>Ennepe-Ruhr-Kreis</b>					
Konstante Variante	} 133	130	120	110	100
Mittlere Trendvariante		140	140	140	150
Hohe Trendvariante		150	160	180	190
<b>Hochsauerlandkreis</b>					
Konstante Variante	} 99	100	90	80	80
Mittlere Trendvariante		110	110	120	130
Hohe Trendvariante		120	140	160	180
<b>Märkischer Kreis</b>					
Konstante Variante	} 275	270	240	230	230
Mittlere Trendvariante		290	300	320	340
Hohe Trendvariante		310	350	400	450
<b>Olpe, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 36	40	30	30	30
Mittlere Trendvariante		40	40	40	50
Hohe Trendvariante		40	50	60	60
<b>Siegen-Wittgenstein, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 62	60	50	50	50
Mittlere Trendvariante		60	50	50	50
Hohe Trendvariante		50	50	50	50
<b>Soest, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 213	210	190	190	180
Mittlere Trendvariante		200	210	230	240
Hohe Trendvariante		190	220	260	300
<b>Unna, Kreis</b>					
Konstante Variante	} 213	210	210	200	210
Mittlere Trendvariante		210	220	240	270
Hohe Trendvariante		200	240	280	330
<b>Nordrhein-Westfalen<sup>1)</sup></b>					
<b>Konstante Variante</b>	} <b>9 072</b>	<b>8 900</b>	<b>8 200</b>	<b>7 800</b>	<b>7 600</b>
<b>Mittlere Trendvariante</b>		<b>8 900</b>	<b>9 400</b>	<b>10 000</b>	<b>10 700</b>
<b>Hohe Trendvariante</b>		<b>8 900</b>	<b>10 600</b>	<b>12 300</b>	<b>13 800</b>

1) Für die Modellrechnungsjahre weicht die Summe der Werte auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise vom Gesamtergebnis für Nordrhein-Westfalen ab, weil andere Quotengerüste verwendet wurden.

## 7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
<b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>Grundschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>122 350</b>	<b>120 330</b>	<b>103 900</b>	<b>95 410</b>	<b>95 460</b>
Düsseldorf	18 720	18 730	16 990	15 590	15 420
Duisburg	20 770	20 380	17 350	16 460	16 680
Essen	21 570	20 970	18 340	16 830	16 610
Krefeld	9 520	9 330	7 750	6 880	6 840
Mönchengladbach	11 150	10 960	9 370	8 620	8 820
Mülheim an der Ruhr	6 340	6 210	5 280	4 740	4 740
Oberhausen	8 720	8 680	7 300	6 800	6 860
Remscheid	4 960	4 850	4 200	3 870	3 910
Solingen	6 930	6 800	5 810	5 340	5 460
Wuppertal	13 660	13 430	11 520	10 270	10 120
<b>Kreise zusammen</b>	<b>88 690</b>	<b>87 680</b>	<b>76 340</b>	<b>69 900</b>	<b>70 890</b>
Kleve	14 240	14 030	12 270	11 470	11 990
Mettmann	20 540	20 460	17 730	15 900	15 690
Rhein-Kreis Neuss	19 360	19 310	16 950	15 560	15 650
Viersen	14 340	14 090	12 360	11 350	11 660
Wesel	20 210	19 780	17 030	15 630	15 890
<b>Zusammen</b>	<b>211 040</b>	<b>208 010</b>	<b>180 240</b>	<b>165 310</b>	<b>166 340</b>
<b>Hauptschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>40 120</b>	<b>38 540</b>	<b>32 100</b>	<b>27 990</b>	<b>25 630</b>
Düsseldorf	5 510	5 290	4 680	4 290	3 930
Duisburg	6 500	6 210	4 880	4 220	3 990
Essen	5 170	5 060	4 340	3 800	3 480
Krefeld	3 340	3 170	2 540	2 140	1 890
Mönchengladbach	5 290	5 060	4 300	3 730	3 430
Mülheim an der Ruhr	1 350	1 310	1 030	890	800
Oberhausen	2 800	2 640	2 080	1 790	1 650
Remscheid	2 310	2 260	1 830	1 600	1 470
Solingen	2 370	2 350	2 150	1 850	1 710
Wuppertal	5 490	5 200	4 280	3 690	3 280
<b>Kreise zusammen</b>	<b>32 640</b>	<b>31 280</b>	<b>26 400</b>	<b>23 260</b>	<b>21 360</b>
Kleve	8 550	8 180	6 710	5 920	5 540
Mettmann	6 140	5 830	4 950	4 360	3 910
Rhein-Kreis Neuss	5 770	5 550	4 950	4 420	4 040
Viersen	5 340	5 250	4 530	3 990	3 680
Wesel	6 840	6 460	5 260	4 570	4 180
<b>Zusammen</b>	<b>72 760</b>	<b>69 820</b>	<b>58 500</b>	<b>51 250</b>	<b>46 980</b>
<b>Realschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>43 770</b>	<b>42 870</b>	<b>37 560</b>	<b>32 830</b>	<b>30 100</b>
Düsseldorf	7 240	7 060	6 650	6 100	5 600
Duisburg	6 340	6 180	5 200	4 500	4 260
Essen	9 220	9 110	7 870	6 890	6 310
Krefeld	3 740	3 670	3 280	2 760	2 450
Mönchengladbach	3 190	3 090	2 570	2 230	2 060
Mülheim an der Ruhr	2 230	2 240	1 930	1 660	1 500
Oberhausen	2 980	2 880	2 460	2 120	1 970
Remscheid	1 730	1 640	1 390	1 210	1 120
Solingen	2 270	2 270	2 120	1 820	1 680
Wuppertal	4 850	4 740	4 100	3 530	3 150

**Noch: 7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020  
nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
<b>noch: Regierungsbezirk Düsseldorf</b>					
<b>noch: Realschulen</b>					
<b>Kreise zusammen</b>	<b>42 120</b>	<b>41 310</b>	<b>36 890</b>	<b>32 510</b>	<b>29 820</b>
Kleve	7 010	7 010	6 230	5 500	5 150
Mettmann	10 840	10 510	9 460	8 350	7 510
Rhein-Kreis Neuss	8 650	8 480	7 750	6 910	6 340
Viersen	5 740	5 690	5 260	4 650	4 290
Wesel	9 880	9 620	8 180	7 100	6 530
<b>Zusammen</b>	<b>85 890</b>	<b>84 180</b>	<b>74 440</b>	<b>65 340</b>	<b>59 910</b>
<b>Gesamtschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>56 710</b>	<b>57 370</b>	<b>55 490</b>	<b>49 920</b>	<b>45 370</b>
Düsseldorf	5 150	5 210	5 240	5 750	5 240
Duisburg	13 050	13 060	12 370	10 680	9 990
Essen	9 190	9 380	9 070	8 430	7 670
Krefeld	4 270	4 310	4 150	3 550	3 100
Mönchengladbach	4 290	4 450	4 510	3 960	3 600
Mülheim an der Ruhr	3 830	3 840	3 750	3 100	2 780
Oberhausen	4 660	4 680	4 500	3 930	3 600
Remscheid	2 470	2 500	2 370	2 140	1 950
Solingen	3 980	4 010	3 890	3 360	3 060
Wuppertal	5 810	5 930	5 650	5 010	4 390
<b>Kreise zusammen</b>	<b>25 100</b>	<b>25 410</b>	<b>24 780</b>	<b>23 090</b>	<b>20 900</b>
Kleve	1 090	1 150	1 090	1 230	1 130
Mettmann	5 640	5 710	5 620	5 390	4 810
Rhein-Kreis Neuss	4 880	4 940	5 000	4 830	4 360
Viersen	4 130	4 180	4 150	3 640	3 330
Wesel	9 360	9 430	8 920	8 000	7 290
<b>Zusammen</b>	<b>81 810</b>	<b>82 780</b>	<b>80 270</b>	<b>73 010</b>	<b>66 280</b>
<b>Gymnasien</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>90 570</b>	<b>91 530</b>	<b>89 270</b>	<b>70 100</b>	<b>63 580</b>
Düsseldorf	17 050	17 320	17 540	14 090	12 880
Duisburg	12 070	12 260	11 950	9 470	8 840
Essen	18 500	18 790	18 570	14 380	13 070
Krefeld	7 110	7 200	6 960	5 330	4 660
Mönchengladbach	8 510	8 460	8 010	6 270	5 710
Mülheim an der Ruhr	4 790	4 780	4 660	3 760	3 360
Oberhausen	5 320	5 330	5 120	4 010	3 650
Remscheid	3 330	3 410	3 240	2 510	2 290
Solingen	4 080	4 140	3 950	3 160	2 860
Wuppertal	9 800	9 840	9 270	7 130	6 260
<b>Kreise zusammen</b>	<b>63 790</b>	<b>64 620</b>	<b>63 870</b>	<b>50 400</b>	<b>45 800</b>
Kleve	9 140	9 270	9 080	7 000	6 480
Mettmann	14 860	14 900	14 580	11 500	10 280
Rhein-Kreis Neuss	16 020	16 230	16 320	13 140	11 920
Viersen	10 410	10 790	11 060	8 900	8 140
Wesel	13 370	13 430	12 840	9 860	8 970
<b>Zusammen</b>	<b>154 360</b>	<b>156 150</b>	<b>153 140</b>	<b>120 500</b>	<b>109 380</b>

Noch: 7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020  
nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
<b>Regierungsbezirk Köln</b>					
<b>Grundschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>62 490</b>	<b>62 670</b>	<b>56 930</b>	<b>52 650</b>	<b>52 700</b>
Aachen	8 750	8 640	7 560	6 830	6 810
Bonn	11 580	11 770	10 770	10 180	10 480
Köln	35 840	35 900	33 030	30 570	30 260
Leverkusen	6 320	6 360	5 570	5 080	5 160
<b>Kreise zusammen</b>	<b>120 970</b>	<b>120 510</b>	<b>107 220</b>	<b>101 940</b>	<b>105 050</b>
Aachen	13 840	13 760	12 000	11 140	11 420
Düren	12 450	12 260	10 680	10 400	10 880
Rhein-Erft-Kreis	19 770	19 860	17 750	16 620	16 740
Euskirchen	8 870	8 910	7 910	7 490	7 800
Heinsberg	12 040	12 010	10 580	10 250	10 750
Oberbergischer Kreis	13 950	13 830	12 440	12 170	12 620
Rheinisch-Bergischer Kreis	12 610	12 630	11 000	10 000	10 140
Rhein-Sieg-Kreis	27 430	27 260	24 850	23 860	24 710
<b>Zusammen</b>	<b>183 460</b>	<b>183 180</b>	<b>164 160</b>	<b>154 590</b>	<b>157 750</b>
<b>Hauptschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>19 480</b>	<b>18 760</b>	<b>16 500</b>	<b>15 230</b>	<b>14 030</b>
Aachen	2 610	2 590	2 160	1 920	1 720
Bonn	2 990	2 920	2 870	2 680	2 510
Köln	12 090	11 590	10 110	9 410	8 700
Leverkusen	1 800	1 660	1 360	1 220	1 100
<b>Kreise zusammen</b>	<b>45 760</b>	<b>43 960</b>	<b>38 320</b>	<b>34 640</b>	<b>32 840</b>
Aachen	4 510	4 300	3 680	3 260	3 010
Düren	4 530	4 340	3 640	3 220	3 110
Rhein-Erft-Kreis	7 010	6 760	6 120	5 570	5 190
Euskirchen	4 280	4 160	3 700	3 350	3 150
Heinsberg	5 260	5 120	4 470	4 010	3 870
Oberbergischer Kreis	5 430	5 170	4 450	4 060	3 960
Rheinisch-Bergischer Kreis	4 040	3 920	3 440	3 050	2 760
Rhein-Sieg-Kreis	10 690	10 190	8 840	8 130	7 780
<b>Zusammen</b>	<b>65 240</b>	<b>62 720</b>	<b>54 820</b>	<b>49 870</b>	<b>46 860</b>
<b>Realschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>22 980</b>	<b>22 580</b>	<b>21 440</b>	<b>19 730</b>	<b>18 240</b>
Aachen	2 640	2 560	2 280	2 010	1 820
Bonn	4 210	4 170	4 180	3 890	3 650
Köln	13 260	13 080	12 390	11 520	10 670
Leverkusen	2 870	2 780	2 590	2 310	2 100

**Noch: 7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020  
nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
-------------------	------	------	------	------	------

noch: **Regierungsbezirk Köln**

noch: **Realschulen**

<b>Kreise zusammen</b>	<b>55 590</b>	<b>54 840</b>	<b>50 960</b>	<b>45 990</b>	<b>43 610</b>
Aachen	6 470	6 440	6 100	5 390	5 000
Düren	5 340	5 220	4 490	3 970	3 850
Rhein-Erft-Kreis	9 580	9 370	8 740	7 950	7 410
Euskirchen	4 070	4 230	4 240	3 840	3 630
Heinsberg	6 060	5 880	5 160	4 630	4 480
Oberbergischer Kreis	7 600	7 370	6 650	6 070	5 930
Rheinisch-Bergischer Kreis	5 940	5 860	5 520	4 880	4 440
Rhein-Sieg-Kreis	10 540	10 480	10 060	9 260	8 870
<b>Zusammen</b>	<b>78 560</b>	<b>77 420</b>	<b>72 400</b>	<b>65 720</b>	<b>61 840</b>

**Gesamtschulen**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>19 800</b>	<b>20 160</b>	<b>20 650</b>	<b>21 020</b>	<b>19 160</b>
Aachen	3 560	3 710	3 690	3 300	2 950
Bonn	3 420	3 510	3 820	4 010	3 670
Köln	9 910	10 010	10 250	10 740	9 880
Leverkusen	2 920	2 940	2 900	2 970	2 660
<b>Kreise zusammen</b>	<b>25 470</b>	<b>25 780</b>	<b>25 960</b>	<b>26 440</b>	<b>24 730</b>
Aachen	3 180	3 220	3 220	2 990	2 740
Düren	3 990	4 040	3 990	3 570	3 420
Rhein-Erft-Kreis	3 800	3 840	3 990	4 120	3 790
Euskirchen	1 050	1 040	1 070	1 250	1 150
Heinsberg	2 960	3 010	2 930	3 090	2 930
Oberbergischer Kreis	4 270	4 320	4 250	4 270	4 100
Rheinisch-Bergischer Kreis	2 280	2 300	2 390	2 550	2 270
Rhein-Sieg-Kreis	3 950	4 020	4 110	4 600	4 330
<b>Zusammen</b>	<b>45 270</b>	<b>45 940</b>	<b>46 610</b>	<b>47 460</b>	<b>43 890</b>

**Gymnasien**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>59 190</b>	<b>59 940</b>	<b>61 700</b>	<b>50 880</b>	<b>46 570</b>
Aachen	9 670	9 740	9 390	7 410	6 610
Bonn	16 180	16 420	17 720	15 160	13 960
Köln	27 190	27 520	28 240	23 440	21 630
Leverkusen	6 140	6 270	6 350	4 880	4 370
<b>Kreise zusammen</b>	<b>87 320</b>	<b>88 760</b>	<b>89 870</b>	<b>72 360</b>	<b>67 750</b>
Aachen	9 390	9 410	9 480	7 630	6 990
Düren	8 520	8 600	8 510	6 870	6 550
Rhein-Erft-Kreis	15 020	15 270	15 730	12 890	11 900
Euskirchen	7 420	7 490	7 760	6 210	5 790
Heinsberg	8 400	8 520	8 310	6 380	6 080
Oberbergischer Kreis	8 770	8 930	8 920	7 190	6 950
Rheinisch-Bergischer Kreis	10 080	10 280	10 530	8 360	7 510
Rhein-Sieg-Kreis	19 740	20 260	20 640	16 840	15 970
<b>Zusammen</b>	<b>146 510</b>	<b>148 700</b>	<b>151 570</b>	<b>123 240</b>	<b>114 320</b>

Noch: **7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
<b>Regierungsbezirk Münster</b>					
<b>Grundschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>25 790</b>	<b>25 650</b>	<b>22 130</b>	<b>19 870</b>	<b>19 740</b>
Bottrop	5 000	4 890	4 320	4 020	4 090
Gelsenkirchen	10 930	10 810	9 270	8 400	8 320
Münster	9 860	9 950	8 540	7 460	7 330
<b>Kreise zusammen</b>	<b>94 000</b>	<b>93 410</b>	<b>81 740</b>	<b>76 170</b>	<b>77 960</b>
Borken	19 270	19 160	16 810	15 960	16 670
Coesfeld	11 450	11 400	9 810	9 010	9 200
Recklinghausen	27 070	26 640	23 030	21 560	21 670
Steinfurt	22 460	22 320	19 760	18 270	18 910
Warendorf	13 760	13 880	12 330	11 380	11 520
<b>Zusammen</b>	<b>119 790</b>	<b>119 060</b>	<b>103 870</b>	<b>96 040</b>	<b>97 700</b>
<b>Hauptschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>7 380</b>	<b>6 950</b>	<b>5 840</b>	<b>5 110</b>	<b>4 550</b>
Bottrop	1 190	1 110	900	790	730
Gelsenkirchen	2 990	2 780	2 180	1 890	1 700
Münster	3 200	3 060	2 760	2 430	2 110
<b>Kreise zusammen</b>	<b>40 760</b>	<b>39 150</b>	<b>33 570</b>	<b>29 880</b>	<b>27 750</b>
Borken	11 370	10 980	9 480	8 450	7 980
Coesfeld	4 300	4 200	3 780	3 310	3 030
Recklinghausen	8 560	8 040	6 420	5 610	5 230
Steinfurt	9 710	9 540	8 460	7 580	6 990
Warendorf	6 830	6 400	5 440	4 930	4 530
<b>Zusammen</b>	<b>48 140</b>	<b>46 100</b>	<b>39 410</b>	<b>34 990</b>	<b>32 300</b>
<b>Realschulen</b>					
<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>10 990</b>	<b>10 760</b>	<b>9 640</b>	<b>8 450</b>	<b>7 550</b>
Bottrop	2 110	2 090	1 790	1 590	1 480
Gelsenkirchen	4 100	4 010	3 370	2 930	2 650
Münster	4 780	4 660	4 480	3 930	3 420
<b>Kreise zusammen</b>	<b>49 190</b>	<b>48 370</b>	<b>44 570</b>	<b>39 560</b>	<b>36 810</b>
Borken	11 060	11 030	10 060	8 950	8 470
Coesfeld	5 680	5 560	5 260	4 600	4 220
Recklinghausen	13 390	12 970	11 330	9 910	9 250
Steinfurt	12 000	11 830	11 160	9 990	9 250
Warendorf	7 070	6 980	6 750	6 110	5 620
<b>Zusammen</b>	<b>60 180</b>	<b>59 130</b>	<b>54 210</b>	<b>48 010</b>	<b>44 360</b>

**Noch: 7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020  
nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
-------------------	------	------	------	------	------

noch: **Regierungsbezirk Münster**

**Gesamtschulen**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>10 220</b>	<b>10 380</b>	<b>10 040</b>	<b>9 230</b>	<b>8 240</b>
Bottrop	2 330	2 360	2 240	1 960	1 810
Gelsenkirchen	6 430	6 510	6 220	5 570	4 980
Münster	1 460	1 510	1 570	1 700	1 460
<b>Kreise zusammen</b>	<b>18 320</b>	<b>18 460</b>	<b>17 950</b>	<b>18 150</b>	<b>16 570</b>
Borken	160	160	170	150	140
Coesfeld	2 750	2 770	2 840	2 630	2 370
Recklinghausen	11 530	11 550	10 960	10 040	9 270
Steinfurt	2 790	2 850	2 840	3 560	3 210
Warendorf	1 100	1 130	1 140	1 770	1 580
<b>Zusammen</b>	<b>28 540</b>	<b>28 840</b>	<b>27 980</b>	<b>27 380</b>	<b>24 820</b>

**Gymnasien**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>20 520</b>	<b>20 670</b>	<b>20 610</b>	<b>16 320</b>	<b>14 310</b>
Bottrop	3 060	3 110	3 040	2 470	2 260
Gelsenkirchen	6 070	5 940	5 530	4 330	3 840
Münster	11 390	11 610	12 030	9 530	8 200
<b>Kreise zusammen</b>	<b>61 470</b>	<b>62 280</b>	<b>62 390</b>	<b>48 740</b>	<b>44 720</b>
Borken	11 020	11 270	11 600	9 130	8 500
Coesfeld	7 350	7 460	7 640	6 140	5 550
Recklinghausen	18 560	18 640	17 680	13 660	12 600
Steinfurt	15 300	15 560	15 990	12 490	11 430
Warendorf	9 240	9 350	9 490	7 320	6 650
<b>Zusammen</b>	<b>81 980</b>	<b>82 950</b>	<b>82 990</b>	<b>65 060</b>	<b>59 030</b>

**Regierungsbezirk Detmold**

**Grundschulen**

<b>Kreisfreie Stadt</b>	<b>13 240</b>	<b>13 220</b>	<b>11 800</b>	<b>11 010</b>	<b>11 090</b>
Bielefeld	13 240	13 220	11 800	11 010	11 090
<b>Kreise zusammen</b>	<b>83 010</b>	<b>82 230</b>	<b>73 990</b>	<b>71 870</b>	<b>75 120</b>
Gütersloh	17 520	17 480	15 790	15 240	15 840
Herford	11 790	11 720	10 480	10 120	10 570
Höxter	7 280	7 200	6 290	5 940	6 100
Lippe	17 000	16 700	14 910	14 390	15 060
Minden-Lübbecke	15 120	14 890	13 320	13 250	14 110
Paderborn	14 290	14 250	13 200	12 930	13 450
<b>Zusammen</b>	<b>96 240</b>	<b>95 450</b>	<b>85 780</b>	<b>82 870</b>	<b>86 210</b>

**Noch: 7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020  
nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
-------------------	------	------	------	------	------

noch: **Regierungsbezirk Detmold**

**Hauptschulen**

<b>Kreisfreie Stadt</b>	<b>3 800</b>	<b>3 590</b>	<b>3 050</b>	<b>2 770</b>	<b>2 570</b>
Bielefeld	3 800	3 590	3 050	2 770	2 570
<b>Kreise zusammen</b>	<b>31 550</b>	<b>30 010</b>	<b>25 510</b>	<b>23 260</b>	<b>22 480</b>
Gütersloh	6 590	6 240	5 330	4 890	4 690
Herford	2 290	2 140	1 810	1 640	1 580
Höxter	3 870	3 720	3 070	2 720	2 560
Lippe	6 700	6 330	5 240	4 720	4 540
Minden-Lübbecke	5 560	5 320	4 490	4 070	4 010
Paderborn	6 540	6 270	5 580	5 230	5 100
<b>Zusammen</b>	<b>35 340</b>	<b>33 600</b>	<b>28 560</b>	<b>26 030</b>	<b>25 060</b>

**Realschulen**

<b>Kreisfreie Stadt</b>	<b>5 330</b>	<b>5 280</b>	<b>5 080</b>	<b>4 600</b>	<b>4 290</b>
Bielefeld	5 330	5 280	5 080	4 600	4 290
<b>Kreise zusammen</b>	<b>41 390</b>	<b>40 790</b>	<b>37 530</b>	<b>34 150</b>	<b>33 080</b>
Gütersloh	8 990	8 960	8 580	7 850	7 560
Herford	5 680	5 520	5 220	4 730	4 560
Höxter	4 810	4 730	4 190	3 710	3 500
Lippe	7 830	7 720	6 830	6 150	5 930
Minden-Lübbecke	6 820	6 700	6 070	5 490	5 440
Paderborn	7 260	7 160	6 640	6 220	6 090
<b>Zusammen</b>	<b>46 720</b>	<b>46 070</b>	<b>42 610</b>	<b>38 750</b>	<b>37 370</b>

**Gesamtschulen**

<b>Kreisfreie Stadt</b>	<b>5 560</b>	<b>5 680</b>	<b>5 730</b>	<b>5 790</b>	<b>5 310</b>
Bielefeld	5 560	5 680	5 730	5 790	5 310
<b>Kreise zusammen</b>	<b>22 190</b>	<b>22 470</b>	<b>22 350</b>	<b>22 490</b>	<b>21 550</b>
Gütersloh	3 670	3 750	3 800	4 000	3 800
Herford	6 470	6 520	6 550	6 230	5 940
Höxter					
Lippe	4 500	4 540	4 410	4 210	4 020
Minden-Lübbecke	5 290	5 410	5 320	5 340	5 190
Paderborn	2 260	2 260	2 280	2 710	2 620
<b>Zusammen</b>	<b>27 750</b>	<b>28 150</b>	<b>28 090</b>	<b>28 290</b>	<b>26 870</b>

**Noch: 7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020  
nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
-------------------	------	------	------	------	------

noch: **Regierungsbezirk Detmold**

**Gymnasien**

<b>Kreisfreie Stadt</b>	<b>9 490</b>	<b>9 660</b>	<b>9 990</b>	<b>8 060</b>	<b>7 410</b>
Bielefeld	9 490	9 660	9 990	8 060	7 410
<b>Kreise zusammen</b>	<b>54 990</b>	<b>55 950</b>	<b>56 010</b>	<b>44 930</b>	<b>43 030</b>
Gütersloh	10 590	10 960	11 510	9 390	8 940
Herford	7 640	7 820	7 950	6 540	6 230
Höxter	7 300	7 370	7 170	5 590	5 220
Lippe	10 530	10 630	10 180	8 120	7 760
Minden-Lübbecke	10 520	10 670	10 580	8 380	8 180
Paderborn	8 400	8 510	8 630	6 910	6 710
<b>Zusammen</b>	<b>64 480</b>	<b>65 610</b>	<b>66 000</b>	<b>52 990</b>	<b>50 430</b>

**Regierungsbezirk Arnsberg**

**Grundschulen**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>59 000</b>	<b>58 560</b>	<b>51 430</b>	<b>48 030</b>	<b>48 070</b>
Bochum	13 070	12 990	11 490	10 350	10 140
Dortmund	22 700	22 500	20 260	19 500	19 710
Hagen	8 310	8 260	6 930	6 230	6 210
Hamm	8 290	8 230	7 020	6 790	6 920
Herne	6 620	6 580	5 730	5 160	5 100
<b>Kreise zusammen</b>	<b>98 860</b>	<b>97 410</b>	<b>85 180</b>	<b>81 150</b>	<b>84 140</b>
Ennepe-Ruhr-Kreis	13 480	13 260	11 390	10 270	10 250
Hochsauerlandkreis	12 950	12 720	11 020	10 140	10 340
Märkischer Kreis	20 310	19 960	17 320	16 710	17 500
Olpe	6 800	6 800	6 020	5 660	5 860
Siegen-Wittgenstein	12 730	12 470	10 600	10 070	10 230
Soest	14 070	13 960	12 480	11 670	12 040
Unna	18 530	18 240	16 360	16 630	17 920
<b>Zusammen</b>	<b>157 860</b>	<b>155 970</b>	<b>136 610</b>	<b>129 180</b>	<b>132 210</b>

**Hauptschulen**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>18 630</b>	<b>17 750</b>	<b>15 030</b>	<b>13 360</b>	<b>12 440</b>
Bochum	3 410	3 270	2 830	2 540	2 260
Dortmund	6 270	5 970	5 130	4 680	4 500
Hagen	3 280	3 090	2 520	2 160	1 940
Hamm	3 530	3 410	2 850	2 480	2 370
Herne	2 150	2 010	1 710	1 510	1 360

noch: **7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020 nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
-------------------	------	------	------	------	------

noch: **Regierungsbezirk Arnsberg**

noch: **Hauptschulen**

<b>Kreise zusammen</b>	<b>43 470</b>	<b>41 670</b>	<b>34 380</b>	<b>30 390</b>	<b>28 670</b>
Ennepe-Ruhr-Kreis	4 270	4 120	3 310	2 880	2 580
Hochsauerlandkreis	7 590	7 370	6 150	5 390	4 950
Märkischer Kreis	10 030	9 450	7 580	6 650	6 380
Olpe	4 110	3 960	3 410	3 070	2 870
Siegen-Wittgenstein	5 720	5 430	4 350	3 730	3 530
Soest	6 490	6 250	5 400	4 870	4 540
Unna	5 260	5 100	4 170	3 790	3 820
<b>Zusammen</b>	<b>62 110</b>	<b>59 430</b>	<b>49 410</b>	<b>43 740</b>	<b>41 110</b>

**Realschulen**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>24 100</b>	<b>23 670</b>	<b>21 560</b>	<b>19 230</b>	<b>17 970</b>
Bochum	5 480	5 320	4 660	4 160	3 730
Dortmund	9 130	9 020	8 300	7 580	7 310
Hagen	3 230	3 200	2 930	2 500	2 260
Hamm	3 780	3 720	3 520	3 060	2 940
Herne	2 470	2 400	2 170	1 910	1 730
<b>Kreise zusammen</b>	<b>48 940</b>	<b>47 720</b>	<b>42 020</b>	<b>37 140</b>	<b>35 240</b>
Ennepe-Ruhr-Kreis	6 360	6 160	5 350	4 640	4 190
Hochsauerlandkreis	7 160	6 920	6 020	5 270	4 860
Märkischer Kreis	10 200	9 890	8 470	7 430	7 150
Olpe	3 320	3 260	2 940	2 640	2 480
Siegen-Wittgenstein	7 100	6 920	6 040	5 220	4 950
Soest	7 390	7 250	6 610	5 960	5 570
Unna	7 420	7 320	6 600	5 990	6 060
<b>Zusammen</b>	<b>73 040</b>	<b>71 390</b>	<b>63 590</b>	<b>56 370</b>	<b>53 210</b>

**Gesamtschulen**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>24 270</b>	<b>24 460</b>	<b>24 110</b>	<b>22 680</b>	<b>20 900</b>
Bochum	5 920	5 960	5 770	5 380	4 780
Dortmund	9 250	9 310	9 280	8 880	8 510
Hagen	3 630	3 670	3 560	3 290	2 920
Hamm	2 350	2 370	2 330	2 260	2 120
Herne	3 110	3 150	3 170	2 870	2 570
<b>Kreise zusammen</b>	<b>22 690</b>	<b>22 820</b>	<b>21 940</b>	<b>20 900</b>	<b>19 800</b>
Ennepe-Ruhr-Kreis	4 930	4 980	4 740	4 230	3 780
Hochsauerlandkreis	–	–	–	–	–
Märkischer Kreis	4 910	5 010	4 720	4 630	4 330
Olpe	–	–	–	–	–
Siegen-Wittgenstein	2 880	2 940	2 870	3 040	2 800
Soest	810	790	780	1 050	960
Unna	9 150	9 100	8 840	7 950	7 930
<b>Zusammen</b>	<b>46 960</b>	<b>47 280</b>	<b>46 050</b>	<b>43 570</b>	<b>40 690</b>

**Noch: 7. Schülerpopulation 2004 und in den Modellrechnungsjahren 2005, 2010, 2015 und 2020  
nach Schulformen sowie kreisfreien Städten und Kreisen**

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2010	2015	2020
-------------------	------	------	------	------	------

noch: **Regierungsbezirk Arnsberg**

**Gymnasien**

<b>Kreisfreie Städte zusammen</b>	<b>39 520</b>	<b>39 780</b>	<b>39 240</b>	<b>31 290</b>	<b>28 840</b>
Bochum	10 250	10 330	10 100	8 120	7 210
Dortmund	14 210	14 340	14 450	11 790	11 310
Hagen	5 810	5 790	5 560	4 210	3 730
Hamm	5 100	5 120	4 940	3 790	3 560
Herne	4 150	4 200	4 180	3 390	3 030
<b>Kreise zusammen</b>	<b>70 190</b>	<b>70 820</b>	<b>68 540</b>	<b>53 410</b>	<b>50 040</b>
Ennepe-Ruhr-Kreis	9 340	9 440	9 080	7 090	6 340
Hochsauerlandkreis	9 270	9 320	8 980	6 910	6 300
Märkischer Kreis	12 280	12 380	11 820	9 040	8 530
Olpe	4 920	5 010	5 040	3 950	3 640
Siegen-Wittgenstein	10 500	10 590	10 060	7 460	6 970
Soest	11 370	11 370	11 130	8 720	8 060
Unna	12 520	12 710	12 430	10 250	10 200
<b>Zusammen</b>	<b>109 710</b>	<b>110 600</b>	<b>107 780</b>	<b>84 700</b>	<b>78 880</b>

**Nordrhein-Westfalen**

**Grundschulen**

Kreisfreie Städte	282 856	280 400	246 200	227 000	227 000
Kreise	485 539	481 200	424 500	401 000	413 200
<b>Insgesamt</b>	<b>768 395</b>	<b>761 700</b>	<b>670 600</b>	<b>628 000</b>	<b>640 200</b>

**Hauptschulen**

Kreisfreie Städte	89 408	85 600	72 500	64 500	59 200
Kreise	194 176	186 100	158 200	141 400	133 100
<b>Insgesamt</b>	<b>283 584</b>	<b>271 700</b>	<b>230 700</b>	<b>205 900</b>	<b>192 300</b>

**Realschulen**

Kreisfreie Städte	107 163	105 200	95 300	84 800	78 100
Kreise	237 224	233 000	212 000	189 300	178 600
<b>Insgesamt</b>	<b>344 387</b>	<b>338 200</b>	<b>307 200</b>	<b>274 200</b>	<b>256 700</b>

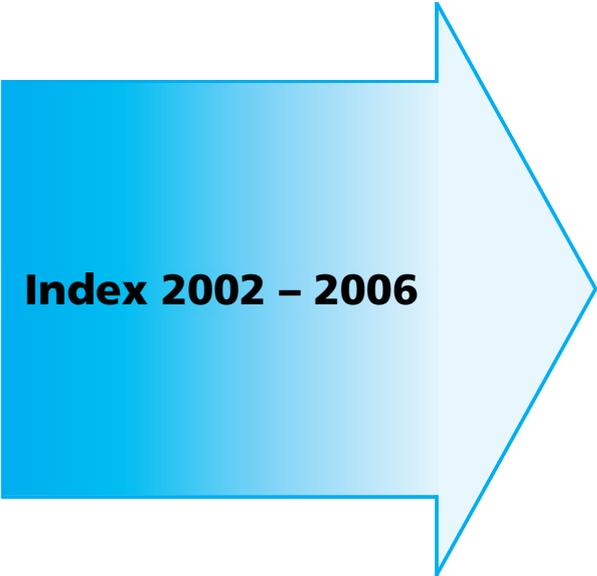
**Gesamtschulen**

Kreisfreie Städte	116 558	118 000	116 000	108 600	99 000
Kreise	113 768	114 900	113 000	111 100	103 600
<b>Insgesamt</b>	<b>230 326</b>	<b>233 000</b>	<b>229 000</b>	<b>219 700</b>	<b>202 500</b>

**Gymnasien**

Kreisfreie Städte	219 279	221 600	220 800	176 600	160 700
Kreise	337 759	342 400	340 700	269 800	251 300
<b>Insgesamt</b>	<b>557 038</b>	<b>564 000</b>	<b>561 500</b>	<b>446 500</b>	<b>412 000</b>





**Index 2002 – 2006**

**Ausgaben des Jahres 2006**

- Band 36**  
Z 08 1 2006 60  
7,00 EUR  
**Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil II**  
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH; Diplom-Statistikerin Diana Andrä
- Band 35**  
Z 08 1 2006 59  
2,50 EUR  
**Zur Möglichkeit der Regionalisierung privater Einkommen auf die Gemeinden Nordrhein-Westfalens**  
Dr. Marco Scharmer  
**Einkommensverteilung und Armutsrisikoquoten im Bund-Länder-Vergleich – Analysen mit dem Mikrozensus 2003**  
Diplom-Sozialwissenschaftlerin Karin Habenicht, Diplom-Sozialwissenschaftler Alfred Hullmann, Yvonne Bergmann
- Band 34**  
Z 08 1 2006 58  
2,50 EUR  
**Strukturinformationen zum Arbeitsmarkt 3. Quartal 2005 Erwerbsverhalten älterer Menschen**  
Diplom-Sozialwissenschaftlerin Karin Habenicht
- Band 33**  
Z 08 1 2006 57  
2,50 EUR  
**Auswirkungen des demografischen Wandels – Kurzfassung – Teil II**  
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH
- Band 32**  
Z 08 1 2006 56  
3,00 EUR  
**Bildungsreport NRW 2006: Informationen zu ausgewählten Bildungsbereichen**  
Bettina Lander M. A.  
**Die Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen 2004**  
Dr. Wolfgang Seifert
- Band 31**  
Z 08 1 2006 55  
3,00 EUR  
**Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2005 bis 2025/2050**  
Dr. Kerstin Ströker
- Band 30**  
Z 08 1 2006 54  
3,00 EUR  
**Bedeutung der Türkei für den Außenhandel des Landes Nordrhein-Westfalen**  
Diplom-Volkswirt Nils Radmacher-Nottelmann
- Band 29**  
Z 08 1 2006 53  
3,00 EUR  
**Datenangebot und Datenzugang im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter**  
Dr. Sylvia Zühlke, Diplom-Sozialwissenschaftlerin Helga Christians  
**Das Studienkontenmodell an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: Auswirkungen auf die Studierendenzahlen**  
Birgit Kempf, Anne Schopp, Anja Gehrcken  
**Nachfrage nach Dienstleistungen 2003**  
Heike Schrankel, Diplom-Statistikerin Katharina Götz  
**Die Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in NRW**  
Dr. Wolfgang Seifert
- Band 28**  
Z 08 1 2006 52  
3,00 EUR  
**Gründungen und Schließungen in Deutschland – Ein Konzept zur demografischen Auswertung des Unternehmensregisters**  
Diplom-Kauffrau Ingrid Kaack  
**Strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft von 1971 bis 2003**  
Diplom-Volkswirt Hartmut Kopmeier  
**Wirtschaftliche Aspekte der Studierenden 1996 und 2004**  
Lars Kuhlmeier, Dr. Wolfgang Seifert  
**Verwendung von Verwaltungsdaten für konjunkturstatistische Zwecke**  
Diplom-Kauffrau Ingrid Kaack  
**Personal und Finanzen der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (FEU) in privater Rechtsform im Jahr 2003**  
Diplom-Volkswirt Peter Emmerich

noch: **Ausgaben des Jahres 2006**

**Band 27**  
Z 08 1 2006 51  
3,00 EUR

**Der Weg zu einem ersten registergestützten Zensus  
in Deutschland im Jahre 2011**  
Diplom-Volkswirt Helmut Eppmann, Diplom-Statistiker Josef Schäfer

**Ergänzende Strukturmerkmale zur Erwerbstätigenrechnung  
– Unterscheidung nach „Vollzeit-“ und „Nicht-Vollzeiterwerbstätigen“**  
Diplom-Ingenieur Hans Menge, Miriam Sperl

**Wirtschaftskraft und Wirtschaftsentwicklung  
in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens**  
Dr. Marco Scharmer

**Ausgaben des Jahres 2005**

**Band 26**  
Z 08 1 2005 58  
2,50 EUR

**Strukturinformationen zum Arbeitsmarkt 2. Quartal 2005  
Flexible Arbeit – Arbeitszeiten in NRW**  
Diplom-Soziologin Eva Munz

**Band 25**  
Z 08 1 2005 57  
11,00 EUR

**Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil I**  
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH; Diplom-Mathematiker Paul Berke

**Band 24**  
Z 08 1 2005 56  
3,00 EUR

**Bildungsmobilität:  
Wie weit fällt der Apfel vom Stamm?**  
Dr. Wolfgang Seifert

**Räumliche Mobilität und Übergänge von Erwerbslosigkeit in Erwerbstätigkeit**  
Katja Möhring, Dr. Sylvia Zühlke

**Zeitverwendung der privaten Haushalte  
– Vergleich der Zeitbudgeterhebungen 2001/02 gegenüber 1991/92**  
Heike Schrankel

**Band 23**  
Z 08 1 2005 55  
2,50 EUR

**Ein sachgebietsübergreifendes Berichtskreismanagement bei den Fonds, Einrichtungen  
und wirtschaftlichen Unternehmen in den Finanz- und Personalstatistiken**  
Diplom-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich

**Erstmalige Verarbeitung der Dateien der Industrie- und Handelskammern  
im nordrhein-westfälischen Unternehmensregister**  
Diplom-Soziologe Matthias Wieckmann

**Ausmaß und Folgen unbeobachteter Übergänge  
im Rahmen des Mikrozensus-Panels  
Ergebnisse empirischer Analysen**  
Diplom-Soziologe Michael Konold

**Band 22**  
Z 08 1 2005 54  
3,00 EUR

**Indikatoren der Erwerbstätigkeit  
Ergänzung der Erwerbstätigen-„Kopffzahlen“ durch „Vollzeit-Äquivalente“  
und „Standard-Arbeitsvolumen“ – Modellrechnungen für die Kreise in NRW**  
Diplom-Ingenieur Hans Menge

**Pendlerverflechtungen in Nordrhein-Westfalen – Analyse der revidierten Ergebnisse**  
Dr. Marco Scharmer

**Band 21**  
Z 08 1 2005 53  
2,50 EUR

**Auswirkungen des demografischen Wandels – Kurzfassung – Teil I**  
Diplom-Soziologin Kerstin Schmidtke, MPH

**Band 20**  
Z 08 1 2005 52  
2,50 EUR

**Nordrhein-westfälisches Unternehmensregister im Einsatz  
Eine Methodenbeschreibung mit ersten Auswertungsergebnissen**  
Diplom-Volkswirtin Doris Blechinger

**Datenqualität bei Online-Erhebungen in privaten Haushalten**  
Diplom-Soziologin Anke Gerhardt

noch: **Ausgaben des Jahres 2005**

**Band 19**  
Z 08 1 2005 51  
3,40 EUR

**Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR) Nordrhein-Westfalens  
– Basisdatenanalyse –**  
Dr. Leontine von Kulmiz

**Geheimhaltung mit Makrodaten – Das Beispiel der Beherbergungsstatistik**  
Diplom-Volkswirt Nils Radmacher-Nottelmann

**Die erste Online-Erhebung der amtlichen Statistik bei Privathaushalten  
– ein Projektbericht**  
Diplom-Soziologin Anke Gerhardt

**Arbeitsplatz- und Berufswechsel**  
Dr. Wolfgang Seifert

**Ausgaben des Jahres 2004**

**Band 18**  
Z 08 1 2004 56  
2,10 EUR

**Gesamtwirtschaftliche Investitionen: Schlüssel zur ökonomischen Leistungsfähigkeit  
von Regionen? Ein Vergleich der regionalen Investitionstätigkeit**  
Dr. Marco Scharmer

**Arbeitsuchende und Methoden der Arbeitsuche in NRW**  
Diplom-Mathematiker Paul Berke

**Band 17**  
Z 08 1 2004 55  
3,00 EUR

**Von der Volkszählung 1987 zum registergestützten Zensus 2010?**  
Diplom-Volkswirt Helmut Eppmann

**Die Qualität der kommunalen Melderegister in Nordrhein-Westfalen  
– Ergebnisse des Zensus-tests**  
Dr. Michael Forster

**Ergänzende Verfahren für einen künftigen registergestützten Zensus**  
Diplom-Statistiker Josef Schäfer

**Ergebnisse des Zensus-tests**  
Statistische Ämter des Bundes und der Länder

**Band 16**  
Z 08 1 2004 54  
6,10 EUR

**Die Entwicklung der kreisfreien Städte und Kreise  
in Nordrhein-Westfalen**

**Band 15**  
Z 08 1 2004 53  
2,10 EUR

**Die Umsatzsteuerstatistik als Quelle wirtschaftsstatistischer Analysen**  
Diplom-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck

**Chefin oder Chef: Neu zu gründende Gewerbebetriebe im Jahre 2003  
unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten**  
Diplom-Volkswirtin Doris Blechinger

**Aspekte des Erwerbsverhaltens älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
Ergebnisse des Mikrozensus 1996 und 2003**  
Daniel Lois, Diplom-Soziologin Anke Gerhardt

**Band 14**  
Z 08 1 2004 52  
2,10 EUR

**Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten  
und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002 bis 2020/2040**  
Diplom-Ökonom Udo Nockemann

**Die Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe  
und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im Jahr 2000**  
Diplom-Volkswirt, Diplom-Kaufmann Hermann Marré

**Band 13**  
Z 08 1 2004 51  
2,10 EUR

**Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder**  
Dr. Sylvia Zühlke, Diplom-Volkswirt Markus Zwick, Diplom-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst,  
Diplom-Soziologe Thomas Wende

**Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten  
auf der Basis des Mikrozensus**  
Dr. Johannes Stauder, Wolfgang Hüning

**Ausgaben des Jahres 2003**

- Band 12**  
Z 08 1 2003 56  
3,00 EUR
- Europäische Umfrage zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2002**  
Heike Schrankel
- Arbeitslosigkeit, Erwerbslosigkeit, Stille Reserve – unterschiedliche Messkonzepte zur Beschreibung der Beschäftigungslücke**  
Dr. Wolfgang Seifert
- Der Verbraucherpreisindex – Inflationsmessung in NRW und in der EU**  
Diplom-Kaufmann Bernd Kreuels
- Rentner sein und Rentner werden: Rentnereinkommen und private Altersvorsorge – Ergebnisse des Mikrozensus**  
Dr. Olivia Wüthrich-Martone
- Band 11**  
Z 08 1 2003 55  
3,00 EUR
- Räumliche Mobilität und Familienzyklus – Eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels**  
Dr. Johannes Stauder
- Lebenslagen älterer Menschen**  
Dr. Johannes Stauder
- Entwicklung des Gastgewerbes 1998 bis 2002**  
Diplom-Soziologin Petra Rose
- Band 10**  
Z 08 1 2003 54  
3,50 EUR
- Ausgaben im Schulwesen – Eine schulformbezogene Untersuchung**  
Diplom-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich, Werner Fleischmann, Joachim Hohmeyer, Gerd Körner, Frank Breuers
- Band 9**  
Z 08 1 2003 53  
4,00 EUR
- Soziale und wirtschaftliche Situation allein Erziehender**  
Diplom-Sozialwissenschaftler Gerhard Lenz, Yvonne Bergmann
- Band 8**  
Z 08 1 2003 52  
2,00 EUR
- Strukturdaten zur Entstehung der Gewerbesteuer 1998 – Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik**  
Diplom-Ökonom Lars Stegenwaller
- Die Arbeitsmarktintegration ausländischer Selbstständiger**  
Veysel Özcan, Dr. Wolfgang Seifert
- Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende 2001 im Querschnitt**  
Diplom-Volkswirt Klaus Joggerst
- Band 7**  
Z 08 1 2002 51  
4,70 EUR
- Arbeitszeitflexibilisierung und Normalarbeitsverhältnis – Entwicklungen und Trends 1998 bis 2001**  
Diplom-Sozialwissenschaftler Alfred Hullmann, Dr. Wolfgang Seifert und Bertram Cloos
- Arbeitsplatzstrukturen und Tätigkeiten der Erwerbstätigen – Ergebnisse des Mikrozensus 2000**  
Diplom-Mathematiker Paul Berke, Günter Scheibel
- Ausgaben des Jahres 2002**
- Band 6**  
Z 08 1 2002 56  
1,30 EUR
- Datenbedarf der Wissenschaft – Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung**  
Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke
- Band 5**  
Z 08 1 2002 55  
2,30 EUR
- Die neue Insolvenzstatistik im Licht der Ergebnisse 1999– 2001**  
Diplom-Ökonom Lars Stegenwaller
- Neue Typisierungen von Haushalten und Lebensformen für den Mikrozensus**  
Dr. Johannes Stauder
- Wenn sich Paare trennen – die Bedeutung der Arbeitsteilung in Beruf und Haushalt für die Ehestabilität**  
Dr. Johannes Stauder

noch: **Ausgaben des Jahres 2002**

Noch: **Band 5**  
Z 08 1 2002 55  
2,30 EUR

**Treibhausgase und ozonschichtschädigende Stoffe**  
Erik Längen

**Band 4**  
Z 08 1 2002 54  
4,50 EUR

**Die Mehrfachfallprüfung im Zensusstest 2001 – Konzeption und Ablaufplan**  
Dr. Marco Scharmer

**Die Statistikauglichkeit der Einwohnermelderegister  
– Untersuchungen im Rahmen des Zensusstests 2001**  
Dr. Michael Forster

**Postalische Gebäude- und Wohnungszählung im Zensusstest 2001 – Erfahrungen in NRW**  
Diplom-Sozialwirt Sebastian Scharnhorst und Dr. Henrik Egbert

**Die Haushaltegenerierung im Zensusstest 2001  
– Eine neue Methode in der amtlichen Statistik**  
Dr. Marco Scharmer

**Die Rolle der Haushaltebefragung im Zensusstest 2001**  
Diplom-Statistiker Josef Schäfer

**Band 3**  
Z 08 1 2002 53  
10,00 EUR

**Mobilität und Verkehrsverhalten  
der Ausbildungs- und Berufspendlerinnen und -pendler**  
Diplom-Sozialwissenschaftler Alfred Hullmann und Bertram Cloos

**Band 2**  
Z 08 1 2002 52  
2,50 EUR

**Testerhebung 2000: „Statistische Erfassung von Wohnungslosigkeit“  
– Erfahrungsbericht**  
Diplom-Statistikerin Katharina Götz und Bernd Goritzka

**Anpassung der Kreisberechnungen der Bruttowertschöpfung  
an das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen**  
Diplom-Volkswirt Hans-Jürgen Treeck

**Band 1**  
Z 08 1 2002 51  
3,20 EUR

**Haushaltstypisierung im Rahmen des registergestützten Zensusstests**  
Dr. Marco Scharmer

**Die Ermittlung des Wohnungsinhabers im Rahmen der Gebäude-  
und Wohnungszählung (GWZ) und deren Bedeutung für die Haushaltegenerierung**  
Dr. Henrik Egbert und Dr. Marco Scharmer

**Räumliche Mobilität und Arbeitsmarktprozesse  
– Eine Analyse auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels**  
Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke

**Sicherung persönlicher Angaben in Tabellendaten**  
Diplom-Physiker Rüdiger Dietz Repsilber

**Das Personal des Landes am 30. Juni 2000  
– Regionalisierte Ergebnisse der Personalstandstatistik**  
Diplom-Volkswirt Heinz-Peter Emmerich